

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Gedicht -- Staatsverneinung -- Im Namen des
Volkes -- Friede, Freiheit, Einigkeit! -- Einheits-
Strategie -- Wetterleuchten -- Ihr laßt die
Armen schuldig werden -- Auf Anfragen.



Jahrgang 1

Oktober 1926

PREIS 30 DFG.

Nr. 1

PREIS 30 DFG.

Bücher und Schriften von Erich Mühsam

Revolution

Kampf-, Marsch- u. Spottlieder

Verlag: „Der freie Arbeiter“ Rudolf Oestreich, Berlin O 17 1925

Preis 0,75 RM.

Seenot

Verlag der Schriften — Wien-Ober St, Veit 1925

Preis brosch. RM 0.40, kart. RM 0.60

Die Ballade „Seenot“ ist direkt vom Verfasser zu beziehen.

Gerechtigkeit für Max Hoelz!

Verlag Rote Hilfe Deutschlands — Berlin 1926 (2. Auflage)

Preis RM 0.40

Standrecht in Bayern

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin SW 61 — 1923

Preis RM 0.50

**Alle in den Vorkriegsjahren erschienenen Werke
von ERICH MÜHSAM sind vergriffen und im
Buchhandel nicht mehr erhältlich.**

F A N A L

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 1

Oktober 1926

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, jährlich RM. 3,50, ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden, Geldsendungen u. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bln.-Charlottenburg, Am Lützow 10

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

*I*hr treibt das Rad; ihr wirkt die Zeit;
Das Feuer flammt: Jetzt! und Hier!
Euch mahnt das Feuer; Macht euch bereit!
Erkennt eure Kraft! Seid Ihr!

*Euch flammt das Feuer! euch blüht das Land;
Erkennt! Seht! Hört! und Wißt!
Doch ihr verdingt euer Hirn, eure Hand -
Und zweifelt, was Euer ist.*

*Kein Fragen, kein Rechnen befreit den Geist.
Das Feuer flammt: Tat ist Pflicht!
Wenn ihr eure Ketten nicht zerreißt, -
Von selber brechen sie nicht!*

Staatsverneinung.

Das Problem des Staates ist ein Problem der Macht. Menschen, einzelne oder in Gruppen verbundene, denen die Erringung der gesellschaftlichen Macht über die Mitmenschen gelungen ist, bedürfen eines zentralen Machtapparates, um die Unterworfenen auf die Dauer in ihrer ökonomischen Abhängigkeit zu halten. Es gibt keine andere Unterwerfung von Menschen unter die Macht anderer Menschen als ihre Fesselung in wirtschaftliche Hörigkeit. Das politische Zwangsinstrument dieser wirtschaftlichen Fesselung ist der Staat.

Die Staatsform, um die unter den jeweiligen Inhabern und Anwärtern der gesellschaftlichen Exekutivgewalt ein aufgeregtes und verwirrendes Geschrei tost, ist in Hinsicht der Funktion des Staates als Vollstreckungsorgan der ökonomischen Ausbeutung ohne alle Bedeutung. Mag das despotische Sultanat eines absoluten Herrschers, die konstitutionell eingeschränkte Monarchie, die faschistische Diktatur, die republikanische Demokratie oder die Oligarchie eines Parteivorstands ein Land regieren, — jede dieser Methoden erweist sich schon durch ihre zentralistische Struktur als dem Volksganzen übergeordnet, demnach als vom Volksganzen losgelöst, mithin als dem Volksganzen feindlich. Zentralismus bedeutet nichts anderes als Direktion von oben nach unten, Herrschaft der Verwaltung über das Verwaltungete, Befehlsgewalt der Schaltbeamten, Entmündigung der gesellschaftsbildenden Masse, Bürokratismus. Jedes zentralistische Gebilde kann nur als Machtapparat bestehen; Macht in gesellschaftlichem Sinne ist immer ökonomische Unterdrückung: also ist Staatsmacht in allen Formen ihrer Ausdrucksmöglichkeiten stets der Rechtsvorwand einer Klasse zur Beherrschung und Ausbeutung der anderen Klasse.

Staat und Obrigkeit sind Synonyme: daher kann es keine anderen Staaten geben als Obrigkeitsstaaten. Staat und Klassengesellschaft sind Synonyme; daher kann es keinen anderen Staat geben als den Klassenstaat. Staat und Zentralisation sind Synonyme; daher kann es im Staat keine Organisation von unten nach oben, keinen ausbeutungslosen Sozialismus, keine Selbstbestimmung des Volkes, keine Zusammengehörigkeit der Gesamtheit, kein einheitliches Recht und kein Volksganzes geben.

Der Ursprung des Staates ruht in dem Bedürfnis nach ökonomischer Machtbefestigung. Das Prinzip des Staates, jedes Staates, ist die juristische Sicherung des Privilegs der Ausbeutung der gesellschaftlichen Arbeit durch eine schmarotzende Minderheit. Es

ist völlig wahr, was die Marxisten sagen — nur ist diese Wahrheit wie viele andere marxistische Erkenntnisse bedeutend älter als der Marxismus, — daß der Staat Produkt und Ausdruck der ökonomischen Klassendifferenzierung in der Gesellschaft ist. Aber die Marxisten übersehen oder unterschätzen einen Umstand von allgemeiner Geltung. Alle gesellschaftlichen Verhältnisse schaffen sich immer nur die Ausdrucksform, die durch ihre besondere Wesensart bedingt ist. Das bedeutet, daß die Organisationsform eines sozialen Zustands nicht auf einen neuen, grundsätzlich verschiedenen, übertragen werden kann. Der zentrale Staat wurde geschaffen als administrativer Apparat der gesellschaftlichen Ausbeutung; in seiner gegenwärtigen Gestalt als wesenloses Räderwerk eines öden bürokratischen Mechanismus ist er der präziseste Ausdruck des verfallsreifen Hochkapitalismus. Es ist nicht möglich, die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen, ohne das Gehäuse zu zerschlagen, das der Kapitalismus sich zu seinem Wachstum gemäß seinen besonderen Bedürfnissen gebaut hat. Das hat zum Glück der russischen Revolution Lenin eingesehen gehabt, als er 1917 im Bunde mit Anarchisten und linken Sozialrevolutionären Bakunins Auffassung, daß der Staat nicht, wie Marx und Engels lehrten, zu erobern, sondern zu zerstören sei, zu praktischer Durchführung verhalf. Leider fielen jedoch die Bolschewiken nach vollbrachter Tat in den staatsautoritären marxistischen Aberglauben zurück und errichteten an Stelle des zertrümmerten zentralistischen Staatsapparates einen neuen der gleichen Struktur, in der naiven Meinung, in dem vom Kapitalismus für seine Methoden ersonnenen, für seine Ausbeutungszwecke temperierten Treibhause Sozialismus und Gleichheit, klassenlose Gemeinsamkeit und Autonomie der Räte entwickeln zu können.

Die Verwaltung des Gemeinwesens durch die von den Arbeitsstätten aus von unten nach oben wirkende föderative Organisation der Räte, die von den revolutionären Kommunisten aller Schattierungen als Ziel angestrebte Räterepublik, kann niemals ein Staatsgebilde sein. Staat setzt Regierung voraus, das ist obrigkeitliche Befehlsgewalt und Rangordnung. Die Räterepublik ist charakterisiert in der Forderung der russischen Arbeiter und Bauern von 1917, die das revolutionäre Weltproletariat als Kampftruf aufgenommen hat: Alle Macht den Räten! — Räte sind die aus den Produktionsbetrieben unmittelbar entsandten, für jede Einzelfrage nach besonderer Eignung ausgesuchten, stets abberufbaren und auswechselbaren, unter dauernder Kontrolle der Werktätigen nach deren eigenen bindenden Beschlüssen handelnden Delegationen

der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebsbelegschaften. In den Räten ist also die gesamte städtische und ländliche arbeitende Bevölkerung zur direkten Ausübung aller Verwaltungsfunktionen des Gemeinwesens zusammengeschlossen. Die Leistung der Verwaltungsaufgaben in den gemeinsamen Angelegenheiten weiterer und weitester Bezirke geschieht durch Unterdelegationen dieser Räte zu Kreis-, Provinzial-, Landes-Rätekongressen nach dem gleichen Grundsatz der Verantwortung nach unten, der Abberufbarkeit, des gebundenen Mandats, bis hinauf zu den höchsten Exekutivorganen, dem Zentralexekutivkomitee und dem Rat der Volksbeauftragten, denen keine Legislative, sondern durchaus nur die Ausführung des Willens der im Produktionsprozess unmittelbar Tätigen zusteht, und die, stets gewärtig, den Platz im ganzen oder für einzelne Aufgaben berufenen Genossen räumen zu müssen, immer nur Beauftragte, nie Auftraggeber sind. Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik vom 10. Juli 1918, die der Zusammenarbeit marxistischer und anarchistischer Kräfte zu danken ist, hat die Prinzipien dieses staatenlosen Systems, wenn auch noch nicht in restloser Konsequenz, so doch mit der klaren Hervorhebung der Tendenz herausgearbeitet, dass in dieser Konstitution der Uebergang gesucht wird zur "Einsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, unter der es weder eine Klasseneinteilung noch eine Staatsmacht geben wird".

Föderalistische Organisation heißt Organisation von der Basis zur Spitze, Verbindung der wirkenden Kräfte zu selbstverantwortlichem Tun, statt Übertragung der Verantwortung auf übergeordnete Instanzen. Der Rätegedanke ist demnach eine rein föderalistische Idee. Der Versuch, eine Regierungsgewalt mit dem Räteystem zu verquicken, hebt die Omnipotenz der Räte praktisch auf und setzt über die Räte, denen doch „alle Macht“ gehören soll, eine andre Macht. Die Gründe, die die Bolschewiken veranlaßten, anstelle der Rätediktatur die Diktatur ihrer Partei zu errichten, liegen freilich auf der Hand. Sie fürchteten, daß unter den werktätigen Arbeitern und Bauern eine Mehrheit von indolenten, der westeuropäischen Demokratie ergebenen oder gar der feudalistischen Tradition anhängenden Elementen die Räterepublik als ihre bestimmenden Faktoren von vorn herein unrettbar diskreditieren und sie an der Erfüllung ihrer revolutionären Mission hindern würden, nämlich die Überführung der Reste der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistisch-kommunistische Produktions- und Lebensordnung zu gewährleisten. Ohne Zweifel war diese Gefahr groß, ohne Zweifel konnte ihr aber auf andere Art gesteuert werden,

als dadurch, daß über die Räteinstanzen eine Parteiregierung und damit ein zentraler Staat gestülpt wurde, dessen monopolistische Politik wohl die konterrevolutionären Bestrebungen der Menschewisten, der rechten Sozialrevolutionäre und der übrigen Helfershelfer der von der geeinten revolutionären Arbeiter- und Bauernschaft niedergeworfenen Weißgardisten unterdrückte, zugleich aber auch, und zwar in viel höherem Maße als Passive und Indifferenten, die aktiv vorwärtsdrängenden linken Revolutionäre aller Richtungen, die Anarchisten, linken Sozialrevolutionäre, Maximalisten und die Linkskommunisten, soweit sie nicht der bolschewistischen Partei angehörten, niederhielt und unter Verfolgung stellte, also gerade die Kräfte, ohne deren energische Beteiligung die Oktoberrevolution niemals hätte siegreich sein können.

Der Grundirrtum der marxistischen Theorie, das zentralistische Prinzip gewann in Rußland Geltung. Aus der Räterepublik wurde ein „Räte-Staat“, ein Widerspruch in sich selbst. Eine Staatsregierung, an deren Wesensart der Name „Räte-Regierung“ nichts ändern kann, erläßt Staatsgesetze, und das Gefäß des Staates füllt sich langsam und unaufhaltsam mit dem Inhalt, für den die Form des Staates ursprünglich geschaffen, für dessen Aufnahme sie allein geeignet ist: mit dem Inhalt kapitalistischer Konzessionen.

Das russische Revolutionsproblem läßt sich nicht von einem Punkt aus beurteilen. Die krisenhafte Zuspitzung der Differenzen wegen der russischen Staats- und Wirtschaftspolitik und mithin der Taktik und der Methoden der kommunistischen Internationale, die heute die populärsten Persönlichkeiten der revolutionären Heroenzeit in Opposition gegen das herrschende Regime zeigt, unter ihnen Trotzki, Sinowjew, Kamenew und selbst Lenins Witwe, Krupskaja, hat zahlreiche Gründe, die zum allergeringsten Teil in persönlichen Rivalitäten, geschweige in gewolltem Verrat oder mangelndem Idealismus zu suchen sind. Die Tatsachen sind überall stärker als die Menschen, zumal die Tatsachen der Ökonomie. Nur stellen auch Tatsachen, an deren Auswirkungen die Menschen nicht mehr vorbeikommen, ihr Verhalten unter dem Gesichtspunkt zur Kritik, ob nicht ein andres Verhalten andre Tatsachen gezeitigt hätte. Und da sollte man bei der Erörterung der russischen Frage nicht an der Möglichkeit vorübergehen, daß die Gesamtanlage des bolschewistischen Staatssystems an einen Konstruktionsfehler leidet: an dem, daß die föderative Rätewelt durch eine zentralistische Staatsmacht ersetzt ist.

Die bevorstehenden Revolutionen der westeuropäischen Proletariate haben aus den Erfahrungen der russischen Arbeiter und Bauern in ernster Prüfung zu lernen. Sie können unendlich viel Nachahmenswertes von ihnen annehmen. Die warnende Lehre der russischen Revolution aber ist ihre Kapitulation vor der Idee des Staates. Staat, man mag ihn kneten wie man will, ist Unterwerfung der Arbeitenden, ist Klassenscheidung der Gesellschaft. Ein „Rätestaat“ ist niemals eine Räterepublik. Denn Staat ist immer die Ausdrucksform unterdrückender Zentralgewalt: Räterepublik aber ist die föderalistische Ordnungsform der Anarchie, d. h. der obrigkeitlosen Selbstbestimmung der gesellschaftlichen Gesamtheit. Die Revolution, die den Staat nicht austilgt, so daß an seiner Stätte nicht ähnliches je wieder wachsen kann, wird ohne Hoffnung sein, die klassenlose kommunistische Gesellschaft zu verwirklichen. Die Diktatur des Proletariats ist nötig als Diktatur der Klasse, solange die feindliche Klasse noch Atem hat: als Diktatur der Revolution gegen die Konterrevolution. Der Ersatz der proletarischen Diktatur durch die Diktatur einer obrigkeitlichen Regierung bedeutet die Preisgabe der sozialen Revolution an den Staat. Der Staat aber ist unvereinbar mit dem Recht des Arbeiters; er ist der Todfeind der sozialen Gleichheit. Wo Staat ist, kann keine Freiheit sein und keine werden.

Im Namen des Volkes.

Der kaiserliche General, den die deutsche Wählermehrheit mit Recht als Nachfolger Friedrich Eberts zum Präsidenten ihrer Republik erkor, Herr v. Hindenburg, dankt dieses Vertrauen seinen vergeblichen Bemühungen um die Erhaltung der Monarchie. Der Kampf, den er als strategischer Leiter die mit Beziehungen nicht gesegneten arbeits- und zeugungsfähigen Männer Deutschlands führen ließ, galt ursprünglich nicht der Rettung der kaiserlichen Macht, sondern ihrer Mehrung: durch die Uebertragung des Ausbeutungsrechtes der Erzbecken von Longwy und Briey an das deutsche Industriekapital; durch die Annexion Belgiens, der französischen Nordseeküste bis Brest, Polens, der baltischen Länder, Marokkos, des Kongo und zahlreicher Kolonien; durch Schaffung von Flottenstützpunkten in Toulon, Gibraltar, an den Küsten Aegyptens, Indiens und des Schwarzen Meers; durch die Massenausgabe von Kronen — der polnischen, litauischen, kurländischen, livländischen, esthnischen, finnischen — an Sprößlinge der Hohenzollern-Dynastie; kurz, durch die Aufrichtung des Regimentes Wilhelms II. über Europa. Herr v. Hindenburg empfand den Kannpf der Millionen in seinem geschützten Generalstabsquartier

wie eine Badekur — und so etwas war er jawohl auch; nur streiten sich die Leute noch darüber, ob es sich um ein poesievolles Stahlbad oder um ein realeres physisches und moralisches Schlammbad gehandelt habe.

Die der zweiten Ansicht zuneigenden Deutschen verspürten, sofern sie lebendig aus den Schlammlöchern heimkehren konnten, nachher das nach solchem Bade begreifliche Bedürfnis nach einer Abreibung. Sie wurde im November 1918 unternommen, Leider bediente sich das deutsche Volk dazu einer Sorte von Frottiertüchern, die sich als nicht rauh genug erwies. Daher ging der Dreck nicht herunter. Immerhin schimmerte an einigen Stellen die natürliche Haut des Menschenleibes durch die Schlamm-schicht — diese Stellen nennt man die Errungenschaften der Revolution.

Dies ist nun schon lange her. In bald acht Jahren haben die freigelegten Hautstellen allmählich wieder ihr Mimikry vollzogen und die Farbe zurückgewonnen, die einem in Schmutz gewälzten und danach nicht hinlänglich gereinigten Körper gemäß ist. Die Verfassung, in der sich Deutschland nach dem verunglückten Versuch der Reinigung befand, wurde jedoch zum Gedächtnis dieses Versuchs und zum Zeichen dessen, daß er als endgiltig abgeschlossen zu betrachten sei, auf Papier gebracht, — und so haben wir denn noch einige papierne Erinnerungen an die Revolution: die in blumige Wendungen gekleidete Versicherung, daß das deutsche Volk seine Geschicke selbst zu bestimmen habe, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich seien, daß Arbeit und Brot, Kunst und Wissenschaft, Frohsinn und Heiterkeit, Denk-, Schreib-, Rede-, Gewissens- und Versammlungsfreiheit sowie eine gesunde Wohnstätte dem deutschen Bürger mit Weib und Kind gewährleistet sei; über dem Papier aber, das dem Proletarier anzeigt, wieviel Jahre er wegen unerwünschter Gesinnung im Zuchthaus zu verbringen hat, steht nicht mehr wie ehemals/ Im Namen des Königs, sondern: Im Namen des Volkes!

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es in der Reichsverfassung. Das ist gewiss beruhigend, nur interessiert uns Objekte der Staatsgewalt nicht bloß ihr Ausgangspunkt, sondern auch ihr Verbleib. Ein Blick in die „im Namen des Volkes“ betriebene Rechtsprechung schafft jede Klarheit über den Verbleib der Staatsgewalt der deutschen Republik — sie ist in den Händen derer verblieben, die sie auch vorher hatten, denen also die Herbeiführung des dem-Buchstaben nach veränderten Zustandes, den sie schützen sollen, in höchstem Maße straf- und verabscheuungswürdig scheint. Der monarchistische Richter kann seiner Rechtsprechung sehr wohl den Wortlaut republikanischer Gesetze zugrunde legen — zumal in Deutschland, wo kein einziges Gesetz der Monarchie von der Republik dem Wesen nach verändert worden ist —, und braucht dabei seine kaiser- und königstreue Gesinnung so wenig zu verleugnen, wie der Feldmarschall seiner Majestät, der den republikanischen Präsidenteneid aufs schwarzrotgoldene Tuch geleistet hat, die seine. Weder Richter noch Präsident hat der Republik Sympathie geschworen,

sondern nur pflichteifrigen Dienst, gewissenhafte Auftragsbefolgung; das Gewissen der Gesetzeshüter allein ist als Richtschnur des Handelns verpflichtet worden; das Gewissen aber untersteht keiner fremden Kontrolle, es untersteht einzig der Kontrolle der eigenen Gesinnung.

Unsre Liberal- und Sozialdemokraten täten gut, ihre Entrüstung über die Gesinnungsbetätigung der deutschen Beamten, vor allen der Richter, der Molluskenkonsistenz dessen zuzukehren, was sie für ihre eigene Gesinnung halten. Sie waren es, die im November 1918 die von der Revolution verjagten und vor ihr weggelaufenen Monarchisten in ihre Amtssessel zurückdrückten, die von der Revolution vergessenen Legitimisten und Reaktionäre als Experten der Regierungskunst umwedelten und unwinselten und sie als Geheim- und Ministerialräte, als Oberlandes- und Reichsgerichtsräte die königlichen Gesetzesmühlen weiterdrehen ließen, die sie auch zuvor gedreht hatten — mit dem einzigen Unterschied, daß dem Wappenadler am Hebel jetzt die Krone weggestanzelt war und ihre Beschäftigung mit dem Stempel beglaubigt wurde: Im Namen des Volkes! War es für die Liberal- und Sozialdemokraten eine Ueberraschung, daß die Beamten des Kaisers Monarchisten waren? Oder erwartete man von ihnen eine so prompte und dauerhafte Umstellung des Gemüts, wie man sie selber mit dem Wechsel der Konjunktur bewerkstelligt hatte? Das bewiese einen recht erheblichen Mangel an Psychologie; selbst wer die Charaktergymnastik fertig bringt, die die Welt an der deutschen Sozialdemokratie nicht müde wird zu bewundern, übt sie doch erst, wenn ihm die Standfestigkeit des Recks garantiert scheint, an dem er seinen seelischen Bauchaufzug vollführen möchte. An den Bestand der deutschen Republik Weimarer Prägung zu glauben, geben doch aber unsre demokratischen Republikaner unsern republikanischen Monarchisten verteuft wenig Anlaß.

Die deutsche Republik ist von demokratischen Musterzeichnern entworfen, mit demokratischem Schmieröl gesalbt — sie ist ein demokratisches Fabrikat letzten Patents. Ist nicht aber nach demokratischer Weisheit alles, was auf demokratischem Boden erwuchs, unwiderleglicher Ausdruck des wahren Willens des Volkes? Wo demokratische Methoden walten, da geschieht die Anwendung der Gesetze, unbeschadet der Gesinnung der damit betrauten Beamten, immer „im Namen des Volkes“. Unsre Liberal- und Sozialdemokraten, verschärft durch die Klerikaldemokraten des Zentrums, verfügten über die ausgezählte Stimmenmehrheit der demokratiegläubigen Wähler, der gesamte Gesetzgebungsapparat lag also in ihrer Hand, als die steifbeinigsten Betreuer des ancien regime berufen wurden, die neue republikanische Ordnung in Schwung zu bringen. Damals setzten die von Ebert und Noske zum Niederknüppeln des Proletariats gedungenen Freischaren der Ehrhard, Roßbach, Epp und Märker den Weltkrieg als Klassenkrieg im eigenen Lande fort, bis sie sich in den Vaterländischen Verbänden die Organisationen geschaffen hatten, die ihre traditionellen Aufträge gern von traditionellen Auf-

traggebern empfangen und dazu den republikanischen Laden insgesamt zusammenschlagen wollten. Damals ergänzten und vervollständigten die mit monarchischen Offizieren besteckten Feld- und Standgerichte der noch „rein sozialistischen“ Regierungen durch Verurteilungen aus dem Handgelenk das Werk der Noske-Horden, bis andre Ausnahme- und „Volks“gerichte, von weimarerisch koalitierten Regierungen bewährt schwarzweißroten Inquisitoren überantwortet, über den Staatsgerichtshof „zum Schutz der Republik“ hinweg allmählich den „ordentlichen“ Richtern ihre Aufgabe übertrugen, den Arbeitern die Ausbrüche der Verzweiflung abzugewöhnen. Wenn dabei die Unterschiedlichkeit der Jurisdiktion nicht immer ganz allein von der Klassenzugehörigkeit des Delinquenten, sondern hie und da auch von seiner altmodischen oder moderneren politischen Ueberzeugung bestimmt wurde und wird, so sollten die deutschen Demokraten aller Sorten darüber nicht gar so jämmerlich schreien: die Richter handeln in ihrem Auftrag, auf ihr Betreiben, also, aus ihrer Perspektive gesehen, „im Namen des Volkes“.

Dem „Volk“ hingegen, wenn denn schon dieser in der Klassengesellschaft bedenklich verwirrende Begriff bemüht werden soll, kann es nur nützlich sein, wenn ihm an Beispielen gezeigt wird, was alles in seinem Namen in dieser freiesten Republik der Welt geleistet wird. Soweit es Einblick in diese Zeitschrift erhalten wird, soll es über das Wirken der neudeutschen Justiz Tatsachen erfahren, deren jede aufreizender, die Autorität des Staates unterwühlender, den Klassenkampf befeuernder wirken muß, als die leidenschaftlichste Revolutionspropaganda. Taten von rechts und links werden nach Ursachen und Inhalt, nach Wirkung und Sühne mit einander verglichen werden, Von Todesurteilen und Freisprüchen soll berichtet werden, und wo die Härte der Strafen gegen Proletarier dem Herzen des Bürgers wehtun sollte, da wird uns versöhnt werden mit Richtersprüchen voll milden Verständnisses für nationale Mörder und Brandstifter. Der Strafvollzug rechter Hand und linker Hand wird sichtbar werden neben der Art, wie Untersuchungen geführt und Protokolle zustande gebracht werden. Auch die Gesetze, die bei alledem, bei Verfolgungen und Nichtverfolgungen im Namen des Volkes angewendet oder übersehen werden, dürfen der Betrachtung nicht entgehen. Endlich ist auch die Gnade des Staates eingehender Besichtigung wert, und wir werden uns über Amnestien unterhalten, die viele politische Gefangene in deutschen Zuchthäusern, eine nach der andern, seit 1919 auf sich haben zukommen und an sich vorbeigehn sehn.

Man hat mich gefragt, ob ich in FANAL wieder wie in meinem Vorkriegsblatt ein paar Seiten jedes Heftes der Theaterkritik widmen wolle. Ich finde, daß die Schauspiele, Tragödien und Grottesken, die zur Zeit der Kritik am dringendsten bedürfen, vor unsern Kriminalgerichten aufgeführt werden. Die Szene ward zum Tribunal. Wenn übers Jahr wieder der deutsche Juristenkongreß zusammentritt, wird seine Doktorfrage, warum wohl die deutsche Rechtsprechung in breiten Volksschichten kein so ganz festes Ver-

trauen mehr genießt, dank der Art Theaterkritik, wie sie hier beabsichtigt wird, ihrer Lösung vielleicht schon etwas näher gekommen sein. Auch die „Vertrauenskrise“ der republikanischen Gerechtigkeit braucht nicht ewig zu währen. Früher oder später wird sie ihr Ende finden — „im Namen des Volkes“!

Friede, Freiheit, Einigkeit!

Auf der Grundlage dieser großen Begriffe, sagte Herr Dr. Stresemann in Genf, möge sich die Arbeit des Völkerbundes vollziehen, — und damit trat das Deutsche Reich dem internationalen Konsortium des Kapitals gegen die Arbeiter aller Länder, gleich in der Würde eines dauernden Vorstandsmitgliedes, bei. Alles Gewölk, das vor einem halben Jahr den Einzug ins Tor des ewigen Friedens, zu dem man schon gestartet war, hatte verregnen lassen, war in eitel Sonnenschein verdunstet, indem die Deutschen von ihrer festen Preistaxe nicht mehr redeten, von der kein Mitbewerber um einen Ratssitz etwas sollte abhandeln dürfen, und also dem Massenschub in die Gefilde der Seligen kein Stresemann-Veto mehr im Wege lag. Im März hieß es drohend: Mit Deutschlands Aufnahme dürfen keinerlei Veränderungen in der Zusammensetzung des Rats verbunden werden, und im September kompensiert man den Beitritt Deutschlands in gemeinsamer Abstimmung mit der Korrektur des Statuts durch die Vermehrung des Rates um drei nichtständige Sitze. Spanien und Brasilien traten darauf wegen Geschäftsschädigung aus dem Klub aus, und Schweden, der brillante Sekundant vom Frühjahr, zog sich aus dem Rate der Bevorzugten zurück. Dafür wurde aber Rumänien hineingewählt, das seine Eignung, im heiligen Bunde Frieden, Freiheit und Einigkeit umherzustreuen, soeben erst durch neue scheußliche Folterungen seiner politischen Gefangenen und durch die Ermordung des revolutionären Führers Tkatschenko (Gebrauchsmuster Deutschland Januar 1919: beim Transport ins Gefängnis „auf der Flucht“) — erwiesen hat. Auch Polen kommt in den Rat, was ihm vielleicht seine Bemühungen erleichtern wird, dem Marschall Pilsudski den Kriegspfad gegen die russischen Arbeiter und Bauern zu ebnen. Ferner darf auch neben Columbien, Salvador und anderen Staatsfilialen der Weltausbeuter China im Rate des Völkerbundes Platz nehmen. Weiß man aber schon von den anderen Ländern nicht, was deren Völker eigentlich mit diesem Bunde zu schaffen haben, so weiß man von China noch nicht einmal, welche chinesische Regierung der chinesische Völkerbunds-Ratsdelegierte vertritt, beziehungsweise von welcher der ständigen Ratsmächte der General bezahlt und bewaffnet ist, der ihn zur Verbrüderung mit den Auftraggebern seiner Bürgerkriegsgegner nach Genf entsandt hat.

Wird nun auch Deutschland eine eigene chinesische Armee gegen die chinesischen Arbeiter ausrüsten und in Bewegung setzen können, um Eisen-

bahnlinien und Naturschätze des Riesenreiches seinen rheinischen Industriemagnaten zuzuschancen? Es wird wohl hier wie anderswo die Geschäfte vorerst in Kompanie mit dem welschen Erbfeinde betreiben. Denn Briand hat recht: mit dem Versöhnungsklamauk in Genf ist der Weltkrieg, soweit er Frankreich und Deutschland betraf, abgeschlossen. Er bereitet sich in neuen Koalierungen vor. Frankreich krieget vom Deutschen Reich — wo über 2 Millionen Erwerbslose und mit den Kurzarbeitern und Invaliden etwa 8 Millionen Menschen unter dem Existenzminimum leben — Hilfe in den Finanznöten. Dafür wird es die anoch von französischem Militär besetzten deutschen Gebiete für die Besetzung mit deutscher Reichwehr und Schupo freigeben, und Deutschland, bisher selbst Reparationskolonie, wird den Reichsbanner-General Deimling, dem kein Zabern mehr zur Verfügung gestellt werden kann, wieder Koppreise auf Hereros oder andere Neger aussetzen lassen dürfen. Unter der Geschäftsaufsicht des Herrn Parker Gilbert, unserm Ersatz für die österreichische Konkursverwaltung, werden wir schon noch bleiben müssen — der Dawes im Haus erspart den Zimmermann!; — aber die Würde einer europäischen Großmacht wird wiedererlangt durch die Berechtigung, den Völkern andrer Erdteile weiße Kultur ins Land zu tragen, das heißt, ihnen die dunkelfarbige Haut vom Leibe zu ziehen.

Friede, Freiheit, Einigkeit! Die Internationale des Kapitals hat sich mit noch einigen Lücken zusammengefunden. Falls nicht das Proletariat die Wege findet, die über internationalisierte Parteien und Interessengruppen hinweg zur Internationale der revolutionären Weiterneuerung führen, dann gehen wir einem neuen europäischen Kriege entgegen, der noch weit grauenhafter sein wird als der vergangene und dessen Schauplatz mit größter Wahrscheinlichkeit hauptsächlich die norddeutsche Tiefebene sein wird. Die Weltrevolution kommt gewiß; aber es wird vom Weltproletariat abhängen, ob erst der neue Weltkrieg sie herbeiführen wird, oder ob sie rechtzeitig ausbricht und konsequent genug durchgeführt wird, um den kapitalistischen Vernichtungskrieg zu verhindern.

Einheits-Strategie.

Seit einem runden Jahr wirkt sich der vielberedete EKKI-Brief, der der Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands die entscheidende Rechtswendung gab, in der proletarischen Bewegung aus. Das Werben und Girren um die Gunst der reformistischen Gefolgschaft der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Niedertrampier der deutschen Revolutionsbewegung führte zu dem Ergebnis, das jede Verbrüderung Radikaler mit Gemäßigten immer nach sich zieht: zur Aufweichung des Radikalismus und zur Stärkung der Position der „Maßvollen“. Der Volksentscheid-Spektakel für die Enteignung der Fürsten durch den kapitalistischen Staat für den kapitalistischen Staat

(Verfasser des Gesetzentwurfs war der wegen revolutionärer Umtriebe aus der Partei entfernte „Ultralinke“ Korsch) schuf einen Wust trübster Verwirrung in den Köpfen bester revolutionärer Kräfte der Arbeiterschaft, und man sah Kommunisten und Anarchisten, Rote Frontkämpfer und Syndikalisten Arm in Arm mit Reichsbannerleuten und Demokraten, bürgerlichen Pazifisten und selbst konfessionell Organisierten für die Aktion einer allgemeinen Stimmen-Auszählung aufmarschieren. Jetzt soll ein „Kongreß der Werktätigen“ von neuem eine Einheit der Gesamtarbeiterschaft vorführen, die nicht besteht und, ehe nicht die revolutionäre Minderheit Erfolge errungen hat, garnicht bestehen kann. Soweit bis jetzt erkennbar ist, wollen die Veranstalter des Kongresses mit diesem Unternehmen auch gar keine revolutionäre Arbeit leisten, sondern einfach den Kampf des total verelendeten deutschen Proletariats um seine Existenzforderungen innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch „Zusammenschluß und Einheit des ganzen werktätigen Volkes“ führen. Ausdrücklich heißt es: „Der Kongreß der Werktätigen soll Millionen Indifferenten zusammenschweißen“, was als „ein Wahrzeichen des Kampfes um den Sozialismus“ gedeutet wird. Das Manifest des Kongreß-Ausschusses stellt eine Fülle von Forderungen auf gegen die niederträchtigen Methoden der Rationalisierung. Es ruft der Diktatur des Finanzkapitals sein Nieder! entgegen und nennt den Kampf für die — seit 1923 doch etwas anrühige — „Arbeiter- und Bauernregierung“ einen Kampf für den Sozialismus! Wir, die wir nicht Indifferente, sondern bewußte Revolutionäre zusammenschweißen wollen — ohne sie indessen zu einer Programm-Melange bis zur Unkenntlichkeit zu verrühren —, sind der Meinung, daß der Kampf nicht gegen die Methoden, sondern gegen das System des Kapitalismus, zu richten sei. Der Kampf gegen Staat und Lohnsystem ist weder der Kampf von Parlamentsoffensiven oder Gewerkschaftsbetriebsamkeit, noch der Kampf der 15 Millionen Kleinbürger, die die Versäumnisse einer Revolution nachträglich durch eine Abstimmung reparieren möchten. Die K. P. D., die ihre Energien verschwendet, um in der Werbeweche der Legien-Leipartschen Gewerkschaften die größte Kundenschaft anzulocken und die Indifferenten unter die rote Fahne zu sammeln, während sie unter die schwarzrotgoldene und schwarzweißbrote gehören, handelt wohl in Konsequenz der Entwicklung, die sie seit Annahme der Levischen Leitsätze, Heidelberg 1919, genommen hat, — aber revolutionsfördernd handelt sie nicht. Wenn sich jetzt die Opposition innerhalb der Partei gegen den reformistischen Opportunismus der Zentrale so stärkt, daß 700 Funktionäre die Mitglieder schon zur offenen Rebellion gegen die Führung aufzurufen wagen — in einer übrigens außerordentlich zurückhaltenden „Erklärung zur russischen Frage“ —, so ist das gewiß ein bedeutsames Zeichen dafür, wie notwendig erst einmal eine Klärung unter den revolutionären Arbeitern Deutschlands wäre, die noch nicht einmal in der organisatorisch diszipliniertesten aller Parteien gelungen ist, bevor man die Einheit „der Werktätigen“

schlechthin propagieren und proklamieren kann. In dem Familienstreit der Parteikommunisten Stellung zu beziehen, liegt für den Nicht-Parteizugehörigen kein Anlaß vor. In den prinzipiellen Grundfragen, die die eigentlichen Gegensätze zwischen den bolschewistischen Kommunisten und uns kommunistischen Anarchisten begründen, unterscheidet sich die angegriffene Parteileitung ja weder bei uns zu Lande von den „Ultralinken“ — du große Güte: ultralinks! —, noch die Leitung der Leningrader Opposition. Der Streit geht um Taktik und Tempo, nicht ums Prinzip. Da aber die Linken schon einmal den Angriff gegen die Moskauer Obrigkeit wagen, hätte es beim gesamten internationalen revolutionären Proletariat sympathisch berührt, wenn sie ihren Protest gegen die organisatorischen Maßnahmen zur Bekämpfung mißliebiger Auffassungen in der Partei ausgedehnt hätten auf die Verfolgungen und Bedrängungen der außerhalb der KPdSU stehenden Linksrevolutionäre in Sowjet-Rußland. Eine auch nur kameradschaftliche Einheitsfront zwischen den Revolutionären aller Länder kann nicht gedeihen, solange die Bolschewiki in Rußland ihre linken Kampfgenossen von 1917, die Anarchisten, linken Sozialrevolutionäre und die eigenen früheren Parteigenossen von der Arbeiteropposition, in den Kerker und in die Verbannung schicken.

Wetterleuchten.

Es gibt Naive aller Färbungen, die den letzten Krieg für ein Erdbeben halten, das nachträglich noch in ein paar revolutionären Erschütterungen einiges Gemäuer einstürzen ließ und dessen Wirkungen nun mit allgemeinem guten Willen zum Wiederaufbau langsam wieder ausgeglichen werden. Daß mit dem 1. August 1914 die Weltrevolution ausbrach, in der wir mitten drin stehn, und daß sich eine derartige Umwälzung aller Grundlagen der Arbeits- und Gesellschaftsverbindungen unter den Menschen im ständigen Wechsel von akuter und latenter Bewegung, von Revolution und Konterrevolution, von Beratung, Verständigung und Kampf vollzieht, daß endlich ein Vorgang von so ungeheuren Dimensionen, der in der ganzen bekannten Weltgeschichte allenfalls ein kleineres Vorbild in der Völkerwanderung finden mag, sich nicht in 12 Jahren erschöpft, sondern erst am Anfang seiner Bahn steht, — das sehen sie nicht. Wie unstabil aber in Wirklichkeit die Verhältnisse selbst da sind, wo man begriffen hat, daß sich eine mit der menschlichen Natur verträgliche Ordnung nicht länger mit den Methoden der bürgerlichen Demokratie stützen läßt, zeigen die Ereignisse in den faschistischen Diktatorländern Griechenland, Spanien und Italien, von denen die beiden ersten wolgemerkt im Kriege ihre Neutralität bewahren konnten. In Athen ein Militärputsch nach dem andern, bald ganz rechts, bald halb links: in Madrid fast die gleichen Erscheinungen; und eben dies, daß die bewaffnete, Staatsmacht, die ja auch in Deutschland den Arm der politischen Lenker umkrallt hält, den Kampf der ökonomischen Energien am Austrag verhindert,

zeigt die innere Unmöglichkeit der bestehenden Zustände. Gegen die Herren Pangalos, Kondylis, Primo de Rivera, lauter Militärs, erheben sich die Generäle; gegen Mussolini, den ehemaligen revolutionären Sozialisten, erhebt sich, vorerst noch mit dem von Mussolini selbst eindrucksvoll empfohlenen Mittel des Einzelerrors, der Geist der proletarischen Revolution. Das ist nichts Zufälliges; es beweist die Revolutionsreife dieser Länder gemäß der ideologischen Bereitschaft ihrer Bevölkerungen. Italien ist augenscheinlich für den nächsten großen Stoß am besten präpariert und die Neueinführung der Todesstrafe wird den Duce so wenig vor weiteren Bomben oder hoffentlich gleich Massenaktionen gegen seine Person und sein Regime schützen, wie die Ermordung antifaschistischer Politiker oder die Einkerkering des fast 73jährigen Anarchisten Malatesta und anderer Vertrauensmänner des Proletariats. In den übrigen Ländern, wo die Agonie des kapitalistischen Wirtschaftssystems ihren Ausdruck noch nicht im Ausprobieren neuer Regierungsarten sucht, zeigt das praktische Verhalten der Reaktion, wie angstvoll sie das Schwanken des Bodens unter sich empfindet. Ganz von der Schreckensherrschaft der rumänischen und bulgarischen oder ungarischen Henker und Meuchelmörder abgesehen, — nichts beweist deutlicher die Unterwühlung der kapitalistischen Profitwirtschaft nach dem alten Schema, als daß die englischen Kohlenbarone den für sie geschäftlich äußerst riskanten Riesenkonflikt mit der ganzen englischen Arbeiterschaft provozierten, um die Kaufkraft der Proletarier vor dem Zeitpunkt zu schwächen, in dem sie mit Forderungen an die Unternehmer auftreten würden. Wohl rechneten sie richtig, als sie auf den Verrat der Gewerkschaftsführer vertrauten, die den politisch-revolutionären Auftakt des Kampfes, den Generalstreik, in kürzester Zeit abzuklopfen verstanden; wohl stimmte auch ihre Kalkulation, daß die Leiparteien des Auslandes den Streikbruch besonders der deutschen Gruben- und Transportarbeiter organisieren und mit Geldsammlungen für die englischen Arbeiter bemänteln würden, — dennoch bedeutet der jetzt halbjährige Kampf, der bestenfalls mit der teilweisen Abwehr der Versklavungspläne der Montanherren enden wird, die Einbeziehung des englischen Proletariats in die revolutionäre Weltbewegung. Ueber kurz oder lang wird auch dieser Kampf aus dem Stadium der Streikmaßnahmen gegen Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen herauswachsen und zum Angriff der Ausgebeuteten gegen das System der Ausbeutung werden. Grade England, in dessen Volkscharakter der Sinn für selbstverantwortliche Initiative stärker ausgeprägt ist als in allen andern Nationen, hat alle Anwartschaft, das Land der revolutionären Zukunft zu werden. — Die Amerikaner mögen sich gegen das Vordringen der revolutionären Sintflut noch am sichersten fühlen. Sie haben noch weite Flächen unbesiedelten fruchtbaren Landes zu vergeben, und das Industrieproletariat in den Großstädten sucht man mit den raffinierten Me-

thoden des sehr weitschauenden Mammutausbeuters Ford — hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, Gewöhnung an bescheidenen Komfort — denkfaul und zufrieden zu machen. Trotzdem beherrscht die Angst vor dem, was man in den Vereinigten Staaten mit allumfassender Bedeutung „Bolschewismus“ nennt, die Politik der besitzenden Klasse in einem Maße, der in der Affäre der italienischen Anarchisten Sacco und Vanzetti in klarster Erscheinung tritt. Die Wiederholung des Justizmordes von 1887 scheint für dieses Mal abgewendet, der durch 6 Jahre lärmende Protest des internationalen Proletariats hat die fälschlich des gemeinen Mordes beschuldigten Vertrauensmänner der revolutionären Arbeiter gerettet. So stark wie zu Johann Mosts Zeiten, als es die Yankees noch wagen konnten, den Chikagoer Genossen unter verleumderischen Beschuldigungen den Strick um den Hals zu legen, ist also der amerikanische Dollar-Despotismus der Stimme der Weltrevolution gegenüber nicht mehr. Und sie wissen alle, die Weltbeherrscher in allen Ländern, daß die Schwefelwolke tief über Sodom liegt. Nur in Deutschland spürt man noch nichts. Da „rationalisiert“ man für die Ewigkeit, da drücken sich Arbeit und Kapital — Silverberg und Leipart — ergriffen die Bruderhand. Da kann es wetterleuchten und donnern, soviel es mag: wir haben ja keine revolutionäre Situation, wir haben Zeit genug, daß sich das revolutionäre Proletariat gegenseitig Verleumdung und Dreck anschmeißt.

Ihr laßt die Armen schuldig werden . . .

Die Reichseisenbahn-Gesellschaft hat Glück gehabt. Nach einem Dutzend Entgleisungen, Zusammenstößen und anderen Betriebsunfällen wurde auf einen Schnellzug ein gewaltsamer Anschlag unternommen. Jetzt redete man nicht mehr von Unglücksfällen, sondern nur noch von Attentaten, wodurch erreicht wurde, daß in der Tat an etlichen Orten des Deutschen Reiches viertel- und halbwüchsige junge Leute dazu angeregt wurden, Klamotten auf Eisenbahnschienen zu sammeln, um auch mal dabei zu sein, wenn ein paar Dutzend Leute umkommen oder Arme und Beine verlieren. — Die „Rationalisierung“ der deutschen Wirtschaft besteht wesentlich im Abbau von Arbeitskräften und in der Entziehung des verdienten Lohnes für geleistete Arbeit (der christliche Katechismus zählt solche Vorenthaltungen des verdienten Lohnes unter die himmelschreienden Sünden). Hätte man den beiden armen Teufeln Arbeit und Lebensmöglichkeit gegeben, die in Leiferde die Katastrophe herbeiführten, um einen Gepäckwagen auszurauben, das heißt, sorgte man allenthalben dafür, daß da, wo Arbeit nötig ist, auch Arbeit vergeben wird, dann brauchte man weder über Unglücksfälle zu klagen, noch nach „Attentätern“ zu suchen. Es gibt Menschen, die das Attentat der Reichsbahn gegen die Arbeiter für verbrecherischer halten, als das Attentat zweier Arbeitsloser gegen die Reichsbahn.

Auf Anfragen.

Die "Mitteilung", die als Prospekt versandt wurde, um auf das Erscheinen des FANAL vorzubereiten, hat mir neben vielen ermutigenden Zurufen und Glückwünschen und der Mordandrohung eines anonymen Antisemiten eine Reihe von Fragen eingebracht, zumeist des gleichen Inhalts. Die am häufigsten wiederholten Interpellationen seien hier ein für alle Male beantwortet.

1). Beiträge von Mitarbeitern werde ich bestimmt nicht bringen. Ich war annähernd 6 Jahre lang, während ich in bayrischer Festungshaft saß, so gut wie ganz behindert, meine Gedanken zu den Problemen der Zeit öffentlich zu äußern. Seit meiner Freilassung (Weihnachten 1924) fand ich kein Blatt, in dem ich nach Bedürfnis und Belieben und unbeeinträchtigt von redaktionellen Bedenklichkeiten sagen konnte, was ich zu sagen habe. So gönne man mir doch die lumpigen 16 Seiten im Monat, um endlich die Ideen zu propagieren, die sonst nirgends gedruckt werden.

2). Inserate möchte ich, solange es durchführbar ist, nur soweit aufnehmen, wie dadurch revolutionäre Tendenzen oder literarische Unternehmungen gefördert werden können, die durch Tauschanzeigen bereit sind, ihrerseits die Verbreitung des FANAL zu fördern. Sollte sich herausstellen, daß das Blatt auf die Dauer durch Abonnenten und Einzelkäufer allein nicht existieren kann, sollte ich also vor die peinliche Alternative gestellt werden, entweder geschäftliche Marktware anzuzeigen oder wieder zu völligem Schweigen verurteilt zu sein, so würde ich die Aufnahme harmloser, streng zensurierter Annoncen wahrscheinlich vorziehen. Ich bitte die Leser, mich durch eifrige Werbung von Abonnenten vor solcher Konzession des Gewissens schützen zu helfen.

3.) Den Umschlag des FANAL zeichnete F. Rumler-Siuchninski.

4). Organisiert bin ich in der 1924 begründeten "Anarchistischen Vereinigung Berlin". Die Gründer dieser Vereinigung traten damals aus der "Föderation kommunistischer Anarchisten" aus denselben Gründen aus, die mich veranlaßten, ihr nicht beizutreten, wegen der Autoritätsansprüche einer sich unter dem Namen "Geschäftskommission" verbergenden Führer-Zentrale. Da diese Zentrale sich sogar weigert, die Veranstaltungen der Anarchistischen Vereinigung im Kalendarium ihres Zentralorgans anzuzeigen, bezahlte Inserate der Vereinigung aufzunehmen und Propaganda- und Broschürenmaterial der Föderation nicht angeschlossenen Anarchisten zu verbreiten, sollen die Mitteilungen der Anarchist. Vereinigung Berlin fortan regelmäßig in FANAL Aufnahme finden. Es sei jedoch betont, daß FANAL nicht als Organ der Vereinigung anzusehen ist, sondern durchaus selbständig die persönlichen Auffassungen des Herausgebers zum Ausdruck bringt.

5). Jawohl, es werden auch Proben meines dichterischen Schaffens in FANAL erscheinen. Daneben beabsichtige ich auch, Bücher, deren Inhalt mein Interessengebiet berührt, zu rezensieren.

Vertriebsstellen des „FANAL“ f. revolutionäre Organisationen:

Werner Höme, Dresden-A., Ziegelstr. 53
 Hubert Pootmann, Düsseldorf, Johannstr. 54 pt.
 Hans Dahms, Hörde-Berghofen, Freistr. 3.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bin.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

- Donnerstag, **7.** Oktober: Gen. BERTHOLD CAHN über „Anarchismus und psychologische Geschichtsauffassung“.
- Donnerstag, **14.** Oktober: Gen. MRATSCHNY über „Das Rußland von heute“.
- Donnerstag, **21.** Oktober: Gen. ERICH MÜHSAM über „Die Rote Hilfe und die linken proletarischen Organisationen“.
- Donnerstag, **28.** Oktober: Gen. HERBERT WEHNER über „Jungproletariat und Anarchismus“.

=====
Gäste stets willkommen. =====

Zuschriften an G u s t a v L ü b e c k , Neukölln, Ziethenstr. 10 IV



Die revolutionär-anti-militaristische Wochenschrift

mit den Beilagen: „Freie Jugend“ und „Proletarischer Kindergarten“

Die Schwarze Fahne ist von Ernst Friedrich herausgegeben und erscheint jede Woche illustriert in Deutschland Oesterreich und der Schweiz. Einzelne Nummer 20 Pf.

Die Schwarze Fahne kämpft gegen das uniformierte Berufsmörder-tum und unterrichtet stets über Praxis und Theorie des internationalen antimilitaristischen Kampfes.

Die Schwarze Fahne wird auch von Polizei und Staatsanwalt eifrig gelesen und ist für monatlich 96 Pf. zu abonnieren durch die Post oder den Verlag: Berlin C 2, Parochialstr. 29.

*Bücher und Schriften
von Erich Mühsam*

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten

Der Malik-Verlag / Berlin 2. Auflage 1924

Preis brosch. RM 1.60, gebd. RM 2.40

~ ~ ~

BRENNENDE ERDE

VERSE EINES KÄMPFERS

Kurt Wolff Verlag / München 1920

Preis brosch. RM 2.00, gebd. RM 3.00

~ ~ ~

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren

Verlag „Der Syndikalist“ Berlin 1925

Preis brosch. RM 1.00, gebd. RM 2.00

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

November-Betrachtung — Zellenordnung in
der Ordnungszelle — Unsere Lieblinge —
Wirtschaftsriedlichkeit — Bücher



Jahrgang 1

BERLIN

November 1926

DREIS 30 DTG.

Nr. 2

DREIS 30 DTG.

Bücher u Schriften von Erich Mühsam

JUDAS Arbeiter-Drama in 5 Akten — Der
Malik-Verlag Berlin — 2. Aufl. 1924 — Preis
broschiert Rm. 1,60, gebd. Rm. 2,40

BRENNENDE ERDE Verse
eines Kämpfers / Kurt Wolff-Verlag / München
1920 / Preis brosch. Rm. 2.—, gebd. Rm. 3.—

ALARM Manifeste aus 20 Jahren / Verlag
„Der Syndikalist“ / Berlin 1925 / Preis brosch.
Rm. 1,—, gebd. Rm. 2,—

REVOLUTION Kampf-, Marsch- u.
Spottlieder / Verlag „Der freie Arbeiter“, Ru-
dolf Oestreich, Berlin 1925 / Preis Rm. 0,75

SEENOT Verlag der Schriften / Wien-Ober-
St. Veit 1925 / Preis brosch. Rm. 0,40, karton.
Rm. 0,60 / Die Ballade „Seenot“ ist direkt vom
Verfasser zu beziehen.

**GERECHTIGKEIT FÜR
MAX HÖLZ** Verlag „Rote
Hilfe Deutschlands“ / Berlin 1926 / 3. Auflage
im Erscheinen) Preis Rm. 0,40

Alle in den Vorkriegsjahren erschienenen Werke von Erich
Mühsam sind vergriffen und im Buchhandel nicht erhältlich

F A N A L

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 2

November 1926

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75. (Aust. 2.05) jährlich RM. 3,50. (Aust. 4,10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bln.-Charlottenburg. Am Lützow 10

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

November-Betrachtung.

Eine Mauer der Paulskirche zu Frankfurt am Main, wo vor 78 Jahren eine Revolution von ihren Nutznießern gefühlvoll beigesetzt wurde, ward vor einigen Wochen mit der Statue eines nackten Mannes dekoriert, und die Kommentare zu den Abbildungen dieser Skulptur in den illustrierten Zeitungen belehrten uns, daß wir ein Denkmal des ersten Reichspräsidenten der deutschen Republik, des abgeschiedenen Herrn Friedrich Ebert, vor uns hätten. Welche Taten oder Eigenschaften des letzten kaiserlichen Reichskanzlers den Künstler und seine Auftraggeber grade einen männlichen Akt als würdigstes Symbol erwählen ließen, stand nirgends angegeben: vielleicht sollte das deutsche Proletariat dargestellt werden, nachdem ihm dank Eberts staatsmännischem Walten das Hemd vom Leibe gezogen war; aber dafür sieht der Mann an der Paulskirche zu muskulös und zu gut genährt aus. Grübeln wir nicht den sinnigen Eingebungen unserer von der republikanischen Muse geküßten Zeitgenossen nach. Freuen wir uns, daß die Nachfahren in der Frankfurter Kirchennische eine in Erz gegossene Erinnerung an die kaiserlose, die schreckliche Zeit von 1918—1927 werden bestaunen können, und hoffen wir, daß sie pietätvoll genug sein werden, das Denkmal des Sozialdemokraten, dem mehr als jedem andern sie die Rückkehr der Hohenzollern werden zu danken haben, unversehrt zu erhalten, ja, es zu pflegen und blank zu putzen, wie es die Republik noch an ihrem Lebensabend, acht Jahre nach ihrer Geburt, mit der Berliner Siegesallee, der marmornen Ahnengalerie Wilhelms des Pensionsberechtigten, macht.

Der November ist da! Hängt Fahnen aus den Fenstern, deutsche November-Verbrecher, rote Fahnen mit einer schwarzweiß-roten Gösch! Demonstriert, Republikaner, zum Jahrestag eurer glorreichen Revolution, durch eure Friedrich- und Kaiser Friedrich-, durch eure Wilhelm- und Kaiser Wilhelm-, durch eure Kronprinzen- und Prinz Albrecht-, Prinzessin Aurelie- und Trudelinde, Bismarck-, Moltke-, Kaiser-, Königin-, Fürsten- und Herzogstraßen, über Auguste Viktoria- und Viktoria Luiseplätze, vorbei an Hohenzollerndämmen, Habsburger- und Wittelsbacher-Alleen, unter Friedrich Wilhelms- und König Ludwigs-Monumenten, Kaiser-Gedächtniskirchen und Kaiserin-Krüppelspitälern, Königsgrenadier-Kasernen und Großherzog Kasimir Nepomuk-Eichen, demonstriert und singt das Deutschlandlied der Hakenkreuzler dazu, das euch Ebert als republikanische Nationalhymne angedreht hat. Feiert den Gedenktag der Revolution; ihr werdet so schnell keine Gelegenheit wieder dazu kriegen; denn die sie sichern wollten gegen Wilhelm und Stinnes, gegen Wegelagerer und Wucherer, — euer Noske ließ sie erschlagen, euer Ebert ließ sie in die Zuchthäuser sperren und euer Hindenburg hat Wachen davor gestellt, die sie darin festhalten.

Keine Gefahr für die Republik? Am Ende wäre wirklich nicht viel Gefahr dabei, wenn der schwarzrotgoldene Lack heruntergekratzt würde von dem trostlosen Gebilde, das hierzulande der Zukunft zu vermachen die freiheitlich Entflammten ihren Schweiß vergießen. Wer hat denn vor acht Jahren überhaupt danach gestrebt, aus den deutschen Monarchien, die im Kaiserreich verbündet waren, lauter deutsche Republiken zu machen, die bloß bei veränderten Farben die Reichsrepublik bilden würden? Wir wenigen, die in bewußter Vorbereitung auf die Revolution hin arbeiteten, gewiß nicht! Wir wollten zugleich mit der Monarchie ihren wirtschaftlichen Unterbau, den kapitalistischen Staat, zerstören, wir wollten dazu die Demokratie von Grund aufs beseitigen, den Privatbesitz an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln, mithin alle gesellschaftlichen Privilegien und alle Bedingungen zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft abschaffen und als allein bestimmende Organe der Legislative und Exekutive die Räte der den Produktionsprozeß bewirkenden Hand- und Kopfarbeiter einsetzen. An eine demokratische Republik nach westeuropäischem Muster dachten wir garnicht; an die dachten auch die Sozialdemokraten nicht. Die wollten konstitutionelles Kaiser- und Königtum, Parlamentarisierung des alten Regierungssystems, weiter nichts.

Die deutsche Sozialdemokratie war republikanisch nur in ihren programmatischen Glaubenssätzen, in der Praxis niemals. Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam 1905 verteidigte Bebel gegen Jaurès energisch die deutsche Monarchie gegen die französische Republik; ein paar Jahre später stritt er sich mit Ludwig Frank auf einem deutschen Parteitage darüber, ob als Wahlkaiser der Wittelsbacher Prinz Ludwig, der spätere letzte Bayernkönig, Bebels Kandidat, nicht dem Prinzen Max von Baden, dem späteren Wegbereiter Eberts, Franks Landsmann und Protégé, vorzuziehen sei. Im September 1912 unterbrach Vollmar im bayerischen Landtag die Rede eines Zentrumsmannes, der die Behauptung aufstellte, die Sozialdemokraten seien Republikaner, mit dem Zwischenruf: „Das ist eine Unverschämtheit!“ Drei Monate danach trottete die ganze sozialdemokratische Landtagsfraktion unter Zylinderhüten hinter dem Sarge des Prinzregenten Luitpold her, und als dann Wilhelm aus Berlin zu Besuch nach München kam, wurde der Sozialdemokrat Wittl von seinen Parteigenossen abgeordnet, um im Rathaus vor dem Gottbegnadeten Männchen zu machen. Man könnte an den „roten Ulrich“, an Dutzende anderer Hofgänger erinnern, um zu beweisen, daß die Sozialdemokraten schon vor dem Kriege so treue Stützen des Thrones waren, wie sie seither Stützen des Altars sind. Was sie sich während des Krieges geleistet haben, ist bekannt. Aber noch in den letzten Kriegstagen, als schon die ganze Welt wußte, daß die Person des Kaisers als Kontrahent internationaler Abmachungen nicht mehr in Frage kommen konnte, kämpfte die deutsche Sozialdemokratie für die kleinen demokratischen Reförmchen, mit denen sie Wilsons Gnade zu erbetteln hoffte, aber ganz gewiß nicht für die Republik. Scheidemann war Staatssekretär unter Max von Baden, dem er noch in den letzten Oktobertagen erklärte, er habe nicht die Absicht, „in diesem Augenblick das Kabinett durch die Forderung zu sprengen, der Kaiser müsse gehen.“ (Scheidemann, Der Zusammenbruch S. 199.) Am 28. Oktober erklärten „die Herren Staatssekretäre“, darunter also die Exzellenzen Bauer, David und Scheidemann, „sich vorläufig mit der Verfügung des Herrn Oberbefehlshabers abzufinden, die der Presse verbietet, die Forderung nach dem Rücktritt des Kaisers zu erheben“ (ebda. S. 201). Als sie von Wilhelms Minister Solff erfahren hatten, daß der bisherige Throninhaber aus Zweckmäßigkeitsgründen abzudanken habe, betrieben diese Republikaner eine Regentschaft für seinen ältesten Enkel, den Jüngling, der jetzt

in Münsingen den Feldherrnstab in den Tornister gelegt bekam. Am 6. November noch erklärte Noske von Kiel aus dem Marine-Staatssekretär v. Mann, er „glaube an die Wiederherstellung der alten Ordnung“. Ja, am 9. November sogar, als ausgerechnet Philipp Scheidemann, um den Anschluß an die Revolution nicht zu verpassen, die schon von Liebknecht, Ledebour und andern Linken verkündete Republik noch einmal „ausgerufen“ hatte, machte ihm „ein akademisch gebildetes Parteimitglied“ deshalb „die heftigsten Vorwürfe“. (Der Zusammenbruch S. 173).

Aber trotz der Vorwürfe blieb es bei der von Scheidemann ausgerufenen Republik! Die deutsche Sozialdemokratie ist deshalb seit nunmehr acht Jahren bis auf weiteres republikanisch. Sie ist es nicht mehr und nicht weniger, als sie früher monarchistisch war: sie hat sich mit der Republik abgefunden, d. h. keineswegs, daß die in naiver Gläubigkeit dem republikanischen Staatssystem und der schwarzrotgoldenen Fahne ehrlich ergebenen bürgerlichen Pazifisten sich etwa bei einem ernsthaften Restaurationsversuch der Fürsten ebenso sicher auf die kämpferische Abwehr der sozialdemokratischen Partei verlassen können, wie während des Krieges die Monarchie und während der 8 Jahre Republik die Monarchisten sich im Kampfe gegen den roten Umsturz auf sie verlassen konnten und können. Für die Rückkehr zur „alten Ordnung“ haben sich diese Volksfreunde das Pförtchen niemals zugeriegelt. Das zu beweisen, hatten sie die Stimmenthaltung bei der Finanzierung und Quartiersbereitung der Hohenzollern für ihre Rückkehr zur Landesvaterschaft garnicht erst nötig. Herr Südekum und seinesgleichen in Sachsen, Baden, Württemberg, Mecklenburg und in aller ehemaligen Herren Ländern haben in all den acht Jahren die Rachegötter der Zukunft beschworen, indem sie die gefräßigen Mäuler der Thronanwärter mit dem Steuergeld der deutschen Arbeiter stopften. Das Verhalten der Sozialdemokraten seit 1918 wäre absolut sinnlos, wenn die Annahme falsch wäre, sie hätten sich mit ihrer Politik der Umschmeichelung der monarchistischen Beamten, Richter und Militärs und der die Brutalität der Methoden des Sozialistengesetzes weit in den Schatten stellenden Knebelung der Arbeiterschaft gute Personalakten für die künftige Aegide Wilhelms des Sohnes oder des Enkels sichern wollen. Noske betont in seinem Buche „Von Kiel bis Kapp“, das eine einzige Verhöhnung seiner Opfer, ein einziges Liebedienern vor den Brothern der Vergangenheit und der erhofften Zukunft ist, daß er sich gegen den Wechsel der Reichsfarben „nach-

drücklich ausgesprochen“ habe und Anfang 1919 „heilfroh“ war, „daß die Soldaten sich als regierungstreue Truppen mit schwarz-weißroten Bändern kenntlich machten“. (S. 197.) Herr Erhard Auer aber, ein sozialdemokratischer Typus, von dem hier noch vielfach die Rede wird sein müssen, bayerischer Innenminister unter Eisner und heute noch Vorsitzender der bayerischen sozialdemokratischen Partei, Vater eines Töchterchens, das er seinerzeit aus dem katholischen Erziehungsheim holte, damit es dem König Ludwig ein Geburtstagsgedicht aufsage, — dieser Herr Auer erklärte vor wenigen Jahren als Zeuge vor einem Münchener Gericht, die Republik sei nach seiner Ueberzeugung verdammt, wieder der Monarchie zu weichen, denn der von ihm bekannte Marxismus lehre, daß die Geschichte es sich nicht gefallen lasse, daß man sie ganze Entwicklungsreihen überspringen lasse; in den deutschen Ländern sei aber erst die konstitutionelle Monarchie dran gewesen, ehe an die republikanische Staatsform zu denken gewesen wäre. Da lächelten die Auguren und die bürgerlichen Richter bestätigten dem Kollegen Eisners, daß seine Blumenspende an dessen Mörder eine einwandfreie Betätigung gesellschaftlicher Höflichkeit gewesen sei.

So sehen die Republikaner aus, auf deren Gesinnungsstärke die wohnliche Stätte errichtet ist, in der wir hausen dürfen. So präsentieren sie sich dem rückschauenden Auge nach acht Jahren „Revolution“. Eine Geschichte dieser acht Jahre zu schreiben, erübrigt sich. In den Zuchthauszellen der politischen Gefangenen ist sie zu lesen; da sitzen heute noch die revolutionären Arbeiter, die 1919 für eine vom Kapitalismus befreite Räterepublik, 1920 gegen die Kapp-Offiziere, 1921 gegen die Stabilisierung der Ebert-Reaktion, 1922 gegen die nationalistischen Morde, 1923 gegen die entsetzliche Volksausplünderung durch Inflation und Deflation und gegen die von der Schwerindustrie zur Sicherung des Raubes bewaffneten Hakenkreuzritter gekämpft haben und die in den drei letzten Jahren an den Fesseln des Hungers, des Elends, der Arbeits- und Obdachlosigkeit, der Justizwillkür und der Versklavung durch das Unternehmertum zu zerren wagten. Die proletarischen Gefangenen aus all diesen acht Jahren spiegeln das Bild der freiesten Republik der Welt an ihrem Jubeltage, und zugleich reflektiert ihr Bild aus den Dielen und Bars, wo sich die Nutznießer dieses Staatsbetriebes mästen, die Gauner und Schieber der Republik, alle die Hofschranzen und Protzenhuren, die Leuteschinder des Krieges und der kapitalistischen Wirtschaft und

mit ihnen die nationalistischen Mörder und Mörderfreunde, deren Schandtaten jetzt in einem parlamentarischen Leisetreter-Ausschuß beredet und begrunzt werden, damit alle Welt sehe, daß sie die Amnestie nicht nötig haben, die die Republik den ehrlichen Kämpfern für ihre Klasse erbarmungslos versagt.

Keine Gefahr für die Republik? Herr Severing, der große Republikaner, der 1920 das Bielefelder Abkommen drehte und damit die Kappisten zu Siegern machte, der 1921 mit Hörsing zusammen den mitteldeutschen Bürgerkrieg organisierte und zum Lohn dafür die preußische Polizei bis in den gegenwärtigen Herbst hinein gegen die Proletarier schleifen durfte, hat einmal erklärt: so lange er an seinem Posten stehe, werde es keinen Putsch geben. Nun ist er von seinem Posten abgetreten, — es kann also wohl los gehn. Daß die sozialdemokratische Partei bei der Wahl seines Nachfolgers ernstlich erwog, Herrn Gustav Noske den Befehl über die preußischen Polizei-Karabiner und -Panzerwagen zu übertragen, läßt darauf schließen, wie weit es an der Zeit ist. Herr Grzesinsky ist ja auch ein bewährter Mann. Die Reichswehr bekommt zugleich ebenfalls einen neuen Kommandeur und zu alledem ergeht an die Sozialdemokratie die Einladung der Industrie, wieder Reichsminister abzuordnen. Das geschieht immer dann, wenn die Reaktion einen großen Schlag gegen das Proletariat plant: zuletzt 1923, um den Reichswehrzug nach Sachsen unter der Deckung und verantwortlichen Zeichnung echter Republikaner und Arbeiter-Vertreter unternehmen zu können. Jetzt steht ein Hungerwinter bevor, den zu bekämpfen die achtjährige Republik des kaiserlichen Feldmarschalls keine Kohlen noch warmes Essen für die Armut haben wird. Ihr Ersatz für diese guten Dinge ist der Belagerungszustand. Wo aber bei uns das Ausnahmerecht herrscht, da sind Wilhelms Kronenputzer nicht weit. Und die Einladung nach Homburg ist schon ergangen.

Die Republik in Gefahr? — Welche Republik — — ?

Zellenordnung in der Ordnungszelle.

Am 17. Januar 1923 geschah es zum ersten und einzigen Mal während der mehr als 5½ jährigen Dauer meiner Festungsgefangenschaft in Bayern, daß eine Beschwerdeschrift die Bastille von Niederschönenfeld verließ, die von sämtlichen, einander keineswegs in ungetrübter Kameradschaftlichkeit, erst recht nicht in der Einmütigkeit des politischen Bekenntnisses verbundenen Gefangenen ohne jede Ausnahme unterzeichnet war. Sie war adressiert an

den Eingaben- und Beschwerdeausschuß des bayerischen Landtags und mit dem Kennwort versehen: „Betr. Tod des Landtagsabgeordneten August Hagemeister“. Die von mir verfaßte Eingabe, deren Inhalt ich mit geringfügigen Modifikationen, die sich auf erst später bekannt gewordene, die Strafvollstreckungsorgane in keinem Punkt entlastende Details beziehen, halte ich aufrecht, mit besonderem Nachdruck die darin ausgesprochenen Werturteile über die rechtswidrige, unwürdige und rohe Behandlung des Kranken in seiner Isolierzelle. Ich wiederhole, obwohl die gleiche Behauptung dem Schriftsteller Albert Winter vor vier Wochen eine Verurteilung zu 2 Monaten Gefängnis wegen übler Nachrede eingetragen hat, die Aufstellung, die als zwölfter Punkt unsrer Anklagen den ersten Teil der am Tage nach dem Tode Hagemeysters abgesandten Eingabe zusammenfaßte:

„12.) Der Tod des Abg. Hagemeister ist somit durch das schuldhafteste Verhalten der für sein Leben und seine Verurteilung verantwortlichen Beamten, nämlich des Festungsvorstandes selbst, der ihn vertretenden Aufsichtsorgane und vor allem des Anstaltsarztes verursacht worden. (§ 222, Abs. 2 des St. G. B.)“.

Der zitierte Paragraph des Strafgesetzbuchs handelt von der fahrlässigen Tötung eines Menschen und sein zweiter Absatz verschärft die Strafbarkeit, „wenn der Täter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war.“ Daß der in diesem Strafgesetz bedrohte Tatbestand erfüllt war, wenn auch nur ein Teil der von sämtlichen Haftgenossen des Toten bestätigten Handlungen und Unterlassungen zu beweisen war, mußte jeder bayerische Landtagsabgeordnete, dem unsre Beschuldigungen zu Gesicht kamen, auf den ersten Blick erkennen. Der bayerische Landtag hätte also die Pflicht gehabt, vom Justizminister die Beauftragung der zuständigen Staatsanwaltschaft mit der Einleitung eines Strafverfahrens zu fordern. Weder ich noch einer der Mitunterzeichner der Eingabe war allerdings so naiv, vom Landtag die Erfüllung dieser Pflicht zu erwarten, obgleich es ja nichts Alltägliches für Abgeordnete einer gesetzgebenden Körperschaft ist, von sämtlichen Tatzeugen, die außerhalb des Kreises der Bezichtigten etwas wissen müssen, einstimmig zu erfahren, daß ihr eigener Parlamentskollege in einer ihrer Kontrolle zugänglichen staatlichen Anstalt durch die Schuld von Beamten, denen sie das Gehalt zu bewilligen haben, unter höchst verdächtigen Umständen elend zu Grunde gegangen sei. Der bayerische Landtag tat mit unserer Eingabe denn auch dasselbe, was er seit dem Jahre 1919 mit sämtlichen Eingaben getan hat, die ihm nur je von eingesperrten Politikern nichtmonarchistischer Ueberzeugung zugegangen sind: er ging darüber zur Tagesordnung über. Ich habe bei jeder meiner Beschwerden an die deutschen Regierungen und Parlamente gewußt, daß ich den Teufel bei seiner Großmutter verklage. Es gab nur keinen andern Weg als diesen, um mit relativer Sicherheit überhaupt wahre Mitteilungen über unsre Behandlung aus dem Kerker herausgelangen

zu lassen. Jeder Versuch, es in privater Korrespondenz unter Kontrolle der Anstaltszensur auch nur in Andeutungen zu tun, führte nicht bloß zur Konfiskation der Wahrheit, sondern auch zu den haarsträubendsten Disziplinar-Brutalitäten gegen den Briefschreiber. Das Hinausschmuggeln umfangreicher Schriftstücke war doch immer eine gefahrvolle und nie ganz sichere Methode.

Im Falle Hagemeister wäre es nun in der Tat auch für einen andern Landtag schwierig gewesen, eine Strafverfolgung der von uns beschuldigten Beamten herbeizuführen. An wen sollte er sich wenden? Der Justizminister, dem die Staatsanwälte unterstellt sind, hatte, wenn schon nicht in eigener Person, so doch mittelbar, selber Dreck am Stecken. Der gesamte Strafvollzug gegen die (nichtmonarchistischen) Festungsgefangenen entquoll den Geheimverfügungen, die aus dem Arbeitszimmer des zuständigen Referenten, eines Ministerialrats Dr. Kühlewein, in nie versiegender sadistischer Erfindungsproduktivität nach Niederschönenfeld strömten, und zwar in Konsequenz des ersten dieser administrativen Erlässe, mit dem der demokratische Justizminister Dr. Müller-Meinigen — derselbe, der am 10. April 1916 im Reichstag auf Karl Liebknecht mit den Fäusten losdroste — alle unsre jahrelange Schinderei einleitete, auch die, die zu dem scheußlichen Ende Hagemeysters führte. Dieser Müller-Meinigen (er hat nach der Niederlage der Räterepublik das Todesurteil gegen Eugen Leviné und gegen 8 Rotgardisten unterzeichnet und vollstrecken lassen und keinen der Mörder von rechts verfolgt) gab nämlich schon 1919 die Weisung an die Festungsvorstände aus, daß die an uns zu vollziehende Strafe „sukzessive zu verschärfen“ sei. Das hat man 5 volle Jahre hindurch getan, während zugleich der Mörder Graf Arco die Gerechtigkeitsliebe des Zeitgenossen Müller von der gezuckerten Seite kennen lernte. Sämtliche Nachfolger des demokratischen Justizministers, der Völkische Dr. Roth, der Bayerische Volksparteiler und christliche Frommbold Graf Lerchenfeld, und der Deutschnationale Gürtner kannten die gegen uns angewandten Bändigungsmittel, wußten, daß sie ungesetzlich waren und deckten sie und ihren Erfinder Kühlewein. Aber selbst angenommen, der Justizminister hätte den Befehl geben wollen, unsrer Anklage nachzugehen, — wer hätte ihn ausführen müssen? Der Augsburger Oberstaatsanwalt Kraus, der Herr, der zwar Mörder freilassen konnte, wenn ihn ein Escherichscher Ladenschwengel dazu aus dem Amt holte, dem doch aber kein Mensch zumuten konnte, sich selbst zum Angeklagten zu machen! Derselbe Kraus nämlich, den jetzt die ganze Welt als hilflosen Stammler sich vor dem Femeausschuß in München drehen und winden sah, den kennen wir, die wir in Niederschönenfeld republikanische Gerechtigkeit am Urquell studieren durften, in der Haltung des Triumphators, und es muß ihm bestätigt werden, daß seine Tapferkeit gegen Wehrlose ohne Grenzen war. Herr Dr. Roth, der, wenn Hitlers Putsch kommunistisch gewesen wäre, heute im Zuchthaus Straubing säße, hatte, als er Minister war, Kraus ausersehen, uns als Festungsvorstand Disziplin beizubringen, — und Kraus erklärte uns: „Ich befehle und Sie haben

zu gehorchen. Ich habe Ihnen Ihre Strafe als Strafe fühlbar zu machen und bin dabei an keinerlei Vorschriften gebunden. Beschwerden haben keinen Zweck, sie gehn doch alle durch meine Hände und ich bin in allem von meinen vorgesetzten Stellen gedeckt.“ Wer sich trotzdem beschwerer wollte, wurde von dem Mann, gegen den sich die Beschwerde richtete, mit Einzelhaft und noch einem halben Dutzend andrer Annehmlichkeiten bestraft; unser Beschwerderecht wurde erst wieder anerkannt, als Kraus von uns fort versetzt und als Oberstaatsanwalt in Augsburg zu der einzigen Stelle ernannt war, bei der wir uns beschweren konnten. Sein Nachfolger Hoffmann, der seinen Befähigungsnachweis, politische (nichtmonarchistische) Gefangene zu dresieren, durch die beispiellose Greuelregie des sogenannten „Geiselmord“-Prozesses erbracht hatte, in dem er den öffentlichen Ankläger spielte, war noch schlimmer als Kraus, von dem er seine Anweisungen bezog und der bis zum letzten Tage unsrer Haft das Aufsichtsorgan über die Anstalt blieb. Kraus war also für alles, was in der Festung verübt wurde, unmittelbar mitverantwortlich. Sollte er vielleicht irgend einem Kriek den Auftrag geben, einen Todesfall, den seine Praktiken herbeigeführt hatten, zum Gegenstand einer Strafuntersuchung zu machen? So ging's also nicht. Vielleicht ging's anders.

Die über Hagemesters merkwürdiges Ende nach München dringenden Gerüchte veranlaßten die Kommunisten und Sozialdemokraten denn doch, einen besonderen parlamentarischen Untersuchungs-Ausschuß zu verlangen, der die tatsächlichen Zustände in Niederschönenfeld feststellen sollte. Der Ausschuß, zu dem die Kommunisten überhaupt keinen Vertreter stellen durften, trat zusammen und tat dasselbe, was alle bayerischen Landtags-Ausschüsse bei solchen Gelegenheiten immer getan hatten: er hörte sich den für die ganze Schweinerei Hauptverantwortlichen an, den vielseitigen Kühlewein, der uns beschimpfte und verleumdete — ich habe ihn schon einmal gebeten, mich wegen dieser Beschuldigung zu verklagen—, und dann beschloß der Ausschuß, von einer Untersuchung an Ort und Stelle und von der Vernehmung irgend eines von uns Anklägern abzusehen und sich in Wohlgefallen aufzulösen. Dieser Beschluß wurde von allen Parteien bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und gegen die Stimme eines einzigen von ihnen, gefaßt, des früheren Unabhängigen August Fischer; der kannte nämlich die Festung als Einziger von innen. Als dann der Vorsitzende des Ausschusses Bericht erstattet hatte, und, da dieser Berichtstatter Dr. Müller-Meinigen hieß, wieder ein Riesenkübel Dreck über uns hingeflossen war, da sollte auch noch darüber im Landtag diskutiert werden, daß ein Abgeordneter des Hauses als politischer Gefangener zu Tode gebessert worden war. Aber das war der christlichen Regierungspartei denn doch zu lächerlich. Verhindern konnte sie es nicht, aber sie ließ durch ihren Präses erklären, daß sie niemanden in dem Vergnügen stören wolle, die gute Zeit des Parlaments mit solchem Zeug zu verträdeln (dieser Ausdruck fiel wörtlich) und inzwischen den Saal verlassen

werde. Der diese Erklärung abgab, um einem Toten die Geringschätzung der bayerischen Regierungschristen in die Urne nachzurufen, war ein gewisser Held, derzeit Ministerpräsident des bayerischen „Freistaates“.

Damit waren die Versuche, den Tod Hagemesters einer Prüfung zu unterwerfen, noch immer nicht abgeschlossen. Der Festungsgefangene Toller richtete an die Staatsanwaltschaft in Neuburg Strafanzeige wegen fahrlässiger Tötung gegen den Festungsvorstand Hoffmann und den Festungsarzt Dr. Steindl. Jetzt mußte also das Verfahren eröffnet werden. Es wurde wieder eingestellt, nachdem sich der Staatsanwalt von der Unhaltbarkeit der Beschuldigung überzeugt hatte. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, vernahm er die der Tötung bezichtigten Beamten, ihre mitschuldigen Vorgesetzten und ihre von ihnen abhängigen Unterbeamten. Von uns Freunden und Haftgenossen wurde niemand vernommen, nicht einmal der Strafantragsteller selbst.

Oft und oft habe ich bemüht, durch die Justizverwaltung provozierende Reden als Angeklagter vor Gericht zu kommen, um doch noch zur Klärstellung des Falles beizutragen. Aber sogar, als ich im Sommer 1925 auf dem Reichskongreß der Roten Hilfe im Berliner Herrenhaus das Verfahren gegen Hagemester im Vergleich mit der Angelegenheit Höfle klar heraus, als kalten Mord bezeichnet hatte, tat man mir nichts. Jetzt endlich durfte ich als Zeuge nach München und beschwören, was ich weiß. Es war ein sogenanntes Schwurgericht, das gegen Winter verhandelte, nämlich das, was Herr Emminger, auch übrigens seines Standes ein Augsburger Staatsanwalt, der in dieser Würde selber in Niederschönenfeld mit Spitzeln, die unter uns saßen, verhandelt hat, — was der Reichsjustizminister Emminger von einem Schwurgericht übrig gelassen hat. Es hörte uns Zeugen mit großer Geduld an; ich konnte fast eine Stunde lang sagen, was ich wollte, und es tat wohl, so allerhand zu sagen, während unsre Quälgeister — leider fehlten die Oberkerkermeister Hoffmann und Kraus unter ihnen — hinter mir auf der Zeugenbank saßen. Nun, das Gericht hat zwar alles angehört, was wir Haftgenossen Hagemesters zu berichten hatten, und man hätte meinen können, daß es arg genug war, um im Urteil gegen Winter verwertet zu werden. Aber sieh da, als das Urteil gesprochen, 2 Monate Gefängnis verhängt waren, da hatten unsre Eide nicht gewogen. Gewogen hatten auch vor den Geschworenen nur die Eide der beschuldigten Beamten und ihrer Vorgesetzten und Untergebenen, — und das schwerste Gewicht hatte das schon einmal durchgeführte und wieder eingestellte Verfahren des Neuburger Staatsanwaltes, bei dem bekanntlich die Aussagen der Herren, die im Prozeß Winter als Belastungszeugen fungierten — weil sie die eigentlichen Angeklagten waren — genügt hatten, um unsre Vernehmungen gänzlich überflüssig zu machen. In diesem Verfahren, befand das Münchener Schwurgericht, dem Verfahren also eines Staatsanwalts, der dem Oberstaatsanwalt in Augsburg, Herrn Kraus, unterstellt ist, war schon einwandfrei festgestellt worden, daß an dem ganzen Gerede, Hagemester sei am bayerischen Strafvollzug verendet, kein wahres

Wort sei: woraus wiederum zu erkennen, mit welch leichtfertiger Frivolität der Angeklagte übel nachgeredet habe.

August Hagemeister ist tot. Keine Anklage und keine Verteidigung kann ihm noch dienen. Trotzdem ist es nötig, selbst auf die Gefahr hin, wieder einmal Objekt des deutschen Strafvollzugs zu werden, den Lärm zu erneuern und zu verstärken. Die Witwe Höfles erhält Entschädigung für den Tod ihres Mannes. Die Witwe Hagemeysters prozessiert zur Zeit gegen den bayerischen Staat um Schadloshaltung. Es ist zu befürchten, daß im Prozeß gegen den Fiskus sich das Gericht auf das Urteil der Geschwornen stützen wird, wie sich das Urteil der Geschwornen auf die „Ermittlungen“ des Neuburger Staatsanwalts stützte. Und noch ein andres ist wichtig: noch heute, während Mordverdächtige und Mörderkumpane sich ungefährdet in München vor einem Reichstagsausschuß zur Schau stellen können, sitzen im Zuchthaus zu Straubing viele brave Kämpfer aus der Zeit der bayerischen Räterepublik, darunter Alois Lindner, der Rächer Eisners, darunter auch die schändlich verlästerten Rotgardisten, die zufällig im Luitpoldgymnasium Dienst taten, als dort die der Stempelfälschung und der weißgardistischen Spionage überführten Untersuchungsgefangenen füsiliert wurden, lauter Männer, denen das Gericht attestiert hat, daß sie nicht mit geschossen haben. Der Strafvollzug in Bayern, der sich an keine Vorschriften gebunden hält, wie Kraus ausdrücklich bestätigt hat, ist grausamer als irgendwo in Deutschland. In den letzten Wochen lasen wir: Max Hoelz im Hungerstreik, um gegen den Strafvollzug in Groß-Strehlitz zu protestieren; die politischen Gefangenen in Kottbus, die politischen Untersuchungsgefangenen in Honnef im Hungerstreik; und in Wartenburg in Ostpreußen Aufruhr zwar nicht der politischen, aber der kriminellen Gefangenen wegen der mittelalterlichen Torturen, die dort im Zuchthaus der Brauch sind, in einem Zuchthaus, in dem die armen Genossen vom Königsberger Niedner-Prozeß leiden müssen, die im Herbst 1923 ein Waffenlager von selbstverständlich unverfolgt gebliebenen völkischen Putschern ausgenommen hatten. Aus all diesen Justizhöhlen schlägt der Jammer herauf bis ans Ohr der Menschen im Freien; was aber in Straubing geleistet werden mag, um der Autorität der bayerischen Gerechtigkeit bei hoffnungslos Ausgelieferten Geltung zu verschaffen, das vermag nur dunkel zu ahnen, wer diese Gerechtigkeit in der Nähe hat fauchen sehn. Die sie ausüben, sind immer noch dieselben Typen, ohne deren Wirken es nie einen Fall Hagemeister gegeben hätte. So lange sie gerechtfertigt zu sein scheinen, wird das Los unsrer Freunde in Straubing trostlos bleiben. Denn auch an der Spitze der bayerischen Justizverwaltung steht noch derselbe Minister mit demselben Kühlewein, der unsre Anklage der fahrlässigen Tötung eines schwerkranken Gefangenen damit beantwortete, daß er die drei namentlich von uns bezeichnete Beamten im Range beförderte, den Werkmeister Fetsch zum Oberwerkführer, den Anstaltsarzt Dr. Steindl zum Medizinalrat und den Staatsanwalt Hoffmann zum Oberregierungsrat.

Die Solidarität der Bürokratie in Ehren. Möge sie erfahren, daß es auch eine Solidarität ihrer Opfer gibt!

Unsere Lieblinge.

Willkommen in Berlin, guter Fremdling! Siehe, wenn du die Stadt betrittst, grüßt auf dem Bahnhofsplatz schon dich sinniges Gewinde von Immergrün, das sich festlich rankt um die Einladung auf verregneter Pappe: Auf auf zur großen internationalen Polizei-Ausstellung in den Avus-Hallen zu Witzleben! Ei, da lacht dein Herz und du freust dich des neckischen Einfalls des Farbenscherzes. Denn ist nicht Immergrün das ausdrucksvollste Sinnbild von Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande Severings und Grzesinskis? Wo du gehst und stehst, was du tust und treibst, wird es dir immergrün vor den Augen; unsre Lieblinge regeln deinen Verkehr und dein Benehmen, deine Ueberzeugung und deine Sitten, dein Vergnügen und deine Registrierung. Immergrün und Manchmalblau — auf auf zur großen Avus-Schau!

Und nun gelangst du hinaus zu den lehrreichen Hallen, wo du erfahren willst, wie du straihar wirst und was alles man anstellt, um dich zu erwischen. Schon von weiten tönt dir das Delikt der Ruhestörung entgegen; es ist ein Lautsprecher, der bereits eingesperrt ist, aber dennoch aus seinem engen Kasten polizeiwidrige Gesänge von Heimlichkeit und Liebeslust schrecklich hervorbrüllt. Er haust unter einer hölzernen Ueberführung der Straße, die dort als Ersatz für die nicht gelungene Ueberführung der von der Polizei gesuchten Feme- und Breslauer Kindermörder aufmontiert ist. Du zahlst blos 1 Mark 50 für den Eintritt und ebensoviel für den Katalog, verdienst dann aber dadurch viel Geld, daß du den zahllosen Mädchen, die dir ihre Lose aufbürden wollen, keins abkaust. Dann läßt du dein entzündetes Auge scaweißen und bewunderst den Fleiß der kommandierten Lieblinge, die trotz des Streiks der Zimmerleute den Grünen-Wald aufgebaut so hoch da droben. Du schreitest auf einen ausgestopften Schutzmann zu und fragst ihn, wo denn die Achtgroschenjungen ausgestellt seien. Aber da tritt dir schon ein solcher lebendig auf den Fuß und du merkst, daß die wie die Flöhe auf dem Pudel im Publikum verstreut sind. Plötzlich aber siehst du ein bekanntes Gesicht in der Menge und dann wieder: eins und immer wieder, und du merkst, daß es immer dasselbe Gesicht ist, das Gesicht des Kriminalers, der dich stets im Verdacht hat, du wolltest stehlen oder den Dachstuhl anzünden oder gar die Internationale singen. Du drängelst dich weiter und freust dich mit dem Publikum, daß du Karabiner zu sehen bekommst und Gummiknüppel, Seitensmesser und Revolver, Kampfswagen und Panzerautos, die dich beruhigen werden, wenn du mal in Aufregung geraten solltest. Schau, da steht ja ein richtiges Modell vom Leunawerk und da kannst du genau erkennen, wie unsere Lieblinge anrücken und dir den Pelz versengen, wenn du den Abstand vom Aufstand nicht beobachtest. Und während dein Liedchen noch summt: Bei Leuna sind viele gefallen, ja, bei Leuna floß Arbeiterblut, — siehst du am nächsten Modell schon, wie es im Bürgerkrieg zugeht, wenn deinen Brüdern und Kameraden der Bauch zu laut knurrt und die Immergrünen und Manchmalblauen ihnen Knallerbsen geben und dabei das Dorf abriegeln. Na, aber dann kommst du an einen großen mechanischen Webstuhl und kannst stundenlang zusehen, wie unsern Lieblingen der Hosenstoff in Kilometern zufließt. Oh, noch viel Schönes und Interessantes ist da in den drei großen Hallen hochgestapelt. Wo allerdings der Mord im Gebüsch gezeigt wird und wie unsre Lieblinge vom Tatort zum Täter gelangen, da wirst du wenig zu sehn kriegen, armer Fremdling, denn da steht das Publikum so begeistert

ringsum, daß dein Blick kaum ein paar Blutstropfen an der frischen Leiche erhaschen wird und du hast bloß die halbe Freude. Dafür siehst du aber in der politischen Abteilung die Freunde, die mal von einer besseren Welt geträumt haben, als abschreckende Exempel an den Wänden hängen und kannst dich da oben an Gefängniszellen und Eisenbahnkäfigen modernster Konstruktion und sogar an der köstlichen Erfindung einer wohl assortierten Motor-Galeere erbauen. Ja, unsre Lieblinge stehn auf der Höhe der Kultur und wenn du die Stätte der Witzlebener Ausstellung verläßt, traurig, in den paar Stunden, die dir zu Gebote standen, nur einen geringen Teil all der Herrlichkeiten gesehn zu haben, die dir Ruhe, Sicherheit und Ordnung und eine Gratis-Photographie im Verbrecheralbum verbürgen; wenn du zum Schluß nur noch im Vorbeigehn den Zwinger berührt hast, in dem die auf den Menschen gekommenen Polizeihunde so höflich und friedfertig daliegen, daß du meinen möchtest, du seiest in eine Friedensburg getreten, — hei! dann wendest du wohl befriedigt den Blick zurück: Ave, Avus! Unser ganzes Dasein ist ein Witzleben!

Wirtschaftsfriedlichkeit.

Mit verbissener Zähigkeit führen die von ihrer Gewerkschaft-Bürokratie längst verratenen englischen Bergarbeiter den Kampf um ihre Existenz innerhalb des kapitalistischen Systems fort. Die Regierung des Herrn Baldwin vertritt, was ja auch allein ihres Amtes ist, mit ebenso zäher Verbissenheit die Interessen der Grubenbesitzer, aufs wirksamste unterstützt von der Gewerkschaft-Bürokratie der Amsterdamer Internationale, die den Streikbruch des europäischen, insbesondere des deutschen Proletariats organisiert hat und überwacht. Ihre Bemühungen, die englischen Kämpfer endlich doch gefesselt den Kapitalisten in die Hände zu liefern, wären beinahe dadurch in Gefahr geraten, daß die Hamburger Hafendarbeiter ihrer furchtbaren Not durch die Niederlegung der Arbeit zu begegnen versuchten. Es wurde daher nötig, zuerst den Hamburger Streik zu verraten, was nicht übertrieben schwierig war. Seit die deutsche Sozialdemokratie und ihre in den Zentralverbänden als A. D. G. B. firmierte Filiale den „neuen Staat“ kreierte haben, fanden sie es praktisch, der kapitalistischen Wirtschaft die Geheimnisse des Arbeiterbetrugs preiszugeben, den sie zuvor als private Vereinigung immerhin ohne gesetzliche Sicherungen verüben mußten. Sozialdemokratische Minister stahlen unter Bruch ihrer eigenen Weimarer Verfassung den Beamten das Streikrecht, schufen unter der Marke „Technische Nothilfe“ die staatliche Organisation der ständigen Streikbrecher-Bereitschaft und erfanden für den Fall des Konflikts zwischen Unternehmern und Arbeitern die sinnreiche Einrichtung des „Schlichters“. Der empfiehlt einen wirtschaftsfriedlichen Ausgleich, geht damit erst zu den streikenden Parteien und wenn er von denen hinausgeschmissen ist, zum Reichswirtschaftsminister, welcher den Schiedsspruch alsbald „verbindlich erklärt“. Früher erfuhr man auch von Sozialdemokraten, daß sich ein kapitalistischer Staat nur kapitalistisch regieren lasse, daß also ein Minister im Staat nur die Interessen des Kapitalismus wahrnehmen könne. Jetzt ist die gelbe Vettel so weit, daß sie sich ungeniert auch den letzten Rest roter Schminke von der krätzigen Haut schabt und ihre Gewerkschafts-Zuhälter anweist, einen verbindlich erklärten Schiedsspruch des speziell mit der Wahrung der kapitalistischen Wirtschaftsinteressen beauftragten Ministers heilig zu sprechen, die Arbeitsverweigerung nach solcher Verbindlichkeits-Erklärung als „wilden Streik“ zu brandmarken, den organisierten Proletariern die Kassen ihrer Organisation zu verschließen und sie — mag der Schlichter-Spruch aussehen, wie er wolle, — in das alte Elend

zurückzujagen. Das seinerzeit von Wilhelm geplante Zuchthausgesetz zum Schutz der „Arbeitswilligen“ ist überflüssig geworden. Die Führer derer, gegen die es gerichtet war, haben das Streikrecht für deutsche Arbeiter selber und vollkommen aufgehoben. Die Hamburger Reeder freuen sich und Baldwin nicht minder. Die K.P.D. aber, die die Abwürgung des Hamburger Streiks bei allen gebührenden Namen nennt, zieht aus dem Vorgang den geistreichen Schluß: „Und nun erst recht — hinein in die Gewerkschaften!“ Diese Marxisten glauben, aus einer Eselsfuhr würde ein Automobil, wenn man einen Chauffeur auf den Bock setzt.

Bücher

Bürgerlichkeit als geistige Lebensform.

Thomas Mann hat die 700 Jahrfeier Lübecks als freie und Hansestadt zum Anlaß genommen, um in einer Rede sein und seines dichterischen Werkes Verhältnis zur Heimatstadt Lübeck und seine Auffassung von dem geistigen Verhältnis seiner Heimat Lübeck zum Wesen und Wirken der Gegenwart, zum Geschehen in der Welt und zur deutschen Kultur darzulegen. Otto Quitzow Verlag, Kom.-Ges., Lübeck, hat diese Rede unter dem Titel „Lübeck als geistige Lebensform“, lecker aufgemacht, herausgegeben. Was für ein hübsches, freundliches und unterhaltsames Buch ist das! Was für eine geschmackvolle, gescheite, zivilisierte Rede! Die Sprache: ziseliert aus Goethes wohlhäbiger Prosa und der temperierten Ironie des zu bürgerlicher Denkart entschlossenen kritischen Weltbetrachters unsrer Tage. Der Inhalt: das eigene Lebenswerk, herausgestellt aus den befruchtenden Einflüssen der Kindheits-erinnerungen von Landschaft und Geistesumwelt, hineingestellt in die Atmosphäre wiedergewonnener Beziehung zum pausbäckigen Hanseatumtum, zur festlich bewimpelten 700 jährigen Bilanz unternehmender Tüchtigkeit. Endlich aber: Bekenntnis über Personales und Kommunales hinaus; Querschnitt durch die Gegenwart, solide Skizzierung der Zukunft aus der Idee, der deutschen Idee, der Idee Goethes und Thomas Manns, — aus der Idee der Mitte!

Ist nicht, fragt Thomas Mann, „deutsches Wesen die Mitte, das Mittlere und Vermittelnde und der Deutsche der mittlere Mensch im großen Stile? Ja, wer Deutschland sagt, der sagt Mitte; wer aber Mitte sagt, der sagt Bürgerlichkeit — —“. Mann verkennt nicht, daß in rasender Geschwindigkeit eine Welle ungeheurer Unwälzung unsres gesamten Lebensbildes über Europa geht. „Die Weltrevolution ist eine Tatsache. Sie leugnen hieße das Leben und die Entwicklung leugnen; sich konservativ gegen sie zu verstocken, hieße sich selber ausschließen vom Leben und der Entwicklung.“ Diese Weltrevolution aber, so meint Thomas Mann, werde der deutschen Bürgerlichkeit im Ernste nichts anhaben können. Deren Lebensform sei viel zu eng „verbunden mit der Idee der Menschlichkeit, der Humanität und aller menschlichen Bildung selbst, um in irgend einer Menschenwelt je fremd und entbehrlich sein können, und eine irreführende Ueberbetonung von Wirtschaftlich-Klassenmäßigem ist hier im Spiel, eine Verwechslung, bourgeois Klassenmitte mit deutsch-bürgerlicher Geistes- und Weltmitte liegt dem Irrtum zu Grunde.“

Möglich, daß es eine „deutsche Bürgerlichkeit“ mit anderm Wert und von anderer Erscheinung geben mag als die Bürgerlichkeiten andrer Nationen. Es sei auch nichts erwidert auf die Verwahrung gegen eine Gleichstellung der Begriffe Bürger und Bourgeois, denn es ist wahr, daß die deutsche Sprache auf den Bourgeois, den Vertreter der privilegierten Klasse im kapitalistischen Staat, einfach den Namen Bürger übertrug, der bis dahin ausschließlich die Bedeutung Citoyen hatte. Aber eben diese simple Uebernahme des

alten Wortes Bürger auf die neue Erscheinung Bourgeois in einem Lande mit spät entwickeltem Kapitalismus müßte Thomas Mann zeigen, daß derjenige, der die Unversehrbarkeit der Bürgerlichkeit, der deutschen oder einer andern, bestreitet, dabei durchaus keiner irreführenden Uebertonung von Wirtschaftlich-Klassenmäßigem schuldig wird, sondern in Rücksicht nimmt, was tatsächliche Wirklichkeit ist und was Thomas Mann im Weben der Feierstunde und den schmerzvollen Tiefen des Daseinskampfes mit seinen sehr unbürgerlichen Lebensformen zu weit entrückt, nicht gewahr wird: die gepriesene Bürgerlichkeit ist Monopol des Wohlstands geworden; daher ist die Gesellschaft klassenmäßig geschieden, in Wohlstand und Armut, in Menschen, die arbeiten oder doch arbeiten wollen und solche, die für sich arbeiten lassen, die die Arbeitskraft der Mehrzahl ausnutzen und diejenigen arbeits- und brotlos machen, die ihren Profit nicht steigern können. In einer Gesellschaft aber, in der nicht alle Menschen Citoyens sind, gibt es keine Citoyens, da ist, wer Bürger ist, Bourgeois.

Thomas Manns Zuhörer in Lübeck waren die Vertreter des Wohlstands; ihnen zu sagen, daß vor ihnen die Menschen nicht eingeteilt würden in Bürger und Sozialisten, daß in ihnen sich Bürgerlichkeit im Sinne von Weltbürgerlichkeit, Weltgewissen, Weltmitte, Weltbesonnenheit in der Idee der Menschlichkeit und der humanitäen Bildung gegen alle Extremismen kritisch behauptete, — das hieß in der Tat bourgeoise Klassenmitte mit geistigen Lebensformen verwechseln. Die deutsch-bürgerliche Geisteswelt Goethes jedoch als eine „seelische Gegebenheit“ zu nehmen, „an der kein Radikalismus etwas ändert“, das heißt in diesen Tagen weltstürzender Veränderungen aller Beziehungen nichts andres, als sich eben doch gegen Leben und Entwicklung konservativ zu verstocken.

Thomas Mann ist einer der letzten und heute vielleicht der feinste und kulturvollste Repräsentant jener Bürgerlichkeit, die ihm aller Humanität, ungeachtet ihrer sozialen Grundlagen, immanent scheint. Er ist, abseits der Heerstraße und des Schlachtfeldes der Klassen, einer, der sein Menschliches gefestigt weiß gegen Extremismen von links und rechts, ein Weltbürger der Weltmitte von der Art, die ihm Deutschtum bedeutet. Aber er verkennt, daß dies eine vergangene Art ist, von der das Fundament der Zukunft keine Elemente mehr enthält. Wer in unsrer Epoche den Geist der Mitte proklamiert, der proklamiert, mag er selbst so hoch über allem Banalen stehn wie Thomas Mann, den Geist der Mittelmäßigkeit. Wer aber, wie Thomas Mann, fragt: „Wo sind die großen Befreiungstaten des umwälzenden Geistes denn hergekommen, „und wenn sie nicht vom Bürger gewesen wären“?“, dem sei geantwortet: Das Bürgertum hat seine Zeit der Befreiungstaten des umwälzenden Geistes vollbracht und hinter sich; die Befreiungstaten des umwälzenden Geistes, die bevorstehen, die werden von der Bürgerlichkeit der deutschen Mitte nichts übrig lassen. Ihre Träger aber und Täter werden die verbündeten Proletarier aller Länder der Erde sein!

Maxim Gorki.

Die ursprünglich vom Verlag I. Ladyschnikow, dann vom Kurt Wolff Verlag besorgte sehr schöne Ausgabe der Gesammelten Werke von Maxim Gorki ist vom Malik-Verlag übernommen worden. Das ist erfreulich, da der russische Dichter jetzt von einer Stelle aus vertrieben wird, zu der das revolutionäre Proletariat Vertrauen hat und damit auch in Deutschland aufhört, als Elends-Delikatesse für literarische Feinschmecker reserviert zu sein. Die Versuche, Gorki mit den großen russischen Dichtern des vorigen Jahrhunderts, mit Puschkina, Dostojewski, Gogol, Turgenjeff, Tolstoi usw. in Vergleich zu stellen, um seine Größe an ihnen abzumessen, sind müßig. Es ist nicht die Aufgabe der Mitlebenden, ihre Dichter aufs Wertregal der Ewigkeit

einzuordnen. Das Werk der Zeitgenossen ist, Dichter oder sonstwer, unter dem Gesichtspunkt der Wirkung auf das Geschehen der Welt zu beurteilen. Maxim Gorkis Werk, soweit es in der vorliegenden Ausgabe zusammengefaßt ist, stammt aus der Zeit vor der großen russischen Revolution; es schließt sich zeitlich ungefähr an die letzten Romane Tolstois an, dessen unerhörte Künstlerschaft unter dem Eindruck der sich unter der Oberfläche anmehrenden sozialen Umwälzung allmählich ganz auf die Formung erdichteter Vorgänge verzichtete, um in Aufrufen an die Menschheit und Aufrüttelungen ihres sittlichen Gewissens unmittelbar in den Lauf der Geschichte einzugreifen. Hatte zuvor Dostojewski die menschliche Psyche aller ihrer Geheimnisse entkleidet, hatte dann Tolstoi diese Psyche vor leidenschaftlich strenge ethische Forderungen gestellt, so folgte nun Maxim Gorki und zeigte die Menschen in ihrer nüchternen Realität, ohne andre Kompliziertheiten der Seele und des Gehabens, als sie durch ihre sozialen Ursachen bedingt sind. Er stellt den russischen Menschen vor uns hin, wie er ihm begegnet ist, — und der ungeheure Wert des Gorkischen Werks liegt darin, daß er seine Menschen nicht auf den Höhen der aristokratischen und bürgerlichen Gesellschaft sucht, sondern auf der Landstraße, in den Spelunken, in den Herbergen und unter den Massen. Dadurch, daß uns Gorki den Russen zeigt, der an der Revolution interessiert war, weil er Keatten zu verlieren hatte, den Bauern, den Arbeiter, den Landstreicher, genau wie sie sich unter ihres Gleichen geben, lehrt er uns Wesen und Verlauf der russischen Revolution in mancher Hinsicht besser verstehen, als akademische Erklärungen und Zerfaserungen der Revolutionsgeschichte es können. Auch über die Fortsetzung der Revolution können manche Romangestalten Gorkis allerlei aufhellende und nachdenkliche Betrachtungen erwecken.

Die Gesammelten Werke umfassen bis jetzt 8 Bände, die als erste Reihe gekennzeichnet sind. Es ist zu hoffen, daß der Malik-Verlag die weitere Reihe bald folgen lassen wird und daß wir darin neben den belletristischen Dokumenten Gorkis auch seine essayistischen Arbeiten, die zweifellos seinen eigenen revolutionären Charakter scharf werden erkennen lassen, finden werden. In den 8 ersten Bänden präsentiert sich der bedeutendste literarische Wegbereiter der russischen Revolution. Jetzt warten wir auf das, was Gorki im Erleben der Revolution gesammelt hat.

Richtigstellung.

In Nr. 1 des FANAL war gesagt worden, der Verfasser des famosen Volksentscheid-Gesetzentwurfs über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten sei der wegen revolutionärer Umtriebe aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossene Genosse Korsch gewesen. Da er noch kurz vor seiner Exkommunikation in der illustrierten Partei-Presse als Urheber des Entwurfs im Bilde vorgeführt wurde, konnte für den Außenstehenden gar kein Zweifel bestehen, daß er es auch wirklich sei. Jetzt teilt mir aber Genosse Korsch mit, daß er nur als „juristischer Spezialist“ in den Kuczinsky-Ausschuß mit hineingeschleppt worden sei, daß er dort politische Grundsätzlichkeiten im Entwurf offen kritisiert habe und daß sowohl der Vorentwurf wie die endgiltige Fassung ohne sein Zutun angefertigt worden sei. Die falsche Angabe erkläre sich aus der zur „Parteidemokratie“ gehörenden Uebung, „daß die Partei unter ihre mehr oder weniger reformistischen oder kretinistischen Anträge im Parlament oder Parlamentsersatz einfach die Namen setzt, die ihr grade einfallen oder für den jeweiligen Zweck brauchbar scheinen.“ — Das sind ja angenehme Gebräuche. Jedenfalls freue ich mich, dem Genossen Korsch durch meine gläubige Uebernahme der Parteimeldung Gelegenheit verschafft zu haben, die blaßrote Tinte des Volksentscheid-Gesetzes von seinen ultralinken Fingern abzuwaschen.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bln.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

Donnerstag, **4.** November: Gen. DOMJAN über „Die ungarische Kommune der weiße Terror und die Tätigkeit der Zentrale der K. P. in Wien.“

Donnerstag, **11.** November: Gen. RUDOLF ROCKER über „Gemeinschaftsgefühl und Individualismus“.

Donnerstag, **18.** November: Gen. HERBERT WEHNER über „Zurück zu Bakunin!“ (Vorlesung und Aussprache).

Donnerstag, **25.** November: Mitgliederversammlung. (Karte legitimiert).

Gäste stets willkommen.

Zuschriften an G u s t a v L ü b e c k , Neukölln, Ziethenstr. 10 IV



Die revolutionär-anti-militaristische Wochenschrift

mit den Beilagen: „Freie Jugend“ und „Proletarischer Kindergarten“

Die Schwarze Fahne ist von Ernst Friedrich herausgegeben und erscheint jede Woche illustriert in Deutschland Oesterreich und der Schweiz. Einzelne Nummer 20 Pf.

Die Schwarze Fahne kämpft gegen das uniformierte Berufsmördertum und unterrichtet stets über Praxis und Theorie des internationalen antimilitaristischen Kampfes.

Die Schwarze Fahne wird auch von Polizei und Staatsanwalt eifrig gelesen und ist für monatlich 96 Pf. zu abonnieren durch die Post oder den Verlag: Berlin C 2, Parochialstr. 29.

„DIE NEUE ARBEITER-POLITIK“

Früher „DER RING“

ist das Organ des Fysiokratischen Kampfbundes
und des Ringes der revolutionären Jugend.

Die Paralyse des Abendlandes droht, auch die Politik der Arbeiterbewegung zu zersetzen. Die alten Dogmen haben ihre Werbekraft verloren, die praktischen Auswirkungen waren anders, als man auf Grund der alten theoretischen Erkenntnisse erwartet hatte. Die bitter notwendige Einheitsfront des Proletariats ist nur durch eine Neuorientierung auf theoretisch-revolutionärem Gebiete zu erreichen. Die fysiokratische Gesellschaftstheorie bildet den letzten Schritt auf dem Wege des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Aus ihr die revolutionären Konsequenzen zieht

„DIE NEUE ARBEITER-POLITIK“

Man fordere kostenlos Werbehefte (Giordano Bruno, Karl Liebknecht, Heinrich Lersch, Bakunin, Bergarbeiterstreik, Grundlagen der klassenlosen Gesellschaft) vom

RING-VERLAG, WINDISCHLEUBA I. THÜR.

Verlag der Weltbühne, Charlottenburg, Königsweg 33

Lest wenig,
aber

DIE WELTBÜHNE

Der Schaubühne XXII. Jahr

Wochenschrift für Politik, Kunst
und Wirtschaft

Herausgeber: Siegfried Jacobsohn
Probenummer kostenlos

Deutsche Wirtschafts- führer

von Felix Pinner

15., sehr erweiterte Auflage

Preis gebunden 5 Mark

DIE GROSSE ZEIT DER LÜGE

von

Hellmut v. Gerlach

Preis kartoniert 2 Mark

Verschwörer und Fememörder

von Carl Mertens

Preis kartoniert 2 Mark

Verlag der Weltbühne. Postscheckkonto Berlin 119 58

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Die proletarische Linke. — Das Recht des Stärkeren. —
Amnestie auch in Rußland. — Kütz, der Derzeitige. — Der
Geist von Locarno. — Deutschland braucht Kolonien. —
Verdorben gestorben. — Poeta laureatus.



Jahrgang 1

BERLIN

Dezember 1926

PREIS 30 PFG.

Nr. 3

PREIS 30 PFG.



Liebe

Roman von Helene Stöcker

6.—11. Auflage

Ganzleinen RM. 6.50

In englischer Uebersetzung im Verlag

Thomas Selzer, New York

Ueberwältigend groß ist der Wert und Wahrheitsgehalt dieses wundervollen Buches.

Prof. Dr. Paul Kammerer, Wien

Das ist wohl das bedeutendste Buch, das je eine Frau über die Liebe geschrieben hat. Eine Offenbarung

Freiheit, Königsberg.

Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker

Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist.

Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform.

Bertram Lloyd.

Erotik und Altruismus

Von Helene Stöcker — Preis 1 RM.

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da.

Die schaffende Frau.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION

Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

FANAL

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 3

Dezember 1926

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, (Ausl. 2.05) jährlich RM. 3,50, (Ausl. 4.10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bln.-Charlottenburg, Am Lützow 10

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Die proletarische Linke.

Proletarische Linke! Das ist eine ganz dumme Ueberschrift. Sie bezeichnet nicht im geringsten das, wovon hier die Rede sein soll. Sie ist nur eine Konzession an einen albernen Sprachgebrauch, eine Konzession, die notwendig ist, damit der revolutionäre Proletarier, von schlechten Schlagworten gegen klare Formulierungen abgestumpft, auf den Inhalt des Artikels vorbereitet sei.

Die politische Scheidung von Rechten und Linken ist ursprünglich eine Uebung parlamentarischer Zweckmäßigkeit. Die Auszählung der Stimmen durch den Präsidenten wird erleichtert, wenn er die Gruppen, die in der Regel gemeinsam stimmen, zusammen auf einer Seite vor sich sieht; so wurde es allmählich in allen Ländern Brauch, daß die systemerhaltenden Parteien zur Rechten und die grundsätzliche Opposition zur Linken des Wortführers Platz zu nehmen hatten.

Die proletarische Linke war in Deutschland vor der Zerspaltung und Zersplitterung der marxistischen Sozialisten unbestritten die sozialdemokratische Partei, denn sie allein stellte in den Parlamenten außerhalb der bürgerlich-liberalen Opposition die Vertreter proletarisch organisierter Wähler. Heutzutage versteht man unter der proletarischen Linken allenthalben den revolutionär entschlossenen Teil des Proletariats im Gegensatz zur unrevolutionären proletarischen Rechten. Daß die Ausdrucksweise dem Parlament entstammt und nur im Zusammenhange mit parlamentarischen Sitten Sinn hat, ist selbst bei den strammsten Antiparlamentariern in Vergessenheit geraten, die mit der stolzen Betonung ihrer Linksheit ungewollt die parlamentarischen Vorstellungen im Proletariat stärken und beleben. Allenfalls mag man sich für

revolutionäre Antiparlamentarier das neuerdings von bolschewistischen Sprachbereicherern eingeführte Prädikat „ultralinks“ gefallen lassen. Ultra ist eine lateinische Präposition und heißt auf deutsch jenseits. drüber hinaus. Ein Ultralinker ist also einer, der noch jenseits der äußersten Linken des Parlaments steht, der seinen Platz über die Bänke der proletarischen Linken hinaus, somit außerhalb des Sitzungssaals hat. Die Anwendung freilich, die der neue Begriff bis jetzt findet, als moralhaltiges Schimpfwort gegen anti-revisionistische kommunistische Partei-Parlamentaristen, entbehrt nicht der Komik. Immerhin ist es anständiger und den gemeinsamen Interessen des revolutionären Proletariats dienlicher, die radikaleren Genossen Ultralinke zu nennen und sich mit diesem Wort gesinnungsmäßig von ihnen abzugrenzen, als daß man sie, wie es leider bei der Führung der Kommunistischen Partei üblich geworden ist, persönlich suspekt macht und die Ehrlichkeit ihrer Ueberzeugung verdächtigt.

Der Titel „Die proletarische Linke“ ist für diesen Artikel gewählt, weil er, trotz seiner parlamentarischen Herkunft, bei unsrer Armut an allgemein verständlichen Begriffen, noch am umfassendsten die Bewegungen zu bezeichnen scheint, die, wenigstens im subjektiven Wollen, der proletarischen Klasse die revolutionäre Mission der Beseitigung der bourgeoisien Klassendiktatur und die Ueberführung des kapitalistischen Staats in sozialistische Gesellschaftsformen mit den Mitteln des Aufstandes und des Umsturzes zuerkennen. Die Sozialdemokratie scheidet bei dieser Betrachtung selbstverständlich aus; sie rangiert längst als konservativste Partei des gegenwärtigen Staatssystems auf völlig bürgerlich-demokratischen Geleisen und ist sogar da schon vom fortschrittlichen Geist pazifistischer Republikaner weit überholt worden. Auch die Unabhängigen Sozialdemokraten können in diesem Zusammenhange übergangen werden. Ihr Streben beschränkt sich doch zu einseitig auf die Zurückleitung der Arbeiterschaft zu den Traditionen der Sozialdemokratie mit Bebels Deklamationen und Eisners Reformatoren-Romantik. Es sind aufrichtige und sympathische 48er, aber fast 80 Jahre Kapitalismus und Imperialismus haben einige Voraussetzungen ihres Idealismus erschüttert. Etwas anderes ist es mit Ledebours Sozialistischem Bund — der mit Gustav Landauers revolutionärer Tatgemeinschaft nichts als den Namen gemeinsam hat —; hier scheint mir das Bett gegraben zu sein, in dem, vielleicht garnicht in sehr langer Zeit, die vom kapitalistischen Polizeigeist ihrer Minister-Anwärter abgestoßenen Massen der Sozialdemokratie mit den resignierenden Scharen der Kommunistischen Partei in breitem Strom zu der großen, einigen, im Parlament zu

grundsätzlicher demonstrativer Opposition vereinten sozialistisch-kommunistischen deutschen Arbeiterpartei zusammenfließen werden. Hier wird dann wieder eine „proletarische Linke“ im eigentlichen Sinne ihrer parlamentarischen Bedeutung gewinnen und vielleicht als Sammelbecken der Kräfte wirken, die dem ersten revolutionären Schläge der konzessionsfeindlichen radikalen Minderheit die Sicherung des Erfolges durch das Eingreifen der Massen folgen lassen. Die trüben Erfahrungen, die die deutschen revolutionären Arbeiter bisher mit dem übersteigerten Partei-Zentralismus gemacht haben, lassen hoffen, daß sie sich in der Stunde der Erhebung die Direktiven nicht wieder von beamteten Führern, sondern aus der Erkenntnis des eigenen revolutionären Gewissens holen werden.

Was sich im Augenblick innerhalb der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung vollzieht, ist, bei allen betrübenden Erscheinungen der Prozedur, eine Gesundungs-Operation. Es ist keineswegs eine Widerlegung des Parteiprinzips, daß jetzt die K.P.D. sich zur Massen-Amputation von Gliedmaßen der linken Seite genötigt sieht. Es ist aber eine Widerlegung des Wahnes, als ob je und irgendwo eine Partei die historische Berufung haben sollte, durch ihren zentralen Verwaltungsapparat Revolutionen anzusetzen, zu leiten, durchzuführen, zu begrenzen und in ihrem Verlauf zu bestimmen. Eine zentralistische Partei hat alle Eigenschaften eines zentralistischen Staates und jeder andern zentralistischen Organisation, die Eigenschaften nämlich, die einen Mechanismus von einem Organismus unterscheiden. Es kann so wenig Selbstbestimmung von Parteimitgliedern geben, wie es Selbstbestimmung von Staatsbürgern geben kann. Initiative ist Angelegenheit derer, die mit der Aufgabe angestellt sind, Initiative innerhalb bestimmter starrer Vorschriften zu entfalten. In der Starrheit der Vorschriften erstarrt auch die Initiative der beamteten Initiatoren. Dagegen empört sich der Aktivitätsdrang der menschlichen Natur und so entsteht Bewegung, die den Parteiraum zu erweitern sucht. Parteiraum aber lassen sich nicht erweitern, sie lassen sich nur sprengen, und das hieße Zerstörung der Partei, die bei ihren Betreuern vermöge ihrer Struktur wie jeder zentralistische Apparat längst Selbstzweck geworden ist. Es ist klar, daß das Bestreben, eigene Initiative zu entwickeln, in einer Partei stets grade bei den Mitgliedern zu oppositioneller Aktivität drängt, deren revolutionäres Empfinden der Erstarrung im Bürokratismus am längsten trotzt. Die Monopolisierung der revolutionären Initiative für eine Parteileitung bedeutet also die Verdrängung jedes rebellischen Geistes, den Verzicht auf Rausch und Feuer im elementarischen Geschehen

der schöpferischen Stunde, bedeutet Welterneuerung in der Retorte nach den in behaglicher Muße ertiftelten Formeln eines Rechenexempels. Die Ausschlüsse der Linksoption aus der K.P.D. sind Notwehrakte derer, die, ohne selbst die Erstarrung der Partei zu empfinden, doch mit vollem Recht die Behinderung dieses Vorgangs als Angriff auf das Leben der Partei auffassen. Daß diese Krise der Kommunistischen Partei gerade jetzt zur Auswirkung kommt, ist bei dem Abhängigkeitsverhältnis der Partei von der russischen Parteiregierung selbstverständlich. Da heute niemand mehr das Absterben des in Rußland den Sowjets übergeordneten Staates behauptet, sondern der Streit nur noch darum geht, ob die Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse als sozialistischer Aufbau innerhalb des Staates zu gelten habe oder nicht, stößt dieser Staat alle seine endgiltige Stabilität gefährdenden Elemente aus, und dieser Prozeß überträgt sich fast automatisch auf seine als Keimzellen im Ausland etablierten Partei-Filialen.

In Rußland ist man der Ueberzeugung, daß der Kapitalismus im europäischen Westen sich wieder befestigt habe, daß also die Bedingungen zu einer sozialen Revolution vorläufig nicht mehr gegeben seien. Daraus ziehen die in Staat und Partei maßgebenden Persönlichkeiten die logisch einwandfreie Folgerung, daß Sowjetrußland sich mit der kapitalistischen Umwelt abzufinden habe und daß die Kommunistischen Parteien des Auslands sich innerhalb des geordneten kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsbetriebes als Dauer-Opposition einrichten müssen. Diese von Stalin und Bucharin vertretene Auffassung mag unrichtig sein — ich bin der umstößlichen Meinung, daß sie verhängnisvoll falsch ist —, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß ein straff diszipliniertes, bis zur äußersten Zuspitzung zentralisiertes Gebilde wie die Kommunistische Internationale, will sie ihre Struktur, die ihr Wesen ist, nicht preisgeben, von ihren Mitgliedern die Unterwerfung unter ihre noch so verkehrten Anschauungen verlangen kann, da doch das gesamte praktische Verhalten der Partei, um einheitlich zu sein, von der unbedingten Anerkennung der von oben diktierten Anschauungen bestimmt wird. Die K.P.D. hat das unbestreitbare Recht, sich wie jede andre Vereinigung diejenigen Statuten zu geben, die ihr richtig scheinen. Wer mit den Statuten einer Vereinigung nicht einverstanden ist, gehört nicht hinein. Mit dem Ausschluß der Opposition stärkt die Partei trotz zahlenmäßiger Verluste ihre ideologische Position, verliert aber zugleich den letzten Anspruch auf die Führung der Revolution, deren Akutwerden in abschätzbarer Zeit sie selbst ja für so unwahrscheinlich hält, daß sie ihre gesamte Politik dem Fortbestehen der gegenwärtigen Verhältnisse anpaßt.

Ob die revolutionsgläubig gebliebenen Genossen der K.P.D. nach ihrem Ausschluß eine neue parlamentarische kommunistische Partei links der offiziellen werden aufbauen können, hängt davon ab, was sie den 3 Dutzend Tageszeitungen der alten Partei an Werbemitteln entgegenzustellen ermöglichen. Der Unterschied zwischen den beiden Parteien nach einer regulären Spaltung wird nicht größer sein als seinerzeit der zwischen S.P.D. und U.S.P.; die theoretische Basis bleibt die gleiche, aber die verschiedene Abschätzung der augenblicklichen historischen Situation schafft Differenzen über die anzuwendende Taktik, die eine organisatorische Trennung bedingen, bis klarere Sicht die Wiedervereinigung möglich macht. Das rüde Schimpfen in beiden Lagern sollte nicht allzu wichtig genommen werden. Erbitterte Liebe tobt immer ärger als sachliche Feindschaft, und meinen Geifer kann ich nur dem ins Gesicht spucken, der mir ganz nahe steht.

Liest man die Blätter der antiparlamentarischen Marxisten, so möchte man glauben, es gäbe in der ganzen Welt überhaupt nichts andres mehr anzufinden als die Kommunistische Partei und ihre russischen Kommandeure.

Allenfalls übertroffen wird die Ruppigkeit der Tonart, mit der die linkskommunistischen Blätter die Zentrale-Anhänger und die Partei-Offiziosi die linke Opposition regalieren, nur noch durch den Jargon, mit dem sich die Linken untereinander die marxistische Bibel auslegen. Auch da stellen immer die Richtungen, die einander ideologisch am nächsten verwandt sind, im Kampf gegeneinander die Rekordleistungen auf. Die Wortführer der K.A.P.D. und die der A.A.U.E. gießen in der letzten Zeit Schlammkübel übereinander aus, als ob es Schande wäre, mit dem andern die gleiche Luft zu atmen; dabei ist die ganze Sturzflut von Schimpf-Unflat nur die Wirkung des Scheiterns erst vor kurzem geführter Einigungsverhandlungen. Der junge Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen, der doch die Grundlage eines Kartells aller revolutionären Organisationen schaffen wollte, beteiligt sich kräftig an dem mißtönigen Konzert und beweist damit, daß das unbedingt anzustrebende Bündnis zwischen den proletarischen Revolutionären Deutschlands anders geartet sein muß als der eigentümliche Dreibund, dessen Versuch verdienstvoll war, aber an seinen Inkonsequenzen zerschellen mußte.

Die Festlegung des Spartakabundes auf die marxistische Theorie schloß von vornherein eine große Anzahl bester kommunistischer Revolutionäre aus und zog wiederum die Schranke nur gegen links: gegen die Bakunisten. Gleichzeitig verpflichtete das Kartell die zum Anschluß bereiten Organisationen auf die Prin-

zipien nur einer der drei Körperschaften, die sich zunächst zusammenfanden, der Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation). Das Parteiprinzip, die Beteiligung am Parlamentarismus und an staatlich-legalen Einrichtungen sowie jegliche Gewerkschaftspolitik wurde verworfen, während doch die Katz-Gruppe ausgesprochenen Partei-Charakter trägt, auch noch durch mehrere Vertreter am parlamentarischen Leben teilnimmt und der Industrieverband des Verkehrsgewerbes eine gewerkschaftliche Korporation ist, die an gesetzlichen Betriebsrats-Wahlen teilnimmt. Das Programm des Spartakusbundes ist zu eng und seine bisherige Wirksamkeit war viel zu sehr die Schaustellung einzelner rednerisch geübter Führer, als daß größere revolutionäre Massen sich zu diesem Kartell sollten drängen mögen. Dennoch ist Kartellierung der Revolutionäre die organisatorische Lösung des Problems der proletarischen Einheitsfront. Ich verkenne gewiß nicht die zahllosen Schwierigkeiten, die sich dem Bündnis im Bekenntnis und im taktischen Operieren weit unterschiedener revolutionärer Formationen entgegenstellen. Die Sekten-Verbissenheit bei den meisten Anarchisten — mit deren Tugenden und Nachteilen sich demnächst ein besonderer Aufsatz befassen soll, ein weiterer mit den proletarischen Jugendbewegungen —, auf der andern Seite die autoritative Alleswisserei sämtlicher marxistischer Richtungen kann nicht anders in ein dauerhaftes kameradschaftliches Verhältnis gebracht werden, als durch eine Föderation mit den Gesichtspunkten, die den Sektionen der Allgemeinen Arbeiter-Assoziation bei der Aufrichtung der Ersten Internationale maßgebend waren: völlige Autonomie aller angeschlossenen Gruppen, Verbände und Individuen, aber regelmäßige Verständigung durch räteartige Delegationen über den gemeinsamen Kampf gegen das kapitalistische System und für die internationale Solidarität der proletarischen Klasse.

Die Zersplitterung und Zersetzung der sogenannten linken Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung kann, richtig verstanden und benutzt, zur Genesung des durch zentralistische Irrtümer, katechisierte Theorien und autoritäre Mißleitung in Reformismus und Opportunismus geratenen Klassenkampfes führen. Keine Verbreitung und Verkittung der Splitter ist nötig, sondern ihre Sammlung zu gelegentlichen gemeinsamen Aktionen. Der bevorstehende schwere Winter wird nicht vorübergehen, ohne daß die Reaktion gegen Hungersnot und Verzweiflung den § 48 aus dem Fach holen wird. Dessen Ruten schlagen auswahllos auf alle Revolutionäre. Die Reaktion, in Weltanschauung, politischem Glauben und staatsbürgerlicher Denkweise mindestens ebenso zerrissen wie die revolutionäre Arbeiterschaft, ist — gestützt auf die zum

Kampf gegen die proletarische Revolution zum äußersten entschlossene Sozialdemokratie — in der Verteidigung der kapitalistischen Ausbeutungs-Privilegien ohne jede zentrale Befehlsgewalt unlöslich verbunden. Das Klassengefühl einigt sie. Das einigende Band des Klassengefühls ist auch beim revolutionären Proletariat vorhanden. Es muß nur erfaßt werden, und es kann nicht reißen, wenn alle, die sich daran halten, erfüllt sind vom Glauben an die revolutionäre Mission des Proletariats und vom unbeirraren Willen zum Kampf!

Das Recht des Stärkeren.

Die Justiz im Staate hat mit Gerechtigkeit so viel zu tun wie der Beischlaf im Bordell mit Liebe. Es gibt Mädchen mit heißem Blut, bei denen starke Sinnlichkeit die Berufswahl bestimmt hat und die auch im Tarif ohne Ansehen des Bettkunden echte Zärtlichkeit verschleißen. Es sind Ausnahmen. Es gibt Reichter mit sozialem Verständnis, bei denen starkes Rechtsbewußtsein die Berufswahl bestimmt hat und die sich bemühen, ohne Klassenvorurteil, niemandem zu Leide zu erkennen und zu entscheiden. Es sind Ausnahmen. Die Regel bilden geldgierige Huren und klassenbefangene Juristen. Ein Unterschied besteht: eine Hetäre in seinem Institut ist für den Bordellwirt das große Los; sie lockt Männer an, bringt Gewinn ins Haus. Ein gerechter Richter ist für seinen Auftraggeber, die kapitalistische Gesellschaft, eine Katastrophe; er schädigt den Charakter der Staatsjustiz, er beugt das Recht, das das Fundament des Klassenstaats ist: das Vorrecht des Stärkeren.

Kürzlich griff mich in einer kommunistischen Partei-Zeitschrift ein unter die Rezensenten gegangener einstiger Zellennachbar von Niederschönenfeld an, weil ich in meiner Apologie für Max Hoelz die echt anarchistisch-individualistisch-kleinbürgerlich-naive Ideologie enthülle, von der bürgerlichen Gesellschaft „Gerechtigkeit“ zu begehren, die ich nicht einmal in Anführungsstriche gesetzt hätte, und die Rote Hilfe bekommt zugleich eins aufs Dach, da sie sich zur Herausgabe und Verbreitung derart unmarxistischer Wirrheiten hergebe. Abgesehen davon, daß mir die marxistischen Schulweisheiten schon erheblich länger geläufig sind, als mein Kritiker sein Parteibüchel in der Tasche hat, geht die Belehrung, die er mir freundlichst zuteil werden läßt, auch daneben. Wenn ich von der bürgerlichen Gesellschaft Gerechtigkeit verlange, so bedeutet das noch nicht, daß ich sie erwarte. Meine Schrift dient dem Nachweis, daß die Bestrafung des Genossen Hoelz zu lebenslänglich Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust aus einem tendenziösen Klassenurteil erwachsen ist, und daß der Staat bei ordnungsgemäßer Anwendung seiner eigenen Gesetze dieses Urteil aufheben müßte. Wer vom Staat verlangt, er solle nach seinen Verfassungs-Bestimmungen handeln, verlangt in der Tat von ihm diejenige Gerechtigkeit, die seinen eigenen Definitionen entspricht, und

erst, wenn die Staatsgesetze so lange gebogen, verkrümmt, gestreckt und ausgelegt sind, bis sie das Gegenteil dessen begründen, was sie besagen, läuft diese Gerechtigkeit auf den gewünschten Gänsefüßchen. Von der bürgerlichen Gesellschaft Gerechtigkeit fordern, heißt also die Bourgeoisie stellen: entweder ihr übt wirklich Gerechtigkeit, dann müßt ihr für Max Hoelz das Wiederaufnahmeverfahren zulassen, bei dem seine Verurteilung nicht bestehen bleiben kann, oder ihr müßt, da ihr ja die Fiktion des Rechts wahren wollt, Gesetzverrenkungen vornehmen, die uns als Beweismittel bei illusionsumdämmerten Zeitgenossen dienen werden, daß euch eure Klasseninteressen mehr gelten als die von euch selbst zum eigenen Vorteil geschaffenen Gesetze. Seit dem Erscheinen der Broschüre, deren starker Absatz bei den Arbeitermassen Titel und Inhalt zu rechtfertigen scheint, hat der Kampf um die Gerechtigkeit für Max Hoelz in schärferen Formen als je eingesetzt. Der Strafvollzug arbeitet mit neuen und vermehrten Schikanen gegen den Gefangenen, versucht ihn zu Unbesonnenheiten zu provozieren, um seine Position den Instanzen gegenüber zu erschweren, die sich zur Zeit mit seinem Fall neuerdings beschäftigen müssen. Der Genosse, der am 30. März 1921 den tödlichen Schuß auf den Rittergutsbesitzer Heß in Roitschgen abgab, dessen man Hoelz schuldig fand, hat sich jetzt den Behörden freiwillig gestellt. Dieses Ereignis setzt nur den letzten Stein auf das riesige Beweisgebäude, das das Verdikt des Ebertschen Sondergerichts gegen Hoelz als ein Fehlurteil scheußlichsten Formats überführt. Die 5½ jährige unverdrossene gewaltige Arbeit, die dieses Gebäude errichtet hat, ist fast ganz von dem Anwalt geleistet worden, der schon bei seinem Prozeß als Verteidiger neben Max Hoelz gestanden hat, dem Genossen Justizrat Victor Fraenkl, und es ziemt sich, ihm den Dank dafür zu zollen, daß jetzt andre den Kranz zum Richtfest befestigen dürfen. Noch ist die Arbeit für Hoelz' Befreiung nicht zu Ende. Die Klassenjustiz wird ihr Opfer nicht kampflos aus den Fängen lassen. Sie fühlt sich noch als der Stärkere im Kampfe, und sie weiß, daß das Recht des Stärkeren gilt. Es kommt darauf an, das Rechtsgefühl des Proletariats mit solcher Kraft gegen das Machtbewusstsein der Klassenjustiz aufprallen zu lassen, daß der solidarische Massendruck der Stärkere wird. Das Recht dieses Stärkeren wird dem Genossen in Groß-Strehlitz die Zuchthaustore aufreißen; der gestrenge Rezensent aber wird aus der einzigen Schublade seiner geistigen Kommode, der er seine marxistische Gesellschaftskritik entnommen hat, auch noch die dort lagernde dialektische Betrachtungsweise hervorholen, die ihm die Erreichbarkeit der Gerechtigkeit für Max Hoelz ohne Anführungsstriche erkennen lassen wird, sofern er wie jeder Revolutionär ihr den besten Teil seines kritischen Dranges zu widmen bereit ist.

Selten hat sich ein Richter so wenig Mühe gegeben, im Ausüben der Klassenjustiz seine Absicht, das Recht des Stärkeren zu sprechen, hinter et-

welcher Vulgärethik zu verbergen, wie Herr Weßling in Landsberg an der Warthe. Er war so peinlich offenherzig in seiner Parteinahme für seine Klassen- und Gesinnungsgenossen auf der Anklagebank, daß er wegen Methoden-Verrats zur Rechenschaft gezogen werden soll. Wenn es wirklich dazu kommen sollte, so wird man ihm den Pelz waschen, ohne seine Schützlinge naß zu machen. Viel neues hat der Landsberger Feme-Prozeß nicht gebracht; aber es war hübsch von Herrn Weßling, daß er im Gegensatz zu seinen Vorgängern das Publikum zusehen ließ, wie es gemacht wird, daß nicht viel neues zum Vorschein kommt. Angegangenes Fleisch wäscht man mit Essig ab, aber es empfiehlt sich, es zuvor auseinander zu schneiden, weil man sonst aus den inneren Teilen den Verwesungsgestank schwer herausbringt. Nach diesem Rezept verfuhr der Richter: er verteilte den Prozeß, damit der Hautgout des Falles Gröschke nicht in den von der Lauge des Wohlwollens leicher ätzbaren Fall Gädicke hinübergriffe und der Erreger des Aasgeruchs, Herr Oberleutnant Schulz, dem Vaterlande erhalten bleibe. Auf solche Weise gelang es, die armseligen Werkzeuge der Mordregie ins Zuchthaus abzuschieben und dem sadistischen Vieh Klapproth das Leben zu retten; — was bedeuten ihm 15 Jahre Zuchthaus, da er von dem Richter, der sie ihm zudiktierte, drei Tage später als ein „ums Vaterland verdienter Mann“ schon zur Behandlung à la Arco, Ehrhard, Roßbach, Hitler, Vogel, Zwengauer und der ganzen Rotte empfohlen wurde, deren schurkische Patrioten-Taten ausnahmsweise prozessiert wurden. Die Mordopfer wurden madig gemacht, und Schulz wurde freigesprochen, weil Geßler nicht kompromittiert werden sollte. Die Tatsachen, die mit dem grellen Licht der Oeffentlichkeit weggeblendet werden sollten, konnten niemanden überraschen, der verfolgt hat, was hierzulande jahrelang als Landesverrat geächtet wurde. Auch wenn die Verhandlung nicht in dem Augenblick abgebrochen worden wäre, als der Oberfemerich Schulz die Minister Geßler und Severing zu belasten anfang — seitdem wurden die Glacéhandschuhe, mit denen er schon vorher angefaßt war, mit einem Samtüberzug versehen —, hätte sie nichts wesentliches zu Tage fördern können, was man nicht ohnehin gewußt hätte. Nicht einmal die Mundtotmachung der Vertreter der Nebenkläger und ihre Bedrohung war ein Weßlingscher Originaleinfall. Niedner hat im „Tscheka“-Prozeß den Verteidiger Samter tatsächlich aus dem Saale bringen lassen, und im Honnefer Prozeß, der augenblicklich unter Bruch des internationalen Londoner Amnestievertrages vor dem Reichsgericht verübt wird, wurde der Verteidiger der — allerdings kommunistischen — Angeklagten, Dr. Obuch, der den Fall seit fast 2 Jahren bearbeitet hat, auf Grund einer Spitzel-Verleumdung mit seinem Sozium von vornherein nicht zur Teilnahme am Prozesse zugelassen. Am allerwenigsten verblüfft das Landsberger Urteil selbst. Hätte man ein andres gewollt, so wäre die Sache als politischer Straffall in Tateinheit mit Hochverrat niemals einem Provinz-Schwurgericht überwiesen worden. Trat doch der wegen Hochverrat verurteilte Major Buchrucker als

Zeuge auf, und was immer in jenen „Arbeitskommandos“ an Schweinereien und Bestialitäten geleistet wurde, gehörte alles zu den Vorbereitungen des Hochverrates, der am 1. Oktober 1923 in Künstrin unternommen wurde. Dafür aber hat man die Schulz, Klapproth, Fahlbusch, Büsching usw. niemals verfolgt, während einfache Rotgardisten, die, bevor es eine Verfassung gab, an der bayerischen Räterevolution teilnahmen, heute noch, nach 7½ Jahren, im Straubinger Zuchthaus sitzen. Die Räterepublik hat es allerdings gegeben, während eine Schwarze Reichswehr niemals bestanden hat: im Zusammenhang mit dem Landsberger Prozeß hat es sowohl der Richter Weßling als auch der Wehrminister Geßler behauptet, und dann muß es wahr sein. Auch einen Rathenau-Mord scheint es nie gegeben zu haben. Wenigstens behandelt man die Herrschaften, die man seinerzeit noch wegen ihrer Beteiligung an der Tat wohl oder übel einsperren mußte, nicht so übel wie es sich Max Hoelz oder Alois Lindner gefallen lassen müssen. Man weiß nicht einmal, wieviele von ihnen überhaupt noch „büßen“. Jetzt soll ja der Herr Brand in Gnaden freigelassen worden sein; vorher aber hat er sich noch photographieren lassen, wie er, elegant und fröhlich, in Gesellschaft des Herrn Gefängnisdirektors seinen täglichen Morgenspaziergang macht. Von seinem zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilten Mordkumpfan Salomon hieß es schon vor Jahren, dieser Sträfling habe zur Hochzeitsfeier seines Bruders Urlaub erhalten. Wir lasen es in der Festungsanstalt Niederschönenfeld, wo ungefähr um dieselbe Zeit einem Festungsgefangenen der Urlaub zur Teilnahme an der Beerdigung seiner Mutter verweigert wurde. Das Recht des Stärkeren! . . .

Den Nationalisten — Hochverrättern oder Mördern — steht halt in dieser Republik das Recht als der Schwächere gegenüber. An den Kommunisten macht es den Schaden wett. Als die Klapproths mit den Buchruckers und Schulzens das Werk vorbereiteten, der Schwerindustrie die Geschäfte dadurch zu erleichtern, daß sie den Staat in die richtige monarchistische Façon bögen und der Firma den angemessenen schwarzweißbroten Anstrich gäben, übten sie die den Arbeitern zugedachte Liebenswürdigkeit des „Hinfunkens“ an ihren Kameraden. Aber ihr Tätigkeit erstreckte sich doch auch schon auf Vorübungen am eigentlichen Objekt ihrer Volkserneuerung. Besonders in Ostpreußen wurden, selbstredend unter dem Schutz der Obrigkeit, Reiterscharen organisiert, die bei Gelegenheit kommunistischen Arbeitern auflauerten und sie mißhandelten. Zugleich wurden riesige Waffenlager eingerichtet. Die Arbeiter wußten das, sie wußten auch, daß Kahr und Hitler in Bayern und ihres Gleichen in Pommern und Ostpreußen dicht vor dem Losschlagen standen. Da sie sich nicht willenlos totschlagen lassen wollten, organisierten einige entschlossene Jugendliche die Abwehr. Es gelang ihnen, ein paar völkische Waffenlager auszumachen, um für die Stunde der Not Verteidigungsmittel zu haben. Der Buchrucker-Putsch kam; der Hitler-Putsch kam, — die jungen Genossen hatten also richtig gesehen. Ihre Waffen haben sie nie benutzt. Die Völkischen, die die Lager angelegt und die Waffen erhoben

haben, sind nicht verfolgt worden. Den Kommunisten aber machte der Staatsgerichtshof „zum Schutz der Republik“ einen großen Prozeß, zu dem sich Herr Niedner mit seinen Rechtsgehilfen selbst nach Königsberg bemühte. Es gab in dem Königsberger Prozeß keine Nebendelikte wie etwa das besonders beliebte Sprengstoffverbrechen, das — falls nicht grade Nationalsozialisten Bomben werfen — nur mit Zuchthaus geahndet werden darf. Niedner konnte seine Zuchthausstrafen nur auf das Republikenschutzgesetz stützen. Und das tat er auch. Von Abwehr wollte er nichts wissen, die Reiterverbände imponierten ihm nicht. Er nannte die russische Fahne „den roten Fetzen“ und verhängte über den jungen Genossen Delvendahl 7 Jahre, über die andern Angeklagten 6 und 5 Jahre Zuchthaus, begründet mit dem Gesetz „zum Schutz der Republik“. Am 28. Juli 1926 hat der Reichstag beschlossen, aus dem § 7 dieses Gesetzes den Zusatz zu streichen, der für „besonders schwere Fälle“ Zuchthaus vorsieht. Mit diesem Zusatz ist Delvendahls, damit ist Dutzender anderer Proletarier Unglück „rechtlich“ gestützt worden. Die Königsberger Verurteilten haben versucht, jetzt nachträglich die Aenderung ihrer Strafe zu erreichen, von der sie schon Jahre hinter sich haben und die jetzt nicht mehr so verhängt werden dürfte. Vergeblich . . .

Am 20. Juli 1922, am Tage vor der Verkündung der Gesetze „zum Schutz der Republik“ versicherte Dr. Paul Levi vor den Berliner Funktionären der Unabhängigen Partei: „Wir haben starke Garantien dafür, daß die Gesetze gegen rechts angewendet werden und ein Mißbrauch gegen links verhindert wird.“ Wer lacht da? Da lachen Schulz und Klapproth, Niedner und Weßling. Und sie haben das Recht zum Lachen, — das Recht des Stärkeren.

Amnestie — auch in Rußland.

Es ist keine „Hetze gegen Sowjet-Rußland“, sondern leidvolle Pflicht des revolutionären Gewissens, wenn man sich der Kameraden annimmt, die dort im Gefängnis sitzen, weil sie an der Politik der bolschewistischen Partei revolutionäre Kritik geübt haben. Das Verlangen des ganzen internationalen Proletariats nach Amnestierung der politischen Gefangenen, die für den Sieg des Sozialismus gekämpft haben, darf nicht vor den Grenzen Rußlands verstummen. Die Forderung: Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen in Deutschland, Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, heraus mit Sacco und Vanzetti, mit den Opfern Mussolinis! begegnet überall dem zynischen Feixen der Staatserhalter und ihrem Hinweis auf Rußland, wo eine Regierung von Arbeitervertretern, die fast alle selbst einmal vom Zaren nach Sibirien geschickt waren, sich auch nicht anders zu helfen wisse, als indem sie die Gefängnisse mit Sozialrevolutionären, Anarchisten und oppositionellen Kommunisten fülle, die den Ruf „Alle Macht den Räten“ wörtlich genommen haben. All unsre Agitation für die Rote Hilfe wird um einen guten Teil des Erfolges gebracht, die gesamte Atmosphäre des gemeinsamen Kampfes der revolutionär gesinnten Arbeiterschaft wird vergiftet durch die unfabbare Starrköpfigkeit der russischen Regierung, die sich, nun volle 9 Jahre an der Macht, noch nicht ein einziges Mal entschließen konnte, wenigstens diejenigen politischen

Gefangenen zu amnestieren, deren Organisationen im Oktober 1917 auf derselben Seite der Barrikade wie die Bolschewiken für den Sieg der roten Fahne ihr Blut verspritzt haben. Wenn sich denn aber schon das gegenwärtige Parteiregime zu schwach fühlen sollte, um die Freiheit der Gefangenen und die Heimkehr der revolutionären Emigranten ertragen zu können, so bekenne es sich wenigstens zu dieser Schwäche und lasse die europäische Arbeiterschaft wissen, daß die Argumente der Anarchisten zu stark, dem russischen Arbeiter und Bauern zu überzeugend sind, als daß diese Ideen propagiert werden dürften. Statt dessen streitet man Tatsachen ab, die tausendmal erweislich sind, macht die Solidarität mit den Kameraden zum Arbeiterverrat, peitscht die gläubigen Proletarier gegen die Klassengenossen auf, die Bescheid wissen und stößt diejenigen von sich zurück, denen zufällig einmal doch Beweise vor die Augen kommen. Naive, zur Bewunderung herzlich gewillte Arbeiter fahren mit Delegationen nach Rußland, überall begeistert aufgenommen, und sie wollen alles sehn, um wahrheitsgetreu zuhause berichten zu können. Sicherlich ist es Unsinn zu behaupten, es würden ihnen nur Potemkinsche Dörfer aufgebaut; sicherlich hat das nachrevolutionäre Rußland vieles zu zeigen, wessen es sich ganz und garnicht zu schämen braucht. Aber eins steht fest: in die Gefängniszellen der politischen Gefangenen erhalten sie keinen Einblick, der sie die reine Wahrheit sehen läßt. Das Vereinigte Komitee zum Schutze der in Rußland gefangenen Revolutionäre (Berlin O 34) versendet einen Brief, der am 15. September 1926 von den Sozialisten und Anarchisten des Charkower Gefängnisses Nr. 1 an das Präsidium der All-ukrainischen Zentral-executive der Räte gerichtet wurde. Da wird berichtet, daß am Abend vor dem Eintreffen der 2. deutschen Arbeiterdelegation die politischen Gefangenen gegen ihren Protest unter schlimmsten Mißhandlungen ins Gewahrsam der Tscheka verschleppt wurden, um ein Zusammentreffen mit der Delegation zu verhindern. Die Gefangenen sind zum Protest dagegen in den Hungerstreik getreten. Als kurz nachher eine holländische Delegation das Charkower Gefängnis besuchte und ausdrücklich nach politischen Gefangenen fragte, wurde ihr wahrheitswidrig versichert, es gebe dort keine. Die Delegation deutscher Arbeiterinnen wurde ebenfalls nicht in den Flügel der politischen Gefangenen geführt, obwohl die Gefangenen selbst verlangten, mit den Genossinnen sprechen zu dürfen. Die gefangenen Genossen, die den Brief unterschrieben haben — 7 Anarchisten, 1 linker Sozialrevolutionär, 5 Zionisten-Sozialisten und 4 Mitglieder der Sozialistischen Jugend —, halten nicht zurück mit ihrer Kritik dieses Verfahrens. Erklärbar ist es doch nur aus der Befürchtung, ein Besuch bei den politischen Gefangenen werde bei den Delegierten einen so unschönen Eindruck machen, daß dadurch alle freundlichen Bilder von der Reise durchs gastfreie Sowjet-Rußland verwischt werden könnten. Also schämt sich die russische Regierung, fremden Arbeitern Einblick in die Behandlung der politischen Gefangenen zu geben. Scham ist eine Empfindung anständiger Gesinnung, die vor den eigenen Handlungen Abscheu hat. Mögen die regierenden Genossen in Rußland, die doch keine deutschen Schulmeister sind, die bei aller wissenschaftlichen Strenge der Gedanken und Ueberlegungen außer ihrem ökonomisch geschulten Hirn auch noch die führende Seele haben, die alle seine Dichter dem russischen Volke nachsagen und selbst ihren Spott daran auslassen, — mögen sie die Empfindung der Scham hereinlassen in ihre Köpfe und dort zu der Erkenntnis werden lassen, daß es nicht nur immer moralisch angenehmer, sondern auch praktisch lohnender ist, keine Scham empfinden zu müssen. Geht ihr mit einer großen Amnestie voran, Genossen in Sowjet-Rußland! Hunderttausenden braver revolutionärer Proletarier auf der ganzen Welt wäre die Kehle frei, euch zu grüßen in euerem Bemühen, euer revolutioniertes Land nach euerem besten Wissen und Können

dem Sozialismus entgegenzuführen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen euerm Streben und anderm Denken und Glauben werden fortbestehen, aber ihnen wird der Giftstachel der hassenden Verbitterung genommen sein. Den proletarischen politischen Gefangenen in allen kapitalistischen Staaten aber ginge neue stärkste Hoffnung auf, daß auch für sie die Kerkertore aufspringen werden. Denn die Kraft der Solidarität ihrer Klassengenossen wäre verzehnfacht, wenn kein gespaltenes Gefühl mehr ihre Helferfreude beengt. Den Tag, an dem Rußland seine linken Gefangenen, Verschickten und Emigranten amnestiert, wird das Weltproletariat mit einem Jubel begrüßen, wie ihr ihn, russische Freunde, seit Wrangels Vertreibung nicht mehr vernommen habt. Wartet keinen Gedenktag ab, um mit seiner Feier eine große Geste des Vergehens und Vergessens zu verbinden. Schafft den Gedenktag, den wir ersehnen, durch die Amnestie!

Külz, der Derzeitige.

Als Herr Schiele, der Deutschnationale, den Posten des Reichsinnenministers dieser derzeitigen Republik laut weinend verließ, durften die Demokraten ihn besetzen. Sie wollten ihren bewährten Oberkoch, der schon in Eberts Budike, wo der Noske blaue Bohnen dünstete, die Polizeisuppe dazu angerührt hatte, noch einmal für unser Reichsinnerliches sorgen lassen. Der aber war den bayerischen Kahryatiden der neudeutschen Eintracht viel zu revolutionär, sie klapperten mit dem Porzellan des republikanischen Services, das sie schon mehrmals zertöppert hatten; die Demokraten griffen schleunigst zu dem bei ihnen gebräuchlichsten Porzellangeschirr, zogen den Koch ins Lakaiezimmer zurück, suchten aus ihrem nationalliberalen Ausverkaufsbestand den Külz heraus und setzten den unter dem Willkommsschwenken der weißblauen Taschentücher ihrem Geßler an die Seite. Ein lieber Kerl, dieser Külz, ein schwarzrotgoldiges Männchen. Im Reichstag hat er sich selbst als „derzeitiger Republikaner“ vorgestellt, und seither ist er beflissen, der derzeitigen Republik den Zuschnitt zu geben, den die kommende Monarchie für ihr gewendetes Gewand braucht. Wahrhaftig, einen tüchtigeren Zuschneider wie den Külz hätte niemand finden können, — man sehe sich bloß seine Physiognomie an: wie ausgespien von der Konfektion, um engbrüstigen Republikanern fromme Gesinnung, keusche Sitten und respektvollen Gehorsam anzumessen. Man sollte es ihm garnicht glauben, dem derzeitigen Külz, daß er selbst schon mal zum Tode verurteilt worden ist; nun, er war ja zum Glück nicht dabei, als das französische Gericht sich mit seinen Kriegs-Heldentaten beschäftigte. Welche Greuel er verübt hat, ist mir nicht bekannt. Seine deutschen Landsleute von der schwarzweißbroten, schwarzrotgoldenen und weißblauen Couleur haben sie jedenfalls nicht für so schlimm gehalten, daß dem Külz deswegen das Amt eines Magisters der Deutschen in allen Angelegenheiten der Kultur und Zivilisation nicht sollte anvertraut werden dürfen. Und so sehen wir ihn denn am guten Werke: sein neues Schulgesetz wird dem Nachwuchs das verstellbare Staatsbewußtsein einflößen, das, von frühzeitigem Glaubenseifer angekurbelt, derzeitige Verfassungstreue fördert, um vor unzeitigen Freiheitsbegierden zu schützen; sein neues Vereins- und Versammlungsgesetz wird uns wohlthätig zurückhalten, wenn uns der Drang überkommt, uns mit Gleichgestimmten zusammenzufinden, um etwa eine derzeitige Unzufriedenheit zu vorzeitigen Entschlüssen zu erhitzen, und wird wie in hohenzollernzeitigen Tagen die Faust des Schutzmanns zwischen die Zähne der Volkredner setzen; sein Schmutz- und Schundgesetz endlich wird den Index schaffen, der aus dem derzeitigen Republikaner den ewigen Normalbürger macht, wird den Proletarier ans Traktätchenlesen gewöhnen und die Dichter

und Denker der derzeitigen Kütz-Republik in Chorknaben der Bruderschaft zu den gottgewollten Abhängigkeiten verwandeln. Wir wollen dem derzeitigen Kütz bestätigen, daß er mit all diesen Gesetzen nicht mehr viel an den derzeitigen Zuständen in der deutschen Republik ändern wird; ihres Geistes verspüren wir längst täglich mehr als einen Hauch. Tatsächlich Wandel schaffen wird unser Kütz erst mit seinem Plan, den derzeitigen Republikanern wieder das Tragen der lang und schmerzlich entbehrten Orden und Ehrenzeichen zu gestatten. Zwar hat Walter Scott einmal geschrieben: „Orden sind Bande, die Schurken erdormen haben, um Narren damit zu fesseln“, — aber der ist schon fast 100 Jahre tot. Unter den derzeitigen Kützen sind solche Unehrrerbietigkeiten nicht mehr am Platze: da wird das Schmutz- und Schundgesetz schon abhelfen.

Der Geist von Locarno.

Er lebt noch, der Geist von Locarno; er ist springlebendig. In Genf ist er beobachtet worden, nachher ist er in Thoiry aufgetaucht und dann in Romsey. Inzwischen sah man ihn in Wien, wo ihn ein paneuropäischer Kongreß schaukelte, und im Berliner Reichstagsgebäude schnullte er unter dem Namen europäische Verständigung an den Brüsten der Professoren Schücking und Kahl. Außerdem machte er ein Wirtschaftsmanifest in die Windeln, wobei er die Einengungen des europäischen Handels, die Tarifbarrieren, Speziallizenzen und die Verbote der Friedensverträge naß machte. Aber die Industriellen ärgerten sich über die Börsenkapitalisten, die den Geist von Locarno bei dieser Verrichtung abgehalten hatten und konnten allerdings ihrerseits auf die großen Geschäfte hinweisen, die von seinem gesunden Stühlgang in Gestalt des Eisenpaktes, des Kali-Abkommens und des Kupferkartells Zeugnis ablegen. Eine leichte Darmverstopfung zeigt sich beim Geiste von Locarno nur auf seiner Fahrt zwischen Frankreich und Italien. Mussolini scheint ihn nicht sehr zu lieben, und wenn es dem Lockspitzel Garibaldi gelungen wäre, den katalonischen Aufstand und damit eine dauerhafte spanisch-französische Magenverstimmung ins Werk zu setzen, dann hätte der Geist von Locarno an seiner Gesundheit schweren Schaden nehmen können. So ist es bei einem ungefährlichen Aufstoßen geblieben, das lokal behandelt wird: in Frankreich mit Verhaftungen spanischer Revolutionäre, die den lieben Nachbarn als Medizin zum Hinrichten ausgeliefert werden sollen, und in Italien mit Blut- und Prügelkuren an den nichtfaschistischen Arbeitern. Dabei leidet der Geist von Locarno weiter keinen Schaden.

In unserer süßen deutschen Republik fühlt er sich ganz und gar zu Hause. Da strampelt er in den Armen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, quietscht nach dem Achtstundentag und erhöhter Erwerbslosen-Unterstützung und schmeichelt dem Kapital, das so etwas nicht hören mag, wenigstens die stille Koalition ab, in der die Sozialdemokraten das Recht bekommen, zu allem Ja zu sagen, woran sich Kapital, Kirche und das Haus Hohenzollern erfreut.

Die Völker der Erde teilen sich bekanntlich ein in Deutsche, Ausländer und Bayern. In der Heimat der Gamsbärte und der Wittelsbacher bemüht sich der Geist von Locarno mit nur geringem Erfolge um ein Obdach. Jetzt will der preußische Erbeind schon wieder mit einem Finanzausgleich kommen, der die letzten Reste bayerischer Eigenstaatlichkeit ausrotten soll. Der Held, der, aus preußisch Hessen gebürtig, die bayerische Eigenart erfunden hat, schmiß gleich die Tarockkarten auf den Tisch, trumpfte noch schnell mit Schellensau auf und drohte mit einer Partie 66. Weikdessen hat aber der Geist von Lo-

carno den Heldprokuristen in der Reichsregierung, den Post-Stingl, umschattet, und die Bayern müssen jetzt, wenn sie Protestbriefe nach Berlin schreiben wollen, hinten am Großpreußen und Katholikenfeind Fridericus lecken. Zum Glück sind aber die Bajuwaren von alters her ein festfreudiges Volk, das sich über jeden vaterländischen Gram mit einer ebenso vaterländischen Gaudi hinwegzutrusten weiß. Dem Bedürfnis, den ganzen Aerger der letzten Zeit mitsamt dem Bier, womit er hinuntergespült wurde, loszuwerden, ist man jetzt sinnig durch den Bau einer Bedürfnisanstalt entgegengekommen, die am 15. November am Odeonsplatz in München feierlich in Betrieb genommen wurde. Am Tage vorher fand die Besichtigung durch Behörden, Presse und eingeladene Gäste statt. Aus welchem Wittelsbach die Einweihungs-Berieselung erfolgte, geht leider aus den Festberichten nicht hervor, Hinter den Ehrengästen aber hatte sich der Geist von Locarno in das schmucke Etablissement eingeschlichen; er gedachte seiner ersprießlichen Windel-Tätigkeit, sog würzige Hoffnung ein und freute sich.

Deutschland braucht Kolonien.

In Westjava ist ein Aufstand ausgebrochen, der, wie es scheint, starke Ausdehnung angenommen hat. Ueber die letzten Anlässe der Revolte ist noch nichts bekannt. Ein Urteil darüber, ob die Bewegung als eigentliche Revolution mit dem Ziel der endgiltigen Befreiung der Einwohner von der niederländischen Sklaverei aufzufassen ist oder nur gegen die Methoden der Sklavhalter den Verzweiflungsakt der gewaltsamen Abwehr setzt, ist noch nicht möglich, ebenso wenig darüber, ob ein Zusammenhang mit der großen nationalrevolutionären Erhebung in China besteht. Da ich es nicht für die Aufgabe eines revolutionären Chronisten halte, sich als Alleswisser aufzuspielen und jedes Weltereignis noch vor Sichtbarwerden der ersten Auswirkungen mit geschwollenen Salbadereien zu betropfen, so begnüge ich mich mit dem Ausdruck der Freude, daß wieder ein infam geknechtetes Volk, von dessen Peinigung durch die Kaffeemagnaten Multatuli in „Max Havelaar“ ein erschütterndes Bild gemalt hat, die Glieder reckt.

In Deutschland wird zur Zeit ein tolle Agitation entfaltet, die die Zuerkennung von Kolonien durch den Völkerbund bezweckt. Deutschland kann im eigenen Lande über 2 Millionen Proletariern keine Arbeit geben; die übrigen Millionen, die die Arbeit der Erwerbslosen mit verrichten müssen, bekommen dafür durchschnittlich 60 pCt. des Reallohns der Vorkriegszeit. Was die holländischen Plantagenbesitzer in Java treiben, treiben also die deutschen Unternehmer im eigenen Lande. Deutschland braucht keine Kolonien, — Deutschland braucht Javaner!

Verdorben — gestorben.

Paul Lensch ist gestorben. Erst Korpsstudent, dann linker Sozialdemokrat, im Kriege Umlerner, nachher Chefredakteur der Deutschen Allgemeinen Zeitung und Stinnes' theoretischer Leibfuchs, schließlich freier Mitarbeiter an der deutschen Arbeiter-Knebelung. Lensch war Marxist und ist es bis zu seinem Tode geblieben. Er bewies historisch-materialistisch, daß der Weltkrieg in die Reihe der Klassenkämpfe gehörte: Deutschland spiele dabei die Rolle des Proletariats, das sich die Fesseln des ausbeuterischen britischen Imperialismus vom Leibe schüttle. Stinnes stellte mit Vergnügen sein Hauptorgan zur Verfügung, um der Schwerindustrie die Zweckmäßigkeit der marxistischen Lehre für ihre Geschäftsinteressen zu beweisen. Uebrigens wich die Auffassung der Deutschen Allgemeinen Zeitung nicht

wesentlich von der des andern Marxistenblattes, des Vorwärts, ab. Menschlich war Paul Lensch seinen bei der Sozialdemokratie zurückgebliebenen Gesinnungsgenossen vorzuziehen. Er narrete, als er sich von den Industriellen engagieren ließ, die Arbeiter nicht länger mit dem Schwindel, als ob er noch Sachwalter ihrer Angelegenheiten wäre. Jetzt ist er tot; — das ist nicht wichtig.

Soeta laureatus.

Lied des Leiermanns.

Ein Orgelmann leiert am Straßenrand,
er rasselt mit seinen Prothesen:
Ich gab meine Beine dem Vaterland;
ich bin ein Kriegsheld gewesen.
Zuhause ließ ich die Kinder, das Weib,
die hungerten sich den Skorbut an den Leib; —
ich brüllte gereimte Gesänge
und kämpfte im Schlachtengedränge.
Doch das macht nichts, das tut nichts, das kommt nicht drauf an —
mich haben die Dichter begeistert,
sie haben das Hirn mir verkleistert,
daß ich jetzt mit den Kunstbeinen rasseln kann. —
Ein Hoch der Poesie! Es lebe das Genie!
Immer rein, immer rein in die Akademie!

Hurra, ich kann singen auch ohne Bein
und orgeln zu Dichters Reimen.
Drum sollen sie auch Akademiker sein
und den Geist des Vaterlands leimen.
Was ich hatte, das stahl mir die Inflation,
und der Hauswirt schluckt meine Krüppelpension,
ich dreh meinen Leierkasten
und üb' mich in Frieren und Fasten.
Doch das macht nichts, das tut nichts, das kommt nicht drauf an.
Wenn die Dichter nur werkeln am Staate,
dann freut sich ein tapfrer Soldate
noch als bettelnder Leierkastenmann.
Ein Hoch der Poesie! Es lebe das Genie!
Immer rein, immer rein in die Akademie!

Das Leben der Dichter ist immer ein Fest,
besonders der Prominenten.
Sie singen vom Mond, von der Frau, vom Inzest,
da schmecken den Reichen die Renten.
Und macht ein Poet als Prolet sich gemein,
dann sperrt man ihn rechtens ins Zuchthaus ein.
Er braucht ja den Staat nur zu loben, —
dann wird er vom Staate erhoben.
Doch das macht nichts, das tut nichts, das kommt nicht drauf an.
Wir preisen die Republike
mit Versen teils, teils mit Musike.
Der Dichter reimt's erst, ich orgle es dann:
Ein Hoch der Poesie! Es lebe das Genie!
Immer rein, immer rein in die Akademie!

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bln.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

Donnerstag, **2.** Dezember: Gen. REINHOLD BUSCH über „Marxismus — Anarchismus.“

Donnerstag, **9.** Dezember: Gen. BERTHOLD CAHN über „Rationalisierung und Arbeiterklasse.“

Donnerstag, **16.** Dezember: Gen. AUGUSTIN SOUCHY über „Die internationale anarchistische Bewegung.“

Donnerstag, **23.** Dezember: Gen. HERBERT WEHNER über „Gustav Landauer.“

Gäste stets willkommen.

Zuschriften an Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstr. 10 IV

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Die politische Monatszeitschrift für den klassenbewußten Arbeiter

Bezugspreis: vierteljährlich 60 Pfennige.

Aus dem Inhalt des November-Hefes:

DEHMS: „Der Jugend zum 9. November“ — Maria HODANN: „Hat die Jugend eine politische Aufgabe?“ — KUMLEBEN: „Arbeiterkinder und höhere Schulen in Hamburg“ — RODE: „Solingen“ — HINZE: „Studienfahrt ins Dorf“.

Probehefte kostenlos durch

N. HINKEL, Schlüchtern, Bez. Kassel

„DIE NEUE ARBEITER-POLITIK“

Früher „DER RING“

ist das Organ des Fysiokratischen Kampfbundes
und des Ringes der revolutionären Jugend.

Die Paralyse des Abendlandes droht, auch die Politik der Arbeiterbewegung zu zersetzen. Die alten Dogmen haben ihre Werbekraft verloren, die praktischen Auswirkungen waren anders, als man auf Grund der alten theoretischen Erkenntnisse erwartet hatte. Die bitter notwendige Einheitsfront des Proletariats ist nur durch eine Neuorientierung auf theoretisch-revolutionärem Gebiete zu erreichen. Die fysiokratische Gesellschaftstheorie bildet den letzten Schritt auf dem Wege des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Aus ihr die revolutionären Konsequenzen zieht

„DIE NEUE ARBEITER-POLITIK“

Man fordere kostenlos Werbehefte (Giordano Bruno, Karl Liebknecht, Heinrich Lersch, Bakunin, Bergarbeiterstreik, Grundlagen der klassenlosen Gesellschaft) vom

RING-VERLAG, WINDISCHLEUBA I. THÜR.

Verlag der Weltbühne, Charlottenburg, Königsweg 33

Lest wenig,
aber

DIE WELTBÜHNE

Der Schaubühne XXII. Jahr

Wochenschrift für Politik, Kunst
und Wirtschaft

Herausgeber: Siegfried Jacobsohn
Probenummer kostenlos

Deutsche Wirtschafts- führer

von Felix Pinner

15., sehr erweiterte Auflage

Preis gebunden 5 Mark

DIE GROSSE ZEIT DER LÜGE

von

Hellmut v. Gerlach

Preis kartoniert 2 Mark

Verschwörer und Fememörder

von Carl Mertens

Preis kartoniert 2 Mark

Verlag der Weltbühne, Postscheckkonto Berlin 119 58

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Bayern. — Arco und Lindner. — Sowjet-Granaten?
Friede auf Erden. — Siegfried Jakobsohn.
Was ist unsittliche Kunst? — Kurze Chronik.



Jahrgang 1

BERLIN

Januar 1927

PREIS 30 PFG.

Nr. 4

PREIS 30 PFG



Kain

Zeitschrift für Menschlichkeit

Herausgeber: Erich Mühsam

Erste Folge April 1911—Juli 1914.

Im ganzen erschienen 40 Hefte, Umfang und Format ähnlich dem FANAL. Ganze Exemplare oder vollzählige Einzeljahrgänge sind nicht mehr vorhanden, doch können noch Zusammenstellungen bis zu ungefähr 30 verschiedenen Heften geliefert werden.

Jedes Heft wird bis auf weiteres mit 1,50 RM berechnet.

Zweite Folge November 1918—April 1919.

Es erschienen ein vierseitiges Flugblatt und 9 Nummern der Zeitschrift in Großquartformat mit ganzseitigen Titelzeichnungen und Beiträgen zu den Revolutionsproblemen vom Herausgeber und verschiedenen Mitarbeitern. Der Lagerbestand des Blattes wurde nach der Verhaftung des Herausgebers von den Nosketruppen fast vollständig vernichtet. Von Nr. 9 ist kein einziges Exemplar erhalten geblieben. Das Flugblatt nebst den 8 ersten Nummern ist noch dreimal vorhanden und wird zum Preise von 50 RM für alle 9 Blätter abgegeben. Von den Nummern 1, 2, 3, 4, 7 und 8 sind noch etliche Stücke gerettet, die zum Preise von 2 RM für das einzelne Blatt bezogen werden können.

Anfragen, Bestellungen, Geldsendungen an den Herausgeber persönlich

Erich Mühsam, Charlottenburg, am Lützow 10

Postscheckkonto Berlin Nr. 82419.



F A N A L

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang I

Nummer 4

Januar 1927

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, (Aust. 2. 05) jährlich RM. 3,50, (Aust. 4,10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden, Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bln.-Charlottenburg, Am Lützow 10

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Bayern.

Im September 1916 erwarb ich die bayerische Staatsangehörigkeit. Wer im Laufe von zwei Kriegsjahren durch die rosige Schminke der deutschen Heeresberichte hindurchzulesen gelernt hatte, wußte, daß Falkenhayns letzte Hoffnung, durch die Offensive auf Verdun den Krieg noch zu einem glimpflichen Remis-Abschluß zu bringen, im Blutmeer der vor den Außenforts der Festung geopfert deutschen Soldaten ersoffen war. Da ich weder General, noch Staatsmann, noch Parlamentarier oder Professor war, noch gar sozialdemokratischer Parteigänger, hatte ich keinen Zweifel, daß nur noch die Anerkennung der militärischen Niederlage mit der Verkündung des Verzichtes auf Belgien und Elsaß-Lothringen und der Verpflichtung zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete die Möglichkeit für die kaiserlichen und königlichen Regierer offen ließ, zur Festsetzung der Friedensbedingungen als Verhandlungspartner überhaupt zugelassen zu werden. Die Absetzung Falkenhayns und die Ernennung der auf Heroen zurechtfrisierten Generale Hindenburg und Ludendorff zum Oberbefehlshaber und Generalquartiermeister der gesamten Armee war das Eingeständnis der Katastrophe (29. August), und die Frage, die allein offen blieb, war die, welche Art Revolution die infernalisch betrogene und ausgeblutete deutsche Bevölkerung beim Erwachen aus ihren Siegesträumen unternehmen würde. Ich gestehe, daß ich kein guter Prophet war. Ich glaubte zu jener Zeit weder, daß wir die größere Hälfte des aussichtslosen Gemetzels noch vor uns hätten, noch, daß das Deutsche Reich Bismarckscher Prägung, mochte man seine Grenzen selbst in der Krim und in Palästina verteidigen, die fürchterliche

Widerlegung seiner Existenzberechtigung durch diesen Krieg in irgend einer Form sollte überdauern können. Mir schien selbstverständlich, daß noch vor dem revolutionären Angriff der heimgekehrten Arbeiter und Kleinbauern auf die Wirtschaftsgrundlagen der Gesellschaft die Liquidierung der Versailler Verträge von 1871 und somit die Auflösung der unter dem Namen Deutsches Reich firmierenden G. m. b. H. Großpreußen, erfolgen würde; denn es war völlig klar, daß jedes Land billiger weggekommen wäre, wenn es seinen Staatsbankrott selbst verwaltet hätte, als wenn es seine als Existenz- und Produktivkräfte auswertbaren Substanzmaterialien im Mörser der deutschen Universalpleite mit der gesamten Konkursmasse zerstampfen ließe. Die Zerschlagung des Reichs im Jahre 1918 hätte es den schwerindustriellen Nutznießern des Kriegsanleihe-Swindels einigermaßen erschwert, mit dem großartigen Raubzug der Inflation den letzten Spargroschen des deutschen Kleinrentners in ihre Taschen zu leiten.

Ich fühlte also im Sommer 1916 das Ende des Deutschen Reiches herannahen, überlegte, daß mit dem Bismarckschen Verfassungswerk auch die pflichtgemäße Gastfreundschaft der Bundesstaaten gegen Angehörige aller 26 deutschen verbündeten Vaterländer, der Indigenats-Vertrag, zu Grabe fahren werde und schloß aus genauer Kenntnis sowohl meiner eigenen als auch der bayerischen Eigenart, daß ich in dem Augenblick, der mich in Bayern zum Ausländer machte, zugleich lästiger Ausländer sein mußte. Um also nicht eines Tages Hals über Kopf aus Bayern und München, wo ich meinen Wohnsitz hatte und mich leidlich wohl fühlte, hinausgeschmissen werden zu können, trat ich am 9. September 1916 mit weißblau gestärktem Gemüt zum knödelechten Bajuwarentum über. Diese Vorsicht erwies sich 1½ Jahre später als sehr zweckmäßig. Bayern, noch während des Krieges das weitaus am liberalsten verwaltete Land Deutschlands, hatte, gestützt auf seine Reservatrechte aus den Versailler Verträgen, eigene Bestimmungen über die Handhabung des Kriegszustands. Die im preußisch regierten übrigen Deutschland gegen revolutionäre Kriegsgegner brutal angewendete Schutzhaft existierte dort nicht. Erst nach dem Januarstreik 1918 führte man die mildere Abart dieser Maßregel ein, die Verschickung in Zwangsaufenthalt unter militärischer Kontrolle. Zugleich aber leitete Bayern bereits damals die Loslösung vom Deutschen Reiche ein. Es setzte den 1871 abgeschlossenen Indigenatsvertrag ohne jede Kündigung von sich aus einseitig außer Kraft und verwies kriegsunlustige Nichtbayern des Landes, darunter Frauen und Kinder verhafteter Preußen, die in Bayern ge-

boren und ihr Lebtage noch nie jenseits der bayerischen Grenze gewesen waren. Ohne den Wechsel meiner Staatszugehörigkeit wäre auch ich mit meiner Familie im Frühjahr 18 per Schub über die nördliche Grenze speditiert worden und hätte das Ende der Heldenzeit in irgend einem preußischen Schutzhaftgefängnis abwarten können; so aber mußte man sich darauf beschränken, mich nach Traunstein in Zwangsaufenthalt zu setzen. Mein berechtigter Zweifel an Bayerns Preußentreue hatte mir das Aergste erspart.

Bei Beendigung des Krieges dachte in Bayern kein Mensch ernsthaft an den Fortbestand des alten Reiches. Als Professor Quidde im Oktober 18 den Landtag zu einer Treuekundgebung für die Einheit des Reichs veranlassen wollte, da erwiderte ihm der Fraktionsvorsitzende der Zentrumsparthei, der kurz darauf mit Heim die Separation seiner Partei vom Reichszentrum und die Begründung der Bayerischen Volkspartei vollzog und heute Ministerpräsident der königlich bayerischen Republik ist, Herr Held, daß Bayern keinen Anlaß habe, sich in den preußisch-deutschen Kladderadatsch freiwillig mit hinein zu stürzen. Dann kam das Kino-Revolutionchen, das es bei der kaum mehr als symbolisch wichtigen Verjagung der Dynastien bewenden ließ; immerhin darf gesagt werden, daß Bayern das einzige deutsche Land war, in dem die Versuche, aufs Ganze zu gehen, zu Größerem als heroischen Einzelaktionen führten. Das lag nicht nur an der wirtschaftlichen Struktur des Landes, obwohl es natürlich kein Zufall ist, daß der Versuch, Räterepubliken zu errichten, bisher nur in Ländern von ausgesprochen agrarischem Charakter unternommen worden ist: in Rußland, der Ukraine, Ungarn und in Bayern, dessen Bevölkerung zu 65% aus Kleinbauern besteht. Sehr wesentlich für die Intensität und Ausdehnung der bayerischen Revolutionsbewegung war der über die Klassengegensätze hinaus wirkende Widerstand aller Volksschichten gegen die großpreußischen Ansprüche, die man auch allenthalben für die von Bayern dem Kriege gebrachten Opfer an Blut und Wohlstand verantwortlich machte. Gegen die Berliner Konterrevolution, deren sozialdemokratische Exponenten Ebert und Scheidemann vom ersten Tage nur den einen Ehrgeiz kannten, den plumpen Unitarismus der großpreußischen Kasernendespotie zu retten und noch zu vergrößern, standen in Bayern die heterogensten Elemente in wütender Abwehr. Das vor allem erklärt die entschlossene Beteiligung des größten Teils der bayerischen Bauernschaft selbst an den radikalsten Bestrebungen der Revolution. Der föderalistische Gedanke, der aus dem Gefühl einer besonderen Geschichte, Erziehung, Wesensart und von den

Norddeutschen getrennten Lebensinteressen erwuchs, verband Kreise, deren Peripherien sich sonst nirgends schneiden. Föderalismus — das war der Gaul, den wir 1918/19 allesamt ritten, die Klerikalen aus Herrschsucht, die Bauern aus natürlichem Instinkt, die Arbeiter aus Wut gegen Hohenzollern und Scheidemann, die sozialdemokratischen Führer aus Angst, den letzten Anhang zu verlieren und Landauer und ich, die wir im Vordergrund der Ereignisse das anarchistische Element vertraten, aus Gründen der Weltanschauung und des Prinzips.

Die Separation Bayerns, mindestens bis zur Festsetzung neuer Grenzen durch eine innerdeutsche Verständigung nach Entgegennahme der Friedensbedingungen der Sieger, schien damals niemandem fürchterlich. Offen befürwortet wurde sie von uns entschiedenen Räterepublikanern, die wir ermaßen, wieviel günstiger die Möglichkeiten für das bayerische Proletariat lagen, im Bunde mit der radikalisierten Kleinbauernschaft die Expropriation des industriellen und agrarischen Großbesitzes durchzuführen, wenn wir mit der wirklichen Revolution selbständig voran gingen, als wenn wir unsre Aktionen in irgend welchen Abhängigkeiten von Berliner Entschlüssen durchzuführen hätten. Der unendlich schwerere Kampf des norddeutschen Industrieproletariats, das fast keine Unterstützung vom Lande hatte, wäre durch die Loslösung Bayerns vom Reich und den Sieg unsrer Revolution ungemein erleichtert worden. Zweimal hat das Eingreifen marxistischer Parteiinstanzen aus Berlin mit ihren zentralistischen Ansprüchen den Fortgang der bayerischen Revolution gestört, zuerst nach Eisners Tode durch das von den Berliner Unabhängigen Haase, Kautsky und Barth geschobene Nürnberger Kompromiß, das den Verrat Schneppenhorsts einleitete, das zweite Mal durch die unerwartete Gegenparole der Kommunistischen Partei gegen die Beteiligung an der Räterepublik, die im entscheidenden Augenblick das durchaus einige Proletariat verwirrte und auseinander sprengte. — Aus ganz andern Motiven als unsern betrieb ein Teil der Heim-Heldschen Partei die völlige Abtrennung Bayerns vom ehemaligen und sich langsam wieder kittenden Reich. Die politischen Vorbereitungen, die Dr. Heim traf, um durch rechtzeitige Separation Frankreichs Wohlwollen beim Friedenskongreß zu gewinnen, werden wohl auch von ihm selbst nicht bestritten. In voller Offenheit wurde aber der Gedanke von seinem und Helds Parteifreund Osel propagiert, der, wie uns damals versichert wurde, Bayern durch Hergabe der Pfalz von allen Kriegsverpflichtungen frei kaufen wollte. Leider war es grade dieser Osel, der der Erregung über Eisners Ermordung als einziger

Abgeordneter zum Opfer fiel, als die Galerie den Landtag, dem Kurt Eisner eben seine Demission bringen wollte, mit Schüssen auseinander jagte. Graf Arco, der sich jetzt in einem eigenen Buch „Aus fünf Jahren Festungshait“ (Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz) selbst als Föderalist und großdeutscher Preußenfeind präsentiert — einer übrigens recht dürftigen Arbeit, die keinen einzigen neuen Gedanken über die von Gentz, Constantin Frantz und Fr. W. Förster erschlossenen Ideen hinaus erzeugt, — Graf Arco hat mit seiner aus lächerlichstem Mißverstehen Eisners, der uns Linke fanatisch bekämpfte, aus völliger Unkenntnis der Vorgänge und ihrer Zusammenhänge entströmten, auch von seinem eigenen Standpunkt aus überaus törichtem Tat den Tod grade des Mannes mit herbeigeführt, der mit viel größerer Kurage als die überlebenden Heimhelden die Sache des katholischen Großdeutschtums unter bayerischer Führung zu fördern geeignet war.

Die Weimarer Verfassung, deren Verfasser mit Recht Preuß hieß, machte den Osel- und Arco-Träumen ein Ende. Denn was von dieser Verfassung in Kraft ist, sind zwar nicht die dem „Volke“ zugestandenen Rechte, wohl aber die Tendenz, alles was in Deutschland noch eigenen Wert und eigenes Leben hat, zu „verreichlichen“. Die Bayern aber, die am wütendsten auf diese Verfassung schimpfen, sind ihre wahren Nutznießer. Sie hatten recht, als sie ihr in Weimar zustimmten; sie haben auch recht, daß sie heute noch die großdeutsche schwarzrotgoldene Fahne ächten und die großpreußische schwarzweißbrote begeistert schwenken, die von dieser Republik nie hätte verleugnet werden dürfen; denn sie gehört zu ihr wie der Noske, der Külz und der Fridericus-Stingl. Die Bayern schreien Föderalismus und meinen damit Bismarcks Reich unter bayerischer Hegemonie. Man muß es ihnen lassen, daß sie ihr Ziel erreicht haben. Sie haben seit Kahrs geglücktem Kapp-Putsch dem Begriff des Föderalismus in Deutschland die allgemein respektierte Deutung zu geben gewußt, daß, was immer in Bayern geschieht, das Reich nicht das geringste angeht, und daß im Reich nicht das geringste geschehen darf, was nicht von Bayern kommandiert ist. Die Reichsamnestien von 1920 und 22 wurden in Bayern nicht durchgeführt, die Durchführung des Republikschutzgesetzes, soweit es scheinbar auch „Vaterländische“ bedrohte, ausdrücklich verweigert, die Reichsgerichtsjustiz den reichsgesetzlich unzulässigen „Volksgerichten“ übertragen, deren Anerkennung durch das Reich erzwungen wurde. Die Militärmacht des Reiches wurde von Bayern gespalten und die Truppen dort auf die bayerische verfassungswidrige Kahr-Lossow-Diktatur vereidigt. Als per Patent-

lösung Preußen-Deutschland erobert werden sollte, entsandten die Sozialdemokraten Ebert und Sollmann sogleich Truppen — nach Sachsen, um den Weg von München nach Berlin frei zu machen. Den Entente-Kontrollkommissionen wurden in Regensburg und Passau die Autos demoliert und die Kosten von Bayern dem Reich aufgebremmt. Mit dem Konkordat hob Bayern alle Sicherungen der Verfassung gegen den Klerus auf, und das Reich mußte bestätigen, daß das verfassungsmäßig sei. Allmählich gelang es den Bayern, die Reichsregierung direkt zu erobern. Mit Emminger fing es an, der auf dem Wege der einfachen Verordnung die 1848 durch die Bürgerrevolution erkämpften Schwurgerichte beseitigte (Wirkung: der Fall Marschner). Koch durfte wegen des bayerischen Vetos nicht Reichsinnenminister werden; gottseidank hatten die Demokraten ja noch ihren Külz, und das ist ein Mann mit weißblauer Kravatte. Es ist ein echt bayerisches Schund- und Schmutzgesetz, das er ausgekühlt hat, und jetzt ist die bayerische Geburtszange am Werke, ihm ein noch köstlicheres Schulgesetz zu entbinden. Die geplanten Ausführungsbestimmungen zum § 48 braucht er nur noch den Gebräuchen anzupassen, die die Kahrioten an der Isar längst praktiziert haben. An den Indigenatsbestimmungen auch der Weimarer Verfassung braucht nichts geändert zu werden. Die werden schon immer in der Form angewendet, daß alle Reichsländer die Angehörigen aller andern bei sich dulden müssen, während Bayern Norddeutsche mit unbeliebten Ansichten als feindliche Ausländer hinaustreibt. Was aber die Reichswehr anlangt — Herr Dr. Geßler ist Bayer; was will man mehr?

Bayern verbietet das Erlaubte (die von der Reichsprüfstelle freigegebenen Filme „Panzerkreuzer Potemkin“ und „Der schwarze Sonntag“; die Massenverurteilung von Mitgliedern der erlaubten und sogar im bayerischen Landtag wirkenden Kommunistischen Partei, weil sie dieser Partei als Funktionäre dienen); Bayern erlaubt das Verbotene (Beherbergung gesuchter Verbrecher wie Ehrhard und Roßbach, Nichtverfolgung von Mördern, Austeilung von Titeln und Ehrenzeichen, Ausweisungen Reichsdeutscher). Bayern ist in der deutschen Republik Sieger auf der ganzen Linie und hat sich trotz seines Weinens nach Föderalismus als zentralste Gewalt im zentralistischen Betrieb glänzend eingerichtet. Was es mit dem bayerischen Föderalismus auf sich hat, das zeigt sich am deutlichsten in der Verwaltung des eigenen Landes. Da wird alles zentralisiert und obrigkeitlich geschuhriegelt, daß sich der bayerische Bauer Berlin wieder als Hauptstadt wünschen möchte. Die Kom-

munen werden entrechtet, die Polizei verstaatlicht, die örtlichen Privilegien abgebaut.

Bayern ist heute wieder die größte Hoffnung für die deutsche Revolution. In der Kleinbauernschaft gärt es, da die Steuerlast sie erdrücken will und die großagrarisches Bauernleger schon auf ihre Stunde warten. Auch das bayerische Proletariat wird sich nicht für alle Dauer derartig kujonieren und demütigen lassen, wie es die Held-Regierung den plumpsten Reaktionären der Weltgeschichte nachmacht. Der beschwingte Geist, der ehemals Bayern und München liebenswert erhielt, ist von Zeloten und Banausen ausgerottet. In derselben Woche, in der Erich Ludendorff die Erlaubnis erhielt, sich in Ludwigshöhe bei München anzusiedeln, wurde Deutschlands feinsten Lyriker, Rainer Maria Rilke, des Landes verwiesen. Ueber den Straßen Münchens, die früher strahlten vom Glanze kunstfroher Natürlichkeit, lagert eine Wolke von Pandektenstaub, Bierdunst, Weihrauch und nationaler Pomade.

Die Stimmung des bayerischen arbeitenden Volkes ist verzweifelt. Aber hinter der Verzweiflung lebt das Verlangen, wieder leben zu können; das Verlangen wird zum Entschluß werden und der Entschluß zur Tat. Bayern ist mehr als je die Hoffnung der deutschen Revolution.

Arco und Sinder.

Die im Eingangsartikel versuchte Charakteristik des gegenwärtig in Bayern sich breiten Niveaus enthält fast nichts über das Wirken der Justiz in dem christlichen Lande, das doch auch grade auf diesem Gebiet in der erstaunlichen Ungeniertheit, mit der man der unglücklichen Göttin eine doppelzüngige Wage in die Hand gedrückt hat, den Wegen der Ebermayer, Niedner, Vogt und Weßling bahnbrechend voran geschritten ist. Aber wo anfangen? Das Thema: zweierlei Recht in Bayern! ist unerschöpflich; doch muß den Bayern zugestanden werden, daß sie sich Einsprüchen der ganzen Welt gegenüber, wenn Parteilichkeit und Ungerechtigkeit garzu provozierend ans Licht traten, stets tapfer und erfolgreich ihre Eigenart gewahrt haben. Der Anspruch auf die Niedrigkeit des Rechtsniveaus heißt auf bayerisch: Rechtshoheit.

Ich wünsche die bayerische Regierung und vor allem auch die Sachwalter des katholischen Kirchenglaubens, deren Einfluß in Bayern die Politik ausschließlich beherrscht, darüber nicht im Zweifel zu lassen, daß sie solange Gegenstand unausgesetzter Denunziationen und Propagandamittel für die schon bisher von ihnen mächtig geförderte Kirchenaustritts-Bewegung bleiben werden, bis nicht eine umfassende Amnestie die krassen Justizgewaltsamkeiten gegen Revolutionäre korrigiert hat, und bis nicht Garantien

geschaffen sein werden, daß die Anwendung der klassenpolitischen Strafgesetze, die Ausübung des Strafvollzugs und der Gesamtkomplex dessen, was Bayern der Entscheidung seiner sogenannten Rechtssoheit unterstellt glaubt, in halbwegs erträglichem Maße der Willkür brutaler politischer Rachsucht entzogen wird. Danach wird auch Bayern wieder Anspruch darauf erheben können, von den Klassengegnern jedes kapitalistischen Staates mit den gleichen Waffen bekämpft zu werden, die im Klassenkampf allgemein geboten sind. Vorerst muß eine Weltpropaganda gegen die bayerische Justiz entfacht werden und an Einzel- und Massenbeispielen dargetan werden, in welchem Grade heute noch seit 1919 die politische Justiz in Bayern sich selbst als nichts anderes betrachtet denn als die einseitige Fortsetzung des offenen Bürgerkrieges gegen die längst wehrlose und qualvoll am Boden sich windende proletarische Klasse. Diese Blätter reichen entfernt nicht aus, um solcher Propaganda die nötige Resonanz zu geben. Ich bereite Broschüren und Bücher vor, um in die Dunkelkammern der bayerischen Justiz zu leuchten, und es soll Skandal geschlagen werden, daß es den Kühleinreisenden in München und in Berlin dabei warm werden wird.

Hier kann ich nur gelegentlich diesen oder jenen Fall herausgreifen und mich auf eine ganz kurze Skizzierung beschränken. Dieses Mal will ich die Angelegenheit Arco-Lindner — nicht behandeln, aber vorbereiten. Für ihre exakte Darstellung plane ich an der Hand schon verfügbaren Aktenmaterials die Herausgabe einer eigenen Monographie, der bald eine weitere über die Scheußlichkeit des sogenannten „Geiselmord“-Prozesses folgen soll, — es sei denn, die bayerische Regierung besänne sich noch rechtzeitig auf die Amnestierung der Genossen in Straubing. Aber ich fürchte, eher wird man aus einem Kuheuter Champagner als aus einem bayerischen Regierungs-Christen Barmherzigkeit melken können.

Der Ministerpräsident Kurt Eisner hatte resigniert. Sein Innenminister Auer beherrschte die Regierung, und wenn es ihm nicht gelang, die Ebert-Noske-Methoden in Bayern durchzusetzen, so war das viel weniger Eisners Verdienst als das des gesamten aktiven Teils des Proletariats, das, ohne programmatische Engherzigkeit, der spartakistischen Revolution ergeben war.

Was Eisner allein noch beim Proletariat nützte, war die tolle Hetze, die unter Auerscher Regie in der Presse und vor allem bei der nationalistischen Studentenschaft gegen ihn betrieben wurde. Man verleumdete ihn mit den niederträchtigsten Mitteln und am 18. Februar hielt Eisner in einer Massenversammlung im Deutschen Theater seine letzte große Rede, in der er diese Hetze zerpflückte, Drohbriefe verlas, die den Entschluß, ihn zu ermorden, evident machten und, völlig überzeugt von dem Bestehen eines Mordkomplottes, erklärte: „Ich habe abgeschlossen.“ Am 21. Februar ging er, unter dem Arm die Mappe, die seine Demissionserklärung enthielt, zum Landtag, um vor der Bourgeoisie zu kapitulieren und dem Favoriten der vereinigten

monarchistischen Konterrevolution, dem Sozialdemokraten Erhard Auer, seinen Platz zu räumen. Auf diesem Wege erschöß ihn Graf Arco auf Valley mit zwei wohlgezielten Schüssen in den Hinterkopf.

Der junge Mörder wurde von Eisners Begleitern sofort mit Gewehr- kugeln niedergestreckt und schwer verwundet. Im Landtagsgebäude aber sammelten sich die neu gewählten Parlamentarier, während die Galerien von revolutionären Arbeitern und Soldaten gefüllt waren. Es war in unsern Reihen ausgemacht, daß wir den Zusammentritt des Parlaments störungslos geschehen lassen wollten, um erst gegen es vorzugehen, wenn es die Ergebnisse der Revolution abzubauen begönne. Ich selbst war deswegen schon tags vorher zu einer Agitationsreise abgereist. In den Räumen des ehemaligen Reichsrats, der bayerischen ersten Kammer, tagte der Revolutionäre Arbeiterrat, eine aus den Ereignissen der Revolutionsnacht vom 7./8. November spontan hervorgegangene Körperschaft, von der bislang alle revolutionäre Initiative ausgegangen war. In ihre Beratungen platzte die Nachricht von Eisners Ermordung. Maßlose Erregung und ein einziger Wutschrei: Auer! Alois Lindner, Mitglied des R.A.R., reißt seine Pistole aus der Tasche und rast. Da kommt die Meldung in den Saal: eben hält Auer unten im Landtag den Nachruf auf Eisner! Jetzt ist für Lindner kein Halten mehr. Er stößt besonnenere Genossen zur Seite, stürzt die Treppe zum Sitzungssaal hinunter, zielt auf Auer, der sich grade wieder hingestzt hat, und schießt. Ein im Saal anwesender Major Jahreis springt mit seinem Revolver auf Lindner zu; der kommt ihm zuvor und schießt ihn nieder. Auer ist schwer verwundet, Jahreis tot. Die Galerie nimmt für Lindner Partei, es fallen von oben Schüsse, die Abgeordneten laufen in kopfloser Panik auseinander, flüchten durch Türen und Fenster, einer von ihnen, der Klerikale Osel, bleibt tot am Platze. Lindner reist auf Rat von Freunden 2 Tage nachher ab, gelangt nach Ungarn, wo er an der Räterevolution tapfer teilnimmt, wird, als Kurier nach Oesterreich geschickt, dort an der Grenze festgenommen und an Bayern ausgeliefert, eine der elendesten Schandtaten, die je von regierenden Sozialdemokraten begangen worden sind.

Es folgten die Verhandlungen vor dem „Volksgericht“. Graf Arco war längst gesund, aber man hatte seine Aburteilung hinausgeschoben, bis Lindner ausgeliefert war, und nun wurde zuerst der Fall Lindner prozessiert, dann erst, eine Woche später, der Fall Arco. Das war nötig, da der Prozeß Arco unbedingt bestätigen mußte, was Lindner behauptete: daß nämlich seine Tat einfach eine Reflexhandlung auf die Tat des Mörders Arco war. Aber Auers Freunde hatten im Vorwärts eine tolle Lügengeschichte erfunden, wonach das Attentat auf Auer und die bewaffnete Sprengung des Landtags bei seiner Eröffnung vom Rev. Arb.-Rat lange zuvor beschlossen und Lindner zur Ausführung vorbestimmt gewesen sei. In der Verhandlung gegen Lindner wurde aus seinen Militärakten festgestellt, daß er im Jahre 1916 nach

3 Monaten Dienstzeit wegen „hochgradiger Reizbarkeit“ entlassen worden war. Dessenungeachtet hielt sich das Gericht an die Auffassung, die der Staatsanwalt in der Anklageschrift so formuliert hatte: „Die Tat wurde nach genauer Ueberlegung und Verabredung aus reiner Mordlust verübt.“ Die Schüsse auf Auer, die die offensichtliche Affekthandlung eines notorisch krankhaft reizbaren Mannes waren, wurden als versuchter Mord, die Tötung Jahreis', ein typischer Notwehrakt, als vollendeter Totschlag bewertet. Das Gericht unterließ nicht, die ehrlose Gesinnung Lindners festzustellen, aus der beide Taten entquollen seien und erkannte auf 14 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Der Proletarier war erledigt; jetzt konnte der Aristokrat „gerichtet“ werden. Er behauptete, die Ermordung Eisners sei auf seinem eigenen Mist gewachsen. Seine unreifen politischen Auseinandersetzungen, die die vollständigste Ahnungslosigkeit von Eisners Wesensart, seinen Ansichten, Absichten und von seiner Erledigung als aktiver Repräsentant der Revolution verrieten, begegneten bei den Richtern ehrfürchtiger Bewunderung. Sie glaubten ihm, daß kein Komplott bestanden habe, unterstellten einfach als wahr, was der junge Mann in anständiger Solidarität mit seinen Mordkomplicen auf sich nahm. Es wird noch der Beweis dafür erbracht werden, daß ein sehr weitgreifendes Komplott bestand, das an jenem 21. Februar neben Eisner auch Gustav Landauer, Max Levien und mich beseitigen sollte. Das Ergebnis der Verhandlung, in der sich übrigens herausgestellt hat, daß Auer uns Radikalen Offiziersgattinnen als Spitzel ins Haus geschickt hat, war: der Graf Arco wurde wegen vorsätzlichen Mordes zum Tode verurteilt, ihm aber die Ehrenrechte nicht aberkannt, da ihm das Gericht unter tiefen Verbeugungen attestierte, daß sein Mord die Tat überzeugungsfester Ehrenhaftigkeit war. Tags darauf verkündete der Student Esser, später Hitlers Adjutant, in der Universität München den Beschluß der sozialistischen Regierung Hoffmann, daß Arco zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt sei. Er kam in eine eigens für ihn hergerichtete Festungsabteilung in Landsberg; Lindner wie die andern ehrlosen Sträflinge nach Straubing. Arco wurde nach 4½ Jahren halber Gefangenschaft freigelassen; Lindner leidet heute noch , im achten Jahre, im Zuchthaus.

Graf Arco und Alois Lindner — sie haben in der Gefangenschaft jeder ein Buch geschrieben. Das des Grafen habe ich im Hauptartikel dieses Heftes schon erwähnt. Lindner mußte sein Buch heimlich schreiben; es heißt „Abenteuerfahrten eines revolutionären Arbeiters“ (Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1924) und beschreibt schlicht und schön das Leben eines phantasievollen armen Teufels, sein eigenes Leben. Man lese es, um zu ermessen, was es mit der reinen Mordlust auf sich hat, die ihm das Gericht unterschob. Man lese es, um zu wissen, an wem die Straubinger Strafvollzugsmethoden, deren Fürchterlichkeit hier einmal gesondert behandelt wer-

den soll, sich austoben dürfen. Aber das ist jawohl die Notwehr des Staats gegen Verbrecher. Die Notwehr, die Lindner den Major erschiesene ließ, um das eigene Leben zu retten, gilt nicht. Aber der eingestandene Mord Arcos an Eisner, der war Notwehr! Wieso? Wer das behauptet? Das behauptet das führende Organ der Bayerischen Volkspartei, der Bayerische Kurier, das Sprachrohr der allerfrömmsten bayerischen Katholiken. Nicht schon damals, 1919, sondern jetzt, am 19. November 1926, schrieb dieses christliche Organ (Nr. 323) über Arcos Tat: „Nimmt man nun an, daß die Tötung des zum weiteren Umsturz Entschlossenen, sei es objektiv, sei es subjektiv nach Auffassung des Täters, das zur Abwehr des neuen Umsturzes „erforderliche“ oder notwendige Mittel war, so ist damit der Tatbestand der wirklichen oder vermeintlichen „Notwehr“ zweifellos gegeben, und ebenso zweifellos ist, daß die Tat . . . im Dienste des rechtmäßigen Staates und im Einklang mit der Selbstverteidigung dieses rechtmäßigen Staates erfolgte“.

Graf Arco preist im Eingang seines Buches das „gütige Geschick“, das ihn in eine stille Festungstube bannte. Lindner scheint sein Geschick, das ihn in eine grauenvolle Zuchthauszelle verdamnte, weniger gütig zu finden. Denn während der Graf am Schluß seines Werkes, eingedenk vielleicht der juristischen Findigkeit, mit der die Kreuzträger seiner Heimat einen Meuchelmord als Notwehr zu verteidigen wissen, aufruft „zum Kampf für Kreuz und Heimat“, schließt Lindners Schrift mit dem Satz: „In meiner Zelle hängt ein Kruzifix. Oh, der Staat ist barmherzig! Er hängt in unsre Zelle das Bild des großen Empörers — und drückt uns in christlicher Barmherzigkeit die Gurgel zu.“

Sowjet-Granaten?

Es gibt Dinge, die den Revolutionär, der die proletarischen Revolutionäre aller Anschauungen zu kameradschaftlicher Duldung überreden möchte, zur Parteinahme auch auf die Gefahr hin zwingen, Risse zu vergrößern. In der Angelegenheit der Enthüllungen des Manchester Guardian zu schweigen, hieße nicht ausgleichend und versöhnend wirken, sondern auf Kosten der Reinlichkeit und Wahrhaftigkeit Diplomatie treiben. Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden — ich muß der Feiertage und einer Reise wegen die Redaktion des Heftes schon in der Monatsmitte abschließen, — läßt sich mit annähernder Sicherheit dieser Situationsbericht geben: Im Jahre 1922 errichteten die Junkers-Werke auf Veranlassung des Reichswehr-Ministeriums und gestützt auf dessen finanzielle Zusicherungen auf russischem Boden eine Fabrik, in der unter deutscher Direktion Kampflflugzeuge hergestellt wurden, die der Versorgung der deutschen Heeresmacht auf illegalem Wege dienen sollten. Zugleich wurden andre Unternehmungen ähnlichen Charakters in Rußland eingerichtet — der Vorwärts behauptet, ohne bis jetzt dokumentarische Belege dafür beizubringen, es handle sich um die Fabrikation von Artilleriemunition und Giftgasen. Die Verträge zwischen den deutschen Industriellen und der russischen Regierung wurden

von deutschen Reichswehr-Offizieren vermittelt und von Geblers Ministerium mit unterzeichnet. Da dieses Ministerium seine den Junkers-Werken gegebenen Garantien nicht erfüllte, ging die Firma pleite, und die übrigen nach Rußland geschobenen Munitionsschieber-Institute sollen sich jetzt in „einem ähnlich liquiden Zustand“ befinden. Eine Denkschrift des enttäuschten Kapitalistenklüngels, die unter Zurückstellung „vaterländischer“ Bedenklichkeiten das Wehrministerium der Bemogelung der Versailler Vertragskontrahenten und die Russen der Seektiererei zeih, gelangte auf sozialdemokratischen oder andern Völkerbunds-Wegen nach Manchester und von da zum Stampfer zurück, und nun ist ausgerechnet der Vorwärts sittlich entrüstet und klagt die Russen an, sie lieferten der deutschen Soldateska Waffen zur Niederknüttelung des deutschen Proletariats.

Was den Vorwärts anlangt, so lotet kein Wort des Ekels den Abgrund der Heuchelei aus, aus dem diese Kanaille sich den Mut holt, die schützende Gluckhenne des deutschen revolutionären Proletariats zu markieren. Die Partei dieser Zeitung hat die Reichswehr geschaffen aus den weißgardistischen Freikorps und Landsknechtsformationen, die sie ebenfalls geschaffen hatte. Herr Wels, heute noch Vorsitzender der Partei, war der Berliner Stadtkommandant, der schon im Dezember 1918 als ersten Büttel der Konterrevolution in revolutionäre Arbeitermassen hineinschießen ließ. Herr Ebert und seine Noskes derselben Partei haben in den Jahren 1919 und 20 den „Feindbund“ ein übers andre Mal angewinselt, man möge doch eine Bewaffnung Deutschlands mit schweren Geschützen, Giftgasen und Großkampfflugzeugen zugeben, die ja beileibe nicht zur Vorbereitung von Kriegen, sondern durchaus nur gegen den inneren Feind, das Proletariat, verwendet werden sollten. Maximilian Harden hat grade diese Lumperei in seiner „Zukunft“ oft ausgezeichnet charakterisiert. Wenn der Vorwärts heute Rußland denunziert, daß es die deutsche Konterrevolution gegen das deutsche Proletariat bewaffnet, so quält ihn dabei nicht die Tatsache, daß damit neue Blutbäder unter den Arbeitern vorbereitet werden, sondern ihn ärgert, daß statt des westlichen Privatkapitalismus der russische Staatskapitalismus aus solchert Geschäften Profit zieht. Stresemann soll von England aus scharf gemacht werden, „diese geheime unverantwortliche Tätigkeit ihres (der Reichsregierung) eigenen Reichswehrministeriums ein für allemal zu unterdrücken“, — so schließt der Bericht des Manchester Guardian, und das heißt, Stresemann soll den Deutschnationalen die Patronen aus dem Lauf ziehen, mit denen sie im Bunde mit Rußland gegen Westen Krieg führen möchten und dem britischen Kapital die Politik fördern, die Deutschland als Bundesgenossen zum Kriege gegen den Osten braucht.

Wenn der Vorwärts also, der den Reichswehrkrieg gegen Sachsen organisieren half und stets gebilligt hat, jetzt darüber tobt, daß die sächsischen Arbeiter mit Sowjet-Granaten massakriert worden seien, so gehört es sich, ihn anzuspucken. Das enthebt aber nicht der Pflicht, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, was vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes zu den im Manchester Guardian veröffentlichten und nicht mehr bestrittenen Tatsachen grundsätzlich zu sagen ist. Dabei ist es gleichgültig, ob die weitergehenden Behauptungen des Vorwärts über die erst in den letzten Monaten in Stettin gelöschten Schiffe stimmen; diese Behauptungen lasse ich so lange nicht gelten, wie sie nicht dokumentarisch bestätigt sind: das zynische Feixen des Vorwärts ist allein nicht beweiskräftig. Die Denunziationen der Junkers-Werke genügen vollauf, um ein Urteil fällen zu können. Es kann kein andres Urteil sein als ein sehr hartes und bitteres, das die russischen

Staatslenker schuldig spricht, die Interessen des internationalen Proletariats in unerhört frivoler Weise denen des russischen Neukapitalismus untergeordnet zu haben. In diesem Zusammenhange soll garnicht gegen die Nep-Politik allgemein polemisiert werden. Mag es wahr sein, daß alle die Konzessionen an die Privatwirtschaft gemacht werden mußten, um die Existenz der Bevölkerung zu sichern, um den Aufbau der zerfallenen Wirtschaft, meinetwegen sogar in der Richtung auf den Sozialismus, möglich zu machen, — so bleibt die Frage: Dient die Herstellung von Kampfflugzeugen, die die deutsche Reichswehr zur Bekämpfung des eigenen oder ausländischer Proletariate nötig zu haben glaubt, der Hebung einer Produktion, mit der der Hunger der in Rußland arbeitenden Menschen gestillt werden kann? Ferner: Waren die verkrachten Junkers-Werke auf russischem Boden ein Betrieb „von konsequent sozialistischem Typ“? Offen heraus gesagt, die Konzessionierung derartiger Fabriken, verbunden mit Frühstücksunterhaltungen zwischen Tschitscherin und Seekt, Bevorzugung rechtsnationalistischer deutscher Politiker zu diplomatischen „Pourparlers“ — alle diese Dinge und noch viele mehr passen verteuelt schlecht zu den ständigen Versicherungen aus Moskau, daß dort alles nur unter dem Gesichtspunkt geschehe, die Weltrevolution zu beschleunigen und ihr die sicherste Fahrt zum Kommunismus zu bahnen. Uebrigens werden ja auch diese revolutionären Versicherungen seit langem nicht mehr von Regierungsstellen abgegeben, das überläßt man den Parteieninstanzen. Ist der Außenkommissar des proletarischen Staates in Berlin, so spricht er zum Proletariat so wenig, wie er vom Proletariat spricht. Er redet von Deutschland und meint damit das stresemännisch gefirniste Bendlerstraßen-Deutschland. Er spricht von freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland und meint gute Geschäfte der deutschen Kapitalisten im Verkehr mit russischen Behörden. Die Dementis der Russen gegen die peinlichen Publikationen über die Sowjet-Granaten waren in keiner Weise beflissen, etwa die erregten Gemüter der Arbeiter zu beruhigen, es waren diplomatische Dementis an die Adresse der Reichsstellen zur gefälligen Benutzung in Genf, falls Chamberlain Aufklärungen verlangte. Das Aufklärungsbedürfnis der deutschen Arbeiterschaft zu befriedigen, überließ man der Redaktion der Roten Fahne. Da wurde denn heute bestätigt, was gestern abgeleugnet, heute bestritten, was gestern schon zugegeben war und damit aufs unzweideutigste bekundet, daß man das, was man verteidigte, keineswegs als harmlos, gleichgültig oder auch nur entschuldbar empfand. Es ist leichter, in der Bekämpfung revolutionär gebliebener Genossen das rote gelb und das gelbe rot zu nennen, als die Belieferung der Weißgardisten mit Bürgerkriegswaffen als revolutionäre Tat begreiflich zu machen. Es wird nötig sein, die russische Staatsraison aus den Köpfen der Proletarier herauszubringen, die in ihren Ländern die Revolution anstreben. Die beiden Dinge sind nicht mehr dasselbe und passen nicht mehr zusammen. Es könnte sonst geschehen, daß die Sowjetmunition, auch ohne von Claß und Sodenstern zum Kriechen gebracht zu sein, das deutsche revolutionäre Proletariat so weit auseinander sprengt, daß es sich in der Stunde der Entscheidung nicht mehr zusammenfinden kann.

Friede auf Erden.

Wer war der Erfinder des Londoner Paktes? Herr General Dawes aus Amerika. Sein Wirken spüren wir auf Schritt und Tritt. Die Reichsbahn muß soviel Geld abwerfen, daß sie ihre Arbeiter und Angestellten zu Zehntausenden auf die Straße und ihre Fahrgäste auf den Friedhof wirft. Die

Not ist allmählich so groß geworden, daß Geßler mit den nationalen Verbänden kaum mit den Rüstungen zum Bürgerkrieg nachkommen kann, und der einzige Paragraph des Londoner Abkommens, der etwas Versöhnliches hat, wird von deutscher Seite einfach nicht eingehalten: das ist der Artikel 7, der die allgemeine Amnestie betrifft, die jedem zugute kommen soll, der in der Zeit der Ruhrbesetzung im betroffenen Gebiet politische Straftaten begangen oder geplant hat. Auch nicht „unter irgendeinem Vorwand“ darf er „verfolgt, beunruhigt, belästigt oder einem materiellen oder moralischen Nachteil unterworfen werden“. „sei es wegen seines politischen Verhaltens . . . , wegen seines Gehorsams oder seines Nichtgehorsams gegenüber den Befehlen, Ordonnanzen, Verordnungen und Anordnungen, die von den Besatzungsbehörden oder den deutschen Behörden . . . erlassen worden sind, sei es endlich wegen seiner Beziehungen zu jenen Behörden.“ Das Reichsgericht aber verurteilt fröhlich Kommunisten aus Honnef wegen ihrer angeblich getriebenen Beziehungen zu den deutschen Behörden, denen sie die Separatisten hinausschmeißen geholfen hatten. Herr Dawes hat das Seinige getan. Friede auf Erden!

Wahrhaftig, sie haben den Friedenspreis der Nobelstiftung verdient, die Herren Dawes und Briand, Streselain und Chambermann. Seit Jahr und Tag plagen sie sich jetzt mit der europäischen Aufgabe, den Frieden zu rüsten, um den Krieg zu bereiten, und die Waffen sind immer noch nicht losgegangen. Dank sei den Preisrichtern in Stockholm, daß sie die beamteten Händelsucher Europas erwählten, die schon in den Jahren 1914—1918 unablässig und unabkömmlich für den Frieden gekämpft haben, für den Frieden von Brest-Litowsk, von Bukarest und von Versailles. Auch die Kriegsdienstverweigerer in den Zuchthäusern freuen sich der Wahl der Friedenspreisträger und sie schlagen vor, bei der nächsten Gemüseausstellung in Stockholm die goldene Medaille für den größten Kohlkopf einem Mastochsen zu verleihen. Halleluja!

Siegfried Jacobsohn.

Eine gute Kraft ist von der Weltbühne abgetreten. Keiner, der sich eine Heldenrolle auf ihr angemacht hätte, aber ein Kritiker, der etwas von Dramaturgie und von Schauspielkunst verstand. Jacobsohn war im Rampenlicht aufgewachsen, hatte als Schuljunge, als junger Student Abend für Abend im Theater zugebracht, hatte gelernt, den Menschendarstellern unter die Schminke zu schauen, Genialität von Stümperei, Echtheit von Maché zu unterscheiden und war einer der besten Bühnenkritiker, die Deutschland je besessen hat. Als die Erde aufhörte, auf ihrem eigenen Schauplatz Idyllen aufzuführen und sich die ungeheure Tragödie des Zusammenbruchs einer auf Schwindel, Niedertracht und Ausbeutung aufgebauten Wirtschaftsordnung in der Erschütterung durch den Weltkrieg ankündigte, empfand Jacobsohn den Drang, sein kritisches Talent über die Welt des Scheins hinaus auf die Welt des Lebens wirken zu lassen. Er stellte sich die Uebertragung zu einfach vor, und der feine Durchschauer von Bühnenwirkung und Theatertechnik versagte völlig vor der ersten Aufgabe, die seinem kritischen Geist von der Wirklichkeit gestellt wurde. Er fiel auf das tolle Schmierstück herein, das das offizielle Deutschland von 1914—1918 aufführte, um mit geheuchelter Sentimentalität und verlogener Unschuldgeste die Hintergründe der Szene zu verdecken, in denen der Reichtum die Knochen der Armen ins Feuer warf, um Gold daraus zu destillieren. Naiv wie ein Kind, das zum ersten Mal Marionetten zappeln sieht, glaubte Siegfried Jacobsohn mit den übrigen 99%

der Deutschen, der raffigieriger Intrigant da vorn sei tatsächlich der reine Heldenjüngling, als den er sich ausgab. Nachher gingen dem Kritiker die Augen auf, und nun fand er sich zurecht auf der Weltbühne. Er hatte die saubere Zurückhaltung, in seinem Blatt keine eigenen politischen Artikel zu schreiben, aber er war ein vorzüglicher und tapferer Redakteur, der es demjenigen zur Verfügung stellte, der eine kritische Meinung hatte, und dabei zog er nach links hin keine Grenze. Siegfried Jacobsohn war kein Politiker, aber ein politisches Temperament, kein Revolutionär, aber ein revolutionärer Charakter. Er war ein Mensch, nehmt alles nur in allem.

Was ist unsittliche Kunst?

Vor einigen Jahren veranstaltete der Malik-Verlag ein Preisausschreiben für die beste Beantwortung dieser Frage. Ich beteiligte mich von der Festung aus an dem Wettbewerb, von dem aber niemals wieder zu hören war. Da die lex Kütz die Frage neu akut gemacht hat, sei mein Beitrag jetzt mitgeteilt.

Erste Unterfrage: Was ist Kunst?

Etwa: Die Formgebung konzentrierten seelischen Erlebens mit den Ausdrucksmitteln metaphorischer Verständigung (Sprache, Bildnis, Ton). Der Wert eines Kunstwerks bestimmt sich aus der Kennlichkeit der gesteigerten seelischen Kraft des Künstlers.

Zweite Unterfrage: Was ist unsittlich?

Alles, was den Begriffen der Sittlichkeit widerspricht.

Die Frage ist also zu formulieren: Was ist Sittlichkeit?

Sittlichkeit ist, nach dem natürlichen Sinn des Wortes, die Summe der Eigenschaften, die einer Persönlichkeit den Charakter der Anständigkeit verleihen, wobei als Wertmaß die Einwirkung der Aeußerungen der Persönlichkeit auf Geschmack, Verhalten und Ethos der menschlichen Sozietät und umgekehrt die Reaktion der Persönlichkeit auf Erscheinungen und Zustände der sozietären Kollektivität anzulegen ist. Sittlichkeit ist somit ein sozialer Wert. Je aufnahmewilliger ein Charakter sich den positiven, gesellschaftsstärkenden, ethisch-verbindenden Einflüssen der Gesellschaft hingibt, und umgekehrt, je ethosfördernder, geistklärender, geschmackverbessernder er an der Formung der Gesellschaft teilnimmt, umso höher steht seine Sittlichkeit.

Das Wesen der Unsittlichkeit ergibt sich aus der Negation.

Sozial bedingte Begriffsverbildung und Urteilsverrottung hat die Erkennungsmerkmale von Sittlichkeit und Unsittlichkeit aus der Sphäre des Allgemein-Gesellschaftlichen in die Ebene des Speziell-Sexuellen hinabgezogen. Kundgebung und Betätigung der Geschlechtlichkeit steht nicht außerhalb der sittlichen Würdigung, kann von ihr aber erst beansprucht werden, wenn die Sozietät als Ganzes betroffen wird, etwa, wo es sich um Erörterungen allgemeiner Einrichtungen — Ehe, Prostitution, Mutterrecht, Wertung der Virginität — oder wo es sich um Gefährdungen der Sozietät — Notzucht, Kinderschändung, Mädchenhandel, Exhibitionismus — handelt. Sexuelle Betätigung Erwachsener im gegenseitigen Einverständnis kann rechtens keiner gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen werden, steht daher außerhalb der Begriffe Sittlichkeit und Unsittlichkeit.

Sind diese Definitionen zutreffend, dann ist Kunst, wo immer ihre Kriterien gegeben sind, schlechthin sittlich. Denn die gesteigerte seelische Kraft eines Künstlers, welche ihre Nahrung nur aus den ethisch-verbindenden Einflüssen der Umwelt ziehen konnte, kann sich rückwirkend nur kenntlich machen durch ethosfördernde metaphorische Ausstrahlungen. Bleibt die gesteigerte Innerlichkeit des Künstlers unkenntlich, so ist sein Werk eben nicht Kunst, sondern Unkunst.

Der künstlerisch zur Form gebrachte Gegenstand läßt eine Abschätzung unter dem Maßstab der Sittlichkeit und Unsittlichkeit keinesfalls zu. Erst der Betrachter (Leser, Hörer) des Kunstwerks kann diese Begriffe aus dem Kunstwerk ableiten, aber nicht, ehe er es nicht im Aufnahmeapparat seiner Sinne als Kunstwerk zerstört hat. Er erkennt nicht die Metapher, mit der der Künstler sich verständlich macht, ihm manifestiert sich keine Steigerung seelischen Erlebens, sondern er abstrahiert vom Kunstwerk den dargestellten Gegenstand und legt an ihn Maßstäbe an, die ihn moralisch dünken. Empfängt der Betrachter (Leser, Hörer) von einem Kunstwerk den Eindruck, es sei unsittlich, so sind hieraus keine anderen Folgerungen zu ziehen, als solche, die sich auf des Dritten Aufnahmefähigkeit für gesellschaftlich positive Werte beziehen. Nicht der sittliche Charakter des Künstlers und seines Werkes wird mit seiner Verurteilung als unsittlich gekennzeichnet, sondern der Verurteilende erweist die Schwäche seiner sittlichen Persönlichkeit im Hinblick auf das Ethos der sozietären Kollektivität.

Antwort: Unsittliche Kunst ist somit eine *contradictio in adjecto* (zu deutsch: hölzernes Blech). Wird Unsittlichkeit in ein Kunstwerk hineingeurteilt, so stammt sie vom Urteilenden, dessen urteilende Sinne zugleich das Kunstwerk als solches vernichten. Er wende sich fort — und alsbald wird die Unsittlichkeit verschwunden und die Kunst wieder reinigend und sittlichend wirksam sein.

Kurze Chronik

Der Strom des Zeitgeschehens trägt eine Fülle unausgegrenzter Ereignisse vom alten ins neue Jahr hinüber, und viele davon verlangen bei dem Charakter dieser Zeitschrift eine besondere Betrachtung aus revolutionären Gesichtspunkten. Es ist dem Herausgeber nicht leicht, auf eine Beleuchtung der Lücken zu verzichten, in denen gegenwärtig das Pulver für den kommenden Krieg geschichtet wird. Mussolinis albanischer Vertrag ist dabei nicht weniger wichtig als der neueste Schlag, den die englische Diplomatie mit der Anzettelung des Faschisten-Putsches in Littauen gegen die russische Politik in Asien geführt hat. Das Säbelrasseln an der italienisch-französischen Grenze bedürfte im Zusammenhang mit dem Toben der Reaktion in Italien, Rumänien, Ungarn und anderswo eingehender Erörterung, und ebenso gebührte der sogenannten „Krise“ in der deutschen Reichswehr der Nachweis, daß da außer ein paar Schöngeistern, die den Staat für ein ethisches Institut halten, kein Mensch an andre Wandlungen denkt als solche, die die Piründen den Parteibonzen der Konkurrenz freimachen sollen. Unser abgesetzter regierender Reichskanzler, der Mann mit dem sozialistischen Namen, der schwarzrotgoldstrotzenden Gesinnung und dem gottzugewandten Herzen hat recht, wenn er für die Reichswehr ebenso wie seinerzeit für die Justiz von dem Leder zog, aus dem sein Schädel gearbeitet scheint und versicherte, daß die Erziehung der Reichswehr „nach wie vor“ auf die Treue zur republikanischen Staatsform und die Pflichterfüllung gegen die verfassungsmäßigen Gewalten „abgestellt“ bleiben werde. — — Der knappe Raum im *FANAL* erlaubt leider nicht, auch nur die allerwesentlichsten Ereignisse des Monats zu behandeln. Vielleicht wird es bald möglich sein, den Umfang des Blattes zu erweitern. Doch will ich keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die allerunwesentlichsten Ereignisse, wie etwa der parlamentarische „Sturz“ einer deutschen Reichsregierung, auch bei zulänglichem Platz hier nicht gewürdigt werden sollen. Das Problem der Erwerbslosigkeit wird nämlich erst interessant, wenn es andre Leute als abgehalfterte Minister betrifft.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bln.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

Donnerstag, **6.** Januar: Gen. MRATSCHNY über „Der Aufbau des Sozialismus.“

Donnerstag, **13.** Januar: Mitgliederversammlung (Organisationsfragen).

Donnerstag, **20.** Januar: Vortrag von Dr. J. STEINBERG.

Donnerstag, **27.** Januar: Gen. G. LUEBECK über „August Reinsdorf.“

=====
Gäste stets willkommen.
=====

Zuschriften an **Gustav Lübeck**, Neukölln, Ziethenstr. 10 IV

Gefangenenhilfe.

Die beiden wichtigsten Unterstützungsorganisationen für die in Rußland inhaftierten Revolutionäre wenden sich gleichzeitig an die mit ihnen sympathisierenden Genossen mit der Aufforderung, ihnen in möglichst reichem Maße materielle und moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Ich folge gern ihrem Ersuchen, die Adressen mitzuteilen, an die Anfragen, Mitteilungen und Unterstützungsmittel zu senden sind. Die Auslandsdelegation der Partei der Linken Soz.-Revolutionäre und des Verbandes der S.-R.-Maximalisten bittet in allen Angelegenheiten, die politische Gefangene ihrer Organisationen betreffen, die Adresse des Genossen I. Steinberg, Berlin W. 15, Meinekestraße 5, zu benutzen. Für die in Rußland inhaftierten Anarcho-Syndikalisten und Anarchisten hat die Internationale Arbeiter-Assoziation einen Unterstützungsfonds gebildet, dessen Verwaltung in die Hände der Genossen Alexander Berkman und Mark Mratschny gelegt worden ist. Beiträge sind in Deutschland zu senden an das Sekretariat der I.A.A. mit dem Vermerk: „Russischer Unterstützungsfonds“, Berlin O 34, Warschauerstraße 62.

„DIE NEUE ARBEITER-POLITIK“

Früher „DER RING“

ist das Organ des Fysiokratischen Kampfbundes
und des Ringes der revolutionären Jugend.

Die Paralyse des Abendlandes droht, auch die Politik der Arbeiterbewegung zu zersetzen. Die alten Dogmen haben ihre Werbekraft verloren, die praktischen Auswirkungen waren anders, als man auf Grund der alten theoretischen Erkenntnisse erwartet hatte. Die bitter notwendige Einheitsfront des Proletariats ist nur durch eine Neuorientierung auf theoretisch-revolutionärem Gebiete zu erreichen. Die fysiokratische Gesellschaftstheorie bildet den letzten Schritt auf dem Wege des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Aus ihr die revolutionären Konsequenzen zieht

„DIE NEUE ARBEITER-POLITIK“

Man fordere kostenlos Werbehefte (Giordano Bruno, Karl Liebknecht, Heinrich Lersch, Bakunin, Bergarbeiterstreik, Grundlagen der klassenlosen Gesellschaft) vom

RING-VERLAG, WINDISCHLEUBA I. THÜR.



Die revolutionär-anti-militaristische Wochenschrift

mit den Beilagen: „Freie Jugend“ und „Proletarischer Kindergarten“

Die Schwarze Fahne ist von Ernst Friedrich herausgegeben und erscheint jede Woche illustriert in Deutschland
Oesterreich und der Schweiz. Einzelne Nummer 20 Pf.

Die Schwarze Fahne kämpft gegen das uniformierte Berufsmörder-
tum und unterrichtet stets über Praxis und
Theorie des internationalen antimilitaristischen Kampfes.

Die Schwarze Fahne wird auch von Polizei und Staatsanwalt eifrig
gelesen und ist für monatlich 96 Pf. zu abon-
nieren durch die Post oder den Verlag: Berlin C 2, Parochialstr. 29.

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Bismarxismus — Rechtspflege und kein Ende — Entwaffnung-Bewaffnung — Litauen, Nikaragua, China — Zum Tode Rainer Maria Rilkes — Gedicht.



Jahrgang 1

BERLIN

Februar 1927

PREIS 30 DTG.

Nr. 5

PREIS 30 DTG.



Liebe

Roman von Helene Stöcker

6.—11. Auflage

Ganzleinen RM. 6.50

In englischer Uebersetzung im Verlag

Thomas Selzer, New York

Ueberwältigend groß ist der Wert und Wahrheitsgehalt dieses wundervollen Buches. Prof. Dr. Paul Kammerer, Wien

Das ist wohl das bedeutendste Buch, das je eine Frau über die Liebe geschrieben hat. Eine Offenbarung . . .

Freiheit, Königsberg.

Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker

Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist. Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform. Bertram Lloyd.

Erotik und Altruismus

Von Helene Stöcker — Preis 1 RM.

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da.

Die schaffende Frau.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION

Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

F A N A L

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 5

Februar 1927

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, (Ausl. 2.05) jährlich RM. 3,50, (Ausl. 4,10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden, Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bln.-Charlottenburg, Am Lützow 10

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Bismarxismus

Freiheit ist ein religiöser Begriff. Wer mit dem Ziele der Freiheit Revolutionär ist, ist ein religiöser Mensch. revolutionär sein ohne religiös zu sein, heißt mit revolutionären Mitteln andre als freiheitliche Ziele anstreben. Anders gesagt: Revolutionäre Entschlossenheit kann aus einer seelischen Not stammen, aus dem Empfinden der Unerträglichkeit von Zwang, Gesetz und Entpersönlichung — dann ist sie religiös; sie kann auch stammen aus der nüchternen Errechnung von Zweckmäßigkeiten, wenn sich unter ihren Faktoren die Revolution als unumgängliches Mittel erwiesen hat — dann ist sie positivistisch. Der Positivist, — das ist der kirchliche Mensch im Gegensatz zum religiösen, der Leugner der Wildheit, des Rausches und der Utopie: der Dogmatiker und Fatalist, dem die Freiheit eine Kleinbürger-Phantasie und der Kampf ums Dasein eine Bestimmungs-Mensur scheint.

Hier wird zu Revolutionären gesprochen, deren revolutionäres Ziel die Freiheit ist. Freiheit ist ein gesellschaftlicher Zustand, dessen Fundament die freiwillige Vereinbarung der Menschen zu gemeinsamer und einander ergänzender Arbeit und zur gegenseitigen Verbürgung des Lebens und seiner Güter bildet. Der gesellschaftliche Zustand der Freiheit beruht auf der Freiheit der Persönlichkeit, die Freiheit des Einzelnen aber findet ihre Grenze an der Freiheit der Gesamtheit; denn wo nicht alle Menschen frei sind, kann keiner frei sein. Das Ringen um diese Freiheit, die unvereinbar ist mit irgend welcher Art Obrigkeit,

gesetzlichem Zwang, angeordneter Disziplin oder staatlicher Gewalt, ist die religiöse Idee der Anarchie. Zu ihrer Verwirklichung bedarf es der revolutionären Umwälzung der Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen, will sagen der Schaffung der materiellen Basis, auf der allein Freiheit möglich ist: das ist ökonomische Gleichheit. Wir Anarchisten sind Sozialisten, Kollektivist, Kommunisten, nicht weil wir in der gleichmäßigen Regelung von Arbeitsleistung und Produktverteilung die letzte Forderung menschlicher Glückseligkeit erfüllt sähen, sondern weil uns kein Kampf um geistige Werte, um Vertiefung und Differenzierung des Lebens möglich scheint, — und eben dieser Kampf ist der Sinn der Freiheit —, solange die Menschen unter ungleichen Bedingungen geboren werden und heranwachsen, solange geistiger Reichtum in materieller Armut ertrinken, geistige und seelische Armseligkeit im Glanze erkaufte Macht und Bildung als Reichtum strahlen kann.

Gleichheit hat mit dem, was heute Demokratie heißt, nicht das mindeste zu schaffen. Die Gleichheit der bürgerlichen Demokratie beschränkt sich auf die Anerkennung, daß jede zur Stimmabgabe zugelassene Person als eine Stimmeinheit zu zählen sei. Dabei ist die Mehrheit der Stimmen selbstverständlich immer der Klasse verbürgt, die durch ihre wirtschaftlichen Privilegien fast den gesamten Beeinflussungsapparat beherrscht; überdies sind aber die Institutionen, für die gewählt werden darf, ihrer Art nach nur geeignet, Bestehendes zu erhalten und zu verwalten. Mag die Mehrheit der Wähler immerhin mit revolutionären Absichten votieren, die Gewählten, welcher Programmrichtung sie auch angehören mögen, können in ihren Körperschaften niemals anders als konservativ handeln. Sozialismus und Freiheit ist auf dem Wege der Demokratie nicht zu erlangen; Demokratie aber im Sinne von Freiheit und Gleichheit ist nur auf dem Boden des restlos verwirklichten Sozialismus möglich. Diese eigentliche Demokratie, die die Herrschaft der Gesamtheit über sich selbst, das ist die Selbstbeherrschung jedes Einzelnen im Bewußtsein seiner gesellschaftlichen Mission, bedeutet, bedingt wirtschaftliche und rechtliche Gleichheit, die die Voraussetzung aller Freiheit ist.

Nirgends in der Welt steht der religiöse Drang nach Freiheit tiefer im Ansehn als bei den Deutschen. Der Positivismus, als philosophisches Prinzip von dem Franzosen Comte aufgerichtet, fand seinen realen Nährboden in dem Lande, das schon den

Sieg des brutalen Rationalisten Martin Luther über den glühenden Weltstürmer Thomas Münzer erlebt hatte. Das ist die ganze Geschichte Deutschlands: immer und überall zertrampelt das Schema und die Formel den lebendigen Geist, die Schulweisheit den Impuls des inneren Wissens, die Kirche die Religion. Der stärkste Geist der deutschen Geniezeit, Goethe, imponiert den Deutschen nicht durch seine apollinische Natur, sondern durch seine robuste Lebensauffassung, und sie verehren ihn, weil er seinen phänomenalen Verstand so gut bürgerlich zu kleiden wußte und weil er den Oberlehrern die bequeme Phrase des gesättigten Appetits geliefert hat, daß, wo Gleichheit sei, keine Freiheit bestehen könne. Von den innigsten Geistern jener Zeit, Hölderlin und Jean Paul, weiß der Deutsche wenig, und warum der Versuch der Romantiker, vor den Stiefelritten des Preußenschneids in Mythologie und Mystizismus zu flüchten, in fade Sentimentalität umschlug, um endlich vom Literatentum der Börne und Laube im Positivismus begraben zu werden — darüber machen sich die Leute keine Gedanken. Das junge Deutschland — das war literarischer Positivismus, verschärft mit Hegelei.

Der Positivismus, die Philosophie der nüchternen Gegebenheiten, die letzten Endes Gelehrsamkeit mit Wirklichkeit verwechselt, und der Hegelianismus, das uniforme Metternichtum des Geistes, dessen apodiktische Abstraktionen und dialektische Gaukeleien den Irrsinn produzieren, alles Wirkliche vernünftig zu finden, — diese beiden Denkfesseln mußten sich gleichzeitig um die Willensgelenke der Deutschen legen, um ihre beste Eigenschaft, den Kosmopolitismus, zu vernichten und an seiner Stelle im Geistigen wie im Politischen den Zentralismus, das nationale Reglement, das „Staatsbewußtsein“ wachsen zu lassen. Das Preußentum, das Luthertum — in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als der Kapitalismus Deutschland zu industrialisieren begann, gebar es aus der Banalität der konkretesten und der Verschrobenheit der abstraktesten aller Philosophien die Theorie seiner Geistverlassenheit, und der in kapitalistischen Formen entbrannte Klassenkampf in Deutschland sah die Gegner auf beiden Seiten den gleichen philosophischen Strick ergreifen, — nur faßten ihn beide am entgegengesetzten Ende an. Bismarck spaltete Deutschland und schuf das zentrale Reichsgebilde mit dem Preußenkönig als Kaiser an der Spitze, so den Boden bereitend für die hemmungslose Entfaltung des kapitalistischen Besitzmonopols; Karl Marx spaltete die Arbeiter-Internationale,

warf Bakunin und alle Revolutionäre hinaus, die der Selbstverantwortlichkeit des Proletariats, seinem Freiheitswillen und seiner Entschlußkraft mehr zutrauten als den Rechenkünsten festbesolde-ter Revolutions-Manager und machte aus der Religion des Sozialismus die Kirche der Sozialdemokratie. Bismarck arrangierte drei Kriege, um den Agrar-, Industrie- und Börsenkapitalisten die nötige Ellenbogenfreiheit für die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu schaffen; Marx schrieb eine für die Zeit ihres Entstehens meisterhafte, aber sehr professorale Analyse des Kapitals, die er mit einer von Hegel entlehnten abstrakten Philosophie garnierte, wonach der Kapitalismus die naturnotwendige Konsequenz der sich am Faden der historischen Dialektik abspulenden Menschheits-Entwicklung sei und der historische Materialismus sein Aufschwellen bis zu der Überfülle bedinge, die ihn unter Nachhilfe der unausweichlichen proletarischen Revolution von selber platzen lassen werde. Bismarck praktizierte den Obrigkeitsstaat, dessen Machtfundament von der Kommandogewalt des Unteroffiziers über den Rekruten gestützt wurde; Marx kopierte in Partei und Gewerkschaften die Disziplin und den Drill, die Subordination und Schnauzerei des Kasernenstaates und übernahm dazu von der katholischen Kirche die Unfehlbarkeit des Papstes und die Avancement-Stufenfolge nach dem Grade ergebener Frömmigkeit. Bismarck endlich ordnete seinen Staat nach dem Prinzip des autoritärsten Zentralismus, wie es den Wünschen und den Interessen der ausbeutenden Bourgeoisie entsprach, und Marx proklamierte diese Organisationsform als die dem Proletariat nach der Machtergreifung ebenfalls gemäß des „Arbeiterstaates“.

So wuchsen im neuen Deutschen Reich zwei feindliche Stämme aus derselben Wurzel, einer öden und phantasielosen Autoritätslehre; genährt von den gleichen Kräften, gedanken- und begeisterungsloser Disziplin und anspruchsvollem und gänzlich unfruchtbarem Bürokratismus; beide entschlossen, jede Konkurrenz mit allen Mitteln der Macht oder doch des Machtwillens niederzuschlagen: Bismarck den nationalen Kapitalismus anderer Länder, Marx die revolutionären Sozialisten, die weder von Marxens fatalistischer Theorie noch von Bismarcks allgemeinem Wahlrecht Gebrauch zu machen wünschten und keine Staaten zu erobern sondern alle zu zerstören trachteten, um statt ihrer die von keinen Staatsgrenzen getrennten arbeitenden Menschen nach eigenen Ratschlüssen produzieren und konsumieren

zu lassen. Die peinlichste Aehnlichkeit der beiden Stämme, die in Deutschland als bismarcksche kapitalistische Staatsmacht und als marxsche doktrinäre Arbeiterbewegung zu den Sternen strebte, die ihnen nicht leuchteten, war der völlige Mangel an jeder schöpferischen Originalität, die völlige Abwesenheit aller religiösen Inbrunst, in Wesen und Ziel der völlige Verzicht auf jedwede Freiheit. Dieser Mangel, verbunden mit Anmaßung, Pedanterie, Bürokratendünkel, Paragraphenbesessenheiten und Schulmeisterei — das ist der deutsche Kujonengeist, dem die herrschende Klasse ihren stumpfsinnigen Aufstieg von gepflegter alter Kultur zur Geldmacht und einem komfortabeln Stande auf dem internationalen Sklavenmarkt verdankt, und der die deutsche Arbeiterbewegung immer weiter vom Sozialismus weg auf den Weg der Resignation und zur inneren Fäulnis und Kampfunfähigkeit geführt hat. Es ist das, was ich, den ganzen Jammer unsrer Zeit umfassend, Bismarxismus nenne.

Die Parallele von Bismarcks untheoretischer Praxis und Marxens unpraktischer Theorie hat schon vor 5 $\frac{1}{2}$ Jahrzehnten Michael Bakunin gezogen, der von oberflächlichen Beurteilern vielfach als Antisemit und Deutschenfeind ausgegeben wird. Er war beides nicht und hat sich ausdrücklich dagegen verwahrt, für das Eine oder das Andere gehalten zu werden. Dennoch tobt er in seinen Polemiken immer wieder mit wütendem Haß gegen „die Deutschen“ und „die Juden“. Mögen unsre Hakenkreuz-Teutonen wissen, daß Bakunin beide Ausdrücke gebrauchte, um ein und dieselbe Eigenschaft damit zu bezeichnen, eben die, für die ich das Wort Bismarxismus vorschlage. Bakunin schimpfte auf die deutschen Juden und auf die jüdischen Deutschen und meinte den von dem Deutschen Bismarck und von dem Juden Marx in gleicher Feindschaft gegen Menschenwert und Freiheit geübten Geist der Despotie und der zentralistischen Autorität; unter diesem Gesichtspunkt indentifizierte er die Begriffe Deutschtum und Judentum vollständig, selbstverständlich im vollen Bewußtsein dessen, daß er damit nur eine einzige Untugend charakterisiere, für die ihm eine bestimmte Art Deutsche und eine bestimmte Art Juden repräsentativ schienen.

Michael Bakunin ist nun über 50 Jahre tot. Die trostlosen Prophezeiungen, die er der proletarischen Revolution für den Fall hinterließ, daß die Bismärckerei Europa und die Marxerei die Arbeiterbewegung verseuche, sind in fürchterlichem Maße Wahrheit geworden. Aber schon neigen sich die Schatten des

Untergangs über beide Infektionsgebiete. Wenn ich hier einmal das Wort von der „Todeskrise des Kapitalismus“ übernommen habe, so irrt der Genosse, der mich darum angriff, während auch ich hätte mich nun der fatalistischen Ideologie des Marxismus ergeben, die die Weltgeschichte nach ehernen Gesetzen und unabhängig vom aktiven Tatwillen der Menschen in „naturnotwendiger“ Entwicklung dialektisch ihr Pensum erledigen sieht. Im Gegenteil: ich stimme vollständig überein mit der Ansicht Gustav Landauers, daß jederzeit und überall die Beseitigung des Kapitalismus und die Aufrichtung des Sozialismus möglich ist, wenn die Menschen das Notwendige veranstalten, um die revolutionären Bedingungen dazu zu schaffen. Die „Todeskrise des Kapitalismus“ ist für mich nicht eine Erscheinung der göttlichen Vorsehung, die uns berechtigen könnte, geruhsam zuzusehen, wie jetzt das bestehende Wirtschaftssystem automatisch zusammenkrachen und an seiner Stelle ebenso gottgewollt und unausbleiblich ein neues sozialistisches in der Reihenfolge marxistisch errechneter „Phasen“ aufblühen werde. Von dieser Krise nehme ich aber untrügliche Erscheinungen wahr, deren erste und verständlichste der Weltkrieg mit seinen für die kapitalistische Maschinerie unreparierbaren Folgen war; das Erkennen dieser Krise hat mit Fatalismus nichts zu tun, sondern verpflichtet zum Eingreifen, damit die krepierende Bestie nicht in der Agonie die Keime vernichtet, aus denen Revolution, Sozialismus und Freiheit erwachsen sollen. Das Verrecken des Kapitalismus in seiner bisherigen Form bedingt keineswegs das Entstehen des Sozialismus an seiner Stelle. Ein anderer, vielleicht besser organisierter Kapitalismus kann, wenn die revolutionären Sozialisten die Todeskrise nicht durch den Todesstoß beschleunigen, sehr wohl der Ausbeutung in veränderten Formen neue und noch erweiterte Möglichkeiten schaffen. Bleibt der Staat in irgend einer Gestalt am Leben, dann hat der Kapitalismus und mit ihm der Positivismus, das Kirchentum des Lebens, mit einem Wort der Bismarxismus freies Feld.

Die Todeskrankheit des Kapitalismus ist aber zugleich die Todeskrankheit des Marxismus. Heute steht ja, zumal in Deutschland, die Arbeiterbewegung fast ausnahmslos auf dem Boden dieser fatalistischen Lehre, und Sozialdemokraten und Unabhängige, rechts- und linksbolschewistische Kommunisten, KAP-isten und Unionisten aller Schattierungen sieht man sich unter Aufwand haarsträubender Rabulistik gegenseitig die Bibel des

garantiert wissenschaftlichen Sozialismus, die Marxdoktrin, auslegen. Am Bibelwort selbst zu rühren, die Heilswahrheit des gesamten Marxismus anzuzweifeln, das wagt keiner von ihnen allen, das ist unter Sozialisten ein solches Verbrechen, wie bei den Bismarck-Epigonon die Verneinung der Notwendigkeit des großpreußischen Deutschen Reiches. Und siehe: die Bejahung dieser Notwendigkeit geschieht nirgends so üb erzeugungsvoll wie bei den sozialdemokratischen und kommunistischen Marxisten. Jene 1918,19, diese 1923: Bismarxismus auf der ganzen Linie!

Ist das zu verwundern? Der Marxismus — Landauer weist in seinem herrlichen „Aufruf zum Sozialismus“ nachdrücklich darauf hin — beschäftigt sich in allen seinen theoretischen Schriften nirgendwo mit dem Sozialismus, er erschöpft sich in der Analyse und Kritik des Kapitalismus. Indem er aber ausgeht von der Hegelschen Lehre der Vernünftigkeit alles Seienden und die unausweichliche Notwendigkeit der kapitalistischen Periode behauptet, ja, ihre Fortentwicklung bis zum Kulminationspunkt in die Zukunft hinein zur Grundlage seiner Revolutionslehre macht, bejaht er zunächst alle Voraussetzungen des Kapitalismus, und so bejaht er den Staat, den Zentralismus, das Autoritätsprinzip, alles, worauf der Kapitalismus ruht. Das Proletariat kann nicht zu Freiheit und Sozialismus kommen, ehe es nicht auch in der Idee vom Staat losgekommen ist. Es kann nicht vom Staat loskommen, ehe es nicht in seinem eigenen Befreiungskampf die Lehren verwirft, die die Stützen jedes Staatsglaubens sind: Autorität und Disziplin, Zentralismus und Bürokratismus, Positivismus und Fatalismus. Die Wissenschaft, sagt Bakunin, hat das Leben zu erhellen, nicht es zu regieren. Führerin im Kampf sei dem revolutionären Proletariat nicht die anfechtbare Wissenschaft des Marxismus, der nichts andres ist als Bismarxismus, sondern der unanfechtbare religiöse Glaube an sein Recht und seine Kraft, der Haß gegen die Ausbeutung und der Wille zur Freiheit!

Rechtspflege und kein Ende.

Wir wissen jetzt, welches die Grundpfeiler sind für das Staatsgebäude der verhinderten Monarchie, die sich die Deutsche Republik zu nennen beliebt: es sind „Recht und Gerechtigkeit,“ und „Rechtsgedanke und Staatsgesinnung“, das sind „die starken Triebkräfte für das Aufwärtstreben des deutschen Volkes!“ Es war am 3. Januar des neunten und letzten Jahres besagter Republik, als

Herr Dr. Bell, derzeit geschäftsführender Justizminister dieses Gebildes—ob er sich wohl bewußt ist, wessen Geschäfte er eigentlich führt? — diese Worte sprach, um mit ihnen unser aller Jubel über die Tatsache in die Welt zu schmettern, daß das von ihm verwaltete Amt nunmehr, unberührt von der inzwischen erfolgten Firmänderung des Reiches, 50 Jahre lang im Dienste der Staatsgesinnung des vorigen Jahrhunderts Menschenjagd betreibt. Die Geheimräte Wilhelms II., vom Joel abwärts, lauschten, dem Bell-Kanto, als er den republikanischen Triller von „Rechtsfindung und Rechtsprechung“ jubilieren ließ, die getragen sein müssen „von den ewigen Grundsätzen der Sittlichkeit und der Gerechtigkeit!“ O mögen sie, rief er begeistert aus - sechs Kronen euch bringen in euer Haus! erwarteten die Geheimräte Wilhelm II. schon zu hören, aber Herr Bell formulierte es anders als Schiller, — o mögen sie, rief er begeistert aus, „allen berechtigten Anforderungen und Fortschrittsentwicklungen der Neuzeit entsprechen und einen Jungbrunnen finden in der Erneuerung deutschen Volkslebens!“ — Mögen sie!

In derselben Woche, in der der Herr Geschäftsführende seine Seele also im Jungbrunnen ewiger Grundsätze badete, lehnte er die Freilassung der unter Bruch des Londoner Abkommens zu Zuchthaus und Gefängnis verurteilten Honnefer Kommunisten ab und sanktionierte damit die deutschen Fortschrittsentwicklungen der Neuzeit, wonach der Rechtsgrundsatz der alten Römer, der bisher sogar in Deutschland als selbstverständlich gegolten hatte, der Grundsatz ne bis in idem (niemand darf für das gleiche Vergehen zweimal verurteilt werden) in Bells Gerechtigkeitsbezirken aufgehoben ist. Die Honnefer Genossen sind nämlich allesamt schon vom französischen Besatzungsgericht wegen der gleichen Taten — allerdings zu erheblich geringeren Strafen verurteilt gewesen, für die sie jetzt das Reichsgericht noch einmal gründlicher hergenommen hat; — aber das war schon 1923, und außerdem ließ die französische Regierung sie dann auf Grund des Londoner Abkommens frei, unter dem auch der Name von Bells Vorgänger und geschäftsführenden Reichskanzlers Marx und der seines Kollegen für das Äußerliche Stresemann steht, die gleichen Verpflichtungen beschwörend, die Herr Briand den Honnefern zugute kommen ließ. Ja, die ewigen Grundsätze von Sittlichkeit und Gerechtigkeit!

Aber der Dr. Bell ist ja auch geschäftsführender Minister für die besetzten Gebiete (vielleicht, Gott behüte, ist, wenn dies Heft erscheint, die Regierungskrise behoben oder wieder eine neue da, und ein anderer Justizminister umbellt das deutsche Recht); jenun, die Gebiete, auf die sich der Amnestie-Paragraph des Londoner Abkommens bezog, sind ja nicht mehr besetzt, sonst gäbe es garkein Londoner Abkommen. Was gehn also den Bell die Honnefer Kommunisten an? Laßt sie brummen, bis sie schimmelig sind! Der be-

setzte Gebiets- und geschätzte Justizminister hat das beleidigte Recht da zu schützen, wo zur Zeit andre ewige Grundsätze als die seinigen maßgebend sind; da, wo der welsche Erbfeind auch jetzt noch Gebiet besetzt hält, wo somit der Kaiser und der Bell ihr Recht verloren haben. In Germersheim dokumentiert irgend ein französischer Tressenfatzke, daß die Brüsewitz nicht bloß in Preußen wachsen, und in Landau beweist ein Besatzungsgericht, daß in den europäischen Kulturstaaten überall die gleichen ewigen Grundsätze in Rechtsfindung und Rechtsprechung gelten, wenn ein Portepeeträger der geschäftsführenden Regierung einer geschäftemachenden Bourgeoisie mit Zivilisten ins Gedränge kommt, die noch dazu innerhalb der Staatsgrenzen eines besiegten Landes geboren sind — wie war's denn in Belgien, Polen, Serbien, Rumänien, gute deutsche Landsleute? — oder gar als Proletarier von ihrer Hände harter Arbeit leben müssen: die uniformierten Totschläger werden freigesprochen und die uniformierten Halb- und Ganztotgeschlagenen werden verurteilt. Die Niederrichtigkeit der Klassenjustiz ist eben eine internationale Erscheinung bei nationalen Richtern. Aber seht doch den Bell! Der ganze Mann nichts als beleidigtes Rechtsgefühl! Er, der an 1300 proletarische politische Gefangene in deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern betreut, deren keiner so milde Richter gefunden hat, wie Bell sie bei den Franzosen fordert; er, der die Rechtspflege ohne Ende fortsetzen möchte, die in seinem Wirkungsfeld hunderte politischer Morde an Revolutionären und Republikanern unverfolgt und ungesühnt läßt, — er, unser Bell, protestiert gegen die Ungerechtigkeit eines Richterspruchs gegen deutsche Staatsbürger! Er hebt die Hände gen Himmel und ruft das deutsche Volk zum Zeugen auf für den Frevel der französischen Justiz; das deutsche Volk mit Einschluß der Angehörigen jener 1300, der bayerischen Räterepublikaner, die wegen Hochverrats gegen die deutsche Verfassung schon länger im Zuchthaus sitzen als diese Verfassung überhaupt existiert, mit Einschluß aller derer, die im Kampf Abwehr suchten gegen die Mordbanden der Ehrhard- und Hitler-Patrioteska und gegen die Volksausplünderung durch die Inflation! Bells Protest aber hatte Erfolg. Die französische Regierung tat mit den deutschen Verurteilten das, was Herr Bell den in Leipzig Verurteilten aus Honnef verweigerte: sie begnadigte sie. Und als gleich nachher die Deutsche Liga für Menschenrechte in etwas verstiegenem Illusionismus sich an den Reichspräsidenten wandte, um für Max Hoelz die Begnadigung zu beantragen, nachdem dessen Nichtbeteiligung an dem angeblichen Totschlag, der seine Bestrafung zu lebenslangem Zuchthaus mündgerecht machen sollte, lückenlos bewiesen ist, — da erschien die von Herrn Bell kontrasierte Entscheidung des Herrn v. Hindenburg, „daß er sich nicht bewogen fühle, . . . einen Gnadenerweis für den verurteilten Max Hoelz zu bewilligen.“ Angenommen, Max Hoelz wäre nicht in den falschen Verdacht geraten, den Gutsbesitzer Heß

im Affekt erschossen zu haben, sondern er wäre beispielsweise beteiligt gewesen, als Rosa Luxemburg oder Hans Paasche oder Gustav Landauer oder auch Walter Rathenau garnicht im Affekt sondern nach wohlbedachtem Plan meuchlings ermordet wurden, hätten sich dann die Herren Hindenburg und Bell auch nicht bewogen gefühlt? Ach nein, dann wäre der Fall längst vor dem Amtsantritt der beiden geregelt gewesen.

Da wir aber grade von Rechtspflege reden: Sie haben wohl von dem Prozeß Donner in Dresden gelesen, Herr Dr. Bell? Meinen Sie, das Liebespaar wäre auch des Mordes schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt worden, wenn die Frau nicht mit einem impotenten Assessor, sondern mit einem Arbeiter verheiratet gewesen wäre, und der Liebhaber wäre umgekehrt kein Proletarier, sondern ein Jurist und Mitglied der Einwohnerwehr gewesen? Und wenn nun der junge Krönert dem Assessor nicht auf der Treppe begegnet wäre, als er grade gegen die in Abwehr des Kapp-Putsches kämpfenden Arbeiter zu Felde ziehen wollte, und der Herr Donner hätte nun seinerseits ein paar gefangen genommene und entwaffnete Arbeiter erschossen oder erschießen lassen — sowas soll jawohl vorgekommen sein, nicht wahr? —, meinen Sie, Herr Dr. Bell, ein Ihrem Ressort zugehöriger deutscher Richter hätte ihn zum Tode oder überhaupt verurteilt? Der Richter vielleicht, der dem General v. Lüttwitz auf Kosten der Republik Schadenersatz für den Verdienst-entgang zusprach, den ihm sein Hochverrat gegen eben diese Republik verursacht hatte? Doch das nur nebenbei; wo sollten wir sonst anfangen, wo aufhören?

50 Jahre geht das nun so mit der Rechtspflege, und seit die verhinderte Monarchie sich Republik nennt, wächst dauernd der Liebreiz ihrer ewigen Grundsätze. Amnestie aber ist auch bei Jubiläumsfeiern kein deutsches Wort. Glück auf, Herr Dr. Bell, zum Jubeljahr! Gesunde Rechtspflege auch fernerhin! Frohe Festwünsche aus Deutschlands Zuchthäusern!

Entwaffnung - Bewaffnung

Seit wir uns des „Friedens“ von Versailles erfreuen, erfreuen wir uns nicht minder einer immer noch und immer wieder offenen „Entwaffnungs-Frage“. Augenblicklich befinden sich zwecks endgültiger Lösung des Problems zwei locarnodurchgeistigte adlige Herren in Paris, um dort, den Geßler-Hut in der Hand, die Erlaubnis zu ersachern, den Reichswehretat legalerweise um ein paar Dutzend oder auch ein paar Hundert Millionen Goldmark zu erhöhen. Die Bewilligung solcher Gelder aus den Steuern der deutschen Republikaner erfolgt dann schon, wie bisher, ohne Belästigung des Reichstags durch die Offiziere Wilhelm's II. in der Bendlerstraße direkt. Die Franzosen zieren sich noch etwas, erstens weil sie wittern, daß die zu füllenden

Waffenarsenale Deutschlands auf britische Wünsche auch mal den Pariser Finanzinteressen wenig genehmen Zwecken dienen könnten, dann auch, weil die Bewilligung mit der Zusage verbunden werden soll, daß die besetzten rheinischen Gebiete — immer mal wieder im Geiste von Locarno — geräumt würden. Dies aber hieße, sehr zahlreichen Epaulettenhelden und ihren Rouziers auf Kosten des eigenen Säckels in den einheimischen Bezirken Vorwände für ihr geräuschvolles Nichtstun zu schaffen. Dem sogenannten deutschen Volk, soweit es unbeantet und also ohne Hoffnung lebt, freierwerdende Verwaltungsbüros zu beziehen, kann es völlig egal bleiben, was bei den Verhandlungen herauskommt. Mag der letzte Besatzungssoldat über die Grenze abgezogen sein, — es wird deswegen nicht einen Pfennig Steuern weniger zu zahlen haben, und nicht bewilligte Munitionsfabriken kann man ja auch in Rußland bauen und arbeiten lassen.

Der deutsche Reichstag, ein sonst wenig ersprießliches Unternehmen, schenkte uns zu Weihnachten einige historisch wertvolle und psychologisch lehrreiche Aufklärungen. Bekanntlich hieß der Geist von Locarno im embryonalen Zustande die Politik der Erfüllung. Vater dieser unausgereiften Frucht war der Reichskanzler Wirth, der Erfüllung-Joseph. Was war das damals für eine Biederkeit in der Regierungsära unter dem Wirths wundermild. Erfüllt wurde, daß den Pazifisten aller Länder die Rührungszähnen über alle Backen liefen, daß die vor die Tür gesetzten Sozialdemokraten andächtig vor der Wirthstabe standen und sie für den Bonzentempel ihres Zukunftsstaates hielten, und daß dem armen Rathenau der Leib in Fetzen geschossen wurde. Und jetzt stellt sich heraus, daß niemals ein Märtyrer den Tod für eine Sache erlitten hat, die so wenig seine Sache gewesen wäre, wie die Erfüllung des Versailler Vertrages die des Wirthschen Außenministers; jetzt stellt sich heraus, daß die Erfüller Wirth und Rathenau und der Obererfüller Ebert sozialistischen Andenkens nicht bloß hinterherum die Schwarze Reichswehr mit Weißing, Musterknaben Schulz und Klapproth in Betrieb gesetzt, sondern überdies noch Kampfflugzeug-, Granaten- und Blaukreuz-Fabriken mit deutschem Gelde auf russischem Boden errichtet haben. Das ist jetzt erwiesen, so lückenlos, so einwandfrei, daß die Ableugnungen der Roten Fahne nur noch albern wirken.

Gewiß, daß ausgerechnet Philipp Scheidemann als Ankläger auftritt, um die Bewaffnung der deutschen Konterrevolution gegen die deutschen Arbeiter mit russischen Handlangerdiensten zu bejammern, ist das Narrenspiel in der Tragödie. Sein Intimus Ebert, mit dem doch Scheidemann die Giftbrühe in allen Schüsseln gemeinsam rührte, war ja grade derjenige, der auch hier das Widrige zusammengezogen hatte. Die Herren Wirth und Haas haben es deutlich genug gesagt. Was aber diese Herren zur Verteidigung der Berlin-Moskauer Schiebung vorbrachten, das mag die deutsche Erfüllung-Wirtschaft vor den Versailler Vertragspartnern rechtfertigen: für ihre dem internationalen Proletariat verantwortlichen russischen Komplizen ist es schlimmer als nur kompromittierend. Sie erklärten, daß intrigante Auslegungen des Vertrags es der Regierung unmöglich gemacht hätten, in Deutschland selbst die in Versailles bewilligten Mengen Munition für die Reichswehr herzustellen. Deshalb sei die Fabrikation in Rußland erfolgt. Schön. Wollen nun die Russen wirklich behaupten, sie hätten dem Deutschen Reich die Gelegenheit zur Vervollständigung der ihm vertraglich zugestandenen Munitionsmengen geboten, um es etwa zur Bekämpfung einer zur Verteidigung des Kapitalismus gegen Sowjetrußland kriegsführenden Macht

als Waffenbruder bündnisfähig zu erhalten? Die Reduzierung der deutschen Reichswehr auf 100000 Mann wurde mit der ausdrücklichen Begründung vorgenommen, daß Deutschland außer Stande gesetzt werden sollte, auswärtige Kriege zu führen. Die 100000 Mann aber wurden ebenso ausdrücklich zugestanden, um Deutschland im Notfall als Polizeiwehr zur Verfügung zu stehen. Die Reichswehr ist also nach dem Willen der Weltkriegssieger nichts anderes als der bewaffnete Schutz der Kapitalisten gegen revolutionäre Ansprüche des Proletariats, — ganz abgesehen davon, daß auch ihre Bewaffnung zu auswärtigen Kriegen keineswegs zu den Obliegenheiten eines Landes zu gehören scheint, dessen Fahne der Satz schmückt: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Die russische Regierung hat gewußt, daß sie der Bewaffnung der deutschen Konterrevolution Vorschub leistete, als sie die Munitionsbetriebe der deutschen Reichswehr auf russischem Boden konzeSSIONierte. Sie hätte sonst aus Trotteln bestehen müssen, und das grade kann ihr niemand vorwerfen.

Den erschöpfenden Nachweis der russischen Schuld hat der geschäftsführende Hauptausschuß der Kommunistischen Arbeiter-Partei in einem offenen Brief erbracht, den er an das Zentralkomitee der K. P. D. gerichtet hat. Da ich aus technischen Gründen nicht in der Lage bin, dem Wunsche der K. A. P. D. gemäß den langen Brief hier abzudrucken, begnüge ich mich mit dem Hinweis auf Nr 2 der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung (zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13). Die K. P. D. wird dort aufgefordert, den Brief, dessen sachlicher Inhalt mir in allen Teilen überzeugend scheint, ihren Parteimitgliedern im Wortlaut mitzuteilen und ihn, wenn sie seine Aufstellungen weiterhin best. eitet, im einzelnen zu widerlegen. Es kann dem Zentralkomitee garnicht eindringlich genug geraten werden, dieser Aufforderung zu entsprechen. Gelingt ihm die Widerlegung, dann werden nicht nur die Arbeiter Deutschlands ohne Unterschied der revolutionären Richtung aufatmen; das seit Lenins Tod arg ins Wanken gekommene Ansehen der russischen Bolschewiki wird in der ganzen proletarischen Welt neu gestützt und auch bei theoretisch anders denkenden Revolutionären wieder kameradschaftlich geteilt sein. Drückt sich aber die Kommunistische Parteileitung um die Antwort, oder versucht sie eine Verteidigung, ohne ihren Anhängern die ganze Anklageschrift zur Kenntnis zu bringen, so wird sie sich und ihrer russischen Leitung keine Gefälligkeit erweisen.

Nachwort. Im Verlauf der Auseinandersetzung im Reichstag über die russisch-geßlerischen Merkwürdigkeiten wurde mit besonderer Aufmerksamkeit und unter freudigem Hallo des ganzen Hauses die Rede des aus der K. P. D. ausgeschlossenen Abgeordneten Dr. Schwarz angehört. Mit Donnerstimme brüllte dieser jetzt radikal-antiparlamentarische Volksvertreter den Abgeordneten der Großagrarien, der Schwerindustriellen, des geschorenen und geheitelten Klerus, der Hochfinanz und des sozialdemokratischen Kleinbürgertums die Schande der K. P. D. in die langgespitzten Kapitalisten-Ohren. Besonders das patriotische Verhalten der Kommunisten in der Zeit der Ruhrbesetzung und ihr stilles Bündnis mit der Cuno-Regierung klagte er mit lärmender Entrüstung an. Dazu ist zu sagen: Genosse Schwarz hat in all der Zeit, die seiner Empörung Nahrung gab, der Kommunistischen Partei als bevorzugter Funktionär angehört. Warum öffnet er den Mund erst — und noch dazu vor solchem Forum? —, nachdem ihn die Partei aus ihren Reihen ausgestoßen hat? Wäre er damals — 1923 — aufgestanden

und hätte ins Proletariat hinausgeschrien: Das und das geht vor bei den Kommunisten, — ich mache die Schweinerei nicht mehr mit! — das hätte in der ganzen Arbeiterwelt Eindruck gemacht. Aber bis jetzt war es leider noch immer so, daß die oppositionellen Mitglieder der K. P. D. nur im engsten Parteipferch den Mund aufmachen und nach außen hin alles decken, was Übles getan und verlangt wird. Möge doch endlich mal ein „Ultra-linker“ in seiner Eigenschaft als Parteimitglied vor die Öffentlichkeit treten und auspacken, was er weiß. Möge einer in einer kommunistischen Massenversammlung aufs Podium gehn und den Führern der Partei sein Mitgliedsbuch in Fetzen vor die Stiefel schmeißen: da habt ihr euern Scheißdreck mit allen Ämtern und Würden und Funktionen und Gehältern und Diäten! Das würde anders wirken, als nachträglich in den Teller zu spucken, von dem man nicht mehr essen darf. Allerdings ist es umgekehrt nicht besser. Fliegt ein Abgeordneter oder sonst ein hoher Funktionär aus der K. P. D. heraus, weil er in internen Diskussionen linke Anwendungen zu erkennen gegeben hat, dann erfährt die breite Parteianhängerschaft von dem Ausschluß in einer Form, als ob der Betreffende nicht bei unerwünschten Ansichten sondern beim Löffelstehlen erwischt worden wäre. Die rüden Sitten, in denen sich alte Freunde ihre junge Feindschaft zu erkennen zu geben pflegen, nützen allemal nur denen, derer man sich stets als der gemeinsamen Feinde erinnern sollte.

Sitauen, Mikaragua, China.

Vor 1914 warteten die politischen Redakteure der europäischen Zeitungen ängstlich auf das Hüstel'n irgend eines Diplomaten, um den sensationsgeilen Abonnenten wenigstens in gewissen Zeitabständen einen Aufstand oder gar die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen an einer weltentlegenen Stelle der Erde vorsetzen zu können. Gab es dann wirklich mal auf den Fidji-Inseln ein Revöltchen oder am Balkan ein Geplänkel zwischen besoffenen Grenzsoldaten, dann war wochenlang von allen episodischen Details zu lesen. Aus Leitartikeln wurde Weltgeschichte gehäkelt. Seitdem erleben wir Weltgeschichte, und dies Erleben lehrt, daß die Geschichtshäker sich mit der Annahme, in der „Entwicklung“ knüpfte sich immer Masche an Masche zu einem warmen Schal gebrauchsfähiger Historie, gröblich irren. Die Geschichte der Menschheit schafft keine Veränderungen in evolutionärem Fortschritt. Alle Veränderungen in der Geschichte wie in der Natur gehen in Katastrophen vor sich: Weltgeschichte ist Weltrevolution.

Ueberblickt heutzutage der Chronist einen einzigen Monat, um die im Weltgeschehen wichtigsten Ereignisse zu registrieren, so gerät er in die Gefahr, daß der Seismograph seines geistigen Aufnahmeapparates möglicherweise von dem folgenschwersten Erdstoß des gegenwärtigen gewaltigen Bebens kaum erschüttert worden ist. Eine die tiefen Ursachen der einzelnen Begebenheiten erfassende Beurteilung unter revolutionären, d. h. den gesellschaftsstürzenden Charakter der Zeit begreifenden Gesichtspunkten ist selbst bei Anwendung der schönsten materialistischen Geschichtsauffassung im Augenblick des Geschehens noch garnicht möglich, weil überall eine Fülle mit einander nur lose zusammenhängender Momente wirtschaftlicher, allgemein politischer und sogar persönlicher Natur gemeinsam

die Ereignisse bewirken, die sich zur Kritik stellen. Es ist nicht einmal wahrscheinlich, daß die zufälligen Exponenten der Zeitgeschichte selber in jedem Falle wissen, was ihre politische Betulichkeit über die Schacher-machei der kümmerlichsten Parteipolitik hinaus bedeutet. Oder glaubt jemand, der Stresemann ermesse sein eigenes Wirken als deutscher Außenminister in Beziehung auf die imperialistischen Selbsterhaltungsinteressen Großbritanniens von höherer Warte, als etwa die Bedeutung von Münchener oder Pilsener Brauereiprodukten bei Berechnung der Verschleißgewinne vom Flaschenbier-Kleinhändler bewertet wird?

Es ist sehr wohl möglich, daß bei der gewaltsamen Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Litauen die deutsche Regierung im Auftrage der englischen fördernde Dienste geteistet hat. Die Frage, warum Chamberlain den Putsch in Kowno jetzt für seine Zwecke zu brauchen meinte, ist kaum aus dem Handgelenk zu entscheiden. Vielleicht schien ihm die Verägerung Frankreichs durch Reizung Polens wertvoll, vielleicht sieht er in Pilsudski einen zu wenig zuverlässigen Feind Rußlands und hält die Feunruhigung des wichtigsten Gegenspielers Englands in Ostasien, eben Rußlands, unmittelbar nach Abschluß des russisch-litauischen gegen Polen gerichteten Bündnisses vom Memellande her für ersprießlicher als alle unsichere Militärpolitik in Warschau. Die Hintermänner und die intriganten Tageszwecke des Kownoer Umsturzes werden später einmal aus den Memoiren geschobener Schieber der Gegenwarts politik offenbar werden. Von entscheidender Bedeutung bei dem Ereignis für den Verlauf der Weltgeschichte werden die scheinbar nebensächlichen Begleiterscheinungen der faschistischen Machtübernahme bleiben. Daß die aus staatspolitischen Zweckmäßigkeiten unternommene Aktion nur durchführbar war in den Formen des brutalsten Terrors gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ist das Symptomatische an Smetonas Aufstand. Der politische Krampf des kapitalistischen Geschäftes beruhigt sich; aber die Schandtaten der Feld- und Standgerichte zeugen geschichtliches Leben, und das Blut der vier standrechtlich ermordeten Kommunisten ist Dünger weltbewegender Zukunft,

Durchsichtiger und eindeutiger in seinem kapitalistischen Raubcharakter ist der mittelamerikanische Feldzug der Vereinigten Staaten. Was zur Zeit in Nikaragua vorgeht, ist nur eine Wiederholung dessen, was Cuba, Portoriko, Panama längst erlebt haben und was für Mexiko bereits eingeleitet ist. Die Großausbeuter Nordamerikas veranlassen ihre geschäftliche Generalvertretung, die Regierung in Washington, sich in eine der in den zentralamerikanischen Republiken landesüblichen Raufereien zwischen die Bevölkerung ausplündernden Generalen oder sonstigen Abenteuern einzumischen, um den Raub in die eigenen Taschen zu leiten. An moralischen Vorwänden dazu fehlt es nie, und die Usurpation, mit der das Eingreifen regelmäßig endet, tritt nach außen hin als „Neutralisierung“ des Landes in Erscheinung. Einen eigenen Räuberhauptmann als Präsidenten wird sich Nikaragua auch nach dem „Siege“ der U. S. A. halten dürfen. nur der Ertrag der Ölquellen und Erzminen wird erobert. Die Wirkung wird im kürzeren oder längeren Verlauf — und die Weltgeschichte hat allgemein ein rasendes Tempo angeschlagen — die Herausbildung einer lateinamerikanischen Irredenta gegen Angloamerika sein, und eines Tages wird Süd- und Mittelamerika auf der westlichen Erdhälfte die Rolle übernehmen, die augenblicklich im Osten China spielt.

Die ungeheure, begeisternde Volkserhebung in China hat nach furchtbaren Opfern und zahllosen Rückschlägen in dem herrlichen Erfolg von Hankau eine Etappe erreicht, die zum ersten Mal in der Geschichte der kapitalistischen Welttyrannei dem britischen und damit dem europäischen Imperialismus überhaupt unreparabel verhängnisvoll sein muß. Der ekle Krieg gedungener Feldherren um das Recht auf den Schweiß des Kulis scheint beendet. Das Vorksheer der Kuo Min Tang erschien auf dem Plan, siegte über England und pflanzte die Fahne des chinesischen Volkes auf das von den Weißen geräumte Gouvernementsgebäude in Hankau. Die Kuo Min Tang, aus der Boxerbewegung hervorgegangen, von Sun Yat Sen, dem Besieger der Mandschu-Dynastie, zu bewußten Freiheitsideen geweckt, ist die Heldin der Stunde. Laßt ihre sozialistischen Ideen liberalistisch sein, laßt ihren Kampf von nationalistischer, ja, von russisch-völkischer Musik den Schwung und die Tatkraft holen: dies sind keine europäischen „Realpolitiker“, die aus Vorsicht und Rücksicht von heute auf morgen ihre Absicht vergessen; dies sind Asiaten, die die europäischen Realpolitiker in der Nähe gesehn haben; dies sind Freiheitskämpfer, die um die Freiheit wissen; dies sind Zukünftige, die uns Gegenwärtigen den Weg zeigen. Wehe uns, wenn wir ihn verfehlen!

Zum Tode Rainer Maria Rilkes

Im Januar-Heft des FANAL nannte ich Rainer Maria Rilke Deutschlands feinsten Lyriker. Als das Heft ausgegeben war, hatte der Tod Rilkes dichterisches Werk bereits abgeschlossen. Damit hat einer der letzten ganz bedeutenden deutschen Dichter aufgehört zu schaffen, der, kaum berührt von den ungeheuren sozialen Problemen seiner Zeit, nur den Klang der Zeit aufzufangen und in Rhythmus und Sprachbild künstlerisch zu erhalten suchte. Die Aufnahme des Lebens geschah bei Rilke mit dem Mittel der ästhetischen Impression, die Wiedergabe in der meisterhaften Formung von zarten Gefühlen und klugen Beobachtungen bewegter Verse. Er sah und fühlte die Not der Armut, aber sie war ihm kein Problem, sondern eine dem Dichter sich offenbarende leidvolle Erscheinung. Auch unsereiner, der sich zum Kampf stellte, war für Rilke kein Anlaß zum Parteinehmen, sondern eine menschliche Spezies, der er nicht um des Inhalts des Kampfes wegen, sondern aus Freude an der Geste seine freundliche und vom Herzen kommende Sympathie entgegenbrachte. Warum die bayerischen Knillinge diesen kampffernen Menschen, dieses dichtende Kind aus München vertrieben, ist mir nicht bekannt. Es war wohl eine gewisse Witterung vorhanden, daß von dem stillen Lyriker immerhin Kultur ausströmte. Vielleicht war er auch denunziert worden, weil er etwa beobachtet worden war, als er einmal in der Revolutionszeit oder früher mit mir oder sonst einem Landesschänder einen Gruß oder einen Händedruck wechselte. Rainer Maria Rilke wird für die Geschichte der Gegenwart keine bleibenden Spuren hinterlassen. Aber als Spätling einer Vergangenheit, in der die geistige Vorhut Deutschlands getrennt von den sozialen Erschütterungen der Zeit die Harfe schlug, wird sein Name repräsentativ bleiben.

Nacht im Schwarzwald.

*Von schwarzen Bergwaldwipfeln überdacht,
 Im tiefen Pelz des Schnees fest zugedeckt,
 Gleichmäßig atmend ruht die Nacht.
 Der Wasserfälle dunkles, stetes Rauschen
 Scheint Grüße mit dem Firmament zu tauschen;
 Kein Laut sonst, der die Einsamkeit erschreckt.
 Hier ist kein Kampf; hier ist des Friedens Schweigen . . .
 Mild glänzend durch den nächtigen Dämmer bricht
 Aus schwarzen, leicht beflockten Tannenzweigen
 Weihnachtlich eines fernen Häuschens Licht.
 Dort wachen Menschen. — Sei's, daß eines Bauern
 Bigotte Sippschaft löfle ihren Brei,
 Daß es die Hütte eines Holzknechts sei;
 Mag weltscheu dort ein keuscher Beter kauern, —
 Und hätte selbst zu tausend Märchenwonnen
 Ein Liebespaar sich hinterm Schnee versponnen:
 Lug ist die Weltflucht, Lug der Friedensdom.
 Aus mildem Lichte flackern Sklavenkräfte;
 Im lauten Tal wirkt Arbeitsschweiß den Strom,
 Den leuchtenden, aus donnernden Maschinen.
 Der Eremit, das Liebespaar — auch ihnen
 Folgt, aller Andachtseinsamkeit zum Hohn,
 Auf ihre Höh'n die Fratze der Geschäfte,
 Der Not, des Unrechts und der Menschenfron . . .
 Ihr flüchtet, Narren, nicht in Nacht und Schnee
 Aus Elendswüsten, wo der Hunger keucht.
 Der Lampenbirne freundliches Geleucht
 Verbindet euch mit allem Menschheitsweh. —
 Helft von der Not der Arbeit Last befrei'n!
 Wenn dann ein stilles Licht im Bergwald brennt,
 Dann wird es hell in euerm Tempel sein.
 Das Menschenwerk, das freie Hände schufen,
 Wird, wie der Wasserfall zum Firmament,
 Zu euern Höh'n den Gruß der Täler rufen.*

Verlag Hans Schumann

Windischleuba, Thür.

In meinem Verlage erschienen:

Erich Mäder: Zwischen Leningrad und Baku.

Was sah ein proletarischer Freidenker in Sowjet-Rußland?
6.—10. Tausend. Preis 64 Seiten 50 Pfg.

Diese Broschüre erregte ungeheures Aufsehen. Zwei Auflagen in zwei Monaten vergriffen. Die dritte Auflage in Vorbereitung. Enthält ausführliche Berichte über Unterredungen mit den Volkskommissaren für Arbeit, Finanzen, Ackerbau. Nach Pressebesprechungen „geeignet, eine vollkommene Neuorientierung der deutschen Arbeiterschaft gegenüber Sowjet-Rußland herbeizuführen“.

Martin D. Hoffmann (Mitglied der Antikolonialliga, Berlin).
Preis 50 Pfg.

Braucht Deutschland Kolonien ?

Angesichts des neuwachsenden Expansionsdranges des deutschen Imperialismus eine wertvolle Hilfe, hinter den Phrasen von „Deutschem Wesen“, „Emdengeist“, „Kulturaufgabe“ die Fratze der kapitalistischen Profitgier zu erkennen.

Martin D. Hoffmann: Marx — Lenin — Gesell.

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. 2.—7. Tausend, Preis 50 Pfg.

Ein ernster Versuch die Weisung Lenins zu befolgen, „daß ein Marxist sich nicht an die Theorie des gestrigen Tages klammern darf, sondern die genauen Tatsachen der Wirklichkeit berücksichtigen soll“

In Vorbereitung: (Preis je 64 Seiten 50 Pfg.)

Hoffmann-Günther: Probleme d. proletarischen Diktatur.

- a) Die proletarische Revolution und das Geldwesen.
- b) Die Sozialisierung der Grundrente.
- c) Bürgerliche und proletarische Diktatur.

Neue Arbeiterpolitik.

Eine Zeitschrift zur Neuorientierung auf theoretisch-revolutionärem Gebiet. (Vierteljährlich 6 Nummern 2.— M.)

Aus dem Inhalt der letzten Hefte: Die klassenlose Gesellschaft. Der Niedergang Englands. Stalinismus. Pazifismus oder Klassenkampf. Die Agrarpolitik der Bolschewisten.

Man verlange kostenlose Zusendung von Probeheften und ausführlichen Verlagsverzeichnissen vom

Verlag Hans Schumann, Windischleuba, Thür.

Der Ausrufer ist das Nachrichtenblatt sämtlicher proletarischer Jugend- und Kulturorganisationen

Der Ausrufer bringt nur objektive Kritiken und Berichte über proletarische Veranstaltungen

Der Ausrufer erscheint 14 tágig und ist 8 Seiten stark. Der Einzelpreis ist 10 Pfg.

Der Ausrufer ist durch seinen Veranstaltungskalender unentbehrlich für jeden Klassenkämpfer

Abonniere noch heute!

Gegen Einsendung von RM 1.50 erfolgt postfreie Zustellung für ein halbes Jahr.

Verlag: Die Fackelstuben, Berlin C. 2., Klosterstrasse 62. Gemeinnütziges Unternehmen der Jugend. (vis à vis dem Stadthaus.)



Die revolutionär-anti-militaristische Wochenschrift

mit den Beilagen: „Freie Jugend“ und „Proletarischer Kindergarten“

Die Schwarze Fahne ist von Ernst Friedrich herausgegeben und erscheint jede Woche illustriert in Deutschland Oesterreich und der Schweiz. Einzelne Nummer 20 Pf.

Die Schwarze Fahne kämpft gegen das uniformierte Berufsmördertum und unterrichtet stets über Praxis und Theorie des internationalen antimilitaristischen Kampfes.

Die Schwarze Fahne wird auch von Polizei und Staatsanwalt eifrig gelesen und ist für monatlich 96 Pf. zu abonnieren durch die Post oder den Verlag: Berlin C 2, Parochialstr. 29.

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Die Rote Hilfe — Der Münchener „Geiselmord“ — Hilfe,
Bürgerblock! — Sklavenbefreiung. — Bücher.



Jahrgang 1

BERLIN

März 1927

PREIS 30 PFG.

Nr. 6

PREIS 30 PFG.

Verlag Hans Schumann **Windischleuba, Thür.**

In meinem Verlage erschienen:

Erich Mäder: Zwischen Leningrad und Baku.

Was sah ein proletarischer Freidenker in Sowjet-Rußland?
6.—10. Tausend. Preis 64 Seiten 50 Pfg.

Diese Broschüre erregte ungeheures Aufsehen. Zwei Auflagen in zwei Monaten vergriffen. Die dritte Auflage in Vorbereitung. Enthält ausführliche Berichte über Unterredungen mit den Volkskommissaren für Arbeit, Finanzen, Ackerbau. Nach Pressebesprechungen „geeignet, eine vollkommene Neuorientierung der deutschen Arbeiterschaft gegenüber Sowjet-Rußland herbeizuführen“.

Martin D. Hoffmann: Keine Kolonien!

Eine Kampfschrift gegen den neuen deutschen Imperialismus.
Preis 50 Pfg.

Angesichts des neuwachsenden Expansionsdranges des deutschen Imperialismus eine wertvolle Hilfe, hinter den Phrasen von „Deutschem Wesen“, „Emdengeist“, „Kulturaufgabe“ die Fratze der kapitalistischen Profitgier zu erkennen.



Die revolutionär-anti-militaristische Wochenschrift

mit den Beilagen. „Freie Jugend“ und „Proletarischer Kindergarten“

Die Schwarze Fahne

ist von Ernst Friedrich herausgegeben und erscheint jede Woche illustriert in Deutschland Österreich und der Schweiz. Einzelne Nummer 20 Pf.

Die Schwarze Fahne

kämpft gegen das uniformierte Berufsmörder-tum und unterrichtet stets über Praxis und Theorie des internationalen antimilitaristischen Kampfes.

Die Schwarze Fahne

wird auch von Polizei und Staatsanwalt eifrig gelesen und ist für monatlich 96 Pf. zu abonnieren durch die Post oder den Verlag: Berlin C 2, Parochialstr. 29.

FANAL

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 6

März 1927

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, (Ausl. 2.05) jährlich RM. 3,50, (Ausl. 4,10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bln.-Charlottenburg, Am Lützow 10

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Die Rote Hilfe.

Peter Krapotkin hat in seinem Werk über die gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt und später in seiner nachgelassenen Arbeit über die Ethik nachgewiesen, daß die Solidarität einem Urtrieb aller lebenden Wesen entstammt. Charles Darwin hat, wie Krapotkin berichtet, bestätigt, daß seine Lehre vom Kampf aller gegen alle in der Natur erst durch die Ergänzung Halt gewinne, die sich aus dem Zusammengehörigkeitsgefühl des Gleichgearteten, der Gesamthaftung der aus Interesse und Umständen zu gemeinsamen Handlungen und Kämpfen verbundenen Geschöpfe ergebe. Solidarität ist, soziologisch betrachtet, die Eigenschaft, ohne die gesellschaftliches Leben in irgendwelcher Gestalt unmöglich und undenkbar ist.

Die Gesellschaft ist älter als der Mensch, lehrt Krapotkin; er beweist es aus einer Ueberfülle von Beispielen aus der Natur, und er folgert aus der Tatsache, daß in der Tierwelt nur solche Arten ausstert en, welche die gesellschaftliche Zusammengehörigkeit vergessen und individuell vereinsamen, daß die solidarische Unterstützung der von Natur wegen gesellschaftlich verbundenen Lebewesen untereinander eine biologische Notwendigkeit zur Erhaltung der Art ist.

Die Menschen haben sich mit der Entwicklung ihrer sogenannten Zivilisation in immer steigendem Maße ihres gesellschaftlichen Artbewußtseins entwöhnt. Der Anthropozentrismus, die naive, von den jüdisch-christlichen Konfessionen und, unter ihrem Einfluß, sogar von höchst aufgeklärten Materialisten heute

noch vertretene Anschauung, der Mensch sei Weltzweck und Wert und Unwert aller Kreatur bestimme sich nach dem Gebrauchsnutzen für die Bedürfnisse der Menschen, führte folgerichtig über Rassen- und Völkerdünkel zur Inanspruchnahme von Adelsrechten gegenüber dem nicht durch Inzucht „blaublütig“ gekörnten Plebs und konnte schließlich, als die Ausbeutung der Mitmenschen mit kapitalistischen Methoden dem Bürgertum selbst zugefallen war, auch die Theorie für die Auspowerung des Proletariats durch „Bildung und Besitz“ hergeben. Die Solidarität der Menschen besteht daher längst nicht mehr in ihrem soziologischen Ursinn als Kampfgemeinschaft zusammengehöriger Lebewesen zur Sicherung der Nahrung und Verteidigung gegen gemeinsame Gefahren, sondern — abgesehen vielleicht von einzelnen, von Missionaren und anderen europäischen Kaufleuten noch nicht der „Kultur“ eroberten „wilden“ Stämmen, bei denen noch echte Gemeinschaft bewahrt sein mag — im Zusammenflüchten bedrängter Menschen, um sich gemeinsam zu schützen gegen die Blutpressen und Gewalttätigkeiten einer Minderheit ihrer eigenen zoologischen Familie.

Die Gesellschaft hat dem Staat den Platz geräumt, die Vereinbarung dem Gesetz; der Schutz der Gesamtheit und das Recht der Persönlichkeit ist zu den Polizeibütteln und Justizschergen geflohen, — und selbst in den Koalitionen der Bedrängten, in den Parteien und Organisationen des Proletariats waltet keine Solidarität, sondern herrscht Disziplin. Was sich aber in den mildtätigen Zirkeln die Klingelbüchse schwenkender und Staniolpapier sammelnder Menschenfreunde als Nächstenliebe ausgibt, das ist nichts als das geschickte Einschläfern des Gewissens oft durchaus wohlmeinender Bürger, die das Elend der Armen, das ihren Wohlstand verbürgt, beunruhigt; es ist in sehr vielen Fällen auch der Sport gelangweilter Damen, die Patronessen spielen und sich an der Macht des Geben- und Versagen-Könnens weiden wollen; es hat mit der Solidarität der Brüderlichkeit, der inneren Verbundenheit und der Gemeinschaftshaftung nicht das mindeste zu schaffen. Solidarität setzt Gegenseitigkeit voraus, und Gegenseitigkeit im Willen zur Hilfeleistung gibt es nur bei gleichgerichtetem Willen zum Widerstand und zur Abhilfe.

Die außerordentliche Zerrissenheit der Arbeiterbewegung, die ja noch nicht einmal in der Frage einig ist, ob die kapitalistische Wirtschaftsform überhaupt durch eine sozialistische ersetzt werden

soll — die Vertreter der christlichen, der Hirsch-Dunckerschen und der nationalistischen (gelben) Organisationen verneinen es auch theoretisch, die der sozialdemokratischen Amsterdamer Gewerkschaften handeln praktisch dawider — diese Zerrissenheit in allen Auffassungen und Zielen beschränkt die Solidarität des Proletariats leider durch sich selbst auf ein sehr enges Gebiet. Schon in den eigentlichen Wirtschaftskämpfen um Lohn- und Arbeitszeitfragen ist nur selten ein solidarisches Vorgehen aller beteiligten Arbeiter zu erzielen, und man darf getrost sagen, daß wirkliche Solidarität im Proletariat nirgends möglich ist, als wo das übereinstimmende klare Bewußtsein der klassenmäßigen Zusammengehörigkeit und der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes besteht. Die proletarische Klassensolidarität kann somit in der gegenwärtigen krisenhaften Gesellschaftsosphäre nur aus revolutionärem Geiste gespeist werden.

Der Klassenkampf ist, mindestens in den besiegten Ländern, mit der Beendigung des imperialistischen Weltkrieges in permanenten Bürgerkrieg übergegangen. Daß in allen Ländern außer Rußland die Bourgeoisie die bewaffneten Kämpfe gegen das Proletariat bisher siegreich bestanden hat, bis zu dem Maße, daß sie den unterlegenen Klassengegner in noch nie erlebte wirtschaftliche Not und Hörigkeit zwingen kann, bedeutet keineswegs das Aufhören des Bürgerkrieges. Die kapitalistischen Befehlsgeber des Staates wissen genau, daß die Erfüllung der militärischen Aufgaben ihrer Kriegführung nicht genügt, um die ausgebeutete Klasse auf die Dauer niederzuhalten. Die Ergänzung des blutigen Teiles ihrer Machtstabilisierung wird in der Hauptsache durch die Justizmaschinerie besorgt, die heute nicht mehr wie in Vorkriegszeiten ein subjektiv zumeist unbewußtes Instrument kapitalistischer Klasseninteressen ist, sondern in scharfsinnigem Erkennen ihrer Aufgabe eine willige und lenksame Waffe des Bürgerkrieges. In ihren Strafrichtern zeigt die Bourgeoisie in beispielgebender Form, wie die ursprüngliche und für die erstrebte Zukunft wieder zu belebende gesellschaftliche Solidarität der Menschen sich zur rohesten Unterdrückungsgemeinschaft der im Staat organisierten besitzprivilegierten Minderheit gegen die solidarischen Interessen der unterdrückten Mehrheit erniedrigt hat. Die im bewaffneten Bürgerkrieg zersprengte Solidarität der Arbeiterinteressen aber wird grade durch das Walten der Bürgerkriegs-Justiz zu ihrer Abwehr und zur Milderung ihrer Schäden fast automatisch neu gefestigt.

Das politische Massen-Zusammentreiben revolutionärer Arbeiter in die Zuchthäuser hat es in Deutschland vor der Etablierung der freiesten Republik der Welt kaum gegeben. Selbst während des Sozialistengesetzes trafen Bismarcks gewiß erfindungsreiche Schikanen die zum Begreifen ihrer Klassenlage erwachenden Proletarier nicht entfernt in dem Ausmaße und mit der Schwere, wie der von den Ebert, Severing und Genossen gehandhabte Artikel 48 der Reichsverfassung und dann das Gesetz zum Schutz der Republik die von Krieg, Nachkriegs-Reaktion, Inflation, Stabilisierung und Rationalisierung verelendeten und rebellisch gemachten Arbeiter unserer Tage. Die sozialdemokratische Massenpartei war stets leicht in der Lage, aus den ihr regelmäßig zufließenden Mitteln die Unkosten der Prozesse gegen ihre Mitglieder und die Unterstützung der Familien ihrer eingesperrten Genossen zu leisten; die zahlenmäßig schwachen, den Verfolgungen durch Polizei und Justiz aber im Verhältnis unvergleichlich schlimmer ausgesetzten anarchistischen Gruppen waren gezwungen, besondere Inhaftiertenfonds einzurichten, um den Anforderungen der Solidarität mit den bedrängten Kameraden gerecht werden zu können. Die sicherlich fühlbaren Opfer zur Speisung dieser Fonds wurden gern gebracht, und sie reichten, nötigenfalls durch besondere Umlagen bei einzelnen dringlichen Anlässen verstärkt, für die aus den eigenen Reihen sich erhebenden Ansprüche immerhin aus.

Heute stehen wir völlig anderen Verhältnissen gegenüber. Weit über 15000 Proletarier liegen, von der Konterrevolution erschlagen unter der Erde, und fordern für Tausende ihrer Witwen und Waisen die Hilfe der Klassengenossen. Die trockene Guillotine der politischen Justiz füllt in unermüdlicher Arbeit die Gefängnisse und Zuchthäuser mit revolutionären Sozialisten und Kommunisten, ohne sie nach ihren Organisationen zu unterscheiden. Zeitweilig haben mehr als 7000 proletarische politische Gefangene gleichzeitig die deutschen Kerker bewohnt, und jetzt noch, nach der grotesken Hindenburg-Amnestie, sind weit über 1000 politische Häftlinge von der Solidarität des revolutionären Proletariats abhängig, damit sie selbst, damit ihre Frauen und Kinder, die in zahllosen Fällen für entsetzlich lange Zeit ohne Ernährer leben sollen, nicht zugrunde gehen. Da können die Sammlungen innerhalb der einzelnen Organisationen, die obendrein alle einen riesigen Prozentsatz Arbeitsloser unter ihren Mitgliedern haben, nichts mehr ausrichten. Da ergab sich die Notwendigkeit, eine

besondere, mit großen Mitteln operierende Solidaritäts-Einrichtung zu schaffen, die selbst den revolutionären Klassenkampf bejahend, ihre ganze Tätigkeit auf die moralische und materielle Unterstützung der unter die Räder des Themis-Wagens geratenen Klassengenossen konzentriert. Die im Jahre 1921 begründete deutsche Sektion der Internationalen Roten Hilfe übernahm somit eine Aufgabe, die der von der Justiz fortgesetzte Bürgerkrieg dem Proletariat unerbittlich stellte.

Als ich Weihnachten 1924 nach 5 $\frac{3}{4}$ jähriger Gefangenschaft aus dem Niederschönenfelder Käfig kam, war es für mich eine Selbstverständlichkeit, daß ich meine agitatorischen Fähigkeiten der Organisation zur Verfügung stellte, deren nützlich Wirken ich selber reichlich erfahren hatte. Die teilweise gradezu rüden Angriffe, denen ich deswegen von mir in den politischen Auffassungen nahe stehenden Genossen ausgesetzt war, überraschten und erritterten mich in hohem Maße. In den beiden Jahren, seit ich mich wieder der Teilnahme an der neudeutschen Freiheit erfreuen darf, ist mir psychologisch manches verständlich geworden, was die Abneigung linksrevolutionärer Kreise gegen die Rote Hilfe begründen mag. Dieses Verstehen kann mich jedoch auch heute noch nicht bewegen, meine Tätigkeit für diese Korporation (von der ich übrigens wirklich keine finanziellen Vorteile habe) aufzugeben oder auch nur einzuschränken. Es ist richtig, daß die Rote Hilfe als eine Art Tochterorganisation der K.P.D. geschaffen wurde. Das ergab sich daraus, daß die Kommunistische Partei die weitaus meisten Objekte der politischen Klassenjustiz aus ihrer Mitgliedschaft stellte, und daß sie die einzige der beteiligten Organisationen war, die die materielle Möglichkeit hatte, einen so umfassenden Apparat aufzubauen, wie ihn das Unternehmen erforderte. Ich lehne die politischen Methoden der K. P. D. so schroff ab, wie nur irgend einer meiner Widersacher; das hindert mich aber keineswegs, anzuerkennen, daß ihre Vaterschaft bei der Gründung der Roten Hilfe Deutschlands ein höchst verdienstvolles und dankenswertes Werk war. Daß diese Vaterschaft dem Antlitz des Kindes einige nicht sonderlich hübsche Züge vererbt hat, sehe auch ich; aber ich sehe auch das durchaus ernsthafte Bestreben, sich von der Bevormundung durch den Erzeuger frei zu machen, und ich sehe dieses Bestreben grade durch das Verhalten der linken Revolutionäre gefährdet, das nur dazu angetan ist, die Rote Hilfe in die Abhängigkeit von der K. P. D. zurück zu stoßen.

Der der Roten Hilfe besonders von Anarchisten und Syndikalistischen gemachte Vorwurf, sie leihe ihren Beistand nur kommunistischen Parteiangehörigen oder mit der Partei Sympathisierenden, ist einfach falsch, wenn gleich in früheren Jahren in Einzelfällen und den Anordnungen entgegen gesündigt worden ist. Im allgemeinen gründen sich die Anklagen auf Zurückweisungen ausländischer revolutionärer Flüchtlinge, die ihre Ursache darin haben, daß Flüchtlingshilfe allgemein nicht zu den Aufgaben der Roten Hilfe gehört und verfolgte Emigranten daher grundsätzlich an ihre politische Organisation verwiesen werden. Ganz anders steht es um die Angriffe, die ich immer wieder ertragen muß und die die furchtbare Tatsache betreffen, daß die russischen Kameraden der deutschen Anarchisten und radikalen Kommunisten, die ich für die Rote Hilfe anwerben möchte, in ihrer Heimat selbst die revolutionäre Solidarität des ausländischen Proletariats anrufen müssen, ohne aber dort das Ohr der Roten Hilfe, dieses Sprößlings der Kommunistischen Internationale, erreichen zu können. Ich leugne nicht, daß diese leider sehr berechtigte Beschuldigung mich immer von neuem vor ein schweres seelisches Dilemma stellt. Ich habe die Wahl getroffen, meine Agitation innerhalb der Roten Hilfe auf den Befreiungskampf für die gefangenen und verfolgten deutschen Genossen zu beschränken. Für die Beteiligung an den Protestaktionen der R. H. zugunsten der Revolutionäre im Ausland werde ich erst zu haben sein, wenn entweder Rußland den übrigen Ländern mit einer General-Amnestie für alle Revolutionäre, soweit sie 1917 unter der roten oder schwarzen Fahne gekämpft haben, vorangeht, oder wenn die Rote Hilfe Deutschlands anfängt, ihre Protest-Delegationen außer in die rumänische, ungarische, polnische und bulgarische auch in die russische Gesandtschaft zu entsenden und die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen der ganzen Welt nicht mit Ausnahmen fordert.

In Frankreich besteht neben der Roten Hilfe das viel ältere und wohl heute noch stärkere Unterstützungs-Komitee der Anarchisten. In Deutschland haben wir wohl noch die Inhaftiertenfonds der Anarchisten und Syndikalistischen und das Vereinigte revolutionäre Unterstützungs-Komitee der K. A. P. D. und A. A. U. Aber diese Solidaritätswerke können nur — und auch das in äußerst beschränktem Maße — den politisch Allernächsten helfen. Die Rote Hilfe Deutschlands aber ist bestrebt und, wie ich glaube, auch

fähig, ihre schon jetzt erfreulich kräftige Hilfstätigkeit zu Leistungen auszubauen, die den Ansprüchen aller Justizopfer gerecht werden. Ich bezweifle die Zweckmäßigkeit mehrerer neben einander wirkender Organisationen mit der gleichen Zwecksetzung. Es würde eine schädliche Zersplitterung der Kräfte bedeuten, wenn die außerordentlich umfassende Rechtsschutz-Einrichtung der R. H., ihre Personalregistratur mit den Namen der Angehörigen der Gefallenen und der politischen Gefangenen, ihre wertvollen statistischen Materialsammlungen, ihr Presse- und Nachrichtendienst über die Gerechtigkeits-Orgien der Klassenjustiz und ihre prächtigen Erholungsheime für die Kinder der Bürgerkriegsopfer in Elgersburg und Worpsswede aus irgend welchen politischen Bedenklichkeiten der tatkräftigen Unterstützung aller revolutionären proletarischen Richtungen entzogen müßten. Schlimmer als alles andre aber ist, daß das Einbeziehen der Roten Hilfe in die politischen Richtungskämpfe der Revolutionäre von den politischen Gefangenen aller Auffassungen als ein Streit empfunden wird, den die Genossen draußen, um deretwillen sie in den Kerker gegangen sind, auf ihrem Rücken austragen.

Zur Zeit wird der Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands vorbereitet. Ein Hauptpunkt der Tagesordnung soll sich mit der völligen Loslösung der Organisation von Parteieinflüssen beschäftigen. Es wäre sehr zu wünschen, daß zu Delegierten auch eine größere Anzahl linksrevolutionären Bewegungen angehörende Genossen bestimmt würden. Sie hätten die Aufgabe, vor Gefahren zu warnen, die von parteibefangenen Genossen leicht verkannt werden. Diese Gefahren liegen einmal darin, daß die beteuerte Überparteilichkeit wie anderswo in einem „Einheitsfront“-Brei verrührt wird, den nur die Verbrüderung mit den schwarz-rot-goldenen Republikanern würzt, während die Proletarier, die innerlich zu den revolutionären Taten der inhaftierten Genossen stehen, als unschmackhaft heraus geschöpft werden. Zum andern ist die Umwerbung reicher Bürger zur Beschaffung von Geldmitteln höchst bedenklich. Wirkliche Hilfe bringt den proletarischen Justizopfern nicht der gelegentliche Hundertmarkschein eines freundwilligen Gönners, sondern immer nur der dem eigenen Hunger abgesparte Groschen der dankbaren Klassenbrüder, die wissen, daß Solidarität Hilfe auf Gegenseitigkeit heißt, und daß die Unterstützung der Roten Hilfe niemals Wohltätigkeit sein darf, sondern immer Klassenkampf-Handlung und revolutionäres Bekenntnis.

Der Münchener „Seiselmord“.

Der revolutionäre Akt der Aufhebung des demokratischen Regierungssystems in Bayern und der Proklamation der Räterepublik in der Nacht vom 6. zum 7. April 1919 vollzog sich, wie knapp 3 Wochen vorher der gleiche Vorgang in Ungarn, in den Formen gewaltloser Verständigung. Erst eine Woche später floß in München Blut, als die Bamberger sozialdemokratische Gegenregierung durch Bestechung der republikanischen Schutztruppe den sogenannten Palmsonntag-Putsch veranstaltet hatte, bei dem eine Anzahl Mitglieder des provisorischen Zentralrates, darunter auch ich, in die Gefangenschaft der Konterrevolution geriet. Wir wurden zunächst im Hauptbahnhof festgesetzt, der 2 Stunden nach Abfahrt des Extrazuges, der uns nach Eichstätt brachte, von der bewaffneten Münchener Arbeiterschaft erstürmt wurde. Damit war der Putsch niedergeschlagen, die Räterepublik zunächst gerettet und der Boden für eine neue Verständigung bereitet. Der provisorische Zentralrat trat zurück und machte einer von der Kommunistischen Partei geleiteten Räteregierung Platz, in der die lautere und energische Persönlichkeit Eugen Levinés die Zügel in die Hände nahm. Wieder war die Umwälzung in friedlicher Vereinbarung erfolgt, und das neue Regime bemühte sich um die Reorganisation des gesellschaftlichen Lebens, ohne daß die Revolutionstribunale auch nur ein einziges Todesurteil gefällt hätten. Man begnügte sich mit der vorläufigen Festnahme konterrevolutionärer Machenschaften verdächtiger Personen.

Dennoch war die von den Sozialdemokraten mit Nachrichten versorgte Presse außerhalb des Machtbereichs der revolutionären Organe voll von ausgestunkenen Lügen über die fürchterlichste Mißwirtschaft in München und über die schrecklichsten Greuel, die sich dort schon seit dem 7. April, in gesteigertem Maße aber seit dem 13., dem Palmsonntag, zutrügen. Da die nach Bamberg geflüchteten ehemaligen Minister von dort aus große kriegerische Zerstörungen trafen, um München der Bourgeoisie zurück zu erbern und der Anmarsch einer starken weißgardistischen Noske-Armee gegen Süd-Bayern gemeldet wurde, war die durchgreifende Bewaffnung des revolutionären Proletariats und die Aufstellung einer schlagkräftigen Roten Armee selbstverständlich die erste und zwingendste Sorge der Volksbeauftragten. Der militärische Oberbefehl über die Rote Armee wurde dem Genossen Egelhofer, einem begeisterten und entschlossenen Revolutionär, übertragen, der sich als Mitglied des revolutionären Matrosenrates schon bei der November-Revolution vorzüglich bewährt hatte.

Langsam und vorsichtig näherten sich die Nosketruppen von allen Seiten dem Zentrum der Revolution, während zugleich die Bürger von Flugzeugen aus mit Aufreizungen der sozialdemokratischen Reaktion bombardiert wurden, sie sollten sich gegen das Schreckensregiment der kommunistischen Verbrecher erheben, und während die anrückenden Weißgardisten ebenfalls von Bamberg aus mit Aufklärungen über unsere Personen versehen wurden, die das denkbar ungeheuerlichste an infamer Verleumdung darstellten, sich dann aber als schwarze Listen bei der Eroberung und Plünderung Münchens sehr bewährten. Wer auf diesen Informationen verzeichnet stand und den Weißen in die Hände fiel, wurde unrettbar ermordet: so ist Josef Sontheimer ums Leben gekommen, so Rudolf Egelhofer, so Gustav Landauer, Landauer deswegen, weil er laut Behauptung der Hoffmann-Regierung ebenso wie ich die „Verstaatlichung der Weiber“ gefordert haben sollte. In München selbst geschah das Ausstreuen von Denunziationen, falschen Gerüchten und Auf-

forderungen zur gegenrevolutionären Empörung von einer Zentrale aus, die sich lange im Dunkeln zu halten wußte, bis sie endlich als eine antisemitische Adels- und Nationalisten-Clique der Thule-Gesellschaft, ermittelt werden konnte, die im Hotel Vier Jahreszeiten nistete. Bei der Ausnahme des Nestes durch Rotgardisten wurden neben einer Fülle von Beweisen konterrevolutionärer Spionage auch gefälschte Stempel gefunden, mit deren Hilfe verwirrende Anordnungen der Räteregierung und desorganisierende Befehle der Roten Heeresleitung ausgegeben wurden. Es gelang, einer Anzahl Mitglieder dieser Gesellschaft habhaft zu werden, darunter eines Freiherrn v. Seidlitz, eines Prinzen Thurn und Taxis, einer Gräfin Westarp, eines Barons von Teuchert, im ganzen 7 Thule-Leute, die ins Luitpoldgymnasium nicht etwa als Geiseln, sondern als Untersuchungsgefangene eingeliefert wurden. Die Verhaftungen erfolgten am 26. bzw. 29. April. Am 29. wurden zwei bei einem Gefecht gefangen genommene Husaren der Weißen Armee und am 30. ein Maler, Professor Berger, ebenfalls im Luitpoldgymnasium eingebracht, der vor einem öffentlichen Anschlag abfällige Äußerungen über die Räterepublik getan hatte. Außer diesen 10 Personen, die am 30. April im Schulhof des Gymnasiums standrechtlich erschossen wurden, befanden sich noch eine Anzahl anderer Untersuchungsgefangener dort, Geiseln überhaupt nicht; die waren im Max-Gymnasium untergebracht, und es ist von ihnen keinem ein Haar gekrümmt worden.

Wie die Anordnung zur Erschießung der Gefangenen zustande gekommen ist, ist bis heute absolut ungeklärt. Der erste Prozeß, der 15 Tage lang von einem bayerischen „Volksgericht“ gegen die armen Rotgardisten geführt wurde, die an jenem Tage zufällig den Wachdienst im Luitpold-Gymnasium versahen, war von Beginn bis zum Schluß die abscheulichste Tendenzmache, die jemals vor einem Gericht in Szene gesetzt wurde. Es besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß Egelhofers Unterschrift unter dem Befehl entweder gefälscht oder erschlichen war; doch hat das Tribunal der Konterrevolution einen Entlastungsbeweis für die Toten wie für die Lebenden garnicht zugelassen und einfach dem ermordeten Genossen Egelhofer, dem zum Glück entkommenen Genossen Levien und dem standrechtlich getöteten Genossen Leviné die Initiative für die Tat aufgebürdet, gleichwohl aber auch die Befolgung des militärischen Befehls sowohl den Kommandanten des Gymnasiums als auch den Schützen, die auf das Kommando „Feuer!“ schossen, als überlegten und vorsätzlichen Mord angerechnet und dementsprechend 8 Todesurteile ausgesprochen, die sämtlich vollstreckt wurden. Hier sind die Namen der also getöteten Genossen (der zweite Kommandant des Gymnasiums, Genosse Haussmann, hatte sich der „Volksgerichts“-Justiz noch rechtzeitig durch Selbstmord entziehen können): Fritz Seidel, Schicklhofer, Fehmer, Pürzer, Widl, Josef Seidl, Kammerstetter und Wallershauser. Drei Prozesse wurden zu diesem Ergebnis durchgeführt. Die Genossen Kammerstetter und Wallershauser kamen erst später in den Verdacht der Teilnahme, und Wallershauser mußte noch 3 1/2 Jahre nach den übrigen sterben. Die Soldaten, welche im September und Oktober 1919 und im Juni 1920 auf dem Bluthof in Stadelheim unsere Genossen auf Kommando ihrer Vorgesetzten erschossen, taten damit genau dasselbe, was sie an ihren Opfern als Mord zu sühnen meinten.

Der Reichskanzler Marx hat dieser Tage erklärt, dass keinem preussischen Landrat zugemutet werden könne, bei einem Putsch zu entscheiden, welche Regierung grade rechtmässig sei. Wenn sich Herr v. Kündell ein-

mal irrte, so sei das kein Grund, ihm heute nicht die Behütung der republikanischen Reichsverfassung als Innenminister anzuvertrauen. Die Münchener Proletarier aber, die als Rotgardisten den Befehlen der seit Wochen tatsächlich allein mit Machtmitteln fungierenden revolutionären Organe gehorchten, waren todeswürdig, da sie die Legitimität einiger früherer Minister, die sich nach Bamberg in Sicherheit gebracht hatten, nicht einsehen konnten.

Eine Darstellung des Falles, der am 30. April der losgelassenen Reaktionsmeute endlich eine Tatsache lieferte, mit der die seit dem 7. April behaupteten blutigen Rätegreuel bewiesen werden konnten, kann hier kaum in den allergrößten Umrissen gegeben werden. Sie wird aber, gestützt auf reichhaltiges, vom „Volksgericht“ als unerheblich ignoriertes Material in Buchform erfolgen. Da wird vor allen Dingen die furchtbare Erregung zu begründen sein, die am 30. April in der Münchener Arbeiterschaft und unter den Rotgardisten im Luitpold-Gymnasium herrschte und die von den unaufhörlichen Meldungen über die Bestialität der Weißen ausging. Die bei den Gefechten gefangen genommenen Roten wurden ohne weiteres niedergemacht, und dann kam die Nachricht von dem Starnberger Massenmord an den bei der Aahlzeit überrumpelten Revolutionstruppen, die mitsamt ihren Sanitätern am 29. April an die Wand gestellt worden waren. Viele Hundert Arbeiter wurden von den einrückenden Noskehorden in München außerhalb der Kämpfe umgebracht; von ihnen wird nicht geredet. Aber daß mit zweien der massenhaft gefangenen Weißgardisten im Affekt so verfahren wurde, wie mit allen gefangenen Rotgardisten in kühler Ueberlegung; daß von den haufenweise festgenommenen überführten Konterrevolutionären 7 Leute, deren Wirken der Revolution ungeheuren Schaden zugefügt hat, so behandelt wurden wie hundert mal so viele Arbeiter von der anderen Seite; daß endlich eine Person, der alte Professor Berger, dessen Tod niemand gewollt hat und der sich im Glauben, sie sollten entlassen werden, zwischen die zur Exekution hinausgeführten Mitglieder der Thulegesellschaft gedrängt hatte, irrtümlich ein Opfer der kopflosen allgemeinen Erregung wurde — ähnliche Versehen sind den Gegnern zu Dutzenden passiert, sie wurden offiziell als „Unglücksfälle“ registriert —, das war Mord! Jeder rote Soldat, der dem Befehl zum Schießen, einem Befehl, der von der von ihm anerkannten und allein als rechtmäßig betrachteten Kommandogewalt kam, gehorchte, war ein Mörder, dessen Tat nach dem einstimmig geschöpften Urteil „auch nicht den Schein eines Rechtes“ hatte, und „nur Herrschsucht, Racheer und Mordlust beseelten die Täter“!

Hier ist eine Stelle aus der Urteilsbegründung, die zeigen mag, mit wieviel Recht sich das bürgerliche Gericht über die Leichtfertigkeit empört, mit der die Angeklagten angeblich das Leben ihrer Mitmenschen behandelten: „Unglaublich ist Widls Einwand, er habe geschossen, aber nicht getroffen. Ferner hat eben so überlegt gehandelt wie Pürzer. Pürzer hat zwar einen Schützen mit Gewehr und Munition nur unterstützt, während er selbst untätig dabei stand, als der Schütze schoß, er hat aber die Tat als seine eigene gewollt, wie ebenfalls sein nachträgliches Rühmen beweist. Aus diesem Grunde geht seine Mitwirkung über den Rahmen der bloßen Beihilfe hinaus und wird zur Mittäterschaft.“ So fiel auch Pürzer unter den Schüssen der Gerechtigkeit mit den übrigen, wie dem braven, grauenhaft verlästerten Kommandanten des Gymnasiums, dem Genossen Fritz Seidel, der bei der Vollstreckung noch sein „Hoch die Räterepublik!“ in

die auf ihn gezielten Gewehrläufe rief. Sie alle sollen noch zu ihrer Rechtfertigung kommen!

Wichtiger noch als die Rehabilitierung der toten Genossen ist die Befreiung ihrer Gefährten, die wegen „Beihilfe zum Mord“ in jenen Prozessen zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, von denen sie die Hälfte im Inferno von Straubing jetzt hinter sich haben. Ihre Namen sind: Gsell, Kick, Lermer, Hesselmann, Hannes, Huber, Riethmeyer, Debus und Greiner (der gleichfalls zu 15 Jahren verurteilte russische Genosse Strelenko wurde schon vor Jahren in seine Heimat ausgetauscht). Was bei diesen entsetzlichen Urteilen alles als Mordbeihilfe bezeichnet wurde, steht in der Kriminalgeschichte aller Zeiten ohne Beispiel da. Der Genosse Gsell hatte als Schreiber die Namen der zu erschießenden Gefangenen auf Diktat aufnotiert: Beihilfe zum Mord! Kick hatte als Ordonanz den Erschießungsbefehl vom Kriegsministerium überbracht: Beihilfe zum Mord! Huber hat durch seine Anwesenheit bei der Erschießung eine moralische Mitschuld auf sich geladen: Beihilfe zum Mord! In der Urteilsbegründung für die Genossen Greiner und Debus heißt es einfach: „Die Angeklagten haben den Mord insofern gefördert, als sie eventuell bereit waren, selbst zu schießen“; auch das war Beihilfe zum Mord. Mildernde Umstände gab es für keinen, auch für die nicht, die das Gericht selbst als geistig defekt erklärte. Mann für Mann, aber nur solche, denen der Nachweis, daß sie nicht mitschossen hatten, selbst vor diesem Gericht gelungen war, erhielt 15 Jahre Zuchthaus nebst entsprechendem Ehrverlust, das gesetzliche Strafmaximum.

Über die Formen der Verhandlung, über die Behandlung der Verteidiger, über die Verhinderung jedes Entlastungsbeweises, über die vom Vorsitzenden Oberlandesgerichtsrat Aull und besonders vom Staatsanwalt Hoffmann, beliebige Verhöhnung der dem Tode geweihten Angeklagten muß an anderer Stelle ausführlicher geredet werden. Ich appelliere schon jetzt an den Genossen Theodor Liebknecht mit der Bitte, mich eventl. in öffentlicher Versammlungs-Agitation mit seinen Erlebnissen als Verteidiger im „Geiselmord“-Prozeß zu unterstützen. Hier mag nur noch ein für die bayerische Rechtsethik besonders charakteristisches Moment Erwähnung finden. Der Staatsanwalt Hoffmann, der die Greuel-Regie in diesen Prozessen geleitet hatte, die er selbst in die Worte gekleidet hat: Auge um Auge, Zahn um Zahn, Blut um Blut! — dieser Hoffmann wurde, nachdem er glücklich 8 armen Klassenkollegen den Weg vom Leben zum Tode gebahnt hatte, unser Festungsvorstand in Niederschönenfeld. Auch seine Taten in dieser Eigenschaft sollen nicht verloren gehn — dafür verbürge ich mich. Hier genügt es ja, den Namen August Hagemeister zu nennen, um sich dessen des Staatsanwaltes Hoffmanns zu erinnern. Soviel ich weiß, ist der Herr auch jetzt noch als Strafvollstrecker tätig; ob er dabei wieder mit revolutionären Proletariern zu tun hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber ob die Genossen in Straubing, die das Münchener „Volksgerecht“, der Logik dieses Beamten folgend, der Beihilfe zum „Geiselmord“ schuldig fand, viel besser daran sind, als wenn sie den Hoffmann in Person als Zuchthausdirektor hätten, bezweifle ich nach allen Berichten die ich aus diesem elendesten aller deutschen Kerker erhalte.

Am 31. Januar 1927, genau 7³/₄ Jahre nach der Tragödie im Luitpold-Gymnasium, hielt im Kreisverband München der Bayerischen Volkspartei der Domprobst Dr. Wohlmut einen Vortrag über die „Probleme bayerischer Politik“. Da hörte man dicke Töne von der Ungerechtigkeit der bösen Welt gegen die Gerechten im Bayernlande. Besonders das Urteil der französi-

schen Richter in der Pfalz hat es dem christlichen Manne angetan. „Wir können nicht schweigen wie stumme Hunde“ rief er aus. „Wenn die Welt nicht in Heuchelei versunken ist, dann muß endlich auch die Welt ihr Urteil über uns korrigieren.“ Es wäre „der Welt“ wahrscheinlich erleichtert, ihr Urteil über die bayerischen Regierungschristen zu korrigieren, wenn sich die politischen Dompröbste in Bayern erst einmal herbeiließen, die Urteile ihrer Richterfreunde über revolutionäre Proletarier zu korrigieren. Wir werden Sie, hochwürdiger Herr Dr. Wohlmuth, noch oft an die Opfer der Konterrevolution in Bayern erinnern; Sie werden die Namen Linners und der sogenannten „Geiselmörder“ noch oft in die Ohren geschrien bekommen. Sie haben die Macht, ihre Amnestierung durchzusetzen. Bis Sie von dieser Macht Gebrauch machen, verfolgen Sie sorgfältig die Statistik über die Austritte aus der katholischen Kirche in Bayern!

Hilfe, Bürgerblock!

Schreckliches ist geschehen. Die Reaktion hat Einzug gehalten in die deutsche Regierung. Schauerhafte Dinge werden über unsere liebe arme Republik hereinbrechen, denn der Volksparteiler Krohne hat das Verkehrsministerium an den deutschnationalen Gewerkschafts-Protestanten Koch, der klerikale Volksernährer Haslindl sein Amt an den Hindenburg-Schiele, der Justizminister Bell seine ewigen Grundsätze an den wilhelminischen Hergt, und unser Kütz das derzeitige republikanische Innenressort gar an den Kapphengst Keudell abtreten müssen. Was fangen wir an?! Wie verwinden wir's?! Bürgerblock! weint das Berliner Tageblatt. Bürgerblock! schluchzt der Vorwärts, Bürgerblock! rast die rote Fahne. Und es war doch alles so schön demokratisch gewesen bei uns. Und so republikanisch und schwarzrotgoldig! Aber seid getrost, meine betrüben Mitbürger! Unser Reichsbanner-Reichskanzler Marx ist uns doch erhalten geblieben, und für den Republikaner Reinhold setzt sich der Republikaner Köhler auf den Steuersack, und der Rationalisierungsminister Brauns wird auch fürderhin die Arbeitslosigkeit betreuen und Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen am laufenden Band verbindlich erklären. Und auch Herr Geßler bleibt ja in seiner Tätigkeit als — wie sagte doch sein ehemaliger Ministerkollege Emminger? — als Seekts, jetzt also Heyes, Sitzredakteur: Na, und ist Stresemann ein Dreck? Er wandelt im Lichte des Locarnogeistes, getragen vom Vertrauen Breitscheids und Scholzens, der Industrie und der Börse, sowie der deutschen Christenheit und Judenheit unter beiderlei Trikoloren. Er macht unsere Außenpolitik, unabsetzbar und unabänderlich wie die monarchistischen Richter der deutschen Republik ihre Justiz machen. Bürgerblock! Als ob wir jemals etwas anderes gehabt hätten! „Generaloffensive des Kapitals!“ stand in einer linksrevolutionären Zeitung zu lesen angesichts der Verbrüderung der Deutschnationalen mit dem Zentrum. Quatsch. Diese Generaloffensive ist längst da und hat mit der Zusammensetzung der Regierungskoalition verdammt wenig zu schaffen.

Im Gegenteil, wenn das Kapital jetzt eine Verschärfung der reaktionären Gesamtpolitik vorhätte — es ist übrigens schwer, sich eine Steigerung nach dieser Richtung vorzustellen —, dann hätte es unbedingt die Sozialdemokraten in die Regierung geholt, die bisher noch immer den Windfang bei jedem direkten Sturm aufs Proletariat abgeben mußten. Man erinnere sich doch,

daß diese Republik noch nie eine mit Sozialdemokraten besteckte Regierung gehabt hat, die ohne Belagerungszustand ausgekommen wäre. Dieser Winter ist wider alle Erwartungen vorübergegangen, ohne daß der Artikel 48 aus dem Fach geholt worden wäre. Andernfalls wären die Büchenträume der Stampfer, Müller und Severing jetzt gereift, und das Zentrum hätte noch eine Weile länger republikanisch und demokratisch gespielt. Inzwischen hat es mit einer Serie fromm-katholischer Justizminister — Emminger, Franken, Marx, Bell — jede freiheitliche Regung im Proletariat in den Zuchthäusern verschwinden lassen, hat die Demokraten mit ihrem Kütz die 1948 in Deutschland beseitigte Zensur wieder einführen lassen, hat sich der Rettung des § 218 und der Verhinderung einer durchgreifenden Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten versichert und kann nun das kirchliche Schulgesetz und den Abschluß des Reichskonkordats mit den protestantischen Seeleavettern in unmittelbarer Aktionsgemeinschaft durchführen, ohne die Weimarer Attrappe länger nötig zu haben. Alles in allem: der „Bürgerblock“ ist nicht schlimmer und nicht besser als die „Große Koalition“ oder die „Volksgemeinschaft“ oder die „Weimarer Regierung“. Der Hergt wird nicht anders handeln wie der Marx und der Bell, und der Keudell ist um nichts gefährlicher als der Kütz. Sein Verhalten im Kapp-Putsch war tausendmal anständiger als das der Noske und Ebert, die das Proletariat erst zum Generalstreik aufreizten und es dann mit Hilfe der Keudells niederkartätschen ließen. Das einzig betrübende am Bürgerblock ist, daß die Sozialdemokraten für längere Zeit in die Opposition gedrängt scheinen. Es ist aber immer vorteilhafter, man sieht diese Gesellschaft an verantwortlicher Stelle wirken, wo sie zeigen muß, was sie wirklich ist, als daß sie mit dem Proletariat Arm in Arm marschiert und ihm dabei auf Schritt und Tritt ein Bein stellt. Bürgerblock — das ist keine Parteikonstellation und keine Regierungsspezialität. Bürgerblock ist der natürliche Zustand des Kapitalismus, der korrekte Ausdruck des Klassenkampfes der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Ehe nicht die soziale Revolution siegreich ist und den Kapitalismus mit samt seiner Verwaltungsmaschinerie, dem Staat, beseitigt hat, wird jede Regierung immer nur den Bürgerblock vorführen, mögen seine Marionetten Hindenburg oder Ebert, Noske oder Geßler, Marx, Stresemann Kütz oder Keudell heißen.

Sklavenerfreierung.

Die Liga gegen koloniale Unterdrückung hat ihren ersten internationalen Kongreß nach Brüssel zusammenberufen. Vertreter der Opfer des europäischen Imperialismus aller Rassen haben sich versammelt, zunächst nur, um einander zu sagen, daß Leid verbrüdernd und daß gemeinsame Not gemeinsame Tat fordert. Es sind die Proletarier unter den Nationen, die sich endlich vereinigen wollen gegen die Ausbeuter unter den Nationen. Die Ausbeuter unter den Nationen aber sind diejenigen, in denen die Klassenscheidung der Gesellschaft geklärt ist, in denen die Unterdrückung der Arbeiter des eigenen Landes durch eine privilegierte Minderheit vollendet ist, in denen diese Minderheit berechtigt ist, sich selbst, sich allein als die Nation zu bezeichnen und als solche mit Hilfe der unterworfenen Arbeitskräfte des eigenen Landes die noch nicht oder noch nicht vollständig in Klassen geschiedenen Nationen anderer Erdteile zu Kolonien zu machen und

zu versklaven. Der Kampf um die koloniale Sklavenbefreiung kann nur international geführt werden, und er kann nur geführt werden in engstem Zusammenwirken der unterdrückten Völker Asiens und Afrikas und der Proletariate Europas. Der Befreiungskampf der Kolonialvölker, dieser wichtig Teilkampf der Weltrevolution, hat begonnen. Die Kolonialkriege der letzten Jahre, die Befreiungsversuche der Marokkaner, der Syrier, der arabischen Stämme bilden nur den Auftakt der allgemeinen internationalen Sklavenbefreiung, die bevorsteht. Dieser größte revolutionäre Kampf der Weltgeschichte wird gleichzeitig die hochkultivierten Inder und Perser und die primitiven Stämme der äthiopischen und malaiischen Völker unter die Waffen rufen, und die Weltbefreiung wird ihr Werk sein in gemeinsamer Tat mit den Arbeitssklaven Europas und Amerikas. — Augenblicklich ist China der kämpfende Vorposten der Weltrevolution. Ich las in links-kommunistischen Blättern die sonderbare Ansicht, die Kämpfe der Kuo Min Tang gingen die Proletarier Europas nicht sonderlich viel an, das sei eine bürgerliche Bewegung, die es nur darauf absehe, den Kuli der Ausbeutung durch den einheimischen chinesischen Kapitalismus zu unterwerfen. Sehr möglich, daß der endgültige Sieg über die Briten den Bürgerkrieg in China zwischen Ausbeutern und Proletarier des eigenen Landes nötig machen wird. Es ist zwar falsch, die Kuo Min Tang einfach als „bürgerliche“ Organisation zu bezeichnen. Es ist eine Partei, die man am ehesten nationalsozialistisch nennen kann, sogar mit betont rassistisch-völkischer Tendenz (nicht „russisch-völkisch“, wie ein Druckfehler im vorigen Heft angab). Aber bei Völkern, die von den westlichen Kapitalisten mit der moralischen Begründung versklavt werden, sie seien rassenmäßig minderwertig, ist das nationalistische und völkische Motiv die selbstverständliche Schwungkraft im Befreiungskampfe. Diese Völker werden vorerst von den Imperialisten als auszubeutende nationale Einheit betrachtet und behandelt, und die Abwehr der weißen Sklavenhändler geschieht dort in gesammelter Front der Kulis und ihrer künftigen Unterdrücker. Die Russen haben recht, die Revolution in China durch die Förderung der energischsten Vorkämpfer der nationalen Befreiung zu unterstützen, wie denn die russische Politik in Asien allgemein mehr Freude weckt als ihre von keinerlei psychologischer Weitsicht bediente Einwirkung auf das Verhalten der Arbeiterschaft Europas. Wie sich Rußlands Chinapolitik weiterhin gestalten wird, wie vor allem die Chinesen, wenn sie mit den Engländern fertig geworden sind, sich den Russen gegenüber verhalten werden, können wir getrost abwarten. Vorerst sind wir Zeugen des weltgeschichtlich ungeheuer bedeutungsvollen Vorgangs, daß das in fernen Erdteilen noch nie besiegte britische Imperium die mit großem patriotischen Trara nach China entsandten Kriegsschiffe und Heerhaufen nicht mehr gegen die im nationalen Befreiungskampf siegreichen Kantonesen einzusetzen wagt. In China vollzieht sich die Einleitung der allgemeinen Sklavenbefreiung vom westlichen Imperialismus. Hankau war das Valmy der kolonialen Weltrevolution.

Bücher.

Wege der Liebe. Wege der Liebe? Alexandra Kollontay führt uns in den drei Erzählungen, die sie unter dem harmlosen Namen zusammenfaßt (Malk-Verlag 1925), die Wege ein wenig verworrener Erotik im Rußland der Gegenwart, um uns die gesellschaftlichen Anlagen zu zeigen, durch

die diese Wege gelegt sind. Es ist wohl so, daß sich die tiefe und bittere Sorge um die Rechte, die sich das herrliche russische Proletariat in langen, schweren, blutigen Revolutionskämpfen errungen hat, unter der Despotie einer Partei, die sich als Diktatur des Proletariats ausgibt, nicht mehr anders als maskiert ans Licht wagen darf. In der ersten der Geschichten, „Die Liebe der drei Generationen“, wird freilich nur das sexuelle Problem abgewandelt und aufgezeigt, wie sich die sittliche Auffassung der Frauen in den Dingen der Geschlechtsliebe und der sogenannten „Treue“ in den Beziehungen von Mann und Frau unter den Einflüssen der Revolution von der Großmutter bis zur Enkelin geändert hat. Eine ganz interessante, nicht eben überraschende und in der künstlerischen Gestaltung wenig belangvolle Gegenüberstellung. Die kurze zweite Geschichte „Schwestern“ ist schon Gesellschaftskritik. Immerhin, kann man glauben, noch ein Einzelschicksal, der Schiffbruch einer liebenden Frau im Organ einer elementarisch bewegten Zeit. Und doch schon hier die Parallele zwischen dem scheiternden Weibe, der Frau des kommunistischen Wirtschaftsbeamten, und dem schon gescheiterten, der Prostituierten mit dem Abiturientenzeugnis, die sich als Schwestern finden. In dieser Geschichte ist schon in wenigen knappen Worten enthalten, wovon das Buch der Kollontay handelt: „Dann mußte er verreisen . . . er wurde abkommandiert. Drei Monate war er mit den Nepmännern unterwegs. Als er zurückkam, gab es ihr einen Stich: Er war ‚fremd‘ . . . Er kleidete sich fein, parfümierte sich sogar und war kaum fünf Minuten zu Hause“ — nun ja, und bringt käufliche Mädchen von der Straße mit. Ein Einzelfall, herrührend von der Arbeitslosigkeit in Rußland. Wo noch das Lohnsystem wirkt, gibt es Erwerbslose, und wo es Erwerbslose gibt, gibt es auch Prostitution und all das Elend, von dem die kleine Geschichte „Schwestern“ spricht. Da muß weiter gearbeitet werden für den Sozialismus: „ . . . zur Tat“, sagt die Verfasserin selbst am Schluß der Erzählung, „zum Aublick, aber auch zum Kampf . . .“ Jedoch über 300 Seiten des 400 Seiten starken Buches füllt die Herzenstragödie „Wassilissa Malygina“ aus. „Wege der Liebe“? — diese Tragödie gehört in ein Buch: Wege der Nep! Nicht die Liebe der treuen Wasja zum Bettgenossen wird hier geknickt, — das erträgt ihr Herz; aber wie ihre heißeste Liebe, die zu den Arbeitern, zu Sowjet-Rußland, zur kommunistischen Idee, zur Revolution malträtiert wird, — das ist der Inhalt der Erzählung „Wassilissa Malygina“. Die Korruption eines guten Revolutionärs durch die Nep, die Verbürgerung des wirtschaftlichen Lebens im revolutionären Rußland durch die privatkapitalistischen Konzessionen, die Zurückdrängung und Entrechtung der Arbeiter durch die zur Oberklasse gewordenen Funktionäre ihrer Partei und des Staates, die Entfremdung der Bürokratie von den Angelegenheiten des Proletariats, der verzweifelte Kampf der Revolution um die Früchte ihres Sieges und das langsame, unaufhaltsame Abfallen dieser Früchte in die Profitkörbe der neuen Bourgeoisie — das ist es, was die Genossin Kollontay am Rande der Wege einer ziemlich trivialen Liebe sehen läßt. Wie sich die „Nepmannsche“ pudert und schminkt, wie der zum „Direktor“ avancierte Kommunist die ihm unterstellten Arbeiter aus seiner zur Repräsentation elegant hergerichteten Wohnung jagt — „sie sind Beamte geworden mit Gouverneurallüren“ hat er früher selbst von denen gesagt, die vor ihm Karriere machten —, wie die revolutionären Arbeiterinnen sich ihrer proletarischen Schöpfungen wehren müssen, da ihnen die Nepleute die Häuschen nehmen wollen, die ihre solidarische Einrichtungen hüten, — das sind die dumpfen, düstern Hintergründe jener „Wege

der Liebe“, zu denen Alexandra Kollontay geflüchtet ist, um der Angst ihres Herzens um Revolution und Kommunismus und um das russische Proletariat Luft zu machen.

Bekommen lege ich das Buch zur Seite und greife zu den ausgewählten Schriften der wundervollen Larissa Reissner, die der Neue Deutsche Verlag eben unter dem Namen „Oktober“ erscheinen läßt. Hier zuckt alles von revolutionärer Glut. Hier erwacht wieder das Rußland von 1917 und 18, mit dem wir lebten, für das wir zitterten. Hier ist Inbrunst und Leidenschaft, und ein erfülltes und hoffendes Herz mischt sich mit einem hellen und kritischen Verstand zu einer Einheit menschlicher Größe und dichterischer Tiefe. Larissa Reissner starb der russischen, starb der deutschen Revolution, und ihr Tod ließ eine Stimme verstummen, deren Klang uns dereinst, wenn die Stunde dennoch da ist, bitter fehlen wird. Auch ihr Buch könnte den Namen führen „Wege der Liebe“; denn jeder Schritt, der sie trug, war von Liebe geleitet, von der großen, heiligen Liebe zum Proletariat und zur Revolution. Viel Blut und Elend sah die Genossin Larissa in dem Leben, das sie schildert — denn ihr Leben war Kampf und Tat für die Befreiung der Welt. Aber es ist ein Werk voll Licht und Schönheit, das sie uns vermach hat, ein Werk voll heißer Liebe für die Arbeiter aller Länder, aber doch am meisten für die Proletarier ihrer russischen Heimat. Lest dieses Buch, Genossen, damit euch über dem Werk der Genossin Kollontay nicht die Mutlosigkeit überkomme. Aber lest auch im „Oktober“ nicht achtlos hinweg über die Schatten der Sorge und des Zweifels, die manche Seltsamkeiten der bolschewistischen Politik sogar auf die Wege der freudeleuchtenden Liebe der Genossin Larissa Reissner streuen.

An die Abonnenten!

Mit diesem Heft schließt das 1. Semester, bezw. das 2. Quartal, des I. Jahrg. Wer sich und dem Verlage unnötige Kosten ersparen möchte, zahle sofort den Betrag für das 2. Halbjahr oder das 3. Quartal auf das Postscheckkonto

Erich Mühsam, Berlin Nr. 82419,

ein. Von Abonnenten, die bis zum Erscheinen der Nr. 7 ihren fälligen Betrag nicht einsandten, wird er durch Nachnahme erhoben werden. Dadurch erhöht sich die Summe um 25 Pfg. für Nachnahmespesen.

Wer diese Kosten vermeiden will, überweist seinen Abonnementsbetrag schnellstens.

Verlag des „FANAL“

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bln.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

Donnerstag, **3.** März: Genossin MILLY ROCKER über: „Das Recht der Frau“.

Donnerstag, **10.** März: Vorlesung aus WILLIAM MORRIS Buch: „Zeichen der Zeit“.

Donnerstag, **17.** März: Genossin THERESE SOUCHY über „Louise Michel“.

Donnerstag, **24.** März: Mitglieder-Versammlung.

Donnerstag, **31.** März: Vorlesung.

=====
Gäste stets willkommen.
=====

Zuschriften an G u s t a v L ü b e c k , Neukölln, Ziethenstr. 10 IV

Einladung an alle Sympathisierenden

Am 5. und 6. März 1927 findet in Dresden eine Reichskonferenz der

Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation)

statt, wozu alle Sympathisierenden und Freunde der Bewegung eingeladen sind.

Provisorische Tagesordnung:

1. Organisatorisches;
2. Union und Marxismus;
3. Was trennt die Union vom neuen Spartakusbund?
4. Die wirtschaftlich-politische Lage;
5. Die revolutionäre Taktik der Arbeiterklasse;
6. Erwerbslosenproblem;
7. Verschiedenes.

Quartiermeldungen sind rechtzeitig an Werner Hollmann,
Dresden-A., Dürerstr. 110, zu richten.

Bund der Atheisten

Geschäftsstelle:
Berlin S. O. 16
Franzstr. 7
Rudolf Aulmann

Wer den in Rußland inhaftierten Anarcho-Syndikalistinnen und Anarchisten seine Solidarität bekunden will, sende Beiträge an den Unterstützungsfonds der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Es ist der Vermerk „Russisch. Unterstützungsfonds“ nicht zu vergessen.

Adresse:

Sekretariat der
L. A. A., Berlin O. 34
Warschauer Straße 62

Wenn Sie sich zu den Freunden des
„**FANAL**“ zählen wollen, dann werben
Sie dem Blatte mindestens

einen neuen Leser!

Es genügt nicht, daß Sie persönlich
Gefallen an der Zeitschrift haben, Ihr
wirkliches Interesse bekunden Sie erst
durch aktive Werbearbeit in Ihrem Be-
kanntenkreise.

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Die Anarchisten — Prätorianer im Talar — Der weiße
Terror — Krieg in Sicht — Wo ist der Ziegelbrenner? —
Zur Beachtung!



Jahrgang 1

BERLIN

April 1927

PREIS 30 PFG.

Nr. 7

PREIS 30 PFG.



Liebe

Roman von Helene Stöcker

6.—11. Auflage

Ganzleinen RM. 6.50

In englischer Uebersetzung im Verlag
Thomas Selzer, New York

Ueberwältigend groß ist der Wert und Wahrheitsgehalt dieses wundervollen Buches. Prof. Dr. Paul Kammerer, Wien

Das ist wohl das bedeutendste Buch, das je eine Frau über die Liebe geschrieben hat. Eine Offenbarung . . .
Freiheit, Königsberg.

Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker

Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist. Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform.
Bertram Lloyd.

Erotik und Altruismus

Von Helene Stöcker — Preis 1 RM.

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da.

Die schaffende Frau.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION

Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

F A N A L

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 7

April 1927

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, (Ausl. 2,05) jährlich RM. 3,50, (Ausl. 4,10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bin.-Charlottenburg, Am Lützow 10

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Die Anarchisten.

Es muß mit der Offenheit gesprochen werden, deren ein ernster Gegenstand bedarf, wenn er Grund zu Besorgnissen bietet. Empfindlichkeiten können dabei nicht geschont werden, das gefühlvolle Betroffen der eigenen Vortrefflichkeit mag denen überlassen bleiben, die eine vor Jahrzehnten gewonne Erkenntnis einmal und endgiltig in ein nummeriertes Thesenprogramm eingesperrt haben und als Polizisten einer ausgetrockneten Tugend zähnefletschend davor Wachtposten stehen. Meine eigene Leidenschaft für die Idee der Anarchie verpflichtet mich, leidenschaftslos zu prüfen, warum es den deutschen Anarchisten nicht gelingt, die lebendigsten, klarsten, vor Verflachung und Korruption durch gedankliche Reinheit am sichersten geschützten gesellschaftsrevolutionären Idee im Proletariat Verständnis und Ausbreitung zu sichern.

Der Spott der Parteikommunisten über das Fehlen eines einheitlichen Wollens der anarchistischen Gruppen und über die Zersplitterung der Bewegung in zahllose winzige Sondervereinigungen hat gar keine Berechtigung. Meinungsverschiedenheiten innerhalb einer auf das gleiche Ziel gerichteten Bewegung schützen vor Stagnation und Verknöcherung, und die Frage, ob Differenzen in der Beurteilung organisatorischer oder taktischer Angelegenheiten der einheitlichen Korporation zuliebe zu überbrücken oder ob organisatorische Trennungen vorzuziehen seien, ist technischer Natur. Wenn anarchistische Verbindungen sich meistens zur Spaltung entschließen werden, so entspricht das einfach der ihnen allen gemeinsamen Überzeugung, daß freiheitliche Bestrebungen nicht dadurch gefördert werden

können, daß ihren Bekennern unerwünschte Bindungen auferlegt werden. Übrigens ist es nicht allzu schlimm mit dem Gruppchen-Separatismus der Anarchisten, und ich bezweifle, ob es so viel anarchistische Einzelvereinigungen gibt wie offene oder versteckte Fraktionen in der kommunistischen Partei mit ihren rechten, linken, zentristischen, opportunistischen, menschowistischen, trotzkistischen, sinowjewistischen, luxemburgistischen, KAPdistischen, ultralinken, reformistischen, korschosophischen, meyerologischen, scholemanischen und urbahnausischen „Abweichungen“ von der einzig wahren „Linie“ dessen, was auf der allein echten „Plattform“ des seit kurzem und bis nächstens unumstößlich katechisierten bolschewistischen Leninismus als richtig zu gelten hat. Die Dezentralisation der anarchistischen Bewegung ist ihrem Wesen nach grade geeignet, Richtungskämpfe so übler Art, wie sie die K. P. D. innerlich zerfressen, zu vermeiden und unter Achtung der Besonderheit der andern Gruppen kameradschaftliche Begegnungen an den vielen Stellen herbeizuführen, an denen die sonst neben einander laufenden Wege zu einer breiteren Straße zusammentreffen. Vorzuwerfen ist den deutschen Anarchisten im Gegenteil, daß sie die Vorteile der Dezentralisation vielfach nicht erkennen, organisatorische Trennungen nach dem Muster der Partei-Marxisten zum Anlaß erbitterter Feindschaft machen und mit autoritäreren Klüngelansprüchen dem eigenen Teil die zentralistische Führerrolle anzumaßen versuchen.

Mit den individualistischen Anarchisten erübrigt sich die Auseinandersetzung. Da sie glauben, die Freimachung der eigenen Persönlichkeit von Zwang, Gesetz und Staat sei unabhängig von geschlossenen Massenbewegungen nicht nur möglich, sondern Voraussetzung der gesellschaftlichen Befreiung, so kann die Vorbereitung der proletarischen Revolution, die in diesem Zusammenhange allein zur Erörterung steht, nicht mit ihnen betrieben werden. Sie leugnen die klassenmäßige Bedingtheit unsrer Staatsverknächtung, betrachten den personalen Egoismus des in sich freien Menschen unter jeder Gesellschaftsform als sozialen Wert und befürchten von der Ausschaltung des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes durch den Kommunismus die Vergewaltigung auch jeglicher geistigen und individuellen Betätigungsfreiheit. Sie werden nach der revolutionären Niederzwingung der kapitalistischen Wirtschaft wertvolle Helfer sein, um dem Begriff der Freiheit Fundament und Halt in den Köpfen der zu kollektivistischem Denken erzogenen Menschen zu geben, bis dahin ist ihr Freiheitsbestreben, das sich, wie ich glaube, nicht ganz mit Recht auf den in Wirklichkeit durchaus massenverbundenen

Stirner beruft, eine bürgerlich-philosophische Angelegenheit und keine proletarisch-revolutionäre. Auch die sehr ernst zu nehmende und für die revolutionäre Übergangsperiode außerordentlich bedeutungsvolle Lehre Silvio Gesells scheidet hier aus, weil sie nicht ohne weiteres als anarchistisch anzusprechen ist, trotz der Abstammung von Proudhon, und weil in dieser Betrachtung nicht von wissenschaftlichen Theorien sondern vom praktischen Verhalten bestimmter revolutionärer Genossen die Rede sein soll. Die Beschäftigung mit der FFF-Bewegung der Physiokraten bleibt vorbehalten.

Die Geschichte der deutschen kommunistisch-anarchistischen Bewegung ist noch nicht geschrieben. Ihr Grundriß ist aufgezeichnet in Rudolf Rockers prachtvoller Most-Biographie (Verlag der Syndikalisten). Der Mann, der alle Eigenschaften hat, umfassendste Sachkenntnis, Urteilskraft, philologische Zuverlässigkeit und revolutionäre Begeisterung für die anarchistische Sache, ist also da und wird uns hoffentlich nicht allzu lange auf das anarchistische Parallel-Werk zu Franz Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie warten lassen. Schon Rockers Most-Buch läßt deutlich erkennen, wie die Bewegung, der Persönlichkeiten wie Most, Neve, Reinsdorf ihren heißen Atem gaben, in der der geniale Geist Gustav Landauers wirkte und aus der heraus die revolutionäre Weltliteratur reich vermehrt worden ist, entstand und wuchs und wie sie es doch nicht vermochte, sich gegen die brutalen Verfolgungen der Reaktion und gegen die skrupellosen Intrigen der autoritären Sozialdemokraten, kurz gegen den Bismarxismus wirksam zu behaupten. Roker verschweigt nicht den Anteil, den das eigene Verschulden der anarchistischen Genossen an der Erfolglosigkeit ihres Kampfes trifft. Monomanische Verrantheit, persönliche Eifersüchteleien, enttäuschte Ungeduld, die in Mutlosigkeit und Verbitterung umschlug, viel Kleinfaches und Allzumenschliches untergrub Begeisterung, Energie und Werbekraft, und die Fortführung der Untersuchung über den Wirkungskreis und die Lebensdauer John Mosts hinaus wird an der betrübendsten Erscheinung der Folgezeit nicht vorbeigehen dürfen: der Verwechslung des Autonomiegedankens mit Abkapselung und Sektentum. Heraus aus der Sekte! Heran an die Massen! — immer wieder hat es uns Rudolf Lange zugerufen. Er war so geschick, am 31. Juli 1914 diese trübe Welt zu verlassen. So brauchte er nicht mit anzusehen, wie vom nächsten Tage ab die Mängel der revolutionären Vorarbeit ihre gute Saat verderben ließen.

Die Revolution fand sicherlich fast alle Anarchisten auf dem Posten. Unsere Genossen waren in Berlin dabei, bei der Vorwärts-

lieber schweigen.) Alle Vorurteile und überlebten Begriffsdeutungen sind wieder da, und wer Diktatur des Proletariats sagt, nachdem doch die Klärung dieses Postulats durch die — übrigens durchaus anarchistische — Räte-Idee geschaffen ist und die russischen Anarchisten sich ausdrücklich zur proletarischen Revolutions-Diktatur bekannt haben, ist Renegat und wird als Anarchist nicht anerkannt. Es ist das Unglück der Anarchisten, daß sie vor jeder marxistischen Initiative scheu und schimpfend zurückweichen. Marx stellte als erster die Forderung nach der Diktatur des Proletariats auf. Bakunin bekämpfte diese Forderung, weil er mit Recht annahm, daß Marx darunter die Parteiherrschaft seiner Gefolgschaft verstehe, daß eine solche Parteiherrschaft keine Diktatur der arbeitenden Klasse über die besiegte Ausbeuterschaft, sondern eine Klüngeldespotie mit dem Charakter einer Staatsregierung bedeutet, erweist sich ja in Rußland. Ich habe in der ersten Nummer dieser Zeitschrift die Diktatur des Proletariats definiert als „Diktatur der Klasse, solange die feindliche Klasse noch Atem hat: als Diktatur der Revolution gegen die Konterrevolution“. Daß Bakunin solche revolutionäre Diktatur keineswegs abgelehnt hat, läßt sich aus zahllosen Stellen seiner Schriften und erst recht aus seinen Handlungen nachweisen. Man sehe sich doch nur die Dekrete an, die er zur Proklamierung der Kommune in Lyon vorbereitet hatte. Wenn das keine Diktatur ist, weiß ich nicht, wo sie anfängt. Wollt ihr, verehrte diktaturfeindliche Genossen, keine Zwangsmaßnahmen ergreifen? Wollt ihr die reaktionäre Presse ungestört ihr Gift spritzen lassen? Wollt ihr die organisatorischen Maßnahmen des Proletariats von entgegen wirkenden Kräften sabotieren und vernichten lassen, bloß um euch in dem Wahn schaukeln zu können, Revolution sei Freiheit, man brauche bloß zu verkünden: das Volk ist frei! und schon bedürfe es keines Zwanges mehr in aller Welt? Ihr meint das ja selber garnicht, ihr ängstigt euch nur vor dem Wort Diktatur und so schreit ihr gegen die Sache! Von Theorien und Wortängsten unbeeinflusste Proletarier aber denken an die Sache und nennen sie bei dem ihnen geläufigen Namen. Da die Marxisten den Namen aussprechen, sich zu ihm bekennen, gewinnt er langsam die Bedeutung, die sie ihm beilegen. Ihr, Anarchisten, macht erst aus der Diktatur des Proletariats die Diktatur der Partei, die sie propagiert. Ihr, Anarchisten, habt alle die Zeichen, die dem Proletariat stets gemeinsam waren, sobald die Bolshewisten sie für sich reklamierten, ihnen überlassen und damit anerkannt, daß sie Parteimonopol seien, Das alte Arbeiter-Symbol des mit der Sichel gekreuzten Hammers — die Parteikommunisten

Besetzung, bei den Kämpfen um den Marstall und bei Büxenstein, sie taten im Ruhrgebiet, in Sachsen, in Bayern und überall ihre Pflicht. Was war diese instinktiv erkannte und enthusiastisch befolgte Pflicht? Mit der Waffe in der Hand da zu stehen, wo die Massen standen, mit dem zu Abwehr und Angriff zu spontaner Gemeinsamkeit verbundenen revolutionierten Proletariat zu kämpfen und zu bluten. Wie hießen damals die gemeinsamen Forderungen der ganzen kämpfenden Arbeiterschaft ohne Unterschied des Programms und der letzten Ziele? Besinnt euch, anarchistische Genossen! Sie hießen: Niederzwingung der Konterrevolution, Durchführung der Revolution zu ihren sozialistischen Zielen, Verhinderung der Abriegelung des Kampfes durch Parlamentarismus und Demokratie, Abrechnung mit Sozialdemokraten und Gewerkschaften, Vergesellschaftung der Produktion, Expropriation des privilegierten Besitzes, Übernahme der öffentlichen Verwaltung in die Hände der Arbeiter- und Bauernräte, Kampfgemeinschaft mit dem revolutionären Rußland, alle Macht den Räten, Ersetzung des Klassenkampfes durch die Diktatur des Proletariats. Jawohl! Diktatur des Proletariats! — das war Ende 1918 und Anfang 1919 selbstverständliche Forderung aller Revolutionäre, und wenn in Klosterneuburg oder sonstwo irgend ein Anarchistischer händeringend Scharteken wälzte, um zu beweisen, daß jede Diktatur von allen anarchistischen Lehrern immer verworfen worden sei, und daß Herrschaftslosigkeit Gewaltlosigkeit bedeute und deshalb die Teilnahme von Anarchisten an einer Revolution des ganzen klassenerwachten Proletariats verboten sei, so ließ man das Köterchen den Mond anklaffen und ölte seinen Gewehrhahn.

Die deutsche Revolution ersoff in Proletarierblut. Die als Klasse vereinten Revolutionäre, denen Karl Liebknecht nie als Parteimann galt, sondern als liebeumbrandeter Fels im Kampf, haben sich allmählich alle wieder aus der unmittelbaren Verbindung mit den Klassen-genossen gelöst und hinter den Thröndchen ihrer besoldeten Bonzen, hinter Parteiprogrammen, Prinzipienklärungen, Organisationsstatuten, hinter den Weisheitssprüchen ihrer unterschiedlichen Kirchenväter und den mit Vereinsfähchen gezierten Thora-schränken des wahren Glaubens geborgen, von wo aus sie sich gegenseitig Dreck anschmeißen. Die Anarchisten zumal haben aus dem Erlebnis einer revolutionären Erhebung, die sie in die Reihen der Massen endlich hineinriß, nichts besseres zu lernen gewußt, als daß man Genossen, die endgiltig aus der Sekte ausbrechen möchten, des Verrats zeihet. (Ich will hier von meinen eigenen Erfahrungen

haben es zum Merkmal ihres Bekenntnisses gewählt, und wenn ein Anarchist es ansteckt, so hört er von den eigenen Kameraden, dies Zeichen gehöre der Partei. Durch die Annahme der schwarzen Fahne anstelle der roten, die bisher das verbindende Banner der ganzen proletarischen Klasse war, bringen grade die Anarchisten es dahin, daß das rote Tuch der Bourgeoisie als die kommunistische Parteifahne gilt.

Wo aber ihr eigenes Abzeichen von guten Menschen akzeptiert wird, die mit revolutionären Tendenzen schon gar nichts zu tun haben, da finden unsre braven Anarchisten nichts dabei. Es bringt sie nicht einmal auf den Gedanken, ob denn dieses Abzeichen überhaupt etwas mit Anarchismus und Staatsverneinung zu schaffen hat. Früher, als wir in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht hatten, war der wichtigste Kampf gegen den Staat der antimilitaristische. Das Zeichen des zerbrochenen Gewehrs hieß damals: Zerschlagt dem Staat seine Waffen, weigert euch, sie für den Staat zu tragen! — Inzwischen ist der alte deutsche Militärstaat kaputt gegangen, und die antimilitaristische Propaganda, die früher Reservat der radikalsten Mannschaft des Proletariats war, ist Gemeingut aller bürgerlichen Pazifisten geworden. Man schreit: Nie wieder Krieg! und predigt salbungsvoll gegen das Blutvergießen. Daß diese schöne Zukunftsvision niemals Wirklichkeit werden kann, solange der Kapitalismus nicht im revolutionären Kampf beseitigt ist, will kein Bürger sehen, denn es ist nicht seine Art, einem Übel an die Wurzeln zu gehen. Er reformiert gern Methoden, aber ans System zu rühren ist ihm ein zu unruhiges Geschäft. Und die Anarchisten? Konservativ und verloren in holden Kindheitsräumen vergaßen sie ihre Gewehrnadeln abzunehmen, und als die Pazifisten sie ansteckten, da vergaßen sie sogar die ursprüngliche Bedeutung des Sinnbildes und übernahmen fröhlich die, die ihm die neuen Freunde beilegen. In der anarchistischen Bewegung konnten sentimental-pazifistische Gewaltverneiner Fuß fassen! Die deutschen Anarchisten, deren besten einer, August Reinsdorff, den Kopf aufs Schafott gelegt hat, wurden als gewaltlose Kohlrabiapostel zum Gespött der revolutionären Arbeiter. Gewiß, diese unglaubliche Verirrung scheint so ziemlich in allen anarchistischen Kreisen außerhalb Klosterneuburgs überwunden, aber es ist trübe genug, daß sie möglich war.

Es gibt noch genügend Lächerlichkeiten, die mit dem Namen der Anarchie Unfug treiben. Am schlimmsten sind jene anarchistischen Krautsiedler, die die unbeschreibliche Vermessenheit haben, sich bei ihrem friedfertigen Tun auf Gustav Landauer zu berufen.

Nein, wahrhaftig, Gustav Landauer hat die Kaninchenzuchterei in Schrebergärten nie im Leben für revolutionäres und sozialistisches Beginnen gehalten! Seine revolutionäre Siedlungs-idee beruhte auf dem Gedanken eines höchst kämpferischen Boykotts der kapitalistischen Produktion und Konsumtion und sollte erst verwirklicht werden, wenn der Boden „durch andre Mittel als Kauf“ in den Händen der Sozialisten sei.

Wie es gekommen ist, daß die anarchistische Bewegung in Deutschland zeitweise vollständig die Verbindung mit ihren Traditionen zur Zeit des Sozialistengesetzes verlieren konnte, könnte lohnender Gegenstand einer Spezialuntersuchung sein. Ein nicht unerheblicher Anteil an dieser Entwicklung ist jedenfalls auf den Einfluß zurückzuführen, den der Syndikalismus auf die anarchistischen Gruppen gewann. Als die lokalistischen Gewerkschaftsströmungen sich zu Anfang des Jahrhunderts nach französischem Vorbild auch in Deutschland zu einem umfassenden Netz syndikalistischer Arbeiterbörsen vereinigten, glaubte man, sich zugleich auf ein weltanschauliches Bekenntnis festlegen zu sollen. Das föderalistische Organisationsprinzip und die dadurch bedingte Anwesenheit anarchistischer Genossen in den Lokalverbänden mag die grundsätzliche Anerkennung des Anarchismus bei der Begründung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften veranlaßt haben. So kamen Arbeiter zum Anarchismus, denen die großartigen revolutionären Ideen der Anarchie gänzlich fremd waren und wohl auch für die Dauer hinter ihren dem Kampf ums tägliche Brot zugekehrten Koalitionsinteressen zurückstehen müssen. Der Gedanke, daß revolutionäre Kämpfe und Maßnahmen nur wirtschaftliche Mittel erlaubten, drang verheerend in die Vorstellungswelt der Anarchisten ein und überschlug sich in dem Wahnwitz, den gewaltsamen Kampf allgemein zu verwerfen. Erst in der letzten Zeit scheinen sich endlich die Anarchisten—und unter ihnen grade auch solche, die die wirtschaftliche Organisation des Syndikalismus entschieden bejahen—von dem lähmenden Einfluß des Nurgewerkschafertums in der Bewegung energisch befreien zu wollen. Der Geist Bakunins und Mosts beginnt wieder, sich zu regen. Opposition wird bemerkbar gegen die Verfälschungen der revolutionären Kampfidee des Anarchismus, gegen die Verbonzung und Zentralisierung der Bewegung durch Funktionärskörper und Aufsichtsinstanzen, gegen den zelotenhaften aktionslähmenden Buchstabenfanatismus der Gralshüter überholter Auffassungen, endlich auch gegen die Selbstgenügsamkeit der anarchistischen Pagoden, die im Wissen, daß ihnen allein alle Wahrheit und Heilslehre zuteil

ward, kopfwackelnd auf einem Broschürenhaufen sitzen und uns bemitleiden, die wir die immer von neuem verdaute, immer von neuem gefressene Weisheit dieser Schriften nicht allein für das rettende Elixir der Menschheit und der Freiheit halten.

Von der anarchistischen Jugend muß ein andres Mal gesprochen werden. Sie wird der Opposition Halt und Ziel geben müssen. Findet sie nicht aus der Gefolgschaft der Alten den Weg zur Spitze, den Mut zur Tat, zum Beispiel, zu Kritik und Entschluß, zur Umkehr und zu neuem Aufstieg, — dann sehe ich nicht, was die anarchistische Bewegung Deutschlands noch vor dem Versauern in nörgelnden Diskutierklubs retten kann. Was nötig ist, ist Abkehr von den Traditionen der letzten 20 Jahre, Rückkehr zu den Traditionen, die dem Anarchismus einmal den Ruhm verschafften, der Schrecken der bürgerlichen Wohlanständigkeit zu sein, Freimachung von der Isolierung, und—bei völliger Selbständigkeit in Idee und Entschluß—kameradschaftlicher Anschluß an die kampfwilligen Massen aller Richtungen des revolutionären Proletariats!

Prätorianer im Salar.

Der römische Kaiser Augustus schuf, um seine und seiner Nachfolger Macht gegen Angriffe von außen und innen, gegen Revolutionen, Meutereien und Verschwörungen unfehlbar zu sichern, die Garde der Prätorianer. Das war eine Truppe, die unter eigener Verwaltung, unabhängig von der Befehlsgewalt der Kriegsarmee, eigene Feldzeichen führte, die bei riesiger Besoldung in luxuriösen Kasernen gepäppelt und gehätschelt wurde und, natürlich, sich allmählich zu einer politischen Macht im römischen Reich aufschwang, die der Schrecken der Kaiser selber wurde.

Aber hatten im alten Rom die neuen Machthaber sich ihrer Prätorianergarde versichert, so wußten im neuen Deutschland die alten Gewalten diese Vorsorge zu treffen, sie stellten sich einfach auf den Boden der Tatsachen, verbündeten sich mit den ersten Nutznießern der Revolution, den Sozialdemokraten, die ihnen ja schon alle Steine aus dem Wege geräumt hatten, damit sie den Krieg unbehelligt verlieren konnten, und besetzten zunächst die beiden wichtigsten Positionen der jungen Firma mit ihren Prokuristen: die Wehrmacht und die Justiz.

Die Prätorianer im Waffenrock haben ihren Dienst fürs erste getan. Über 15000 Proletarier liegen unter dem Boden. Wo aber schon einmal ein militärischer Prätorianer seine Befugnisse, denen beim Leben des Nebenmenschen allgemein noch lange keine Grenze gesetzt war, überschritten hatte, da führte man ihn dem Richter vor,

dem von der Republik übernommenen unabsetzbaren und unverantwortlichen Richter des ancien regime, dem Prätorianer im Talar. Die Prätorianer der Reaktion und Restauration, die des Bürgerkriegs blutigen Teil besorgten, stehen in Reserve zu neuem Tun bereit; die Verfassung der deutschen Republik — nicht die, die sie sich gab, sondern die, in der sie sich befindet — ist die Fortsetzung des Bürgerkriegs mit den Mitteln der Justiz.

Während ich dies schreibe, stehen vor dem Moabiter Kriminalgericht wieder eine Anzahl Angehöriger jener Schwarzen Reichswehr, amtlich als Arbeitskommandos designiert, bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten von der republikanischen Reichsregierung als National-Kommunisten bezeichnet, von der Bevölkerung schlicht als Feme-mörder angesehen, um über den gewaltsamen Tod ihres Kameraden Wilms Rechenschaft abzulegen. Der schon mehrfach freigesprochene Oberleutnant Schulz, der in Landsberg vom Verhandlungsleiter ob seiner vaterländischen Verdienste belobigte und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Gemüts-Preisboxer Klapproth sind auch wieder dabei, und ihr Putsch-Chef Major Buchrucker darf als Zeuge neuerdings bestätigen, daß die segensreiche Tätigkeit der Herren, die harmlos zwischen sie geratene Widerspänstige umzulegen und von der Polizei beschlagnahmte illegale Waffen auf militärische Weisung zurück zu klauen hatten, in unlösbarem Zusammenhang mit seinem Staatsstreichunternehmen stand, bei ordnungsmäßiger Anwendung der Gesetze also vors Reichsgericht (IV. Strafsenat) gehören würde. Aber Hochverrat wird an Mitläufern bekanntlich nur bestraft, wenn er sich gegen die Monarchisten der Republik kehrt. Außerdem hat das Reichsgericht wichtigeres zu tun, als sich mit nationalistischen Mordorganisationen zu befassen. Es hat die Judikatur zu schaffen, die die Straffälligkeit bestimmter nichtmonarchistischer Gesinnungen postuliert. Denn die Verfolgung revolutionärer Literatur, die etwa sich mit der künstlerischen Darstellung historischer Revolutions-Episoden befaßt, reicht nicht aus. Das Reichsgericht ist bereits dazu übergegangen, Verleger, Setzer, Drucker, Druckereiboten und Buchhändler zu verfolgen und wegen Vorbereitung zum Hochverrat hinter Schloß und Riegel zu setzen. Den kommunistischen Buchhändlern ist nach den neuesten „Rechtssprüchen“ des Reichsgerichts, dessen Urteile unrevidierbar sind und legislative Bedeutung haben, vorgeschrieben, daß sie alle von ihnen feilgehaltene Literatur genau kennen und auch von nicht verbotenen Schriften bis zum einzelnen Satz beurteilen müssen, ob nicht dadurch bei bestimmten Lesern verbotene Regungen umstürzlerischer Art wach werden könnten. Auf den Käufer kommt es an! dekretierte das höchste deutsche Gericht, das auf den Verfassungssatz vereidigt ist: Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Auf den Käufer kommt es an! Was dem zufriedenen Bürger das Gleichgewicht nicht stört,-

der Prolet ohne Stehkragen kann davon Schaden an seiner vaterländischen Seele nehmen — und der Buchhändler ist verantwortlich.

Ueberhaupt ist es nicht Sache des Reichsgerichts, den Landgerichten die Freisprüche nationaler Hochverräter abzunehmen. Seine Zeit ist genügend in Anspruch genommen auch durch Landesverrats-Verfolgungen solcher, die in der Begünstigung völkischer Putschisten nicht die Förderung vaterländischer Belange erblicken. Da ist der Assessor Dietz in Elberfeld. Der hat im vorigen Jahr der preußischen Regierung die Unterlagen für den nationalistischen Putschplan der Herren Claß, Hugenberg, Neumann sw. besorgt. Die hauptsächlich beteiligten „Sportverbände“ Wiking und Olympia wurden damals aufgelöst. Aber das Reichsgericht erklärte die Auflösung für rechtlich unzulässig. Dafür ließ der Oberreichsanwalt Werner den Dr. Dietz verhaften, natürlich nicht wegen des Verrats der militärischen Geheimnisse der Vaterländischen, sondern des Deutschen Reichs; dazu mußte seine Verwendung für einen Bekannten herhalten, der eine militärische Erfindung, für die Geßler sein Interesse verneint hatte, an Amerika losschlagen wollte, eine Angelegenheit, die 5 Jahre zurückliegt. Tut nichts: wo ein Zeigner ist, da findet sich in der deutschen Republik auch eine strafrechtlich verwendbare Gans, mag der Zeigner Frieders, Loeb oder Dietz heißen.

Was im Wilms-Prozeß am Ende herauskommt, ist völlig nebensächlich. Wahrscheinlich werden wieder ein paar Angestiftete für die Anstifter büßen müssen; aber auch die haben wenig zu fürchten. Die Begnadigung der beiden völkischen Lümmel, die vor kaum einem Jahr wegen des bis ins kleinste vorbereiteten Dynamitattentats auf eine Synagoge in Leipzig zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt waren, kann ja den Herrn Fuhrmann und seinen Komplizen die Beruhigung geben, daß sie nicht wie Lindner, Hoelz, Plättner, Streidel und die vielen andern revolutionären Genossen 6 oder 8 Jahre werden sitzen müssen, ohne die geringste Hoffnung auf Gnade und Erbarmen. Auch die Enthüllungen des Stantien-Prozesses bringen nichts Überraschendes an den Tag. Daß Geßlers Reichswehr nie etwas anderes war, als die uniformierte Prätorianergarde der Konterrevolution wußten wir auch vorher schon. Bedeutungsvoll war in dem ganzen Prozeß kaum mehr als die Eröffnungsdebatte. Ein Blitz blendendhellen Lichts fiel plötzlich über die Dunkelkammer der deutschen Rechtszustände und klärte einen Moment lang viele Fragen mit solcher Schärfe, daß wir nichts mehr zu fragen brauchen. Die Angeklagten und ihre Verteidiger lehnten den Gerichtshof ab, sie kannten die Richter nicht, die hier urteilen sollten, und sie verlangten die Richter, die sie kannten; sie verlangten den Richter Bombe, der schon in einem früheren Fememordprozeß nur die angestifteten armen Teufel verdonnert hatte, und dessen Freisprechung des Hauptmanns v. Senden, noch dazu nach einer Verhandlung hinter verschlossenen Türen, unter seinem Vorsitz jetzt

wieder den glücklichsten Ausgang erhoffen ließ. Die Prätorianer im Waffenrock kennen ihre Kameraden im Talar und schreien nach ihnen, wenn sie fremde Richterbarrette vor sich sehn! Wahrlich, nie ist unsrer Meinung von der Objektivität der deutschen Justiz von so sachkundiger Seite eine solche Bestätigung zuteil geworden!

Leider war auch Herr Bombe mit seinem Vormbaum grade anderweitig mit einem Freispruch beschäftigt. Stolz erhobenen Hauptes verläßt Herr Landgerichtsdirektor Bernhard Jürgens die Auklagebank. Die Kosten trägt die Staatskasse, auch die für die Verteidigung. Bald auch werden sich weitere Kassen öffnen, und dem armen Manne, der nie mit seinem Gehalt zurande kam, Banknoten-Pflästerchen auf die Wunden der unschuldig erlittenen Untersuchungshaft heften. Seine liebe Frau zwar wurde wegen Meineids verurteilt, der Gatte ließ sie die Suppe allein auslöffeln, und so wird wohl auch die geprellte Versicherungsgesellschaft nicht ganz leer ausgehen. Ach, wie unsre liebe republikanische Presse den Mann bemitleidet! Kein Fünkchen eines Verdachts bleibt an ihm hängen, obwohl doch der Staatsanwalt ihn bis zuletzt noch auf 2½ Jahre ins Zuchthaus sperren wollte. Ein ganzes Jahr unschuldig in Untersuchung! Armer Dulder! Märtyrer mit der reinsten Weste Europas! Sachte, ihr Schmöcke! Andre Leute sitzen schon länger in Untersuchungshaft und warten, daß man sie vor die Richter bringe, um endlich wenigstens zu wissen, wie lange sie im Zuchthaus werden trauern müssen. Denen wirft niemand vor, daß sie sich durch unsaubere Manipulationen bereichern wollten. Sie haben nur ihre Überzeugung vertreten, aber ihre Überzeugung ist eine andre als die der Fascisten und der Prätorianer im Richtertalar. Der Mann aber, der sie in Untersuchung gebracht hat, der sie als Gefangene gepeinigt hat, um aus ihnen Geständnisse herauszuziehen, das war euer Jürgens, der nun hoch erhobenen Hauptes unter den Gerechten des Landes wandelt und morgen wieder auf seine proletarischen Opfer losgelassen wird. Als der Mann Hamsteroffizier in der Heimat war, zog er sich eine ganze Serie Betrugsprozesse auf den Hals, und wenn ihm jemand unangenehm wurde, ließ er ihn an eine Stelle schicken, „wo er fällt“. Hunderte von braven Menschen hat er unglücklich gemacht, aber davon wurde vor der Kammer des Herrn Bombe nicht gesprochen. Wenn ein Arbeiter vors Gericht kommt, dann zieht man ihn und seine ganze Familie bis auf die Haut aus und durchstöbert die verlorensten Winkel seiner Vergangenheit, ob er am Ende unehelich geboren, ob sein Vater Alkoholiker oder sein Bruder vorbestraft sei. Bei einem Landgerichtsdirektor, einem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik, der den guten Geschmack hatte, die angeblichen Diebstähle in seiner Wohnung auf seine Dienstmädchen abwälzen, und alle Kommunisten schlechthin als Einbrecher verdächtigen zu wollen, geht man schonend über die peinlichen Stellen der Vergan-

genheit hinweg. Seine Verdienste in der Bekämpfung armer Proletarier retten seine Ehre; er ist kein Zeigner, der fremde Gänse rupft. Er weiß um vaterländische Belange, — auch er ein Prätorianer im Talar.

Im Rechtsausschuß des Reichstags hat man kürzlich wieder beraten, ob denn wirklich in Deutschland eine Vertrauenskrise der Justiz bestehe. Die Frage ist von denen, als deren Sachwalter sich die Richter fühlen, entschieden verneint worden. Kein Mensch mißtraut der Rechtsprechung unsrer Richter. Das ist völlig richtig. Mißtrauen ist eine Äußerung des Zweifels. An dem Charakter der deutschen Richter als Prätorianer der finstersten Reaktion zweifelt außerhalb des Reichstags im ganzen Lande kein Mensch mehr.

Der weiße Terror.

Entsetzliche Nachrichten kommen wieder aus den Ländern, deren Proletariate zur Zeit am brutalsten niedergeknüppelt und wehrlos gemacht sind und deren Machthaber, in der richtigen Erkenntnis, daß die Verzweiflung zwar die Massen zur Apathie, die charakterstarken Einzelnen aber zu Entschlüssen treibt, ihr Heil in der physischen Ausrottung der Persönlichkeiten suchen, denen sie revolutionäre Initiative glauben zu vertrauen zu dürfen. Der paralytische Renegat Mussolini hat es seinem Gesinnungsfreunde Noske abgelernt, daß die heißesten Herzen, die differenziertesten Gehirne gegenüber den Fäusten, Knüppeln, genagelten Absätzen, Patronen und Kolben verhetzter Mordgarden von recht illusionärem Wert sind und, als blutige Fetzen und breite Massen vor die Augen der Menge gebreitet, nicht sonderlich anregend auf den schönen Trost wirken: Ihr tötet den Geist nicht, ihr Brüder! In Italien rast Mord und Brand; wer noch Urteil, Kritik, selbständige Meinung oder gar soziale Empfindung hat, wird verfolgt, gejagt, eingekerkert, gemartert, enteignet und bestenfalls mit Weib und Kind über die Grenzen seiner Heimat gehetzt. Die große russische Revolutionäre Angeika Balabanoff, deren Schüler als Sozialist der italienische Noske war, sprach dieser Tage in Berlin über den Terror der Fascisten; aber sie sprach nicht, um zu beschreiben, um zu belehren oder zu erklären; sie sprach, um anzuklagen, um zu werben für ihren Haß, für ihren Ekel, für ihren Abscheu. Es war herrlich, die alte Kämpferin, der das russische, der das italienische Proletariat unendlich viel dankt, lange Jahre die Emigrantin des russischen Zarismus, dann als linke Sozialrevolutionärin Emigrantin des russischen Bolschewismus, jetzt auch, aus ihrer Wahlheimat vertrieben, Emigrantin des italienischen Fascismus, in ihrer großen, reinen Liebe zu den kämpfenden Arbeitern der Welt den Haß predigen zu hören. Es war eine Symphonie des Hasses, sie selbst der personifizierte Haß gegen das System des Fascismus und gegen den Mann, dessen Namen sie aus Ekel nicht in den Mund nahm, gegen den Verräter und den Verrat am italienischen, am internationalen Proletariat. Mussolini ist ein Tyrann ohne Gewissen, aber auch ohne Format. Der Zynismus, der ihm das infame Wort eingibt: Die Freiheit ist ein stinkender Leichnam! hat so wenig genialen Inhalt wie die Reorganisation einiger öffentlicher Einrichtungen Italiens, die die Bourgeois aller Länder mit so hohem Respekt vor der trefflichen Persönlichkeit des Duce erfüllt. Daß der Kerl ein bisschen Schlamperei und

Unpünktlichkeit im Eisenbahnbetrieb nur mit Blutbädern und Gewissensfoltern und mit den haarsträubendsten Schuhriegelungen der Arbeiterschaft reformieren konnte, stört die deutschen Hochzeits- und französischen Weinreisenden nicht; sie rühmen die Ordnung, die jetzt im Lande der Zitronen herrscht. Das Sensationsbedürfnis des internationalen Vergnügungsmobs kommt auf seine Rechnung; für die Luxusbanditen Europas und Amerikas ist in Italien gesorgt, — läßt die Menschen, mit deren Arbeitsschweiß ihr Amüsement geschmiert wird, verbluten und verrecken. Evviva Mussolini!

Italien liegt immerhin noch in Europa. Völlig zeugenlos gehen dort die Schweinereien der Fascisten nicht vor sich. Anders ist es in den Balkanländern. Von Rumänien und Bulgarien wüßten wir nichts wesentlich neues, wenn nicht die politischen Gefangenen des Systems Zankoff-Liaptscheff mit der ungeheuren Aktion eines Hungerstreiks, an dem sich an 2500 gemarterte Genossen beteiligen, die erregte Aufmerksamkeit der arbeitenden Welt wach gerufen hätten. Sie verlangen die Durchführung der Amnestie, die Liaptscheff versprach, als er dem Massenmörder Zankoff das Regiment annahm, und statt deren er bisher nur die Fortsetzung und Steigerung der Zankoffschen Foltermethoden gegen die Kommunisten und Anarchisten praktiziert hat. Zugleich rüstet der weiße Schrecken in Horthy-Ungarn zu einem gewaltigen Schlage gegen die Revolutionäre, deren Aktivität zu brechen allen Bestialitäten der Reaktion noch nicht gelungen ist. 52 kommunistische Genossen sind angeklagt, zur Propagierung ihrer revolutionären Ideen eine Geheimorganisation geschaffen zu haben. Sie sollen deswegen nicht vor ein gewöhnliches Gericht gestellt werden, das sich nach den Bestimmungen der bestehenden hanebüchernen Gesetze zum Schutz der ungarischen Staatssicherheit toll genug verurteilen würde, sondern man hat ihre Aburteilung einem Standgericht übertragen. Die ungarischen Standgerichte, besetzt mit den magyarischen Fascisten vom Schlage des Hülken Hejas, dürfen nur erkennen auf Freispruch oder Tod. Da auf Freispruch selbstredend nicht die leiseste Hoffnung besteht, ist das Leben der 52 Genossen in der denkbar schwersten und drängendsten Gefahr. Dem entschlossenen Teil des internationalen Proletariats ist die Aufgabe gestellt, die wenigen Tage, die noch zu Gebote stehn, zu benutzen, um es zu retten.

Massenversammlungen in aller Welt fassen Protestresolutionen und entsenden Delegationen in die Gesandtschaften der Terror-Regierungen. Ich fürchte, daß solche Aktionen allein nicht mehr ausreichen. Die tieferen Gründe der Vernichtungskampagnen gegen die Revolutionäre liegen in materiellen Erwägungen. Die Beziehungen der europäischen Staaten zu den Regierungen Italiens, Ungarns und Bulgariens sind, da gemeinsame Geschäfte im Spiele sind, die allerkameradschaftlichsten. In ihrem Völkerbund sitzen die Nobelpreisträger Chamberlain, Briand und Stresemann freundschaftlich vereint mit den Herren Bethlen, Liaptscheff und Mussolini bei vortrefflichem Wein und milden Importen. Die Arbeiterschaft Europas hat nur ein wirksames Mittel, in die Entschließungen der kapitalistischen Länder einzugreifen, das ist die Störung ihrer Geschäfte. Mit politischen Demonstrationstreiks kann auf die eigene Regierung gedrückt werden, damit sie unter Androhung wirtschaftlicher Repressalien mit diplomatischen Mitteln die Unterlassung der scheußlichsten Unmenschlichkeiten von ihren Völkerbundskollegen fordere, und darüber hinaus können die Arbeiter selbst durch den Boykott der betreffenden Länder, durch Verweigerung jeder Arbeit für ihre Handelsinteressen, des Ladens, Löschens und der Beförderung ihrer Waren den Punkt jener fascistischen Regierungen schmerz-

haft treffen, wo ihre Seele sitzt, den Geldpunkt. Solidarische Hilfe heißt kämpferische Aktion, und Respekt vor seinen Forderungen weckt das Proletariat auch bei den Kapitalisten des eigenen Landes nur, wenn es zeigt, daß hinter den Forderungen tatkräftige Entschlossenheit und der Wille zum Kampfe steht.

Krieg im Sicht.

Erinnert ihr euch, wie unsere vom begeisternden Geschehen der großen Zeit zu weltkundigen Durchschauern aller historischen Zusammenhänge aufgeschwollenen Vaterlandsvergrößerer die Sachverhältnisse in ihre Kaffee genannte Gerstenlauge gossen und uns mit sonorem Knödeln versicherten, was sich soeben zu Deutschlands Ehr' und Heil begabe, sei gleichsam der erste punische Krieg? Um den nunmehr begonnenen Aufstieg des Reiches vom Nationalstaat zum Imperium fortzusetzen und zu vollenden, dazu, so gurgelte es in jedem Rohrbach, bedürfte es neuer, noch gewaltigerer Anstrengungen deutscher Tapferkeit und deutschen Opfersinns; aber der zweite, spätestens der dritte punische Krieg werde es schaffen, Großbritannien werde auf den Knien um Gnade winseln und Aegypten und Indien, Afrika und Australien werden sich glücklich preisen, der deutschen Weltgeltung tributpflichtig huldigen zu dürfen. Der erste Krieg der Serie endete mit einer Enttäuschung der Mehrzahl des Reichs; einige Intelligenzen unter ihnen machen sich sogar langsam mit dem Gedanken vertraut, daß sein Ausgang eigentlich einer Niederlage gleichgesehen habe. Dieser Einsicht muß natürlich bei der Vorbereitung des zweiten der Feldzüge Rechnung getragen werden. Muß man, um wieder zur Ausplünderung von Kolonialvölkern zugelassen zu werden, die Feinde zerschmettern, die sich durch den Versailler Vertrag, als welchen bübischer Verrat sozusagen mit dem Dolch in den Rücken des deutschen Volkes stieß, in den Besitz Elsaß-Lothringens, Polens, Dänisch-Nordschleswigs, Samoas, Kiautschaus, Deutsch-West- und Ostafrikas, kurz, lauter urdeutschen Gebietes, geteilt haben? Oder muß man sich mit ihnen vereinigen, einen neuen Erbfeind ernennen und dann als Siegerlohn die geraubten Gebiete, den Platz an der Sonne, das deutsche Schwert und die Kaiserherrlichkeit aus den Händen des Feindbundes und auf dem Boden des Völkerbundes zurück empfangen? Solange die Republikaner in der deutschen Republik noch mitreden durften, neigten die Monarchisten jener Lösung des Problems zu. Siegreich wollen wir Frankreich schlagen! — wozu hat Rußland sonst eine Rote Armee! Das Waffen-Kompagniegeschäft auf russischem Boden mit deutschem Kapital wurde etabliert, die Bekämpfung des Bolschewismus auf die Unterdrückung, Verfolgung, Niederschlagung und Verlästerung der deutschen revolutionären Arbeiter beschränkt und Tschitscherin zu Seekt zum Frühstück eingeladen. Erst als die Atmosphäre zwischen Moskau und London brenzlich zu werden begann, änderte sich das Bild. Die Monarchisten gingen selber an die Betreuung der Republik und bliesen vorsichtig die roten Kerzchen aus, die die Republikaner in ihrem Auftrage hatten anzünden müssen.

In China wirkt sich der Bürgerkrieg schon heute als englisch-russischer Krieg aus. Es handelt sich für England um nicht mehr und nicht weniger als um die Verteidigung Indiens. Läßt sich der Sieg nicht in Ostasien erzwingen, so bietet vielleicht der unmittelbare Angriff auf Rußland von der europäischen Seite aus mehr Aussicht. Deutschland ist aus seinen Moskau

Bindungen so gut wie gelöst. Mussolini hat unter offenkundig englischen Einflüssen eine plötzliche Schwenkung seiner Außenpolitik vollzogen und mit der Ratifizierung der von England veranlaßten Entscheidung, die Bessarabien zur rumänischen Provinz machte, offene Kampfstellung gegen Rußland bezogen, nicht ohne zugleich durch provokatorische Unternehmungen in Albanien die dauernd glimmende Asche im Kriegsabrufoten des Balkans aufzustöbern. Der Ausbruch eines Krieges an irgend einer der Stellen, wo Explosivstoff gehäuft ist, ist täglich möglich. Das braucht nicht sofort den neuen Weltbrand zu bedeuten. Auch der erste große Krieg der Serie, die unzweifelhaft dauern wird, bis der totkranke Kapitalismus in seinem eigenen Kot erstickt sein wird, kam nicht von heute auf morgen, sondern wurde eingeleitet durch die Annexion Bosniens 1908, die marokkanischen Konflikte 1905, 1909 und 1911, den Tripoliskrieg 1911 und die Balkankriege 1912 und 1913. Was wir heute von den bevorstehenden Verwicklungen erkennen können, ist nichts als eine Häufung aus widerstrebenden merkantilen Interessen sich schichtender Kriegsursachen, hinter denen als bewußt treibender Wille Großbritanniens auf die Isolierung Rußlands hinzielende Kolonialpolitik deutlich ist.

Das englische Kesseltreiben gegen Rußland hat mit dem dort geltenden Regierungssystem direkt garnichts zu schaffen. Die bolschewistische Parteiregierung tritt ja außenpolitisch auch nirgends als Vertreterin proletarischer Interessen auf, sondern pflegt ihre diplomatischen Beziehungen in genau derselben Weise wie jede bürgerliche Regierung; ebenso verkehren alle kapitalistischen Staaten mit ihr auf gleichem Fuße. Ein Krieg Englands und seiner Trabanten gegen Rußland würde aber natürlich unter antisowjetistischen Parolen geführt werden, wie man im Kriege gegen Deutschland den preußischen Militarismus, bei uns den russischen Zarismus zu bekämpfen vorgab, und wie ein Krieg gegen Italien als Kulturkampf gegen den Fascismus deklariert werden würde. Als Bundesgenosse im Kampf um kapitalistische Profite ist der Bolschewismus ebenso willkommen wie Zarismus, Militarismus und Fascismus; die deutsch-russischen Verträge von Rapallo und Berlin lassen darüber wohl keinen Zweifel. Ein Krieg der Westmächte gegen ein mit Deutschland verbündetes Rußland wäre in keiner Weise von jedem Kriege innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft unterschieden. Das deutsche Proletariat würde in solichem Kriege nicht für den russischen Sozialismus, sondern das russische Proletariat für den deutschen Kapitalismus kämpfen. Der Krieg gegen ein isoliertes Rußland aber hätte weit über die innerkapitalistische Auseinandersetzung hinaus die Bedeutung eines Weltkampfes der vereinigten Ausbeuterstaaten gegen die Arbeiter und Bauern Rußlands, die zum ersten Male in der Geschichte in einer siegreichen Revolution bis zu praktischen Vorarbeiten sozialistischen Aufbaus vorgeschritten sind. Es ist ein Glück für das internationale revolutionäre Proletariat, daß die deutschen Politikmacher immer und grundsätzlich aufs falsche Pferd wetten. Dadurch, daß die deutschen Monarchisten sich entschlossen haben, ihren zweiten punischen Krieg nicht durch die Korrumpierung der russischen Arbeiter zu Handlangern ihrer imperialistischen Interessen, sondern durch offene Kampfgemeinschaft mit denen zu führen, zu denen sie gehören, mit den zum letzten entschlossenen Kapitalwächtern des Völkerbunds, werden die grauenvollen Konsequenzen des Mißverständnisses vermieden werden, revolutionäre Arbeiter dürften gegen ausländische Klassenbrüder kämpfen, wenn es russische Staatsverträge mit imperialistischen Mächten so verlangen.

Es ist Krieg in Sicht. Die Rohrbäche plätschern schon von neuer Weltgeltung und dem Aufstieg zu neuem Ruhm. Das deutsche Proletariat hat Ursache, sich beizeiten an seine Erfahrungen aus der großen Zeit zu erinnern und seinen sogenannten Führern weniger aufs Maul als auf die Fäuste zu sehen.

Wo ist der Ziegelbrenner?

Weiß keiner der Leser des FANAL, wo der Ziegelbrenner geblieben ist? Ret Marut, Genosse, Freund, Kampfgefährte, Mensch, melde dich. rege dich, gib ein Zeichen, daß du lebst, daß du der Ziegelbrenner geblieben bist, daß dein Herz nicht verbonzt, dein Hirn nicht verkalkt, dein Arm nicht lahm, dein Finger nicht klamm geworden ist. Die Bayern haben dich 19 nicht gekriegt; sie hatten dich schon am Kragen und du bist ihnen auf der Straße noch ausgekommen. Sonst lägest du heute wohl da, wo Landauer liegt und die andern alle, die lebendigen Geistes waren, wo auch ich läge, hätten sie mich nicht 14 Tage vorher schon gehabt und aus dem Mordzentrum fortgeschleppt. Jetzt können sie dir nicht mehr an den Wagen fahren. Die Amnestie vom vorigen Jahr muß für dich angewandt werden. — Es wird Zeit, Entstehung und Verlauf der bayerischen Kommune vor der Geschichte festzuhalten. Was bis jetzt dazu geschehen ist, kam aus parteilich getribtem Urteil, ist dumm und gehässig, ungerecht oder selbstgerecht. Auch ich bin zu sehr Partei, zu eng persönlich verstrickt mit den Vorgängen, zu tief selber hineingezerrt in die Konflikte um Schuld und Verdienst, um allein mit genügender Objektivität Historiker dieser Revolution sein zu können. Du warst der einzige, der aktiv in den Dingen stand und doch aus einiger Entfernung und Höhe sehen konnte, was schlimmes geschah, was gutes gewollt wurde. Was richtiges unternommen wurde und richtigeres hätte unternommen werden sollen. Gustav Landauers Nachlaß, seine Briefe, seine Reden, sein Wirken in der letzten Zeit werden der Öffentlichkeit binnen kurzem zur Kritik gestellt werden. Du standest ihm helfend und anregend zur Seite, als er Volkskommissar für Aufklärung und Propaganda war. Wir brauchen dich. — Wer kennt den Ziegelbrenner? Wer von den Lesern des FANAL weiß, wo Ret Marut zu finden, zu erreichen ist? Wer seinen Verbleib ermitteln kann, stelle ihm dies Heft zu. Viele fragen nach ihm, viele warten auf ihn. Er ist gerufen.



Zur Beachtung!

Von den Abonnetten, welche den Bezugspreis für das mit diesem Heft beginnende 2. Halbjahr (3. Vierteljahr) bis zum 10. April nicht entrichtet haben, wird der fällige Betrag, ihr Einverständnis vorausgesetzt, unter **Postnachnahme** erhoben werden. Es wird gebeten, für die Einlösung vorzusorgen, damit überflüssige Schreibereien und Kosten vermieden werden.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bin.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

Donnerstag, den **7.** April: Genosse BERTHOLD CAHN über: „Kultur und Klassenkampf“.

Donnerstag, den **14.** April: Genosse RUDOLF ROCKER über: „Irdische und himmlische Autorität“.

Donnerstag, den **21.** April: fällt aus.

Donnerstag, den **28.** April: Genosse ERICH MÜHSAM über: „Individuelle und Massen-Aktion“.

==== Gäste stets willkommen. =====

Zuschriften an G u s t a v L ü b e c k , Neukölln, Ziethenstr. 10 IV

Atheisten

finden Gesinnungsgenossen im

Bund der Atheisten



Geschäftsstelle:

Berlin S O., Franzstr. 7

Rudolf Aulmann

Verlag Hans Schumann **Windischleuba, Thür.**

In meinem Verlage erschienen:

Erich Mäder: Zwischen Leningrad und Baku.

Was sah ein proletarischer Freidenker in Sowjet-Rußland?
6.—10. Tausend. Preis 64 Seiten 50 Pfg.

Diese Broschüre erregte ungeheures Aufsehen. Zwei Auflagen in zwei Monaten vergriffen. Die dritte Auflage in Vorbereitung. Enthält ausführliche Berichte über Unterredungen mit den Volkskommissaren für Arbeit, Finanzen, Ackerbau. Nach Pressebesprechungen „geeignet, eine vollkommene Neuorientierung der deutschen Arbeiterschaft gegenüber Sowjet-Rußland herbeizuführen“.

Martin D. Hoffmann: Keine Kolonien!

Eine Kampfschrift gegen den neuen deutschen Imperialismus.
Preis 50 Pfg.

Angesichts des neuwachsenden Expansionsdranges des deutschen Imperialismus eine wertvolle Hilfe, hinter den Phrasen von „Deutschem Wesen“, „Emdengeist“, „Kulturaufgabe“ die Fratze der kapitalistischen Profitgier zu erkennen.



Die revolutionär-anti-militaristische Wochenschrift

mit den Beilagen. „Freie Jugend“ und „Proletarischer Kindergarten“

Die Schwarze Fahne

ist von Ernst Friedrich herausgegeben und erscheint jede Woche illustriert in Deutschland

Oesterreich und der Schweiz. Einzelne Nummer 20 Pf.

Die Schwarze Fahne

kämpft gegen das uniformierte Berufsmörder-tum und unterrichtet stets über Praxis und

Theorie des internationalen antimilitaristischen Kampfes.

Die Schwarze Fahne

wird auch von Polizei und Staatsanwalt eifrig gelesen und ist für monatlich 96 Pf. zu abon-

nieren durch die Post oder den Verlag: Berlin C 2, Parochialstr. 29.

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Maifeier. — Amnestie. — Der chinesische Befreiungskampf. — Die Kunst dem Volke. — Sacco und Vanzetti. Ein Prophet. — Persönliche Bemerkungen.



Jahrgang 1

BERLIN

Mai 1927

PREIS 30 DFG.

Nr. 8

PREIS 30 DFG.

Verlag Hans Schumann

Windischleuba, Thür.

In meinem Verlage erschienen:

Erich Mäder: Zwischen Leningrad und Baku.

Was sah ein proletarischer Freidenker in Sowjet-Rußland?
6.—10. Tausend. Preis 64 Seiten 50 Pfg.

Diese Broschüre erregte ungeheures Aufsehen. Zwei Auflagen in zwei Monaten vergriffen. Die dritte Auflage in Vorbereitung. Enthält ausführliche Berichte über Unterredungen mit den Volkskommissaren für Arbeit, Finanzen, Ackerbau. Nach Pressebesprechungen „geeignet, eine vollkommene Neuorientierung der deutschen Arbeiterschaft gegenüber Sowjet-Rußland herbeizuführen“.

Martin D. Hoffmann: Keine Kolonien!

Eine Kampfschrift gegen den neuen deutschen Imperialismus.
Preis 50 Pfg.

Angesichts des neuwachsenden Expansionsdranges des deutschen Imperialismus eine wertvolle Hilfe, hinter den Phrasen von „Deutschem Wesen“, „Emdengeist“, „Kulturaufgabe“ die Fratze der kapitalistischen Profitgier zu erkennen.

Martin D. Hoffmann: Marx — Lenin — Gesell.

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. 2.—7. Tausend, Preis 50 Pfg.

Ein ernster Versuch die Weisung Lenins zu befolgen, „daß ein Marxist sich nicht an die Theorie des gestrigen Tages klammern darf, sondern die genauen Tatsachen der Wirklichkeit berücksichtigen soll“

In Vorbereitung: (Preis je 64 Seiten 50 Pfg.)

Hoffmann-Günther: Die proletarische Revolution.

- a) Die proletarische Revolution und das Geldwesen.
- b) Die Sozialisierung der Grundrente.
- c) Bürgerliche und proletarische Diktatur.

Neue Arbeiterpolitik.

Eine Zeitschrift zur Neuorientierung auf theoretisch-revolutionärem Gebiet. (Vierteljährlich 6 Nummern 2.— M.)

Aus dem Inhalt der letzten Hefte: Die klassenlose Gesellschaft. Der Niedergang Englands. Stalinismus. Pazifismus oder Klassenkampf. Die Agrarpolitik der Bolschewisten.

Man verlange kostenlose Zusendung von Probeheften und ausführlichen Verlagsverzeichnissen vom

Verlag Hans Schumann, Windischleuba, Thür.

FANAL

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 8

Mai 1927

„FANAL“ erscheint in: Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, (Ausl. 2,05) jährlich RM. 3,50, (Ausl. 4,10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bln.-Charlottenburg, Am Lützow 16

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Maifeier.

Glückliche Fügung: Der 1. Mai 1927 fällt auf einen Sonntag! Ei, da wird es ein fröhliches Feiern geben; da kann ein jeder mitmarschieren hinaus ins Grüne, die roten und schwarzrotgoldenen Fahnen bekränzt mit dem lieblichen Schmuck des jungen Frühlings, und der eherne Schritt der Arbeiterbataillone, melodios begleitet vom Rasseln der Kinderwagen, stampft in musterhafter Ordnung zum Festlokal, wo Familien Kaffe kochen können und wo auf Festreden und neckisches Spiel abends der Schwof folgt. Der Mai ist gekommen! schmettert es durch Feld und Auen und Nicht predigen wir Haß den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann! Grassmann aber, die geballte Faust aus der Tasche ziehend und auf das rot drapierte, von Lenzgrün prangende Pult schlingend, versichert den freudig bewegten Pärchen, die Hand in Hand mit den Blicken an des Redners gesträubtem Schnurrbart hängen, daß er es dem Stegerwald gehörig geben werde, daß das Arbeitszeitnotgesetz eine Schande sei für die deutsche soziale Republik, daß der Bürgerblock nur ja nicht übermütig werden möge, — denn die ungeheure Beteiligung an der Maifeier dieses Jahres bewese es, daß die Arbeiterschaft voll und ganz hinter ihren bewährten Führern stehe, unbeirrbar entschlossen, den 8 Stundentag zu erkämpfen mit dem Stimmzettel in der Hand und getreu ihren kampferprobten millionenstarken Organisationen, ihrer Partei und ihren Gewerkschaften nun und immerdar, in Not und Tod — unser der Sieg: trotz alledem! Und dann winkt Grassmann einem Proletarier, der trotz der glücklichen Fügung, daß der 1. Mai dieses Jahr auf einen Sonntag fällt, doch

nicht mitfeiern kann, denn er muß einen lebenswichtigen Betrieb aufrecht halten und als Droschkenchauffeur den berufenen Arbeiterführer ein Dorf weiterfahren zur Bekämpfung der Ausbeutung und des Bürgerblocks und zur Förderung der Demokratie und des Friedens: Völkerfrühling — Weltenmai!

Soll man eigentlich als revolutionärer Staatsfeind und Sozialist den grotesken Humbug unserer entarteten Maifeiern noch mitmachen? Das wird darauf ankommen, ob irgendwo noch Hoffnung besteht, die Veranstaltungen den Philistern der Realpolitik und der positiven Mitarbeit an Staat und Wirtschaft aus den Händen zu schlagen und mit Kampfgeist und Aktivität zu beleben. Es ist bedauerlich, daß den Anträgen der parlamentarischen Arbeiterparteien und der zentralistischen Gewerkschaften, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erheben, noch nicht stattgegeben worden ist. Dann wäre die Entscheidung für den Revolutionär leicht zu treffen: staatliche Feiertage sind keine proletarischen Feste, die Arbeiterklasse demonstriert für ihre Rechte ernsthaft nur ohne behördliche Einladung und gegen den Willen der Kapitalisten, deren Verwaltungsmaschine der Staat ist. Mit ein wenig Humor hätte die Reichstagsmehrheit die wichtigen Anträge auf Anerkennung der Maifeier als gesetzliche Einrichtung längst angenommen, hätte sie auch 1919 schon den spaßigen Antrag der Unabhängigen zum Gesetz erhoben, daß die Farbe der deutschen Republik weder schwarzweißrot noch schwarzrotgold, sondern rot sein solle. Die Bürger hätten damit bewirkt, daß die rote Fahne nicht wieder von Revolutionären hätte entrollt werden können und daß die dem Klassenkampf ergebenden Proletarier den 1. Mai genau so als unwillkommenen Lohnentgang ansähen, wie etwa den Buß- und Betttag. Wie die Dinge liegen, betrachtet das Unternehmertum die Maifeier immerhin als Störung und demgemäß in Jahren, die nicht so glücklich sind, an einem Sonntag den 1. Mai schreiben zu dürfen, als Vorwand zu Schikanen und Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiter. Mögen die revolutionären Gruppen der Arbeiterschaft also getrost maifeiern, wenn sie sich nur nicht einbilden, sie revolutionierten damit ihre Klasse.

Die Maifeier wurde als ständige Demonstration des internationalen Proletariats bei der Gründung der II. Internationale 1889 in Paris beschlossen. Sie sollte ein jährlich einmal durchgeführter Proteststreik der gesamten Arbeiterschaft der Welt gegen die kapitalistische Ausbeutung sein und als einzige Forderung des Proletariats dessen Willen zur Erlangung der gesetzlich garantierten 8stündigen Normalarbeitszeit in allen Ländern demonstrieren. Die Versuche,

diese reformistische Zielsetzung zu erweitern, die schon 1890 heftige Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hervorriefen, hatten auf die Dauer kein Ergebnis, die II. Internationale blieb, was sie von Anfang an war und bleiben mußte, und die Maifeier ließ sich in den Ländern, unter deren Arbeiterorganisationen die Sozialdemokraten dominierten, trotz aller Anstrengungen einer radikalen Opposition, nicht revolutionär überpinseln. Die Arbeiter streikten für ihren 8 Stundentag, die Unternehmer maßregelten, die Bonzen kuschten, vertagten die Feier auf den Abend oder den nächsten Sonntag, verboten die Manifestation zu einer Erholungs- und Vergnügungs-Veranstaltung und glätteten die Sorgenfalten der Bourgeoisie, die schon vor proletarischen Massenaktionen gezittert hatte.

Nach dem Zusammenbruch der II. Internationale im Kriege und der revolutionären Besinnung des Proletariats konnte man hoffen, daß der Weltfeiertag der Arbeiterklasse mit neuer Bedeutung neu erstehen werde. Was geschah aber am 1. Mai 1919 in München? Das revolutionäre Proletariat verteidigte in namenlos schweren und blutigen Straßenkämpfen die Räterepublik gegen die dem Oberbefehl der Sozialdemokraten Noske und Schnepfenhorst unterstellten weißgardistischen Landsknechtsbanden der Ehrhardt, Roßbach, Kriebel und Konsorten. Während aber das Arbeiterblut stromweise über die Straßen rann, führten die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer ihre getreue Gefolgschaft unter dem Schutz der weißen Garden in den vom Straßenkampf noch nicht erfaßten Stadtvierteln spazieren, und die „Maifeier“ wurde beim Knattern der Maschinengewehre, die Herzen und Hirne zukunftsglühender Proletarier in die Gossen spritzten, auf Schildern und Transparenten herumgetragen, auf denen zu lesen stand: Gegen den Bürgerkrieg! Gegen den Bolschewismus! Für Ruhe und Ordnung! Für den Völkerfrieden! Für den 8 Stundentag! Es lebe die demokratische Republik!

Der 8 Stundentag war zu jener Zeit Wirklichkeit, die Novemberrevolution hatte sich damit begnügt, statt sozialistischer Neugestaltung der Gesellschaft wirtschaftsfriedliche Reförmchen in der kapitalistischen Staatsgesetzgebung festzulegen. Heute sind wir längst wieder so weit, die Forderungen der II. Internationale als hehre Ziele vor den maifeiernden Arbeitern aufzupflanzen. Gewiß versuchen noch die Organisationen der proletarischen Linken, die Syndikalisten, Anarchisten, Unionisten, die Kommunistische Arbeiterpartei und die als „Ultralinke“ aus der K. P. D. herausgesetzten Gruppen, den 1. Mai mit prinzipiell antikapitalistischem und reformfeindlichem Geist zu be-

leben, aber es hieße doch, sich gegen Tatsachen abzusperren, wollten wir verkennen, daß die kommunistische Partei-Zentrale einfach der durch Enttäuschungen und Schlappen, durch Reaktion und Verelendung revolutionsmüde gewordenen Stimmung breiter Proletariermassen Rechnung trägt, wenn sie, ungeachtet aller Fußtritte, die ihr Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Reichsbanner versetzen, unentwegt „Einheitsfront“ und zwar ausschließlich mit den Reformisten proklamiert, die am 1. Mai 1919 in München gezeigt haben, was in der Stunde der Entscheidung von ihnen zu erwarten ist. Der Rote Frontkämpferbund, früher eine enthusiastische Schar ungeduldiger Draufgänger, hat sich in die bescheidene Rolle einer parteipolitischen Demonstrationsgarde drängen lassen, die, ohne die mindeste Gegenliebe zu finden, die schwarzrotgoldene Hörsingakademie und selbst die „Klassenbrüder“ im grünen Schuporock mit ihrem Rot Front! umwirbt und ihren Tatendrang ausschließlich noch als Partei-Polizei bei der Sprengung linksrevolutionärer Versammlungen auslebt. Es ist ein Jammer, all den heiligen revolutionären Eifer, der ganz gewiß in den Reihen dieser Proletarier wirkt, so furchtbar mißleitet zu sehn, die nun am 1. Mai für den 8 Stundentag, für Gewerkschaftssimpelei, für parlamentarische Schaumschlägerei und für die Tagesparolen demonstrieren werden, die in diesem Augenblick zufällig der K. P. D. und der Komintern taktisch genehm scheinen. Sie werden sich dabei, wie neulich in Charlottenburg, tapfer den Revolvern und Gummiknüppeln derer preisgeben, die sie für die „Einheitsfront“ gewinnen möchten, aber die Art, wie sie den Feiertag begehen, wird weder die Revolution beschleunigen, noch auch nur eine der Tagesforderungen, für die sie aufmarschieren, der Verwirklichung näher führen.

Niemand kann wissen, wie der Stahlhelm-Aufmarsch in Berlin und Potsdam am 7. und 8. Mai ausgehen wird. Daß eine Kopie des Mussolini-Zuges nach Rom geplant ist, scheint sicher zu sein. Die Eingänge der Häuser, in denen die für das Kommunisten-Pogrom vorgemerkten Revolutionäre wohnen, sind gezinkt, die Teilnehmer haben sich gegen Beschädigungen ihrer werten Gesundheit bei dem Unternehmen, gegen Beraubung, falls sie im Drange des Geschäfts mal mit ihren Opfern verwechselt werden sollten, und gegen Haftpflicht zum Ersatz der von ihnen anzurichtenden Schäden an Menschenleben und Eigentum auf Kosten ihrer Auftraggeber erstaunlich hoch versichern lassen; Hindenburg hat den unter Ehrhardts Führung anrückenden Herrschaften ein Begrüßungsschreiben entgegengeschickt, und, was das Verdächtigste ist, Hörsing beschimpft,

der Vorwärts verhöhnt die Kommunisten, Grzesinsky und Zörgiebel sichern den nationalen Befreiern jeglichen Polizeischutz gegen die Arbeiter zu und scheinen ihnen auch die Bannmeile öffnen zu wollen, das Reichsbanner Schwarzrotgold erklärt, die Herrschaften unter sich lassen zu wollen, und so sieht es aus, als seien für den Fall des Gelingens schon Vereinbarungen mit den Sozialdemokraten getroffen, denen bei Wohlverhalten Schonung und vorläufige Belassung ihrer Posten zugesichert sein mag. Das ist nur eine Kombination, aber die einzige, die ihr wahnwitziges Beschwichtigen und Bremsen psychologisch einigermaßen verständlich machen könnte, sie werden, stimmt die Annahme, natürlich elend in die Ecke greifen, denn es wird ihnen nicht anders gehen, als nach ihren Verrätereien in allen Phasen der Revolution: man gebraucht sie als moralisches Schild für die Niederknüppelung der Arbeiter, nach vollbrachtem Werk erhalten sie ihren Fußtritt und kommen selber dran. Die Roten Frontkämpfer wollen auf die Straße gehen und sich den Stahlhelmen stellen. Ich bin überzeugt, daß sie sich nicht drücken werden, aber es ist nicht zu erkennen, wie sie, die unbewaffnet sind, sich den Widerstand gegen eine zu Zehntausenden anrückende und sicherlich mit Revolvern und Messern wohl ausgerüstete Bande praktisch vorstellen. Ein wirksamer Kampf gegen die Bedrohung kann in diesem Falle nur mit Unterstützung der allerstärksten wirtschaftlichen Mittel geführt werden. Die Eisenbahner müßten schon den Transport der Konterrevolutionäre verweigern, an den Tagen ihrer Anwesenheit in Berlin aber dürfte kein einziges Verkehrsmittel im Betriebe sein, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke müßten feiern und die dem Proletariat irgendwie verbundenen Geschäfte und Wirtschaften wären zu absoluter Boykottierung der Nationalisten zu verpflichten. Sind diese Maßnahmen durchzuführen, dann kann man nur wünschen, daß es wirklich zu der Kraftprobe komme, die endlich — so oder so — eine Klärung der fauligen Atmosphäre bringen müßte.

Freilich ist es möglich, daß auch der 8. Mai wieder auf eine öde schwarzweißrote Äffenparade hinausläuft, von der am Schluß ein Streit zwischen den rechten und linken Zeitungen übrig bleibt, ob es 3000 oder 300000 Mann waren, die dabei aufmarschiert seien. Jedenfalls kann es nicht Aufgabe der revolutionären Proletarier sein, bei ihren Maifeiern etwa ein Polizeiverbot des Stahlhelmtreffens zu fordern. Die Begehung des 1. Mai als proletarische Weltkundgebung hat nur einen Sinn, wenn dabei die Arbeiter ihre Forderungen nicht an den Staat und seine Behörden, sondern an die eigene Klasse richten. Der Stahlhelmtag in Berlin hat mindestens

die Bedeutung einer sehr ernststen Warnung an die proletarische Klasse, sich für den Kampf auf ihre gemeinsamen Aufgaben und auf die Notwendigkeit ihres kameradschaftlichen Zusammenhaltens zu besinnen. Die verlorenen Streiks der letzten Wochen, das tolle Arbeitszeitnotgesetz, die hoffnungslose Situation der Arbeitslosen, dazu die Kultur- und Justizreaktion in Deutschland, das Toben des Fascismus in immer mehr Ländern, die täglich wachsende Kriegsgefahr, der Vorstoß der englischen Regierung gegen das Streikrecht der Arbeiter, die „Rationalisierung“ der Produktion, die nachgrade die Verelendung der Arbeiter in allen Ländern der Erde und ihr Versinken in Apathie und Barbarei in erschreckende Nähe rückt, — das alles sind Erscheinungen, die dem Proletariat zur Maifeier den Gedanken nahe legen könnten, daß das schöne Wort „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ ein schönes Wort bleiben muß, solange nicht die nächstliegende Notwendigkeit erfüllt ist: Revolutionäre Proletarier jedes Landes, vereinigt euch, wie es die reaktionären Bourgeois jedes Landes längst getan haben!

Es gibt keine Einigung des ganzen Proletariats, solange ein Teil davon bewußt revolutionsfeindlich ist, es gibt auch keine Einigung des revolutionär gesinnten Teiles des Proletariats auf Parteiprogramme, Theorien, Systeme, Dogmen oder Organisationsformen. Am allerwenigsten gibt es eine Einigung des revolutionären Proletariats durch Führer-Abmachungen. Eine Einigung revolutionärer Proletarier ist nur möglich aus ihrem eigenen Antrieb, von unten her, über die Köpfe und Parolen der Führer aller Sorten hinweg und mit dem Willen zu gemeinsamer Kampfkraft. Am 1. Mai, und mag er selbst auf einen Sonntag fallen, gilt es nicht, schwungvolle Reden anzuhören, hübsche Gedichte aufzusagen, gesellig sich zu vergnügen und Mädchen zu küssen, sondern Genosse zu sein dem revolutionären Genossen, die Hand zu ergreifen des revolutionären Nebenmanns, gleichviel ob, gleichviel wo er organisiert sei. Gelingt es, aus der Maifeier ein Kameradschaftsfest der proletarischen Klasse zu machen, dessen Inhalt revolutionäre Solidarität, dessen Gelöbnis revolutionärer Kampf heißt, — dann laßt uns feiern.

Amnestie.

Die Herren Schulz und Klapproth, deren berechtigtes Vertrauen zur deutschen republikschützenden Justiz ihnen die Bemühung befreundeter republikanischer Beamter mit der Ausstellung von Reisepässen nach „Deutsch“-Südwest-Afrika überflüssig scheinen ließ, sind zur Abwechslung dieses Mal zum Tode verurteilt worden. Ihr

Kopf sitzt deswegen nicht lockerer auf dem Halse als der ihrer Morkomplicen. Das Gericht anerkannte die Schwierigkeit, darüber zu entscheiden, ob sie meuchelmorden durften oder nicht, sprach das Reichswehrministerium schuldig, diese Schwierigkeit verursacht zu haben und empfahl, die des Weiterlebens unwürdig Befundenen auf dem Gnadenwege des Weiterlebens würdig zu befinden. Sollte also die Absicht bestehen, die Fememord-Prozesse solange fortzusetzen, bis jede Femeleiche ihren Prozeß gehabt hat, dann werden wir die Menschenfreunde, deren einer melancholisch feststellte, das sei im Jahre 1923 eben keine menschliche Zeit gewesen, wohl noch recht oft des Mordes angeklagt, zum Tode und ähnlichen Annehmlichkeiten verurteilt und der Gnade der kaisertreuen Republik empfohlen sehn. Vor einem Tribunal in Gießen wurden weidessen unter der Fachbezeichnung Mordversuch private Streitigkeiten zwischen den Rathenau-Killern ausgetragen, die sich auf nicht oder schlecht gelieferte Hilfsleistungen, schuldig gebliebene Schweigegeelder und verwandte Geschäfte bezogen; die Sache konnte durch Vergleichung unter den Beteiligten auf der Grundlage von Körperverletzung beigelegt werden und endete mit einer sanften Gefängnis-Striegelung. Herr Heinz aber ging frei aus und ist zum Stahlhelmtag in Berlin zu erwarten.

Die deutschnationalen Zeitungen blähten ihr Papier, knisterten zu ihren die Republik regierenden Parteifunktionären hinüber und raschelten was von Amnestie zu Hindenburgs 80. Geburtstag. Der für den Gegenstand zuständige Funktionär, der Reichsjustizminister Hergt, winkte ab: nicht beabsichtigt, es bleibt bei dem bewährten System der Einzelbegnadigung auf Bewährungsfrist. Die Sache dürfte so liegen, daß eine befriedigende Lösung des Problems noch nicht gefunden ist, wie man mit der zweiten Hindenburg-Amnestie des Verfahrens der ersten — bei seiner Thronbesteigung 1925 — wiederholen könne, ohne daß es zu sehr auffällt, nämlich die Nationalisten so gut wie restlos, die proletarischen Revolutionäre nur mit allerstrengster Auswahl zu begnaden. Noch schwieriger ist natürlich die Aufgabe zu bewältigen, Bayern, das längst sämtliche nationalistischen Mörder in Freiheit herumlaufen läßt, zu der Konzession zu bewegen, durch die Bewilligung einer Maßnahme, die irgendwo in der Welt als Ausfluß von Großmut aufgefaßt werden könnte, seiner „Rechtshoheit“ etwas zu vergeben. Großmut heißt nämlich auf bayerisch Wohlmut. Das ist ein hoher Würdenträger der katholischen Kirche, von dessen göttlicher Sendung die Opfer der von ihm und seinen regierenden Mitchristen in den Kerkergrüften der bayerischen Gerechtigkeitshölln von allem menschlichen Erbarmen abgesperrten proletarischen Kämpfer noch nie etwas andres erfahren haben als den Widerklang des Bibelwortes: die Rache ist mein! Bayern war es, das 1920 und 1922 die Beschränkung der Amnestie auf Vergehen durchsetzte, die sich gegen das Reich allein,

nicht gegen einzelne Länder gerichtet hätten; das diese Amnestie auf die Fälle anzuwenden, für die die bayerischen „Volksgerichte“ sich die Rechtsprechung angemäht hatten, ausdrücklich verweigerte; das bei den beiden Amnestien, die in Bayern nicht durchgeführt wurden, immerhin soviel Ausnahmen verlangte und erreichte, daß heute noch Dutzende politischer Gefangener aus jener Zeit in den deutschen Zuchthäusern sitzen, und das die sogenannte Amnestie von 1925, von der ein bayerischer Ableger gepflanzt wurde, zu einer Verhöhnung der proletarischen politischen Gefangenen zu gestalten wußte: ausgenommen wurden sämtliche zu Zuchthaus verurteilten Sünder, ausgenommen alle Straftaten, die als Sprengstoff- oder Roheits- oder Eigennutzdelikte gedeutet werden könnten, ausgenommen diejenigen, die nach dem 1. Oktober 1923 begangen oder fortgesetzt waren; und auch von Festungs- und Gefängnisstrafen wurden nur diejenigen erlassen, die nicht mehr als 2 Jahre betrogen oder von denen nur noch ein Rest von 2 Jahren zu verbüßen war. Die Amnestie war also keine; der christkatholische Wohlmutter der Rache aber freut sich, Alois Lindner, die Rotgardisten von Luitpoldgymnasium und die Opfer der Staatsgerichte von 1919 den Straubinger Kerkermeistern erhalten zu haben, ohne daß dabei dem Grafen Arco und den Mördern Landauers, Egelhofers, Sontheimers, Horns, der übrigen 160 registrierten und noch weitaus mehr nicht registrierten Opfer des weißen Terrors in München, Starnberg, Perlach, der 53 gefangenen Russen, Gareis', der Sandmaier, des Studenten Baur usw. usw. das Fell zu jucken braucht. Achten Sie wohl auf die Argumente, die wir in der Agitation gegen das Reichskonkordat, gegen das Reichsschulgesetz, gegen alle die Pläne vorführen werden, durch die die katholische Kirche die politische Gewalt über Schule und Haus, über Jugend und geistiges Leben in ihre Hände zu bringen trachtet; achten Sie wohl auf die Beweiskraft Ihres Namens und Ihrer Tätigkeit, Herr Prälat Wohlmut, auch bei der Propaganda des Kirchenboykotts im allgemeinen. Wir erinnern uns gut daran, wie der Eichstätter Moniteur Ihrer christlichen Frömmigkeit nach unsrer Verurteilung auf die Beschwerden gegen die gesetzlose und infame Behandlung der bayerischen Festungsgefangenen erwiderte, es sei überhaupt nicht zu begreifen, warum man uns wie die Juwelen im Etui aufbewahre, statt uns einfach — nach den Prozessen noch! — an die Wand zu stellen!

Wie stehen die Amnestie-Aussichten für die mindestens 1200 proletarischen politischen Gefangenen in den deutschen Justizkäfigen? Daß die Amnestie vom Proletariat erzwungen werden könnte, wissen wir. Wir wissen aber auch, daß das deutsche Proletariat die Mittel, mit denen es etwas erzwingen kann, nur anwendet, wenn die Zentralen der parlamentarischen Parteien und der tariffreuen Gewerkschaften Befehl geben. Ein einziges Mal kam solcher Befehl

und wurde befolgt: das war beim Kapp-Putsch, und die direkte Aktion des Proletariats führte denn auch dazu, daß die Herren Ebert, Noske und Bauer vom Stuttgarter Bahnhofsturm herunter- und auf ihre republikanischen Würdensessel wieder hinaufklettern konnten. Als darauf der Befehl der proletarischen Obrigkeiten widerrufen wurde, die revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft aber weiterstreikten und weiterkämpften, da gab es das Bielefelder Abkommen des Herrn Karl Severing, das in allen Teilen gebrochen wurde, sogar in dem, der den Verteidigern der Republik eine Amnestie versprach; die Amnestie vom 4. August 1920 war die, welche den Kappisten zugesagt worden war. Der Befehl der berufenen Führer, den das Proletariat 2 Jahre später ausführte, beschränkte sich auf einige Massenaufmärsche am Kurfürstendamm nach der Ermordung Rathenaus, bei denen die brüderlich vereinten Parteivorstände der S. P. D., der U. S. P., der K. P. D. und die Gewerkschaftskommissionen gemeinsame Forderungen an die Regierung erhoben, deren prunkvollste ihnen auch von den Herren Ebert und Wirth bewilligt wurden: sie betrafen die schleunige Verkündung eines Gesetzes zum Schutz der Republik und eine Amnestie unter der Parole: der Feind steht rechts! Das Gesetz zum Schutz der Republik bekam eine Façon, die es ermöglichte, die Proletarier, die danach geschrien hatten, selbst noch 1925 von den Wohltaten der Hindenburg-Amnestie auszuschließen, und die Amnestie eine solche, daß viele Genossen, die damals schon hofften, befreit zu werden — die Herren Wirth und Radbruch hatten es ihnen feierlich zugesichert, — sich heute nach weiteren 5 Jahren mit berechtigten Zweifeln fragen müssen, ob Herr von Hindenburg mit 80 Jahren wohl der Retter sein werde, der er durch das Veto der bayerischen Wohlmütigen mit 78 nicht sein durfte.

Wir wollen einmal abwarten, was sich am 7. und 8. Mai in Berlin ereignen wird. Kommen die Versicherungsgesellschaften dazu, die Haftpflichtschäden an eingeschlagenen Schädeln, ausgerenkten Gliedmaßen, zertrümmerten Einrichtungsgegenständen, vernichteten Wertsachen und abhandengekommenen Brieftaschen, für die die Frontsoldaten sich von ihren Hugenbergen vorsichtig schon die Policen haben kaufen lassen, auszuzahlen, dann wird die nachträgliche Staatsversicherung der Amnestierung sicherlich auch nicht lange ausbleiben. Im diesem Falle wäre es immerhin denkbar, daß der 2. Oktober dazu benutzt wird, die Milde des Patriarchen sich auch über Max Hoelz und die übrigen proletarischen Kämpfer ergießen zu lassen, denen die Gnade des republikanischen Staates bisher nicht beikommen konnte. Oder sollen die von Inflation und Deflation, von Buchrucker und Hitler, von Hunger und Verzweiflung zur Wut gebrachten Revolutionäre weiterhin mit der Tröstung gespeist werden, daß man doch mit ihrer Amnestierung des Glückes verlustig ginge, die Mitglieder der kommunistischen Parteizentrale vom Oktober 1923 vor ihren verdienten

Niedner zu bringen? So wurde vor anderthalb Jahren die Terminsetzung für die zu amnestierenden Gefangenen begründet; seitdem aber ist der Zentrale-Prozeß noch immer nicht gestiegen, und der IV. Strafsenat des Reichsgerichts wetzt unentwegt die Paragraphen des Gesetzes zum Schutz der Republik gegen die Arbeiter, die mit den Fememördern der Ansicht waren, daß das damals 1923 keine menschliche Zeit war, welche Meinung sie allerdings nicht zum Morden, sondern zum Versuch der Vermenschlichung der Zeit bewog.

Wie aber, wenn die Versicherungsgesellschaften keinen Anlaß fänden, für die Übermütigkeit der Stahlhelm-Fascisten grade zu stehen? Nun, Freunde, dann werden wir wohl keine Amnestie mehr nötig haben. Dann können wir unsere Forderung nach Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz vom Galgen herunter proklamieren. Oder denkt ihr nicht mehr an die Erlasse, mit denen die Claßengenossen der Hakenkreuzler vor einem Jahre die Ära ihrer Diktatur eröffnen wollten? Tod durch Erhängen und Tod durch Erschießen, Tod durch Erschießen und Tod durch Erhängen — das war die ewige Melodie der Operette Wiking und Olympia. Und was hatte Hitler mit uns politischen Gefangenen vor, wenn er sein Unternehmen nicht so saudumm angefangen hätte, daß ihm alle Trümpe, die er schon in den Händen hielt, unter Kahrs Gesäß rutschten? Er wollte uns als Novemberverbrecher noch einmal vor ein Tribunal stellen, das nur freisprechen oder töten sollte. Meint ihr, er hätte es nicht ausgeführt? Meint ihr, Ehrhardt wird weniger tapfer sein? Hugenberg will eine Arbeiterschaft, die kuscht, Keudell säubert schon jetzt sein Amt von allen Bildungs- und republikanischen Konzessions-Schulzen; Wiking und Olympia sind im Stahlhelm aufgegangen, an dessen Spitze Ehrhardt marschiert. Hindenburg hat seinen 80. Geburtstag als Präsident der Republik noch nicht hinter sich. Vorerst hat er seine Frontkameraden zum Stahlhelmtag freundlich willkommen geheißen; vorerst hütet er die republikanische Verfassung. Die hat viele Paragraphen, darunter einen achtundvierzigsten. Auch Ebert hat manchmal den Ausnahmezustand gegen die Nationalisten verhängt, und dann rückten die Generäle in Sachsen ein. Rationalisiert muß werden; da braucht die Wirtschaft Ruhe und eine feste führende Hand im Reiche. Claß, Hugenberg und Sodenstern werden schon den rechten Mann finden.

Amnestie?! Laßt mal den 8. Mai vorüber sein. Wird's nur eine Stechschritt-Parade und die Versicherungsgesellschaften müssen für Arzt, Feuerwehr und Friedhofsgebühren aufkommen, dann wird wohl zum 80. Geburtstag die Sonne leuchten — über alle Gerechten von rechts und ein paar Ungerechte von links. Nur in Bayern bleibt's bei der Rechtshoheit eigenstaatlicher Zuchthaus-Rache; denn dort herrschen in Wohlmut barmherzige Christen.

Der chinesische Befreiungskampf.

Die verbündeten kommunistischen und nationalistischen Revolutionäre Südkinas haben nach gewaltigen Anfangserfolgen ihre ersten Niederlagen erlitten. Über 170 Kriegsschiffe der imperialistischen Mächte belagern die Küste und die Flußmündungen, um dem General Tschangtsolin und seinen von England und Japan besoldeten Nordtruppen die Wiederherstellung der zerrütteten Front und den Vormarsch auf Schanghai zu erleichtern. Die Stadt Nanking wurde aus englischen Dreadnought-Geschützen bombardiert, ein scheußliches Blutbad unter den Bewohnern der Arbeiterviertel angerichtet, damit die Zivilisation der europäischen Opium-Spekulanten gerettet werde; in Peking überfielen im Einverständnis mit den diplomatischen Vertretungen der kapitalistischen Kulturstaaten konterrevolutionäre Banden die russische Botschaft; die dabei festgenommenen Chinesen wurden mißhandelt und zum Teil hingerichtet. Die Börsenpresse der Welt pumpt sich moralisch auf gegen den Mob, den Janhagel, den Plündererspöbel, mit einem Wort gegen den der Ausplünderung durch die europäischen Profithyänen überdrüssigen chinesischen Kuli. Die moralische Entrüstung ist großer Freude gewichen. Das Bündnis zwischen den Revolutionären ist in die Brüche gegangen. Die Kuo Min Tang-Partei hat sich in sichere Kantonesen und unsichere Kantonisten geschieden. Der Generat Tschankaischek hat die Rolle Noskes übernommen, da ja einer immer der Bluthund sein muß. In Schanghai, Nanking, Hankau, Schameen, Hongkong haben die künftigen Ausbeuter des Landes den Massenmord unter ihren ausgebeuteten Landsleuten in eigene Regie übernommen. Sie betreiben ihn mit der Rohheit und dem skrupellosen Fanatismus, der Renegaten in der Regel auszeichnet. Die europäische Presse nennt sie daher die Gemäßigten. Der militärische Vormarsch der Nordarmee ist aufgehalten; der Klassenkampf in den Reihen der Aufständischen hat begonnen. — Es scheint zwecklos, den weiteren Verlauf der Tragödie aus dialektischen Abstraktionen wissenschaftlich bestimmen zu wollen. Es gibt keine andre Methode, die Entwicklung großer geschichtlicher Ereignisse in ihren wahrscheinlichen Etappen voraus zu berechnen, als die der Analogieschlüsse aus der Vergangenheit. Zu denken wäre vielleicht an die jungtürkische Revolution 1909. Damals erhob sich das ausgebeutete Volk eines halbkolonialen Landes in Gemeinschaft mit einer bereits zu bewußtem Klassengefühl erwachten, modernisierten und europäisierten Bourgeoisie, die den revolutionären Arbeitermassen einzureden wußte, daß alles Elend auf die Staatsform des barbarisch-despotischen Sultanats zurückzuführen sei und die Errichtung einer liberalen Demokratie die Befreiung bedeute. Kaum aber hatten Enver, Talaat und ihre von deutschen diplomatischen und militärischen Beratern angeworbenen Spießgesellen den Sturz Abdul Hamids bewirkt, als sie der Arbeiterschaft das eben erkämpfte demokratische System des Parlamentarismus, der Pressefreiheit und aller dazu gehöriger schönen Dinge mit einem entsetzlichen Gemetzel segneten. In China liegen heute die Verhältnisse doch nicht ganz so. Die neue Bourgeoisie des Landes ist erst im frühesten Werden. Die eingeborenen Ausbeuter des völlig dem Imperialismus Englands, Amerikas, Frankreichs, Italiens, Japans, Hollands unterworfenen Riesengebietes fungieren noch garnicht als selbständige Kapitalisten, sondern viel eher als Werkmeister der europäischen und amerikanischen Vampyre. Der revolutionäre Befreiungskampf konnte daher auch nicht in der deutlichen Klassenentscheidung vor sich gehen, die in den eigentlichen kapitalistischen Ländern die Bevölkerung in zwei horizontal getrennte Lager spaltet: arm und reich, ausgebeutet und ausbeutend, niedrig und hoch. Wo der Unter-

drücker von andern Weltteilen eindringt und sich die Arbeitskräfte mit der ethischen Begründung hörig macht, daß seine Hautfarbe ihn dazu berechtige, da gibt es eine natürliche Abwehrgemeinschaft, und ich sehe trotz der Scheidung der Geister inmitten des Kampfes keinen Anlaß, den Russen deswegen Verrat vorzuwerfen, weil sie das Bündnis der chinesischen Arbeiter mit den völkisch-liberalen Elementen der Kuo Min Tang im Kampf gegen die britischen Menschenhändler gefördert und vielleicht sogar veranlaßt haben. Ein Urteil über die russische Politik im Zusammenhang mit den chinesischen Kämpfen wird erst zu fällen sein, wenn zu übersehen sein wird, bis zu welchem Erfolge die Revolution in China führen wird. Noch ist durchaus zu hoffen, daß das erste Kolonialland, dessen Proletariat zur Zielklar auf den Kommunismus gerichteten Erhebung gegen die Ausbeutung die Kraft fand, den revolutionären Stoß so gründlich führen wird, daß die Scheidemänner beim ersten Anlauf überrannt werden und die Stabilisierung einer einheimischen Ausbeuterklasse nach der Verjagung der fremden Blutsauger überhaupt verhindert wird. Die Verteidigung der kolonialen Ausbeutung, die heute noch von den Engländern und allen Mächten, mit denen sie schon 1900 gegen die Boxer vereint aufmarschierten, mit Blockade, Strafexpeditionen, Kuli-Ermordungen, Bestechung der Anwärter künftiger Kapitalistenfreuden, Anzettlung von Unruhen im Innern Chinas betrieben wird, kann morgen den offenen Krieg gegen Rußland zweckmäßig scheinen lassen. Zu diesem Kriege hat das deutsche Proletariat alle Ursache, sich gerüstet zu halten. Sein Schauplatz wird mit der größten Wahrscheinlichkeit Deutschland sein; aber auch sonst wird in diesem wie in jedem Falle der Feind im eigenen Lande zu suchen und zu bekämpfen sein

Die Kunst dem Volke.

Der Streitfall, der durch das Verhalten der Volksbühnenleitung gegen den hervorragenden Regisseur Erwin Piscator wegen seiner Inszenierung des Dramas „Gewitter über Gottland“ aktuelle Bedeutung gewonnen hat, ist dieser: Ist „die Kunst“ ein ewig feststehender Begriff und hat ein proletarisches Kunstinstitut, wie es die Berliner Volksbühne sein will, nur die Aufgabe, dem unbemittelten und arbeitenden Volksteil die Kunst zu vermitteln, an der sich die Begüterten erfreuen? oder hat das Proletariat Anspruch auf eine besondere Kunst, die der bildhaft geformte Ausdruck seiner Welt, seiner Sehnsucht und seines Kampfes ist? Piscator bejaht das Recht der proletarischen Klasse auf eine eigene Kunst; er betrachtet ein Kunstwerk unter dem Gesichtspunkt des revolutionären Gestalters. Wird ihm ein Stück überantwortet, damit er es Arbeitern auf der Bühne vorführe, so prüft er es auf seinen Gehalt an zukunftssträchtigen Ideen, und vermißt er an der Arbeit des Dichters, die ja nicht er zur Aufführung erwählt hat, die begeisternde Werbekraft, so füllt er — das ist Recht und Pflicht des guten Regisseurs — die Dichtung nicht fälschend, sondern vertiefend, aus eigenem Geiste hinzu. Die Leitung der Volksbühne wirft ihm vor, daß er die Handlung, die um den Seerebellen Störtebecker kreist (ich habe es leider verabsäumt, die Aufführung rechtzeitig anzusehen und muß mich auf fremde Berichte stützen), — daß er diese Handlung mit Hilfe von Filmstreifen bereichert hat, die, visionär in die Zukunft weisend, Lenins Bild erscheinen lassen. Die Volksbühne, sagt ihre Leitung, sei neutral und unpolitisch und weise Piscators parteipolitische Agitation, zu der er seine Regie mißbrauche, zurück. Es ist wirklich nicht einzusehen, wozu jemals eine Volksbühne gegründet wurde, die von Anfang an ein proletarisches

Unternehmen war und sein wollte, wenn sie keine politische Wirkung auszuüben bereit ist. Die Worte revolutionär und parteipolitisch sollte man aber schon garnicht verwechseln; die Sozialdemokratie allerdings verwechselt sie, seit sie die letzten Spuren einer revolutionären Vergangenheit auch aus ihrer Theorie ausgelöscht hat, dauernd, damit der Kommunistischen Partei ein revolutionäres Monopol zuerkennend, das ihr keineswegs zukommt. Lenin gilt großen Massen auch nicht parteikommunistisch organisierter Arbeiter als repräsentative Figur der aus der Gegenwart in die Zukunft wirkenden Revolution. Die Übernahme von Kinoaufnahmen zur Darstellung von Visionen auf dem Theater ist als künstlerisch zulässig längst anerkannt und hätte jedenfalls an sich die Leitung der Volksbühne zu keinem Protest gegen ihren Regisseur veranlaßt. Wen denn aber außer Lenin hätte Piscator erscheinen lassen sollen, um im Moment bei jedem proletarischen Zuschauer die beabsichtigte Assoziation: Vergangenheit — Gegenwart — Zukunft — hervorzurufen? Vielleicht Hindenburg? oder Breitscheid? Der Vorwurf, Piscators Inszenierung sei parteipolitischen Charakters, erregt selbst in peinlicher Weise den Verdacht parteipolitischer Herkunft; Konkurrenzneid der S. P. D. gegen die K. P. D. Piscator ist ein viel zu ernster und seiner künstlerischen Aufgabe ergebener Revolutionär, als daß die Behauptung, er unterstelle seine dem Proletariat gewidmete Kunst parteipolitischen Interessen, an ihn heranreichen könnte. Die Volksbühne aber hat höchste Eile, ihre tendenzlose, neutrale und unpolitische Kunstpflege zu revidieren. Überall schließen sich schon revolutionär gesinnte Arbeiter und Künstler zusammen, um endlich die Bühnenkunst zu revolutionieren, zu politisieren, mit dem Geiste der Tendenz zu beleben und sie dienstbar zu machen dem Befreiungskampfe des Proletariats. Die Kunst dem Volke! steht als Motto über dem Eingang zur Volksbühne am Bülowplatz zu lesen. Die Zeiten aber sind vorbei, da man den Arbeitern Bourgeoiskunst vorsetzen durfte. Der entfremdet die Kunst dem Volke, der sie ihm nicht als Kunst des Volkes bringt.

Sacco und Vanzetti.

Hierzulande heißen die Richter Jürgens, Niedner oder Vogt, in den U.S.A. erfreuen sich die Arbeiter ihrer Verwandten, die etwa auf den Namen Thayer hören. Herrn Thayer dürstet es nach Blut — vielmehr, da man im modernen Amerika nicht mehr wie bei uns die Köpfe abhackt, wenn darin unbeliebte Lebensauffassungen gären, nach Elektrizität. Sieben Jahre sitzen die beiden anarchistischen Arbeiter Sacco und Vanzetti jetzt im Gefängnis, wegen Raubmordes zum Tode verurteilt. Sieben Jahre lang warten sie von Tag zu Tag auf die Aufhebung oder die Vollstreckung des Urteils. Sieben Jahre hindurch werden Beweise über Beweise zusammen getragen, die jede Möglichkeit längst zerstört haben, als ob die beiden Streikführer mit dem ihnen zur Last gelegten Raubmord das geringste hätten zu schaffen haben können. Der Mann, der den Mord tatsächlich begangen hat, ist ermittelt und hat die Tat zugegeben. Tut nichts: Herr Thayer hat das Todesurteil in dieses Mal letzter Instanz endgiltig bestätigt, und jeder neue Morgen läßt uns zweifeln, ob unsre Genossen Sacco und Vanzetti noch am Leben sind. Im November werden es 40 Jahre sein, seit man die Genossen Parsons, Spieß, Schwab, Fischer und Singg auf den Galgen zog; die dieses Urteil gefällt hatten und vollstrecken ließen, wußten genau so gut, daß jene anarchistischen Streikführer mit dem Bombenwurf am Chikagoer Haymarkt nichts zu tun hatten, wie Herr Thayer

heute weiß, daß Sacco und Vanzetti für ein Verbrechen büßen sollen, das sie nicht begangen haben. Macht aber die zuständige Stelle von ihrem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch, so wird man es später ebenso machen, wie vor 40 Jahren in Chikago: man wird bedauernd feststellen, daß sich die Unschuld der Hingerichteten leider nachträglich doch noch erwiesen habe, und daß das Mittel, Tote wieder zum Leben zu erwecken, leider noch nicht gefunden ist. Aber die Aguren werden grinsen, weil die irrtümlich als Raubmörder erledigten Anarchisten künftig keine Streiks mehr organisieren werden, wie das auch die Opfer von Chikago nach ihrem Tode unterlassen haben. Der Vertreter des Landes der Edlen und Freien in Berlin, der Botschafter Schurmann hat es abgelehnt, eine Deputation des Friedenskartells, nämlich die Pazifisten Ludwig Quidde, Helmut v. Gerlach und Helene Stöcker zu empfangen, die ihm vortragen sollten, daß die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti von jedem anständigen Menschen als verruchter Justizmord angesehen würde. Herr Schurmann zeigt sich mit Herrn Thayer solidarisch; zeigen wir uns solidarisch mit Sacco und Vanzetti!

Ein Prophet. Beim Kramen unter alten Schmökern fiel mir eine kleine Schrift in die Hand, die, im Jahre 1921 bei Jos. C. Huber, Diessen vor München, erschienen, einen erweiterten Sonderdruck aus der literarischen Beilage „der Sammler“ der deutschnationalen „München-Augsburger Abendzeitung vom 21. Dezember 1920 darstellt. Der Titel dieser Schrift lautet „Die Berechnung der Geschichte und Deutschlands Zukunft“; ihr Verfasser ist der in wissenschaftlichen Kreisen wohlbekannte Kulturhistoriker Dr. Max Kemmerich-München. Ich habe keineswegs die Absicht, mich mit dem gelehrten Herrn über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit herum zu streiten, den Lauf der Weltgeschichte im voraus zu berechnen. Nur möchte ich mir erlauben, das Resultat der Berechnungen des Herrn Dr. Kemmerich, nachdem er die Frage bejaht hat, daß die Geschichte sich in die Zukunft blicken lasse und daß er befähigt sei, ihr Prophet zu sein, nach über 6 Jahren neben die inzwischen Tatsache gewordenen Ereignisse zu stellen. Solange unser Monsieur de Thèbes keinen Zeitpunkt für den Eintritt der von ihm erschauten Dinge angibt, ist ihm schlecht beizukommen. Der „neue Cromwell“, den er ankündigt als Vollstrecker jenes Masseninstinkts, „der satt der Anarchie, nunmehr Ordnung und Autorität fordert“, kann ja noch kommen. Dieser Cromwell also wird sich wie Napoleon schnell vom Jakobiner zum Cäsaren mausern. Aber seine Restauration wird uns keine Monarchie „von Gottes Gnaden“ bringen, sondern „eine dem englischen Vorbild angepaßte“, „Wahrscheinlich“, meint Kemmerich, „werden wir den Beginn des Bürgerkrieges zwischen Monarchisten und Antimonarchisten in Preußen etwa im Jahre 1923 erleben. Etwa zwei Jahre später wird die entscheidende Niederlage des rechtmäßigen Monarchen erfolgen. Seine Flucht, Gefangensetzung und Hinrichtung treffen dann annähernd auf die Jahre 1927/31.“ Soweit decken sich Kemmerichs Voraussagungen mit denen eines andern wissenschaftlichen Propheten, namens Stromer. Auch darin ist er mit ihm einig, daß etwa 6 Jahre nach dem traurigen Ende des Monarchen — „von der Hinrichtung ab ist die Datierung leicht“ — furchtbare Jahre des Terrors übrigens, — der norddeutsche Cromwell die Militärdiktatur aufrichten wird, der nach weiteren 5 Jahren wieder die Monarchie folgen wird. Ganz zuverlässig weiß Dr. Kemmerich, daß Deutschland in längstens zwei Jahrzehnten

—wir haben da also noch bis 1940 Zeit— „das mächtigste Volk Europas“ sein wird, und ebenso sicher, „daß wir erst am Anfang, um nicht zu sagen am Vorabend unserer großen Revolution stehen“. Schau, schau! das stimmt mit dem überein, was wir auch meinen, die wir es nicht aus den Sternen haben. Da Dr. Kemmerich in München lebt, beruhigt er seine engeren Landsleute: „Süddeutschland wird weder den zunächst (also wohl gleich nach 1920?) einsetzenden Radikalismus von rechts mitmachen, noch den zur Monarchenhinrichtung treibenden von links“. Aber der endliche Ausblick ist dann überaus tröstlich: zwei Jahrzehnte Blut und Schrecken mit inneren und äußeren Kriegen sind zwar unabänderlich für uns bestimmt, aber— „und das mag,“ jubelt der Prophet selber, „allen jenen, die über der verzweifelten Augenblickslage sich nicht getrauen, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken, Mut geben“: — der Vertrag von Versailles wird zerrissen werden, und das Ende der Periode, vielleicht sogar deren Mitte, „wird Deutschland unfehlbar als Vormacht Europas sehen, stärker, reicher und größer, als es seit den Zeiten der salischen Kaiser jemals war“. Unfehlbar . . . Wie es scheint, ist das Schicksal um einen kleinen Zeitaufschub eingekommen. Nach Kemmerich sollte nämlich bis 1923 oder in diesem Jahre „in Rußland ein neuer Zar und zwar aus dem Hause Romanow mit unerhörten Machtvollkommenheiten wieder regieren“. Wir werden abwarten, ob diese Prophezeiung mit andern ähnlicher Art den armen Kemmerich auf die Dauer sollte enttäuschen müssen. Der heilsichtige Doktor hatte doch bisher so gute Erfahrungen mit seiner Zukunfts-Berechnung gemacht. Man denke, schon im Sommer 1918 war der ahnungsvolle Mann ins bayerische Kriegsministerium gelaufen, um die Errichtung einer Elitetruppe vorzuschlagen; denn seine Prophetengabe sah eine Revolution kommen. Ja, noch im Oktober des gleichen Jahres wandte er sich an den Minister des Innern „zwecks Bildung der heute glücklich bestehenden Einwohnerwehren“. Am Telephon kriegte er schließlich Bescheid, man würde sich im Ministerium andern Tages schlüssig werden, — und da war es nun schon zu spät. Unser Prophet, der wie Cassandra voraussah, was unabänderlich vom Schicksal verhängt war, — er meinte doch, es sei zu ändern, wenn er es rechtzeitig den Geheimräten der Münchener Ministerien mitteilte. Aber was waren wir andern damals für Dummköpfe! Auch wir wußten ja, daß die Revolution kommen würde. Wir schlossen es aus der militärischen Lage im Felde und aus dem Hunger und der Verzweiflung in der Heimat: Magenknurren, dachten wir, sei der Vordonner der Revolution. Wieviel einfacher war die Methode Kemmerichs! Der Lauf der Gestirne, die phänomenologischen Gesetze und seine eigene Intuition führten ihn auf die richtige Fährte, und es ist schade, das es ihm nicht gelang, eine Bewegung zu unterdrücken, die sogar zur Erschütterung der Wirtschaftsgrundlagen hätte führen können, zu deren Schutz der gelehrte Prophet Einwohnerwehren und Elitetruppen in Betrieb setzen wollte. Er scheint also Maschinengewehre für noch stärker zu halten, als selbst das Fatum, das einem Kemmerich nichts vormachen kann. — Notabene: Der Dr. Max Kemmerich ist identisch mit dem Verfasser des bei Albert Langen erschienenen Buches „Aus der Geschichte der menschlichen Dummheiten“. Dieses Werk schließt mit der nachdenklichen Bemerkung: „Die Dummheit aber gehört zum kostbar gehüteten, unverlierbaren Besitz der Menschheit“. Das stimmt, Herr Doktor.

Persönliche Bemerkungen.

Etlliche Leser des FANAL glauben mit dem Abonnement der Zeitschrift auch das Recht erworben zu haben, inquisitorische Fragen an den Herausgeber zu richten, von denen ich die am häufigsten wiederkehrenden bereits im ersten Heft (S. 16) beantwortet habe. Hinzugefügt sei: Ich bin weder Mitglied der K. P. D. noch beziehe ich von dieser Partei oder von irgend einer Organisation ein Gehalt. Ich bin Jude und aus der Religionsgemeinschaft (Kirche) ausgetreten. Ich bin Mitglied der Anarchistischen Vereinigung Berlin, der Roten Hilfe Deutschlands und des Arbeiter-Schachbundes. Außerdem bin ich zweimal mit Erfolg gegen Pocken geimpft. Ich war nicht Soldat, habe während des Krieges — und zwar von Anfang an — in enger Verbindung mit den revolutionär-antimilitaristischen Kreisen des Spartakusbundes und besonders der Bremer Internationalisten gestanden, habe die Übernahme einer Arbeit im „Vaterländischen Hilfsdienst“ verweigert und befand mich in der letzten Zeit des Krieges in Traunstein in Zwangsaufenthalt.

Zweitens: das FANAL muß ich trotz aller Beschwerden meiner eigenen Arbeit reservieren. Wollte ich Mitarbeiter beschäftigen, so müßte ich ihre Arbeiten so gut honorieren, wie die Arbeiten des Druckers und Buchbinders. Dazu fehlt es durchaus an Geld. Außerdem habe ich nur 16 Seiten im Monat Platz für meine eigenen Beiträge. Die Folge ist, daß ich noch jedes Mal schon geschriebene Artikel sehr gegen meinen Wunsch herauslassen und des Raum mangels wegen wichtige Ereignisse, zu denen ich wohl etwas eigenes zu äußern gehabt hätte, unberücksichtigt lassen mußte. Beispielsweise ist hier der Fall des falschen Hohenzollernprinzen Domela, die Tragödie der Grete Machan, die Schießereien der Familie Kähne usw. überhaupt nicht erwähnt worden. Er widerungen auf sachliche Polemiken gegen meine im FANAL geäußerten Ansichten mußten des Raum mangels wegen unterbleiben. Ich werde also auch in Zukunft nur eigene Beiträge bringen, zu deren Vermehrung die Möglichkeit aber demnächst durch Aufnahme von Geschäfts-Inseraten geschaffen werden soll. (vergl. Nr. 1, S. 16.)

Endlich: Auf die beiden Artikel, mit denen das Zentralorgan der anarchisch-autoritären Richtung den Artikel „Die Anarchisten“ aus Nr. 7 des FANAL beantwortet, würde ich auch nicht eingehen, wenn ich dazu Platz hätte. Dieser Verpflichtung enthebt mich schon der Umstand, daß man dort nicht gegen den Genossen, sondern gegen den Herrn Mühsam polemisieren zu sollen glaubt. Der bin ich nur für Klassengegner und mit Klassengegnern führe ich keine Diskussionen über revolutionäre Angelegenheiten. Überdies hält mich persönliche Rücksicht zurück, mich auf die Schreibübung des Zentralorgans einzulassen. Mir ist nämlich der Verfasser bekannt; dem bin ich dafür Dank schuldig, daß er mir noch bis vor einen Monat geholfen hat, im FANAL, das, wie er giftig aber zutreffend feststellt, mein Privatunternehmen ist, alle die Ansichten zu propagieren, die er heute verurteilt, alle die Ansichten anzugreifen, die er heute verteidigt. Und dies tat er mit soviel enthusiastischer Zustimmung, daß die Plötzlichkeit seines Gesinnungswechsels jeden verblüffen muß, der nicht infolge anderer Plötzlichkeiten in seinem Verhalten nicht mehr überrascht werden konnte. Ich betrachte es nicht als Feigheit, sondern als Ausfluß eines Restes von Schamhaftigkeit, daß er seinen Verfasseramen keusch in ein Pseudonym hüllt. Dieser Rest von Schamhaftigkeit mag die Hoffnung begründen, daß mein plötzlicher Entlarver einmal wieder zu sich kommen werde; ich für meinen Teil will mich zufrieden geben, wenn er nicht wieder zu mir kommt.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bin.-Neukölln, Ziehenstr. 64.

- Donnerstag, den **5.** Mai: Genosse MRATSCHNY: „Über Erziehungsfragen“.
Donnerstag, den **12.** Mai: Genosse RUDOLF ROCKER über: „Irdische und himmlische Autorität“ (Ergänzung und Diskussion).
Donnerstag, den **19.** Mai: Aussprache über die Krise in der anarchistischen Bewegung.
Donnerstag, den **26.** Mai: Genosse PAUL ALBRECHT über: „Die Grundbedingungen der sozialen Revolution“.

=====
Gäste stets willkommen.
=====

Zuschriften an Gustav L ü b e c k , Neukölln, Ziehenstr. 10 IV

Russischer Emigrant

Links-Revolutionär, Pädagoge, der russischen, französischen und deutschen Sprache vollkommen mächtig, sucht sofort Stellung als

Hauslehrer

oder irgend eine andre existenzverbürgende Arbeit. Angebote übermittelt der Herausgeber des „FANAL“, Erich Mühsam, Charlottenburg 1, Am Lützow 10, Tel. Wilhelm 1685.

Wer den in Rußland inhaftierten Anarcho-Syndikalistinnen und Anarchisten seine Solidarität bekunden will, sende Beiträge an den Unterstützungsfonds der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Es ist der Vermerk „Russisch. Unterstützungsfonds“ nicht zu vergessen.

Adresse:

**Sekretariat der
I. A. A., Berlin O. 34
Warschauer Straße 62**



Liebe

Roman von Helene Stöcker

6.—11. Auflage

Ganzleinen RM. 6.50

In englischer Uebersetzung im Verlag
Thomas Selzer, New York

Ueberwältigend groß ist der Wert und Wahrheitsgehalt dieses wundervollen Buches. Prof. Dr. Paul Kammerer, Wien

Das ist wohl das bedeutendste Buch, das je eine Frau über die Liebe geschrieben hat. Eine Offenbarung
Freiheit, Königsberg.

Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker

Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist. Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform. Bertram Lloyd.

Erotik und Altruismus

Von Helene Stöcker — Preis 1 RM.

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da.

Die schaffende Frau.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION

Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Staat und Kirche. — Justiz-Reformen. — Stahl-
helm-Parade. — Proletarische Dreckschleudern.
Der drohende Krieg. — Rettet Sacco u. Vanzetti!



Jahrgang 1

BERLIN

Juni 1927

PREIS 30 PFG.

Nr. 9

PREIS 30 PFG.

Bücher u. Schriften von Erich Mühsam

JUDAS Arbeiter-Drama in 5 Akten — Der
Malik-Verlag Berlin — 2. Aufl. 1924 — Preis
broschiert Rm. 1,60, gebd. Rm. 2,40

BRENNENDE ERDE Verse
eines Kämpfers / Kurt Wolff-Verlag / München
1920 / Preis brosch. Rm. 2.—, gebd. Rm. 3.—

ALARM Manifeste aus 20 Jahren / Verlag
„Der Syndikalist“ / Berlin 1925 / Preis brosch.
Rm. 1,—, gebd. Rm. 2,—

REVOLUTION Kampf-, Marsch- u.
Spottlieder / Verlag „Der freie Arbeiter“, Ru-
dolf Oestreich, Berlin 1925 / Preis Rm. 0,75

SEENOT Verlag der Schriften / Wien-Ober-
St. Veit 1925 / Preis brosch. Rm. 0,40, karton.
Rm. 0,60 / Die Ballade „Seenot“ ist direkt vom
Verfasser zu beziehen.

**GERECHTIGKEIT FÜR
MAX HÖELZ** Verlag „Rote
Hilfe Deutschlands“ / Berlin 1926 / 3. Auflage
im Erscheinen) Preis Rm. 0,40

Alle in den Vorkriegsjahren erschienenen Werke von Erich
Mühsam sind vergriffen und im Buchhandel nicht erhältlich

FANAL

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 9

Junl 1927

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich R.M. 1.75, (Aust. 2.05) jährlich R.M. 3.50, (Aust. 4.10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bln.-Charlottenburg, Am Lützow 10

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Staat und Kirche.

Der Kampf, den der mexikanische Präsident Calles zur Befreiung des Staates von den übermächtigen Einflüssen des Klerus führt, bietet durchaus keinen Anlaß zu der überschwänglichen Begeisterung, mit der die Revolutionäre in aller Welt den Sieg der Freiheit über die Knechtung des Geistes feiern. Gewiß illustrieren die Formen des bewaffneten Widerstands, in denen die Geistlichkeit um die Zurückeroberung ihrer Machtposition ringt, sehr eindeutig den Charakter der Kirche als weltlich-politische Organisation, und die Scheußlichkeit etwa der terroristischen Ueberfälle auf Personenzüge, bei denen, angeblich unter Führung katholischer Priester, die Passagiere mit Greisen, Frauen und Kindern in den brennenden Eisenbahnwagen eingesperrt und zu Tode gemartert wurden, zeigt, bis zu welchem Maße fanatischen Aberglaubens eine ursprünglich ethische Idee verfälscht werden kann, wenn materielle Herrschsucht sich ihrer als Mittel bedient. Der Kampf der Calles-Regierung gegen die Kirche ist, genau wie Bismarcks „Kulturkampf“ vor 50 und der Kampf des französischen Kabinetts Combes gegen die Kongregationen vor 25 Jahren, nichts anders als ein Rivalitätsstreit zweier der Freiheit gleich feindlicher Mächte um Autorität und Gewalt über den wirtschaftlich unselbständigen Teil der Bevölkerung. Der Kampf in Mexiko wird enden, wie die Krachs zwischen Staat und Kirche noch immer geendet haben: mit einer Einigung auf Grund der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Duldung und der hilfsbereiten Unterstützung in der Ausübung der Macht. Auf die

äußeren Formen dieser Einigung wird es sehr wenig ankommen, und es läßt sich wohl vorstellen, daß die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt würde, ohne daß dadurch die Macht-sphäre der Kirche im Staat die geringste Einbuße erlitte.

Es darf allgemein bezweifelt werden, ob die Forderung der Atheisten und Freidenker, der Staat solle den kirchlichen Institutionen die Subventionen und den gesetzlichen Schutz ihrer Gebräuche und Einrichtungen entziehen, auf einer zutreffenden Einschätzung der wirklichen Beziehung beider Mächte zu einander beruht. Es scheint da vielfach an der Einsicht zu fehlen, daß der Staat die Kirche braucht, da die Anerkennung seiner Autorität, das hochgerühmte „Staatsbewußtsein“, ohne die kirchliche „Seelsorge“, das ist die Erziehung der Menschen zur Unterwerfung unter eine imaginäre, transzendente Autorität, zur Anbetung einer außerirdisch vorgestellten, Willen und Schicksal bewußt lenkenden göttlichen Gewalt, auf die Dauer garnicht erhalten werden könnte. Der Staat braucht die Kirche, weil er ohne ihre Zurecht-knetung der menschlichen Seele zum Glauben an die Obrigkeit, zur kritiklosen Hinnahme des Absurden und Vernunftwidrigen und zum demütigen Selbstverzicht nicht existieren könnte; die Kirche braucht den Staat nicht, — sie benutzt ihn nur, weil er sie braucht.

Die Interessen der Kirche sind nicht ohne weiteres identisch mit denen des Staates. Der Staat ist die Exekutionsmaschine der kapitalistischen Ausbeutung innerhalb nationaler Grenzen. Er kann nichts anderes sein und niemals etwas anderes werden. Wohl aber ist es möglich, daß die kapitalistische Ausbeutung sich einmal, wenn die nationalen Begrenzungen des Staates das Geschäft zu stören beginnen, zum Bau geeigneterer Ausführungsmaschinen im internationalen Maßstabe entschließen wird, die Staatsfunktionen auf bloße Polizeidienste mit den Mitteln der bewaffneten Macht und der Justiz beschränkend. Die zur Zeit in Genf tagende Weltwirtschaftskonferenz zeigt deutlich genug diese Tendenz. Die Kirche verfolgt von vorn herein nirgends national begrenzte Ziele. Sie ist — alles dies gilt gleichermaßen für die katholischen, lutherischen, jüdischen, mohammedanischen, wie die sonstigen deistischen Bekenntnisse — an territorialen Fragen gänzlich uninteressiert und erstrebt eine anders geartete Macht als der Staat, erstrebt sie aber für sich selbst, nicht wie jener als Mandatar einer übergeordneten Gewalt für einen Dritten. Da das Machtstreben des Staates für das übergeordnete Kapital

die Kreise des eigenen Machtstrebens nicht stört, unterstützt die Kirche den Staat gegen entsprechende Gegendienste in der Niederzwingung des Proletariats unter den Willen der Besitzer der Produktionsmittel. Als Gegenleistung stärkt der Staat die Macht der Kirche mit den Mitteln seiner Gesetzgebung.

Die historischen Materialisten irren, wenn sie allem Machtstreben ökonomische Beweggründe beimessen. Es ist im Gegenteil so, daß der Kampf um die Nahrung in der ganzen Natur ein einfacher Vorgang der Umsetzung von Lebenssubstanz, der Verwandlung der Stoffe ist, mit Machtgelüsten aber garnichts zu schaffen hat. Der Tiger erschlägt das Pferd, um es zu fressen, um seine Tigersubstanz durch Pferdesubstanz zu vermehren, keineswegs aber um Macht auszuüben. Das Wesen der Macht nämlich ist die Unterwerfung lebendigen Willens zu Hörigkeit und Preisgabe, nicht die Tötung des Lebens. Daß bei der Unterwerfung von Menschen unter die Macht anderer Menschen ursprünglich der Wille zur ökonomischen Bereicherung auf Kosten des andern bestimmend war, ist wahrscheinlich. Es ist aber kein Beweis dafür, daß der durch ökonomische Ursachen herangebildete Begriff der Macht sich nicht im Lauf der Entwicklung zum Selbstzweck machen und den ökonomischen Vorteil über den Mitmenschen als Mittel zur Macht benutzen konnte. Die in unsern kapitalistischen Verhältnissen bis zum Höchstmaß kultivierte Anhäufung unvorstellbarer Vermögen in den Händen einzelner, die alle Energieen nur zur immer noch steigenden Vermehrung dieser Reichtümer verwenden, dient gewiß nicht zur Verbesserung der Lebenshaltung der Multimillionäre, die bei allem Luxus nur einen minimalen Bruchteil ihrer Einnahmen zu verbrauchen wissen, sondern nur zur Versklavung von immer mehr Menschen unter ihren Willen, demnach zur Stärkung der Macht, die sie durch willkürliche Zulassung oder Nichtzulassung der Arbeiter zu den Produktionsmitteln ausüben. Die Verfügungsgewalt über die ökonomischen Ausbeutungsmittel gibt ihnen das Bewußtsein unumschränkter Herrschgewalt, der Macht der Tyrannei. Die Triebfeder ihres Handelns aber ist längst nicht mehr ökonomischer Eigennutz, sondern der ökonomische Eigennutz ist ihnen Mittel zum Zweck, sich Herr und Autorität zu fühlen.

Wollen die Kapitalisten persönliche Macht erringen, die sie durch ihren Zusammenschluß zur Klassengemeinschaft und durch die Organisation der zentralen Staatsmacht vermehren und festi-

gen, und betrachten sie das Monopol der Wirtschaft als den einzigen realen Ausdruck positiver Macht, so geht die Kirche darauf aus, das Gefühlsleben der Menschen in ihre Gewalt zu bringen, die mystischen und metaphysischen Bedürfnisse der Seelen in die Abhängigkeit ihrer Dogmen zu pressen, den Verstand, die kritische Beobachtung, die Sinnlichkeit schon der kaum zu eigenem Erleben erwachten Kinder in die Bahnen lenken, die ins abstrakte Machtgebiet ihrer Herrschaft führen. Die ökonomischen Interessen der Kirche sind diesem Machtstreben durch die Idee bewußt untergeordnet. Die Anhäufung irdischer Güter, auf die sich die Kirche gewiß nicht schlecht versteht, dient dem Ausbau ihrer Organisation, ihres ungeheuren Beeinflussungs-Apparates und ihrer Konkurrenzfähigkeit mit der nur auf wirtschaftliche Potenz gestellten Mächten.

Eine Untersuchung, wie weit die ursprünglich religiös-sittlichen Fundamente der Kirchen dem Eindringen konfessionell-parteilicher Interessen überhaupt noch standgehalten haben, kann hier ausscheiden. Die zahllosen religiösen Sekten, die sich die ideelle Reinigung speziell des Christentums zur Aufgabe gestellt haben und durchweg den Kampf gegen die Kirche als Voraussetzung dazu ansehen, mögen darüber als Nächstbeteiligte entscheiden. Religionsphilosophische Auseinandersetzungen stehen bei politischen Diskussionen mit der Kirche zu allerletzt in Frage, und wären die Deisten mit ihren Glaubenssätzen und Bekehrungsversuchen nie aus den Bezirken herausgetreten, in denen die freie Propaganda Raum hat, dann hätte sich auch jede antiklerikale Agitation in den Grenzen des Ideenkampfes mit Gründen und Gegengründen zu halten. Denn für den Revolutionär ist zunächst nicht die Kirche der Feind, sondern der Staat. Aber der Ideenkampf hört auf und wird zum Kampf mit politischen, mit revolutionären Mitteln, wenn die Kleriker ihre Bethäuser verlassen, sich als weltlich-politische Truppe ins Stadion der Boxmeister stellen und für ihre Machtansprüche gegen Konzessionen an die von keinen ethischen Verbrämungen umhüllten Ausbeuterinteressen des Kapitals die gesetzgeberische Gewalt des Staates anrufen.

Die Kirche ist älter als der Staat; aber seit es Staaten gibt, hat sie deren politische Waffen zur Befestigung ihrer Macht benutzt. Hier soll garnicht von den abergläubischen Greueln des Mittelalters gesprochen werden. Es genügt, das heute noch in Deutschland geltende Strafgesetzbuch anzusehn, in dem der jen-

seitige Gott der Christen und Juden, dessen Vorstellung uns so fremd ist wie die des Lindwurms oder Einhorns, mit irdischen Strafen gegen die Beleidigung seiner himmlischen Majestät geschützt wird. Das sind Konzessionen des Staates an die Kirche, die nichts kosten und zu Gefälligkeiten verpflichten. Weitaußer ärgert es um den Staatsschutz dessen, was die Kirche Sittlichkeit zu nennen beliebt und was nichts anderes ist als ein Vorwand, das Verfügungsrecht des Individuums über seinen eigenen Körper mit Hilfe des trüben Begriffs „Sünde“ unter die Kontrolle autoritärer Instanzen zu stellen. Die Kirche arbeitet da mit der Angst vor Höllenqualen nach dem Tode, und der Staat gibt sich dazu her, den jenseitigen Peinigungen auf dieser Welt den realen Vorgeschmack zu geben. Da sind alle Gesetze, die den sexuellen Wandel der Menschen abschleifen sollen, so der üble Kuppelei-Paragraph, der die Verschacherung der Töchter zur lebenslänglichen Eheverklavung an einen Meistbietenden schützt, indem er Zimmervermieter unter Strafe stellt, wenn sie zwei Menschen, die sich ohne behördliche Abstempelung lieb haben, Quartier geben. Da ist der nichtswürdige Päderastie-Paragraph, der die Befriedigung eines Naturdranges bedroht, der im freien Einverständnis erwachsener Personen ohne die geringste Schädigung eines Dritten betätigt wird. Hier setzen freilich schon kapitalistische Staatserwägungen ein; denn die ausbeutende Klasse ist interessiert an der Geburt möglichst vieler Proletarier, denen zwar weder hygienisches Aufwachsen noch die notwendigste Nahrung garantiert wird, die aber da sein müssen, damit die exploitierte Arbeitskraft billige Marktware bleibe. Besonders kraß tritt dieser Gesichtspunkt im Verbot der Fruchtabtreibung zutage, der die armen Frauen zwingt, Kinder tuberkulöser, syphilitischer oder geisteskranker Väter zur Welt zu bringen, in unglücklichen Ehen im Alkoholrausch oder gewaltsam erzeugte, in Haß und Ekel empfangene Kinder, für deren Säuglingszeit schon nicht Wiege, Weißzeug noch Milch zu schaffen ist. So will es die Sittlichkeit der Kirche, so will es der Arbeitsmarkt des Kapitals.

Im republikanischen Deutschland hat die politische Organisation der Kirche die Staatsmacht ganz in die Hand bekommen. Daß es gerade das katholische Zentrum ist, spielt keine Rolle; der Evangelische Bund, der auch noch mitzureden hat, ist um nichts besser, und ließen die christlichen Konkurrenten den Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ans Steuer, wär's

genau so. Der Staat braucht in dieser Zeit, da der totkranke Kapitalismus den Widerstand seiner Opfer mit allen Mitteln niederhalten und unterdrücken muß, den sanften Augenaufschlag der Frömmigkeit, das Ethos von Zucht und Sitte, das ihm nur die Kirche liefern kann, dringender als je. Erst mußte die Jugend vor Schmutz und Schund in Wort und Schrift behütet werden, damit der revolutionären Literatur und Kunst das Genick umgedreht werden kann. Jetzt soll die Jugend vor seelenvergiftenden Vergnügungen bewahrt werden, damit auch revolutionäre Kundgebungen, bei denen junge Menschen zur Erkenntnis der sozialen Schweinerei erweckt werden könnten, entgiftet werden. Dann folgt die Auslieferung der Schule an die Kirche, und mit dem Konkordat endlich soll alles dies für die Ewigkeit, auf die die kapitalistische Herrschaft sich gesichert glaubt, vertraglich geregelt werden. In Bayern sind alle diese Maßnahmen nicht mehr nötig. Dort hat die Kirche sich selbständig als Staatsmacht etabliert und teils in festgelegten Gesetzen, teils ungesetzlich erreicht, wonach das Kapital strebt. In Preußen betreibt sie das Geschäft der Kapitalisten im Bunde mit den Sozialdemokraten, im Reich mit den Deutschnationalen. Der Effekt ist der gleiche überall: der Staat gebraucht die Kirche, die Kirche benutzt den Staat.

Die Forderung der Trennung von Staat und Kirche trifft neben ihr Ziel. Der revolutionäre Kampf muß dem Staate gelten, der Kirche nur, soweit sie mit dem Staate identisch, beziehungsweise sein bestimmendes oder ausführendes Organ ist. Mögen die Gläubigen in ihren Kirchen, Synagogen und Moscheen ihre Riten pflegen, wie sie es für gut halten; wir können sie auch nicht hindern, ihre Kinder im Geiste der Konfessionalität zu erziehen, der uns vom Geiste der Religiosität, der mit Gottglauben nichts zu schaffen hat, sehr weit entfernt scheint. Wir haben uns aber dagegen zu wehren, daß die kirchlichen Ansprüche auf Hirtenamt und Sündenkontrolle mit den gewalttätigen Mitteln des Staates in unsre Bezirke übergreifen. Der Staat wird uns nicht helfen, seinen besten Bundesgenossen abzuwehren, selbst da nicht, wo er, wie zur Zeit in Mexiko, sich selbst von der zu engen Einschnürung seiner Bewegungsfreiheit zu erlösen sucht. Den Kampf gegen die Kirche können wir nur führen, indem wir aus ihren Organisationen und Gebetsgemeinschaften austreten, durch Bloßstellung ihrer Staats- und Kapitalsverbundenheit den Kirchenboykott werbend fördern und indem wir unsre Kampf-

kräfte gegen den Staat und alle seine Einrichtungen konzentrieren. Ist der Staat einmal zerschlagen, der Kapitalismus vernichtet, der Besitz an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln der gemeinsamen Bewirtschaftung der Arbeitenden zugeführt, dann ist auch die Kirche der Mittel beraubt, die materielle Macht auszuüben, auf die allein heute noch ihre Macht über die Geister und Seelen sich stützt. Der Staat braucht die Kirche, die Kirche benutzt den Staat. Ihre Macht wird zerbrochen sein, wenn die Organisation der Gesellschaft frei sein wird, keine Hilfe außerirdischer Kräfte mehr braucht und sich von keiner Spekulation auf das schlechte Gewissen der Menschen mehr benutzen läßt.

Justiz-Reformen.

Das Gesetz zum Schutz der Republik soll uns also erhalten bleiben. Es hat sich hervorragend bewährt. Was war das doch damals für ein Spektakel, als es verkündet wurde. Die Deutschnationalen und die bayerischen Kahrioten glaubten allen Ernstes, die verewigte Monarchie sollte tatsächlich totgeschlagen werden; aber die bayerische Regierung probierte gleich aus, wie sich das Reich, das uns doch bleiben muß, verhalten würde, wenn man die Rechnung ohne den Wirth machte und erließ eine Proklamation, worin sie die bekannte Einladung aus Götz von Berlichingen in so manierlichen Formen, wie die bajuwarische Gemütsart eben zuließ, nach Berlin ergehen ließ und dem eigenen Anhang mit beschwichtigendem Grinsen eine „Verordnung zum Schutz der Verfassung“ servierte. Der Reichspräsident Ebert brachte dann mit seinem sprichwörtlichen Takt die Geschichte wieder in Ordnung, indem er den Bayern alle verlangten Extrawürste briet und den Staatsgerichtshof, den die Weißblauen als Revolutionstribunal ausschrieten, mit einem süddeutschen Senat verzierte. Das Weitere besorgte dann der Niedner mit seinen Gehilfen Jürgens und Vogt. Als man im vorigen Jahr an dem Gesetz von 1922 die erste Verschönerungskur vornahm, bauté man die Befugnisse des Staatsgerichtshofs ab, ohne den Niedner mit abzubauen. Der wendet das Gesetz jetzt als Präsident des IV. Strafsenats des Reichsgerichts an, und die revolutionären Arbeiter sind glücklich, seitdem auf veränderten Urteilsformularen ihre jahrelange Absperrung von Familie, Arbeit und Leben begründet zu lesen. Das war aber nicht die einzige Reform, die an dem Schutz der Republik vor Republikanern vorgenommen wurde. Die Bestimmung, daß bei „besonders schweren Fällen“ Vergehen gegen den § 7 mit Zuchthaus zu ahnden seien, wurde gestrichen; sie hatte sich auch als ziemlich überflüssig erwiesen, da Straftaten von Monarchisten sowieso niemals

besonders schwere Verfehlungen gegen die Republik sind, und weil bei besonders schweren Fällen proletarischer Versündigung fast immer irgendwo eine alte Patronenhülse zu finden ist, die die Anwendung des Sprengstoffgesetzes von 1884 und damit die Verhängung von Zuchthausstrafen trotz der Streichung der Bestimmung ermöglicht. Uebrigens bekam die „Reform“ keine rückwirkende Kraft, und wo schon mal auf dem Gnadenwege die Umwandlung Niederscher Zuchthausstrafen in Gefängnis erfolgte, da verweigerte man jedenfalls die Anwendung der sogenannten Amnestie von 1925, nach der von Gefängnisstrafen zwei Jahre hätten nachgelassen werden müssen. Großzügigkeit und Edelmütigkeit sind halt nicht die stärksten Seiten der noch ungeübten Republik.

Die Deutschnationalen haben gefunden, daß das Gesetz, war es auch zu Beginn und bis vorgestern ein Schandfleck deutscher Sitte, wenn es schon nie hätte geschaffen werden dürfen, so doch verlängert werden muß. Sie und die Bayern haben immerhin erreicht, daß auch die Aufhebung republikstürzender Wehrverbände durch Landesregierungen künftig nicht mehr von einem Niederschen Staatsgerichtshof, sondern von einem Niederschen Reichsgerichtssenat korrigiert werden muß. Dafür haben sie denn ihre Zustimmung dazu gegeben, daß Wilhelm senior ruhig noch zwei Jahre in Doorn sitzen bleiben soll, nachdem Wilhelm junior dank dem Takte der Sozialdemokraten Ebert und Sollmann ohnehin längst inmitten der Töchter des Landes weilte. Das Gesetz zum Schutz des Kapitals hat sich in dem Maße bewährt, daß selbst die kaiserlose, die schreckliche Zeit durch seine Wirksamkeit minder schrecklich empfunden wird. Mögen immerhin einige vernörgelte Altkonservative Verrat und Treubruch zeternd; sie wird man schnell genug nach antipodischen Mustern als ultrarechte Renegaten mit Schimpf und Schanden aus dem Parteistall jagen können. Sicherlich sind sie von den Republikanern bestochen, um die vaterländische Einheitsfront zu zersetzen, und, wenn sie nachher ihre Mandate nicht gutwillig niederlegen wollen, dann kann man sie schlimmstenfalls von Stahlhelmen verhauen lassen. Ach so, es war ja von Justiz-Reformen die Rede; ich rufe mich zur Sache!

Im preußischen Landtag haben sie den Justizetat durchgekaut. Sie haben die Strafmethoden und den Strafvollzug betupft und be-rochen, hier ein Plästerchen und dort eine weiße Salbe empfohlen, im großen Ganzen alles gut und schön gefunden und Herrn Schmidt sein Gehalt bewilligt. Vorher berieten sie im Rechtsausschuß über einen Amnestie-Antrag, und mein Herz schlug schon höher, als ich im Vorwärts (Nr. 209 vom 4. Mai, Abendausgabe) die Ueberschrift las: „Amnestie für politische Gefangene. Ein sozialdemokratischer Antrag im Landtagsausschuß angenommen.“ Bei der Lektüre erwies sich dieses Selbstlob als ordinärster Schwindel, als infamste Verhöhnung der armen Frauen, die seit Jahr und Tag auf die Heimkehr

des um seiner Ueberzeugung willen in den Kerker gegangenen Er-nährers ihrer Kinder warten. Der Vorwärts berichtet nämlich — unter solcher Ueberschrift! —, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die Kommunisten einen Antrag auf Erlaß eines weitgreifenden Straffreihheitsgesetzes gestellt hatten, der „zu einer ungeheuren Blamage für die Kommunisten“ wurde. Denn, verkündet stolz das „sozialistische“ Zentralorgan, der Ministerialrat Kuhnt wies darauf hin, „daß in Preußen in den Jahren 1920, 1922 und 1925 umfassende Amnestieen erlassen wurden, außerdem noch nach den Ereignissen von 1923 eine Art Amnestie, bestehend aus mehr als 20000 Einzelbegnadigungen. Zur Zeit liege schon deshalb kein Anlaß zu einer neuen Amnestie vor, weil eine Umfrage im Oktober 1926 in sämtlichen preußischen Strafanstalten eine Gesamtzahl von nur 81 politischen Inhaftierten ergeben habe. Die Zahl der Personen, die deshalb noch sitzen, weil sie als besonders schwere Fälle von früheren Amnestieen ausgenommen waren, beträgt kaum mehr als fünf!“ Die Abgeordneten Obuch und Menzel, lügt der Vorwärts, hätten überhaupt keine konkreten Fälle angeführt, und auch sonst beriefen sich die Kommunisten immer nur auf Urteile des Reichsgerichts und des Staatsgerichtshofs, die garnicht der preußischen Begnadigungsgewalt unterlägen. Menzel hat, um mit einem Beispiel das ganze Gefasel abzutun, ausdrücklich auf die im sogenannten Sinnhuber-Prozeß von einem preußischen Schwurgericht verurteilten Genossen Bezug genommen, von denen heute noch 8 im Zuchthaus Wartenburg sitzen, einer Anstalt, über deren Qualitäten kürzlich der demokratische Abgeordnete Dr. Grzimek in der Presse haarsträubende Dinge mitteilte. Diese 8 Genossen gehören zu den „kaum mehr als fünf“ Gefangenen, die bei früheren Amnestieen unberücksichtigt geblieben sind, wie jene 20000 einzeln Begnadigten eine Auswahl waren aus den etwa 200 politischen Gefangenen, die damals offiziell zugegeben worden waren. Die Herren beliebten nämlich nur diejenigen als politische Gefangene zu zählen, denen das Gericht im Urteil wörtlich attestiert hat, daß sie sich zu ihrer Straftat aus Ueberzeugungsgründen verpflichtet gefühlt hätten. Da beispielsweise bei Max Hoelz — wie übrigens bei mindesten 75% der politischen Gefangenen — diese Bestätigung im Urteilstenor fehlt, ist er nach behördlicher und sozialdemokratischer Lesart kein politischer, sondern ein „gemeiner“ Verbrecher.

Dann aber berichtet der Vorwärts weiter und rühmt, wie der Redner der sozialdemokratischen Partei die Kommunisten mit ihrem Antrag knockout geschlagen hat. Dieser Redner war niemand anders als Herr Erich Kuttner, ein Mann, der selber mal einen politischen Gegner mit der Pistole über den Sinn des Noskeschen Siegeszuges belehrt hat. Da die Kugel, die den Arbeiter tötete, ihm von rechts nach links durch den Schädel ging, braucht Herr Kuttner heute selber nicht auf die Amnestie zu hoffen, die er den Revolutionären verweigert. Und wie begründet er die Weigerung?: die Sozialdemo-

kratie sei „keineswegs damit einverstanden, wenn in Konsequenz des kommunistischen Antrages z. B. die zu sechs und fünf Monaten verurteilten völkischen Verleumder Hirtsiefers einfach laufen gelassen würden.“ Seht doch, was Kuttner für ein gerechter Mann ist! Damit ein paar Hakenkreuzjünglinge den paar Monaten Gefängnis nicht entrinnen, an denen noch keiner ihrer Gesinnungsfreunde übermäßig zu leiden gehabt hat, dürfen die revolutionären Proletarier, die schon ihre 4, 5 Jahre Zuchthaus hinter sich und noch ebensoviel vor sich haben, beileibe nicht freigelassen werden! Darum schlugen dann die Sozialdemokraten eine eigene Entschließung vor, die erfreulicherweise mit großer Mehrheit angenommen wurde, und durch die das Justizministerium aufgefordert wird, „wie bisher der politischen Rechtsprechung sein Augenmerk zuzuwenden und Härten auf dem Gnadenwege zu beseitigen.“ Wie bisher! So sehn hierzulande Justiz-Reformen aus.

Aber nächstens soll jawohl mit dem neuen Strafvollzugs-Gesetz, an dem die Paragraphisten in den Reparaturwerkstätten der menschlichen Charaktere nun seit Jahr und Tag vivisektorisch herumdoktern, Justiz-Reform im bedrohlichsten Ausmaß realisiert werden. Besonders auf den „Strafvollzug in Stufen“ freuen sich die Kerkermeister mit dem psychologischen Einfühlungsvermögen in die Gefühlswelt der Gestrauchelten. Schade, daß sich die Strafvollzieher noch nicht in praktischen Uebungen mit der Gefühlswelt der Hungernden und der zu Zehnt in einer Kammer Hausenden beschäftigt haben! Also, sie wollen die Gefangenen abstufen und bei „guter Führung am Strafort“ jeweils eine Etage höher im Wohlwollen ihrer Peiniger steigen lassen. Das Verfahren ist großenteils schon versuchsweise in Uebung, mit dem Resultat, daß Denunziation, gegenseitige Bespitzelung, Streberei, Gehässigkeit, Neid, Tücke, Uebervorteilung der Haftgefährten zur Verbesserung der Lage, Wahrung des Charakters, Kameradschaftlichkeit und Solidarität, Widerstand gegen servile Erniedrigung, Schonung der Nerven und der physischen Kräfte bei der Zwangsarbeit und Bestehen auf Anwendung des gesetzlich zugesagten Rechts zur Verschärfung der Strafe und zur Vernichtung der Hoffnung auf vorzeitige Beendigung der Qualen führt. Aber ein Häufchen Gras mit einem Kränzchen Gänseblümchen unter der 5 Meter hohen Steinmauer des Gefängnishofes dünkt liberale Gemüter ein hehrer Fortschritt menschlicher Gesittung und liebevollen Verständnisses: der moderne Geist zeigt sich deutlich in unsern Justizreformen, und sicherlich wird es wesentlich zur Stärkung des Staatsbewußtseins der Entgleisten und Gefallenen beitragen, wenn man ihnen von kunstgewerblichen Professoren entworfene Spucknäpfe in ihre stinkigen Zellen stellt.

Am Ende ließe sich mal über eine andre Art Justizreform reden, die den Vorzug hätte, schon bei der Voraussetzung des Strafvollzugs, nämlich der Strafverhängung, einzusetzen. Es ist doch schließlich ein anstrengendes Geschäft, so jeden Tag stundenlang dazusitzen und

Hungernde, Frierende, Verzweifelte, Enttäuschte und Empörte abzustrafen, weil sie die Segnungen unserer gesellschaftlichen Einrichtungen nicht richtig zu würdigen verstanden. Zumal wenn man es häufig mit Leuten zu tun hat, die sich gar einbilden, der Staatsbetrieb selber mit seinen reizvollen Privilegien des Reichtums und der Ausbeutung müsse zugunsten sozialistischer und kommunistischer gesellschaftlicher Methoden verschwinden, kann einen schon mal ein Koller befallen. Da gab es in den 90er Jahren in Moabit die sogenannte Blutkammer des Landgerichtsrats Brausewetter und des Staatsanwalts Benedix. Die krigte alle politischen Prozesse gegen proletarische Revolutionäre zur gefälligen Sühnung überantwortet und fällte Urteile, die sich beinah neben denen des Niedrer sehn lassen können. Die Herren Benedix und Brausewetter sind dann plötzlich als Wahnsinnige erkannt worden und beide im Irrenhaus gestorben. Sie hatten sich wohl vor Entrüstung über die schlechte Gesinnung ihrer Opfer übernommen. Chauffeure, Lokomotivführer, Piloten werden in regelmäßigen Abständen auf die Intaktheit ihrer Nerven und die Klarheit ihrer Sinne geprüft. Wie wär's, wenn man diese kluge Maßnahme auch auf solche Personen ausdehnte, die ständig mit Menschenschicksalen zu jonglieren haben? Wenn unsre Reformer die Justiz kurieren wollen, so könnten sie doch mal überlegen, ob nicht bei den Richtern anzufangen wäre. Man füge in das juristische Studium 3 Jahre Zuchthaus mit allen bewährten Seelenschrauben ein, damit Richter und Staatsanwälte aus Erfahrung wissen, was sie tun, wenn sie andre Menschen einsperren lassen, und man lasse jeden Juristen, in dessen Ermessen Leben und Freiheit mit ihrem Lose weniger zufriedener Nebenmenschen gelegt ist, statt ihn nach einem einmaligen Examen für Lebenszeit loszulassen, dauernd unter die Kontrolle von Nervenärzten stellen und in regelmäßiger Folge auf seinen Geisteszustand untersuchen. Ich bin ja kein Reformer an den Institutionen der bestehenden „Rechtsordnung“, wenn das Wort gestattet ist; es ist nur eine Anregung für Optimisten, die auf eine Besserung der Zustände innerhalb der kapitalistischen Staatswirtschaft hoffen. Wenn ich selber gefragt würde, was für Justiz-Reformen ich wünsche, dann könnte ich nur antworten: Abschaffung der Aemter von Staatsanwälten und Richtern, Niederreißung der Gefängnisse und Zuchthäuser und Verbrennung sämtlicher Gesetzbücher!

Stahlhelm-Sarade.

Sie haben alle recht behalten, die uns ausgelacht haben, weil wir die Möglichkeit erwogen, daß der beabsichtigte Mussolini-Zug der Stahlhelm-Fascisten nach Berlin proletarische Abwehrmaßregeln notwendig machen könnte. Sie lachen jetzt noch lauter als zuvor, da sich statt einer agressiven Heldenschar eine verstörte, verängstigte, begossene und höchst klägliche Gesellschaft von etlichen Zehntausend enttäuschten, unausgeschlafenen und verärgerten Spießbürgern mit stumpfen und verkniffenen Gesichtern

durch die Straßen bewegte. Sie werden uns immer wieder auslachen, wenn wir revolutionäre Arbeiter zum Aufpassen mahnen und werden solange lachen, bis dieselbe trübe Gesellschaft, die sich am 7. und 8. Mai wie eine Armee kampfmüde desertierter Söldner als Gefangne der Polizei an den höhrenden Arbeitermassen vorbei transportieren ließ, sie das Lachen vergessen lehren wird. Das jammervolle Fiasko der schwarzweißroten Demonstration bedeutet nämlich keineswegs, daß die Herrschaften von Anfang an nicht hätten etwas Aktives unternehmen wollen; es bedeutet nur, daß sie vor Beginn der Aktion kampflös kapituliert haben. Bereitschaft des Proletariats war absolut geboten, denn die Industrie hatte für die Veranstaltung Hunderttausende springen lassen, und es ist allgemein nicht deren Gepflogenheit, Geld zum Fenster hinaus zu schmeißen, bloß damit andere Leute sich mal amüsieren sollen. Die Industriellen haben sehr durchdachte Absichten. Sie wollen ihr durch die schon durchgeführten Rationalisierungsmethoden endlich auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig gemachtes Geschäft auch nicht mehr vorübergehend von der drohenden Möglichkeit ökonomischer Kämpfe des Proletariats stören lassen. Die Tätigkeit der Justiz als ihre Hilfsmannschaft in der Strafbarmachung von Streiks genügt ihnen nicht mehr allein; sie wollen ein dezidiertes Streikverbot haben. Dazu müssen sie das Koalitionsrecht der Arbeiter aufheben, und das können sie nur auf dem Wege terroristischer Diktatur erreichen. Das Ausland würde Deutschland heute nicht mehr hindern, die Innenpolitik durch irgend einen Mussolini oder Hor'hy ausüben zu lassen. Die Handhabung der Reichspolitik durch die Deutschnationalen beweist ja, daß außenpolitisch auch von ihnen mit Daweswasser gekocht wird, und der Geist von Locarno ist für die Arbeiter des besiegten Deutschlands so wenig ein Schutzgeist gegen die Handgranaaten und Galgen ihrer Ausbeuter, wie für die Arbeiter des besiegten Ungarns oder Bulgariens.

Diesmal war's also noch nichts mit den stolzen Plänen der Rationalisten und ihrer Stahlhelmgarde. Das ganze Unternehmen stand unter einem ungünstigen Stern. Das bitterste war der Mißgriff des ungezogenen Hakenkreuzbruders in Dr. Göbbels' Krachversammlung ein paar Tage vor dem Fest. Mann konnte ja auch nicht ahnen, daß es ausgerechnet ein Pastor sein mußte, den man dort vermöbelte. In Ehrhards Familienkreise soll man wüst geschimpft haben über die Hitlerschen Hornochsen. Dann hatten die um den Selterwasserstand des Herrn Seldte versammelten Führer Stänkereien untereinander; die Quartiermacher arbeiteten schlecht, und die Villenbesitzer und alleinstehenden Damen, die hauptsächlich als Unterkunfts-wirte in Aussicht genommen waren, kaprizierten sich darauf, Offiziere oder besonders strammgebaute Gutsvolontäre mit guten Bein- und Umgangsformen zu beherbergen. Die Exerzierobjekte vom Lande und die Ladenschwengel vom Detailverkauf litten sehr unter der Angst der Saalbesitzer und Gastwirte vor dem Boykott des Berliner Proletariats, mußten massenweise bei noch ziemlich kühlen Frühlingsnächten im Freien kampieren und krigten vielfach noch nicht einmal für bares Geld einen Schluck Bier oder ein Stückchen Schlackwurst kredenz. Die Boykottandrohung hat sich als höchst wirksam erwiesen; es ist aber unbedingt nötig, daß Listen der Wirtschaften veröffentlicht werden, die trotzdem den Stahlhelmen Lager und Kost gegeben haben, damit der Boykott auch wirklich konsequent durchgeführt werden kann. Sonst nimmt das nächste Mal kein Mensch die Drohungen mit der Kundschaftsentziehung mehr ernst, und die Chancen der unsympathi-

schen Gäste, dem diesmal bei gedämpftem Trommelklang begrühten Arbeiterschwein das Messer ins Gedärm zu rennen, werden viel größer sein.

Die revolutionären Arbeiter aller Richtungen waren, selbstverständlich, auf der Straße, die nicht revolutionären Bürger und Arbeiter, ebenso selbstverständlich, weit von allen Schuß-, Hieb- und Stichmöglichkeiten draußen bei Mutter Grün. Daß sich unter den Bereitschaft haltenden Massen an den Spalieren des Demonstrationzuges auch Sozialdemokraten befanden, soll der hierob sehr beglückten Roten Fahne nicht bestritten werden. Das Gros rekrutierte sich, wie immer, wenn die Person einzusetzen ist, aus Angehörigen sämtlicher linker Parteien und Gruppen ohne Ausnahme und aus den Unorganisierten, die, abgestoßen von der Marktschreierei aller Sorten Programmhüter, der Stunde harren, für die sie leben. Das Triumphgeheul des Vorwärts, daß der Vorortsverkehr am 8. Mai eine Rekordzahl von Ausflüglern aufstellte, hat guten Grund. Es war der Beweis geliefert, daß die große Mehrzahl der Arbeiter, diejenigen, die keine Revolution wollen und deshalb bei der Sozialdemokratie bleiben, den Parolen der Welse folgen und auf die Einheitsfront mit Revolutionären dankend verzichten. Revolutionäre Einheitsfront wird nicht kommandiert und geht nicht „unter der Führung“ einer einzelnen Partei oder Gruppe vor sich; sie findet sich zusammen, wenn das revolutionäre Proletariat die Notwendigkeit verspürt, gemeinsam zu handeln. Revolutionäre Einheit zeigte sich, als am 17. Mai die Massen auf dem Gendarmenmarkt ihre Solidarität mit Sacco und Vanzetti bekundeten. Zu dieser Demonstration hatten alle linken Organisationen gemeinsam aufgerufen, die Anarchisten und Syndikalisten, die K. P. D. und die K. A. P. D., der Sozialistische Bund und die Unabhängigen, die ausgeschlossenen Kommunisten und die Industrieverbändler, die unterschiedlichen Jugendlichen, der Rote Frontkämpferbund und die Rote Hilfe. Da mußten die Führer tun, was die Massen wollten. Einheitsfront zwischen Revolutionären und Reformisten gibt es nicht, und die ewig wiederholte Parole der K. P. D., den Sozialdemokraten um den Bart zu gehen und die linken Revolutionäre zu ächten, wird in ihrer ganzen Absurdität und in ihrem wahren Charakter als papierene Führerklügelei enthüllt, wenn sich die Revolutionäre aus eigenem Antrieb zusammenfinden, wie am 17., wie vorher am 7. und 8. Mai.

Es ist recht töricht, wenn nach solchen Kundgebungen die K. P. D. sich immer wieder als Führerin des ganzen Proletariats aufspielt. Das kann sie ja garnicht sein als ein Gebilde, dessen Anhang nach links zieht und nach rechts gezogen wird. Töricht ist es auch, wenn sie nachher stets Massen von Sozialdemokraten gezählt haben will, während nur ein paar hundert oppositionelle S. P. D.-Mitglieder unter Disziplinbruch mitmachen, denen es dafür bei ihrer Partei beinahe so schlecht geht, wie den Linken in der K. P. D. Ganz schlimm aber ist es, wenn einem dauernd erzählt wird, auch die Polizeimansschaften gehörten eigentlich zu uns Revolutionären und nur ihre fascistischen Offiziere mißbrauchten sie gegen das Proletariat. Zum Teufel! Die Leute, die von oben bis unten mit Waffen behängt sind, die nie nach einer anderen Richtung verwendet werden als gegen die Arbeiter, sind die Feinde der Arbeiterklasse, und wenn die Führer der K. P. D. vom kapitalistischen Staat verlangen, er müßte den Schupobeamten das Gehalt erhöhen und ihnen die Ueberstunden vergüten, die sie bei dem Losprügeln auf die Proletarier am 8. Mai verplempert haben, dann muß man eben die Unterscheidung machen, die die Parteikommunisten zwischen

den sozialdemokratischen Arbeitern und ihren Führern machen, und die Bewilliger der Schupogehälter sehr scharf trennen von ihren Parteianhängern, die man tatsächlich nie vermißt, wo das Bekenntnis zur Revolution abgelegt wird.

Die Polizeioffiziere sollen an allen Brutalitäten gegen die Arbeiter schuld sein. Nein, die grünen Wachtmeister haben höchst eigenhändig und sogar höchst persönlich ergrimmt in die Massen hineingedroschen. Wir standen am Sonnabend abend an der Schönhauser Allee und sangen beim Vorbeimarsch der Stahlhelmer die Internationale. Da ging die Attacke ganz unvermittelt los. Zu Pferde und zu Fuß rückten die werten Klassenbrüder im grünen Waffenrock an, schlugen unbarmherzig um sich, traten niedergeworfene Frauen in die Seite und brüllten dabei unausgesetzt: „Ihr Hunde! Ihr Gesinde! Ihr Schweine!“ Ich war ganz verwundert, als einer dieser Klassengenossen, der grade dicht neben mir den Gummiknüppel schwang und „Ihr Hunde!“ schrie, plötzlich auf den Pfiff vom Straßenende her Kehrt machte und brav zu Herrchen zurücklief. Ich habe vergeblich darüber nachgedacht, warum dieser Mann wohl mich und die im Bereich seiner Stimme und seines Knüttels befindlichen Genossen durchaus als Hunde apostrophieren mußte.

Die kommunistische Presse schmettert, der Stahlhelmtag habe bewiesen, daß Berlin rot bleiben wolle. Daß Berlin rot sei, wird meines Wissens aus der Tatsache geschlossen, daß im Rathause sozialdemokratische und kommunistische Stadtverordnete mit einander die Mehrheit bilden könnten, wenn die Sozialdemokraten wollten. Den Wunsch der Berliner Arbeiter, in einem roten Berlin zu leben, will ich für den Teil glauben, der am 7., 8. und 17. Mai demonstriert hat. Wer aber behauptet, Berlin sei schon jetzt rot, der hilft nur dazu, daß Berlin schupogrün bleibt.

Proletarische Dreckschleudern.

... so bleibt uns, da es innerhalb der Arbeiterklassenbewegung eine wirklich unparteiisch zusammengesetzte Instanz zur Erledigung derartiger Angelegenheiten zur Zeit leider nicht gibt und wir auch nicht sehen, wie sie für diesen Fall geschaffen werden könnte, nichts andres übrig als die Herbeiführung einer vollen Aufklärung der gesamten Angelegenheit im Verlaufe des gerichtlichen Verfahrens ...“ Es handelt sich um den Ueberfall zentralefrommer Kommunisten auf den Genossen Korsch und eine Gruppe seines Anhangs beim Verlassen ihres Lokals nach einer Besprechung. Ein bürgerliches Schöffengericht soll also darüber entscheiden, wie sich der Vorfall zugetragen hat, und es wird nicht verfehlen, sich dabei ausführlich erzählen zu lassen, wie sich aus der Keilerei am Belleallianceplatz die Keilerei zwischen den 1924 aus den gleichen Listen erkorenen Abgeordneten im Reichstag entwickelte. Das Gericht wird den Standpunkt des „Polbüros“ der K.P.D. zur Kenntnis nehmen, wonach es Pflicht der wegen revolutionärer Umtriebe ausgeschlossenen Parlamentarier gewesen wäre, ihre Mandate der Parteileitung zur Aushändigung an brave Parteigenossen zurück zu geben, und auch den Standpunkt der Rausgeschmissenen, daß ihre Wähler sie mit dem Auftrag ins Parlament geschickt hätten, die kommunistische Politik zu vertreten, die 1924 parolisiert war und nicht die später von unbeaufsichtigten Parolytikern als kommunistisch ausgegebene Politik. Dann wird ein Urteil fallen von ähnlicher salomonischer Tiefe wie das des Münchener Gerichts,

das den Genossen Winter wegen Beleidigung des Erhard Auer verknackte und zugleich feststellte, die Blumenspende Auers an den Mörder seines Ministerkollegen Eisner sei ein Höflichkeitsakt gewesen, der politisch nicht beanstandet werden könne.

Noch schlimmeres als von dem Prozeß, der in weiser Gerechtigkeit die Richtungskämpfe innerhalb der K. P. D. ins Geleise der Wohlanständigkeit zu lenken bestrebt sein wird, ist von dem Beleidigungsprozeß zu erwarten, den Genosse Willi Münzenberg gegen die Redaktion des Spartakus angestrengt hat. Das Blatt hat'e einen Artikel gegen Münzenberg gebracht, der von weitem nach der Enthüllungsrache eines entlassenen Angestellten stank.

Wenn jemand, so scheint es allgemeine Uebung im Lager der proletarischen Linken zu werden, anderer politischer Auffassung ist als derjenige, der sich mit ihm auseinander setzt, so läßt sich das nur aus seiner Charakterverlumpung, aus seiner pekuniären Gewinnsucht oder seiner Geilheit erklären. Was wird bei der gerichtlichen Konfrontation Münzenberg-Spartakus herauskommen? Der Proletarier, der das ekelhafte Revolver-Elaborat verantwortlich gezeichnet hat, wird zu einer erheblichen Geldstrafe verurteilt werden, durch die die Staatskasse bereichert wird. Aber die feixenden Kleinbürger, die da als Schöffen fungieren sollen, werden sich doch die Gelegenheit nicht entgehen lassen, den mit Dreck beworfenen kommunistischen Parteiführer so gründlich um und um zu wenden und mit der Reinigungsbürste zu bearbeiten, bis der Unbeteiligte findet, daß etwas faul sein müsse in sämtlichen revolutionären Bewegungen. Das Bürgertum fühlt sich: wir sind die einzigen Sauberen, und wenn sich die Kommunisten, deren prinzipielle Differenzen der Bürger nicht kennt und nicht verstehen könnte, einander Korruption vorwerfen, dann kommen sie zu unsern Gerichten gelaufen, um Wahrheit und Recht zu finden.

Bilde sich keine Richtung ein, der Kampf mit der Dreckschleuder sei nur bei andern in Uebung. Man sehe sich nur die Rote Fahne an: es ist doch einfach zum Kotzen, wie sie alle diejenigen Genossen, die man, weil sie die große Schwenkung nach rechts nicht mitmachen konnten, aus der K. P. D. ausgeschlossen hat, persönlich zu Lumpen macht. Oder: Rosenberg tritt aus eigenem Entschluß aus der Partei aus. Es ist kein Wort dagegen zu sagen, wenn man ihn mit der Ratte vergleicht, die das sinkende Schiff verläßt, oder wenn man ihm den Weg des Paul Lensch prophezeit. Wir wollen beileibe die Grobheit nicht aus der politischen Polemik verbannen. Aber unmöglich ist es, wenn die Rote Fahne dem Mann einfach andichtet, die Sozialdemokraten hätten ihn gekauft. Von mir behauptet ein halbanarchistisches Blättchen, das im Erzgebirge erscheint, weil ich nicht seine, sondern meine Ansichten propagiere, ich sei ein Geschäftemacher auf Kosten des revolutionären Proletariats. Die Leutchen wissen genau, daß sie verleumden, daß keine einzige Organisation mich bezahlt und daß ich von meiner schriftstellerischen Berufsarbeit lebe. Soll ich sie vielleicht bei der Justiz des kapitalistischen Staates verklagen? Fällt mir nicht ein. Die Verleumder würden, woran ich gar keine Freude hätte, bestraft, nicht aber ohne den Nachweis geführt zu haben, daß ich mir, wenn ich etwa auf Agitationstour für eine ihnen nicht sympathische Organisation gehe, da ich leider nicht allein von Luft und Spucke leben kann, die Spesen der Reise und einen Teil meines Verdienstentganges ersetzen lassen muß. Bei hinreichend schlechtem Willen kann man daraus dann den Schluß ziehen, daß der Kerl also doch bezahlt ist, woraus sich seine Gesinnung füglich erklärt. Mit solchen Mitteln bekämpfen sich — jeder Tag bringt neue Beispiele —

in Deutschland die revolutionären Proletarier gegenseitig und rühmen sich dabei, der bürgerlichen Denkweise entwachsen zu sein.

Läßt sich denn nun wirklich nicht eine „unparteiisch zusammengesetzte Instanz zur Erledigung derartiger Angelegenheiten“ innerhalb der Arbeiter-Klassenbewegung schaffen, deren Fehlen Genosse Korsch mit Recht beklagt? Ich glaube, es ginge. Wenn etwa im Falle Münzenberg ein proletarisches Schiedsgericht eingesetzt würde, zu dem Beschuldiger und Beschuldigter nach freiem Belieben eine gleich große Zahl von Vertrauenspersonen stellten, die sich auf einen unparteiischen Verhandlungsleiter einigten, so käme dabei sicher besseres heraus als bei einer Gerichtsverhandlung vor einem staatlichen Tribunal. Nur dürfte das proletarische Schiedsgericht weder schuldig noch unschuldig sprechen, sondern müßte sich darauf beschränken, behauptete Tatsachen zu prüfen und das Resultat der Prüfung in objektivem Bericht der gesamten Arbeiterschaft zu unterbreiten. Urteile zu fällen, ist nicht Sache des Gerichts, sondern der Masse der Klassengenossen. Wie das Problem technisch zu lösen ist? Daß findet sich ganz von selbst, sobald die Arbeiter aller revolutionären Bewegungen einmal recht deutlich ihren Willen gezeigt haben werden, daß sie die Anrufung bürgerlicher Richter zur Entscheidung proletarischer Streitigkeiten nicht länger dulden wollen.

Der drohende Krieg.

Der Abbruch der englisch-russischen Beziehungen hat mich veranlaßt, einen in der Mitte des Monats Mai geschriebenen Artikel, der sich mit dem Einbruch in die Räume der Arcos beschäftigt, zurückzustellen, da im Augenblick alle an diese Aktion geknüpften Erörterungen zweifelhaft geworden scheinen. Falls bis zum nächsten Heft noch Zeit ist, Kriegsbetrachtungen aus der Friedensperspektive zu schreiben, soll dann die Behandlung des Konfliktes und seiner Ursachen nachgeholt werden.

RETTET SACCO UND VANZETTI!

Das Leben der seit 7 Jahren zum Tode verurteilten Genossen SACCO und VANZETTI ist in allergrößter Gefahr! Wenn nicht das revolutionäre Weltproletariat es verhindert, wird das Urteil anfangs Juli vollstreckt! Arbeiter! Kämpft mit euren Machtmitteln gegen das beabsichtigte Verbrechen des amerikanischen Kapitals! Boykottiert die Vereinigten Staaten! Kauft keine aus Nordamerika importierten Waren!

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bin.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

Donnerstag, den **2.** Juni: Genosse BERTHOLD CAHN über: „Der weiße Schrecken und seine Gefahren für die Arbeiterklasse“.

Donnerstag, den **9.** Juni: Genosse ERICH MÜHSAM über: „Einzel- und Massenaktionen“ (Nachholung des ausgefallenen Vortrags vom 28. April).

Donnerstag, den **16.** Juni: Genosse REINHOLD BUSCH über: „Kunst und Proletariat“.

Donnerstag, den **23.** Juni: Genossin JOHANNA MEYER über: „Die sexuelle Erziehung des Kindes“.

Donnerstag, den **30.** Juni: Genosse GUSTAV LÜBECK über: „Der Magdeburger Kongreß und wir“.

Am Freitag, den 8. Juni, findet eine außerordentliche Zusammenkunft statt, in der die Aussprache über die Krise in der anarchistischen Bewegung fortgesetzt werden soll.

Gäste stets willkommen.

Zuschriften an Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstr. 10 IV

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Die politische Monatszeitschrift für den klassenbewußten Arbeiter

Bezugspreis: vierteljährlich 60 Pfennige.

Aus dem Inhalt der letzten Hefte:

EICHLER: „Der Kirchenkampf in Mexiko“ — KUMLEBEN: „Gefahren für die weltliche Schule in Frankreich“ — KUO: „das Wirtschaftsprogramm des „ISK“ und China“ — Heinrich NELSON: „Das wahre Gesicht des Faschismus“ — OWEN: „Hohe Löhne in Amerika“ — RAUSCHENPLAT: „Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten aus der Sowjet-Union.“

Probeneffte kostenlos durch

N. HINKEL, Schlüchtern, Bez. Kassel

DIE



NEUE

BÜCHERSCHAU

**EINE KRITISCHE SCHRIFTENFOLGE
DICHTUNG / KRITIK / GRAPHIK**

Herausgeber: Gerhart Pohl

Redaktionscomité: Johannes R. Becher, Otto Bratskoven, Bernhard von Brentano, Klaus Herrmann, Max Herrmann-Neiße, Kurt Kersten, Egon Erwin Kisch, Leo Lania

**ist heute unbestritten das führende Blatt der
Gegenwarts-Literatur**

DAS BESTÄTIGT DIE WELTPRESSE:

Prager Presse: „ . . . von außerordentlicher Bedeutung . . . “
Neue Züricher Zeitung: „ . . . vielmehr als eine Bücherschau . . . “
Abend, Wien: „ . . . von Gerhard Pohl glänzend geleitet . . . “
Ere Nouvelle, Paris: „ . . . wichtige Kultur-Revue . . . “
Wiadmosci Literackie, Warschau: „ . . . eine der besten Zeitschriften
ganz Europas . . . “
Neckar-Zeitung, Heilbronn: „ . . . wird jedem Literaturfreund un-
entbehrlich werden . . . “
Junge Menschen, Hamburg: „ . . . Zusammenballung alles links-
gerichteten Geistes . . . “
Sächsisches Volksblatt, Zwickau: „ . . . jeder sollte sie lesen . . . “
Rote Fahne, Berlin: „ . . . im Interesse der Arbeiterklasse not-
wendig . . . “

Auch Sie müssen Abonnent sein!

Soeben beginnt die V. Folge. Ermäßigter Abonnementspreis: (April-
September 27: 8 Hefte) M. 2.20. (April - Dezember 27: 6 Hefte)
M. 4.40. April 1927-März 1928: 9 Hefte) M. 6.60 zuz. Porto. Einzel-
heft jetzt nur noch M. —,80, bei allen Kiosken, Buchhändlern oder
direkt vom Verlag

Die Neue Bücherschau, Charlottenburg 2

Postscheck: Berlin 30759

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Kriegsgefahr! — Straubing. — Amerika-Import. — Nur
nicht verzweifeln! — Bonzentag. — Autobiographisches.
So ist das Leben.



Jahrgang 1

BERLIN

Juli 1927

PREIS 30 PFG.

Nr. 10

PREIS 30 PFG

**DIE
LETZTE
POLITIK**

**DIE
FREI-
WIRTSCHAFT**

Die Letzte Politik,
als das Sprachrohr
der fysiokrati-
schen Bewegung,
ist das wöchentlich er-
scheinende Organ der
furchtlosen Bekämpfung
aller Versclavungen in
geistiger und wirtschaft-

licher Hinsicht. Den Weg
zu diesem Ziel der Be-
freiung zeigt Ihnen auch
die „Freiwirtschaft“, das
Bundesorgan des Fysio-
kratischen Kampfbundes.
Beiden aber ist die scho-
nungslose Offenheit und
Rücksichtslosigkeit ge-
mein, die allein dem re-
volutionären Gedanken
zum Sieg verhelfen
kann

★

PROBE-
NUMMERN KOSTENFREI
VOM VERLAG

**BESTELLUNGEN
BEIM
VERLAG**

**STIRN-
VERLAG
HANS
TIMM**

**BERLIN C 54
ROSENTHALER-
STRASSE 34/35**

**TEL. NORDEN
12815**

FANAL

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 10

Jul 1927

**„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, (Ausl. 2.05) jährlich RM. 3,50, (Ausl. 4,10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Berlin-Britz, Dörchlüchtlingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.*

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Die Geschäftsräume des

FANAL

sowie die Wohnräume des Herausgebers Erich Mühsam sind
verlegt worden nach

Berlin-Britz, Dörchlüchtlingstr. 48

Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

(Der Termin für die Benutzbarkeit des neuen Fernsprechers
steht noch nicht fest.)

Kriegsgefahr!

Am 11. November 1918 ging, mit dem Abschluß des Waffenstillstands im Walde von Compiègne, der akute Krieg in den latenten über. Der latente Krieg ist seitdem, bei wechselnder Zusammensetzung der verbündeten und feindlichen Koalitionen, der Dauerzustand in der Beziehung der Staaten zueinander geblieben. Wann der latente Krieg wieder in den akuten umschlagen wird, hängt von Umständen ab, die sich nicht allein aus ökonomischen Gesetzen und finanziellen Interessen, sondern zum guten Teil auch aus der Widersinnigkeit der politischen Weltorganisation und der Eitelkeit und Dummheit ihrer diplomatischen und militärischen Sachwalter ergeben. Sicher und allem Zweifel enthoben ist jedoch, daß die Kanonen

und Giftgasbehälter nicht anders mehr als durch ein neues Völkergemetzel entladen werden können und daß der Zeitpunkt, der die Entladung bringen wird, eher Wochen oder Monate als Jahrzehnte vor uns liegt.

Welche Anlässe den Krieg herbeiführen werden, ist nicht voraus zu sagen und nicht wichtig. Die Ursachen des neuen Krieges sind völlig klar und längst gegeben. Sie aus der Welt zu schaffen, ist kein pazifistisches Salbadern und Beschwören und kein politisches Schachern der im Völkerbund vereinten kapitalistischen Händelsucher fähig, sondern nur die vom internationalen Proletariat solidarisch unternommene, die Abschaffung der Staaten und die Errichtung konsequent sozialistischer Wirtschaftsinstitutionen direkt und unmittelbar erzwingende Revolution. Auch diese Revolution braucht nicht mehr auszubrechen, sie ist latent seit dem 1. August 1914 und war akut von der russischen Oktoberrevolution 1917 an bis zur Einführung der Nep-Politik 1921, durch die dem Privatkapital die Ausbeutung des russischen Proletariats unter Staatskontrolle neu konzessioniert wurde.

In der gegenwärtigen Geschichtsepoche vollzieht sich der Kampf um die Ablösung des in seinen traditionellen Formen der Ausbeutung und der Konkurrenz nicht mehr lebensfähigen Kapitalismus. Es ist ein Kampf um Wirtschaftsmethoden, in den, sich wechselseitig beeinflussend, der Kampf um Weltanschauungen, Konventionen, Kulturformen, Religions- und Erziehungsprobleme engstens verstrickt ist. In diesem Kampf aller um alles gewinnen allgemeine Reformen des äußeren Stils revolutionären Charakter, während vermeintlich revolutionäres Tun, das aber nicht an die Fundamente der Gesellschaft rührt, konservativ wirkt, da es sich der überlebten Stilart der Vergangenheit bedient und im Geistigen, Formalen und Zeremoniellen den Absprung vom Staat und seiner Ethik und Mode bestimmenden Schicht verabsäumt. Wir befinden uns im Uebergangskampf zwischen zwei Zeitaltern der Menschheitsgeschichte. Es ist lachhaft, sich von diesem Erkennen der historischen Situation, wie es die Marxisten tun, zu der teleologischen Wissenschaftsgaukelei verführen zu lassen, daß nun unausweichlich und unvermeidbar der überfressene Kapitalismus platzen und sozusagen aus seinen Eingeweiden den Sozialismus und das Menschheitsglück ans Licht vomieren werde. Es gibt in die Zukunft hinein keine Berechnung naturnotwendiger Entwicklungen, und die Gestaltung der Dinge wächst außer aus objektiven auch aus einer Fülle von subjektiven Bedingungen. In einem zwischen Menschen zu entscheidenden Kampf siegt die stärkere

Energie, die ebensowohl bei der zahlenmäßig größten Masse wie beim Willensgenie eines Einzelnen gesammelt sein kann. Die Formen des Kampfes um den Kapitalismus und seine Nachfolge werden die der Kriege und der Revolutionen sein. Jeder dieser Kriege wird revolutionären Charakter haben, jede dieser Revolutionen wird mit kriegerischer Gewalt in Erscheinung treten. Erweist sich bei allen diesen Kämpfen, deren Dauer sich jeder Prophezeiung entzieht, die Energie der Kapitalisten schließlich als die stärkere, so wird zwar die bisherige Wirtschaftsform des Kapitalismus, die widerlegt und erledigt ist, nicht gerettet werden, aber andere Formen der Ausbeutung werden an ihre Stelle treten, die noch schlimmer sein können, als die früheren. Bis zu welchem Maße der Sieger, Kapitalist oder Kommunist, dem idealen Ziel seines Kampfes nahe kommen wird, richtet sich nach der aufgewendeten Energie des Gegners, die als retardierendes Element erhalten bleibt.

Der sich augenblicklich vorbereitende Krieg wird die eigentliche Entscheidung durch den Waffensieg so wenig bringen, wie der Krieg, der zum Diktat von Versailles führte, seinen Zweck erreicht hat, die deutsche kapitalistische Konkurrenz auszuschalten. Kriege von heute verwandeln nicht mehr nachhaltig die Abhängigkeitsbeziehungen der Kriegführenden unter einander, sondern die wirtschaftliche Struktur im Innern der Länder selbst. Rußland, das unbesiegt aus dem Weltkriege ausschied, um sich der Umwandlung im Innern voll widmen zu können, soll an der Befestigung dessen, was von der Revolution noch an sozialistischen Ansätzen vorhanden ist, durch einen neuen Krieg, den England anstrebt, verhindert werden. Ob dieser Krieg zunächst noch hinausgeschoben wird, hängt davon ab, zu welchen weiteren Konzessionen an die kapitalistischen Trust-Interessen des Völkerbundes die Stalin-Regierung sich über die schon gebotenen Annäherungen hinaus freiwillig bereit finden wird. Das Geschrei über den längst zu einem äußerst vagen Begriff gewordenen Bolschewismus wird nur noch zum Erschrecken von Omnibusgästen erhoben, auch die von Herrn Dr. Stresemann bemühte „Untragbarkeit“ der subversiven Agitation der Sowjetregierung mit Hilfe der Komintern macht kaum auf andere als die allerbreitscheidensten Gemüter Eindruck. Nicht die russische Revolution ängstigt die Briten, sondern die chinesische. Der aus der Sklaverei befreite Kuli ist tatsächlicher Verlust im Hauptbuch des Imperiums, und das siegreiche Ende der chinesischen Revolution bedeutet den Abfall Indiens, bedeutet Unabhängigkeit aller Dominions, die dann nicht mehr, wie jetzt Aegypten, mit ein paar Kriegsschiffen zur Raison gebracht

werden können, bedeutet die Erhebung der Aethiopier und damit das Ende aller Kolonialräuberei und die Zerstäubung des Weltreichs Großbritannien. Rußland hat die chinesische Revolution erfolgreich gefördert. Aber es hat, betäubt von der marxistischen Wahnvorstellung, man müsse die Geschichte in ihrem Verlauf regulieren, ihre Eruptionen im voraus in Etappen gliedern und in paragrafierte Thesen einfangen, — den folgerichtigen Verlauf der Revolution als wirkliche Freiheitsbewegung der Ausgebeuteten abgibt, es hat, legitimiert durch das Ornat des praeceptor mundi der Revolution, dessen Rot nicht mehr ganz frisch ist, entschieden, daß es bei einer national-demokratischen Revolution sein Bewenden haben müsse und infolge dessen die eigene Position vor den chinesischen Proletariern und mithin erst recht vor den Engländern ungeheuer geschwächt. Die Londoner Polizei vollführte den tollen Einbruch ins Arcos-Gebäude, Herr Baldwin ließ sich durch das Fiasko der Durchsuchung nicht irre machen und löste die Beziehungen zu Rußland, wodurch der Kriegspfad offen steht. Sobald Herr Chamberlain mit seinen Kollegen vom Friedens-Nobelpreis über die Präliminarien einig ist, kann's losgehen. Die Verträge von Rapallo und Berlin und gar die Waffenlieferungen an die deutsche Reichswehr stören gewiß nicht mehr.

Doch oft, wo Kriegsmotive fehlen, da stellt ein Mord zur rechten Zeit sich ein. Die Tötung des Gesandten Woikow auf dem Warschauer Bahnhof kann der äußere Anlaß werden zu dem von den Engländern seit langem raffiniert vorbereiteten Kreuzzug Westeuropas gegen Rußland. Ein Vergleich mit Serajewo stimmt nicht, obwohl das Pulver aus der Pistole Kowerdas dem aus Princip's Waffe verdammt ähnlich riecht. Aber 1914 konnte der Brandstifter des Weltkriegs, Oesterreich, wenigstens den Ermordeten für sich in Anspruch nehmen, während jetzt die englische Regierung höchstens den Mörder für sich reklamieren kann. Denn ohne Zweifel ist der junge Weißgardist von einer konterrevolutionären Verschwörerbande vorgeschickt worden, die den Zeitpunkt des Alarmschusses aus der für Rußland kritischen Atmosphäre berechnete, die von London systematisch erzeugt und gepflegt wird. Da seit dem Staatsstreich Pilsudskis Polen gänzlich unter englischen Einfluß geraten ist, gehört der durch das Attentat entstandene polnisch-russische Konflikt durchaus in den Komplex der britisch-russischen Differenzen.

Die russische Revolution ist nicht zu Ende. Die Frage, welche Wege sie noch nehmen wird, spielt im Augenblick keine Rolle. Die Möglichkeit, daß neue gewaltsame Ausbrüche des Bauernproletariats

gegen die Kulaken-Bourgeoisie, der proletarischen Lohnsklaven gegen den Nep-Konzessionär erfolgen werden, ist ebenso groß wie die, daß die Reise Ossinskis und Sokolnikows zur Weltwirtschaftskonferenz bald genug vom Genfer Vorortbahnhof zum Genfer Hauptbahnhof, dem kapitalistischen Völkerbund, fortgesetzt wird. Zur Zeit ist diese Reise unterbrochen. Die englische Regierung hat mit ihren Aktionen in China und in London, die monarchistische Konterrevolution mit der Tat in Warschau Rußland als revolutionäres Land anerkannt, die russische Regierung aber hat ihrerseits bestätigt, daß sich Rußland selbst noch in revolutionärer Abwehr monarchistischer und sowjetfeindlicher Bestrebungen betrachtet wissen will.

Die Völkerbunditen in Genf sind schmerzlich ergriffen von der schrecklichen Untat, daß man in Rußland ein Dutzend überführter Gegenrevolutionäre vom Leben zum Tode befördert hat, lauter Kerle, deren ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet war, durch Abschachten hunderter und tausender revolutionärer Proletarier den infamen Zarenkult vergangener Jahrhunderte wieder einzuführen. Besonders die Mitglieder des Völkerbundes Mussolini, Liaptscheff und Horthy sollen fast so laut weinen wie der Vorwärts und die deutschen Pazifisten, die bei der Abdrosselung der Gefangenen aus der Pekingener Botschaft vor wenigen Wochen ihre Tränenröfen für die jetzt gebotene Gelegenheit geschont haben, deren Schluchzen man auch sonst nicht gehört hat, wenn ganz in ihrer Nähe nicht 12 Aristokraten, sondern 15000 Plebejer um ihrer Sache willen dran glauben mußten. Es war ja nicht die Sache des Zaren, es war nur die Sache des Proletariats, und der sie dem Tode weihte, war der Sozialdemokrat Noske. Daß sich doch einmal ein Menschenfreund fände, der Noskes seelenvolles Buch „Von Kiel bis Kapp“ neu auflegte und in Millionen von Exemplaren gratis unter den Arbeitern verteilte! Lest es, gute Leute, und dann entrüstet euch über die Revolution, die in Notwehr zwölf Konterrevolutionäre erschießt.

Rußland ist in Gefahr! In Gefahr ist der russische Arbeiter, der russische Bauer, in Gefahr alles, was von der Oktoberrevolution noch lebendig ist. Pflicht des Weltproletariats ist, die russische Revolution zu retten. Nicht dadurch rettet der deutsche Arbeiter die russische Revolution, daß er von Hindenburg und Heye ein Militärbündnis mit Rußland verlangt. Die deutsche Reichswehr im Bunde mit der Roten Armee würde nicht für den Sozialismus in Rußland kämpfen, sondern der russische Rotarmist für den Profit der deutschen Industriellen. Das deutsche Proletariat kann die russische

Revolution nur verteidigen im eigenen Lande, die Front gegen den Feind, der es selber knechtet und ausbeutet. Keine Waffentransporte gegen Rußland, keine Munitionsfabrikation, keine wie irgend geartete Kriegshilfe für die Imperialisten!

Ein Wort aber an diejenigen, die in Rußland die Geschicke leiten und die Verantwortung in all ihrer furchtbaren Schwere tragen. Die Oktoberrevolution wurde nicht von den Bolschewiken allein ausgekämpft. Sie war das Werk der gesamten revolutionären Arbeiter- und Bauernschaft des Landes. Von den Parteien und Gruppen der Linken waren alle dabei, die den Kapitalismus haßten und den Schwindel der Demokratie durchschauten. Anarchisten und Syndikalisten, Maximalisten und Linke Sozialrevolutionäre (von den Rechten Sozialrevolutionären in Theorie und Praxis himmelweit getrennt) haben damals mitgeblutet und waren immer dabei, wenn die Revolution zu verteidigen war. Sie halfen Koltschak und Judenitsch aus dem Lande jagen, die Kämpfe gegen Petljura und Denikin lagen zum Hauptteil auf den Schultern der anarchistischen Bauern der Ukraine, und als die Wrangelschen Horden in Südrußland einfielen, da wurde die Front in Kampfabschnitte geteilt und die Rote Armee unter Frunse und die Partisanenarmee Nestor Machnos wetteiferten in revolutionärer Begeisterung, den gemeinsamen Feind der Arbeiter und Bauern niederzuwerfen. In solchen Zeiten der Gefahr für die Revolution besann sich Lenin, besannen sich die Bolschewiken noch immer darauf, daß man revolutionär sein kann, auch ohne die Methode der Bolschewiken, ohne die Parteidiktatur über die Sowjets für richtig zu halten. Nachher aber verfolgte man sie wieder, sie alle, die nichts weiter verlangen, als daß die Sowjetverfassung, wie sie auf dem Papier steht, auch in Kraft gesetzt werde. Nie prozessiert, einfach von der G.P.U. administrativ verschickt, sitzen viele Hunderte der besten russischen Revolutionäre in den Gefängnissen, in den Eisgegenden Nordsibiriens, in den alten Verbannungsbezirken der Zarenzeit, in der Emigration. Und zu den Gruppen, die ich nannte, sind inzwischen andere hinzugekommen, aus den Reihen der Bolschewiken selbst, Angehörige der Arbeiteropposition von der Richtung der Genossin Kollontay, und neuerdings Gesinnungsgenossen Trotzki und Sinowjew, der bisher gefeierten Führer der Sowjetrepublik und der Kommunistischen Internationale. Sie alle meinen es so ehrlich mit der Revolution wie die, die sie verfolgen, sie alle wollen der Revolution dienen im Kampf um Sozialismus und Freiheit. Die Revolution wird tausendfach gestärkt sein, wenn sie frei sein werden, denn die größte

Schwächung des russischen Kampfes ist die Zersplitterung der revolutionären Arbeiterschaft der Welt, die aus der Erbitterung hervorgeht, 'gute Revolutionäre, treue, tapfere Klassenkämpfer' um ihrer revolutionären Gesinnung willen in Rußland inhaftiert und sogar als Konterrevolutionäre verleumdet zu wissen. Gebt der Revolution ihre Revolutionäre wieder! Belastet euch nicht vor der Geschichte mit dem Makel, in Kriegsgefahr, in der Stunde der Not Führerdünkel und Rechthaberei über die Einigkeit des Weltproletariats, über die Klassengemeinschaft der Revolutions-Verteidigung gestellt zu haben!

Straubing.

Was Straubing ist? Freunde, ich habe eben ein Buch gelesen, und bitte euch, kauft es, leiht es euch, lest es, verbreitet es, sorgt, daß es in der Bücherei jedes Arbeiter- und Menschenfreundes stehe, daß es jede Arbeiter-Bibliothek in mehreren Exemplaren verfügbar halte. Es heißt „Die Tat. Gefängniserinnerungen eines Anarchisten“, und sein Verfasser ist der alte revolutionäre Kämpfer Alexander Berkman (Verlag „Der Syndikalist“, Berlin O 34, 1927). Im Jahre 1892 schoß Berkman auf den Henker der Sklaven Carnegies, auf den Pinkerton-Häuptling Frick. Das Urteil lautete unter Bruch der Gesetze auf 22 Jahre Kerker. 14 Jahre hat Berkman abgessen, und von diesen 14 Jahren gibt sein Buch Bericht und Rechenschaft. Riverside heißt das Zuchthaus, dessen Höllenjammer hier geschildert wird, in dessen Mauern und Käfigen die Menschen, die in der Sehnsucht nach Glück und Freiheit ins Maschennetz der Staatsgesetze gerieten, um ihr Menschentum geprellt, physisch und psychisch vernichtet wurden. Lest Berkman's prachtvoll aufrichtiges Buch; jeder, der jahrelang Objekt staatlicher Gerechtigkeit war, hat gleiches erlebt, kennt, nur in Nuancen unterschieden, die Schikanen der Gewalthaber über Wehrlose, die Korumpierung schwacher Charaktere unter den Gefangenen, die Sexualnot der Eingesperrten, die Günstlingswirtschaft im Verkehr zwischen den Kerkermeistern und ihren Opfern, die Erfindungskraft seelischer Not, um trotz aller Wachsamkeit raffinierten Spürsinns die Verbindung mit der Außenwelt nicht zu verlieren, — kennt auch den guten Willen mancher Neulinge in der Beamtschaft des Strafvollzugs und das Nachlassen ihrer Humanität bei der ersten Enttäuschung an einem Gefangenen, in dessen Mentalität sie sich doch nie hinein versetzen können, und dann das allmähliche Hinrutschenlassen der Dinge nach der Bequemlichkeit der unverständigsten und böswilligsten Subalternen, die Abstumpfung des Gefühls, die bei den Gefangenen oft, beim Bewachungspersonal immer eintritt. Berkman's Buch sollte von jedem revolutionären Arbeiter gelesen werden, denn Riverside ist auch für ihn gebaut; besonders empfohlen aber sei es den Kriminalisten und Krimino-

logen, die sich so gern als moderne Psychologen geben, den Strafanstaltsdirektoren, die ihre Zellengäste meinen beurteilen zu können und nicht ahnen, wieviel zutreffender sie selbst von ihren Gefangenen beurteilt werden. Und glaube keiner der Gefängnisbeamten, die Berkmanns Erinnerungen lesen, so schlimm sei es heutzutage nicht mehr und speziell in ihrer Anstalt könne die Qual niemals so furchtbar werden, wie sie hier ein kritischer Revolutionär beschreibt. Ursachen zur Qual gibt es in jedem Kerker übergenug, wenn sie auch überall aus anderen Quellen entspringen. Wenn aber die modernen Strafverbesserer einen Rat haben wollen, der ihrem menschlichen Bestreben nach Verstehen und Linderung entgegen kommen mag, so ist es der: seid niemals mit euch selber zufrieden! Jede Reform, an der ihr Erfinder Gefallen und Befriedigung hat, ist als Reform abgenutzt, wenn er ein einziges Mal die Muße findet, von der es in der biblischen Schöpfungsgeschichte heißt: und er sah, daß sein Werk gut war. Es ist ein anderes, ob man im Büro sitzt und den Schlüssel zur Kerkerzelle in der Hosentasche hat, oder ob man in der Kerkerzelle sitzt und den Schlüssel, mit dem man seiner Freiheit beraubt ist, in der Hosentasche eines Büromenschen weiß. Lest Berkmanns Buch und prüft im eigenen Bezirk auch das, was ihr in unseren aufgeklärten Zeiten, in unserem modernen Staat für ausgeschlossen haltet!

Es ist wahr: das freie demokratische Amerika ist, was die Rache an solchen anlangt, die im Lande der Braven und Freien weniger brav geraten sind und sich weniger frei vorkommen, von jeher den meisten europäischen Ländern an Roheit, Tücke, Heuchelei und Gewissenlosigkeit ein Stück voraus gewesen. Heute sind wir ja weiter in der Zivilisation, und Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, Italien und Jugoslawien scheinen nach allen Berichten in der Brutalisierung ihrer Gefangenen durchaus mit den United States konkurrieren zu können. Bei uns in der deutschen Republik freilich — —, also: was Straubing ist? Straubing, Herrschaften, ist das bayerische Riverside.

Ich war selber nicht im Zuchthaus zu Straubing — noch nicht —, aber vielleicht freut es Herrn Direktor Hopp doch, zu erfahren, daß sein Name und etliche seiner Verdienste den Dunstkreis seines Menschenrenovierungs-Betriebes verlassen und in die nordischen Bezirke dringen konnten, wo sich immerhin noch einige Leute für derlei Dinge interessieren. Ich habe hier seinerzeit mitgeteilt, daß ich einmal im Zusammenhang einige Tatsachen publizieren will, von denen ich in diesen Blättern leider nur flüchtige Andeutungen geben kann. Ich werde da den Fall Lindner noch einmal in aller Ausführlichkeit ausbreiten, der bekanntlich 14 Jahre Straubing hat, weil der kalt überlegte Mord des ständigen Reisebegleiters des Möchtegarn-Königs Rupprecht und Lieblingsföderalisten der christkatholischen Bayernregierung, des Grafen Anton Arco, ihn zu einer Spontanhandlung verleitete, die dem Sozialdemokraten Auer eine Staatsrente eintrug (Kurt Eisners Witwe erhält keinen Pfennig, weder vom Staat, noch von dem schwerreichen

und in goldener Freiheit hoch geehrten Meuchelmörder ihres Mannes!). Auch die Opfer des satanisch inszenierten Greuelprozesses wegen der Erschießung von 9 konterrevolutionären Spionen im Luitpoldgymnasium, sowohl die vom Staat getöteten, als auch die annoch im Straubinger Zuchthaus für je 15 Jahre unter die Obhut des Herrn Hopp gestellten, sollen dort zu ihrem Recht der Anerkennung als revolutionäre Proletarier kommen. Zugleich wird sich meine Schrift auch zu befassen haben mit den beiden Inhaftierten des Straubinger Kerkers, Jakob Müller und Konstantin Makowski, die je 14 Jahre wegen Totschlags erhalten haben, und zwar als die einzigen Exponenten jener viehischen Mordorgie an den Mitgliedern eines katholischen Gesellenvereins, die im Mai 1919 endlich der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann Anlaß gab, der gesetzlosen Bestialität der Weißgardisten gegen irgend von Perlacher Pfarrern oder gehässigen Nachbarn spartakistischer Regungen verdächtige Arbeiter Einhalt zu gebieten. Der Gesellenmordprozeß wird dabei in Parallele gestellt werden müssen zum „Geiselmord“-Prozeß, wobei sich herausstellen wird, daß die Beweisaufnahme sich hauptsächlich um die Frage drehte, ob die Mörder — da es Konterrevolutionäre waren, handelte es sich selbstverständlich schon in der Anklage nur um Totschläger, und die befehlshabenden Offiziere traten als Zeugen vor die „Volks“-richter —, ob die Mörder wissen mußten, daß ihre Schlachtopfer fromme Katholiken waren, oder ob sie des Glaubens sein konnten, sie hätten Spartakisten vor sich: in welchem Falle natürlich Herr Direktor Hopp keine Gelegenheit bekommen hätte, Müller und Makowski wegen guter Führung am Strafort bevorzugt zu behandeln. Da sich die Personen, die mein Buch zu verteidigen haben wird, sofern sie nicht, wie die 52 bei Gräfelfing ermordeten russischen Gefangenen und viele andere unter der Erde liegen, zumeist noch in Straubing befinden, wird auch allerlei Wissenswertes aus der Domäne des Direktors Hopp, des Herrn Oberverwalters Kohl, des Herrn Obermedizinalrats Dr. Viernstein und des Herrn Geistlichen Rats Frenzl darin enthalten sein. Beispielsweise werde ich nicht stillschweigend über die merkwürdigen Umstände hinweggehen dürfen, die dem Entwischen des Fememörders Zwengauer vorangingen, wobei vom Lazarett und der Irrenabteilung, von Kranken und Sterbenden und vom Verhalten des Anstaltsarztes Dr. Viernstein in anderen Fällen als dem eines nationalistischen Kameradenmörders die Rede sein wird. Vielleicht erinnert sich der Herr noch eines gewissen Kriminellen Ludwig Baumeister? Die Sache liegt mehrere Jahre zurück, die Zeugen sind in Sicherheit, die Veröffentlichung gefährdet niemanden mehr: Er hatte nur 2 Jahre, wurde im höchsten Grade schwindsüchtig mit 39,8° Fieber von Augsburg nach Straubing transportiert, vom Arzt haftfähig befunden und starb nach ein paar Wochen im Zuchthaus. Oder der Anstaltsgeistliche Hochwürden Frenzl erinnert sich vielleicht eines Gefangenen namens Schnappauf? Der starb im Januar 1925 im Zuchthaus, und wenn es den Herrn Geistlichen Rat gelüstet, werde ich ihm mit Zeu-

gen dienen, die von den letzten Stunden des armen gläubigen Katholiken und vom Verhalten des Priesters an seinem Totenbett berichten können. Als er den Sterbenden verlassen hatte, legte der sein Sterbekreuz in die Hand seines atheistischen Leidensgefährten: „Da, ich brauch's nicht mehr!“ Und: „So, jetzt sterbe ich“ — Das waren seine letzten Worte. In seiner Todesstunde hatte ihn sein Geistlicher vom Kirchenglauben befreit, dem einzigen, was diesem naiven armen Menschen bis dahin Trost gegeben hatte. Und auch Herr Kohl wird gewiß nicht leer ausgehen, wenn ich die Straubinger Verhältnisse genauer zu betrachten den Raum habe. Nicht nur die Ernährung der Gefangenen wird dabei unter dem Gesichtspunkt genauer Rechnungslegung geprüft werden müssen, auch die Gründe, die Kohl so häufig zur Verhängung seiner beliebtesten Disziplinarstrafe bewegen, 6 Wochen Arrest mit 4 Wochen Wandanschluß, werden zu besichtigen sein.

O, auch die guten Seiten Straubings sollen nicht zu kurz kommen. Daß es der Sündenbock der bajuwarischen Separatisten, der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Baron Leoprechting besser hat als die anderen, wäre so schlimm nicht, wenn es die anderen eben nicht gar so schlecht hätten. Es wäre längst an der Zeit, mit den proletarischen politischen Gefangenen auch die armen Teufel Leoprechting und Fuchs in Freiheit zu setzen; es gibt andere Reaktionäre, denen man ihre Pein lieber gönnen möchte. Aber die erbaulichen Unterhaltungen in der bayerischen Musteranstalt sollen gewiß nach Verdienst gewürdigt werden, — wie man den Gefangenen mit frommen Liedern, mit vaterländisch-kriegsfreudigen Gedichten und sogar mit einem Kino die Zeit zu würzen weiß, zu dem sogar ein Klavier und ein Harmonium zur Verfügung steht; die werden aber nur bei ganz feierlichen Gelegenheiten angestimmt, nämlich wenn die Gefangenen nicht dabei sind, sondern sich die Aufseher mit ihren Familien die kitschigen Filmstücke ansehen.

Beweise für alles das? Für vieles mehr, wenn ihr mögt! Stellt mich nur vor Gericht, ich habe keine Furcht, nur müßt ihr die Zeugen auch aus dem Zuchthaus antreten lassen, die ich benennen werde. Vielleicht ist manches inzwischen besser geworden. Wofür ich unbedingt gerade stehe, ist, daß bis mindestens vor einem Jahr wahrhaft menschenunwürdige Zustände in Straubing geherrscht haben. Kriminelle und politische Gefangene können dafür aufstehen.

Politische! Seit vollen 8 Jahren sitzen ihrer noch 16 Mann in dem schauerlichen Menschenkäfig von Straubing. Nicht nur Lindner, nicht nur die armen Rotgardisten, denen man für nichts und wieder nichts die Schuld am Tode der Thule-Leute aufhalste, hält die Rachsucht der bayerischen Christen im Zuchthaus fest. Nein, als im vorigen Monat der bayerische Landtag wieder einmal einen kommunistischen Amnestie-Antrag zu begraben hatte, da erklärte der Justizminister Gürtner, reingewaschen von Paul Levis seifiger Rückzugserklärung im Feme-Ausschuß, mit schönem Rechtsbewußtsein, daß einige Räterepublikaner auch noch in Straubing sitzen, weil sie Geiseln festgenommen

hätten. Das aber sei eine ehrlose Handlung, für die keine Amnestie-
 rung in Frage kommen könne. Wie lange ist's her, da war Herr
 Dr. Gürtner selber als Geisel verhaftet, und er und seine Minister-
 kollegen haben nachher viel zu erzählen gewußt, wie ihr Leben durch
 Hitlers Mannen gefährdet war. Dessen ungeachtet aber war es gerade
 Gürtner, der sich am eifrigsten für die Freilassung seiner Quälgeister
 einsetzte — und sie sehr, sehr bald durchsetzte; die meisten von ihnen
 hatten nicht einmal die Festung, die man ihnen der Form halber auf-
 brummte, von innen gesehen, geschweige denn das Zuchthaus, das
 nach desselben Gürtners Willen den Genossen Streidel seine vollen
 12 Jahre beherbergen soll, wie der Genosse Guido Kopp in diesem
 Monat endlich seine ganze Strafe von 8 Jahren Straubing verbüßt ha-
 ben wird. Daß die christlich fromme bayerische Volkspartei mit dem
 deutschnationalen Justizminister einig war und sich entsetzt von der
 Vorstellung abwandte, sie könnte den Gedanken an Milde und Mensch-
 lichkeit in ihren Hirnen überhaupt erwägen, versteht sich von selbst.
 Die bayerische katholische Kirche hütet Recht und Ordnung — arme
 Proleten, die ihr einmal an eine bessere Welt geglaubt habt, laßt alle
 Hoffnung fahren!

Aber nein, verliert die Hoffnung nicht! Einer von euch kehrt wieder
 zurück in die Reihen des kämpfenden Proletariats. Guido Kopp ist
 kein Tag geschenkt worden von seinen 8 Jahren; nicht einmal die
 Untersuchungshaft haben sie ihm angerechnet. Denn er hat seinen
 Charakter gewahrt. Sei begrüßt, lieber alter Kampfgenosse, tapferer
 Rebell, Bruder der Armen! Auch in deinem Rosenheim, dessen Schrecken
 und Trost du warst, wird einmal wieder die rote Fahne vom Rathaus-
 dach wehen, und du wirst sie aufziehen.

Amerika-Import.

Zwei amerikanische Sportsleute haben dem königlich-preußischen
 Finanzminister Oskar Hergt, zur Zeit Justizminister der deutschen Republik,
 bewiesen, daß seine 1917 kundgegebene Auffassung: „Die Amerikaner
 können nicht schwimmen, sie können nicht fliegen, sie werden nicht
 kommen!“ — unzutreffend war. Beim nächsten Kriege werden sie nicht
 bloß, wie das vorige Mal, geschwommen, sondern auch geflogen kommen,
 und die deutschen Städte werden aus amerikanischen Originalbomben
 mit amerikanischem Originalgiftgas zertrümmert oder totgeräuchert werden.
 Alles war in hellem Jubel, als die Herren Chamberlin und Levine den
 Berlinern die neue Errungenschaft durch das Beispiel ihres Ozeanfluges
 demonstrierten. Es gibt keine Delikatesse, mit der sie nicht gefüttert
 worden wären, sogar Herr Noske wurde ihnen in Hannover in eigener
 Person zum gegenseitigen Bewundern serviert. Soviel man hört, wollen
 sie auch München besuchen — oder waren sie gar schon dort? —, wo
 sich der Geldgeber und Passagier des Unternehmens wohl ein Pseudonym
 wird zulegen müssen. Jedenfalls wird von einer Straßenbenennung nach
 ihm noch eine Weile abgesehen werden: die Levinéstrasse in München
 wird später ohnehin da sein, wenn sich die künftige und dann endgültige

bayrische Räterepublik an Taten und Helden erinnern wird, deren Bedeutung größer ist, als jede noch so imponierende sportliche Bravourleistung. (Weiß man übrigens überall in der deutschen Republik, auf wessen Kosten die von der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann-Schneppenhorst-Segitz angeordnete Erschießung des Genossen Eugen Leviné erfolgt ist? Nun, die Vollstreckungsgebühren wurden von der Witwe des standrechtlich Ermordeten eingezogen; sie hat die Kugeln bezahlen müssen, mit denen man ihren Mann tötete). Ja, so führt mitunter eine zufällige Namensgleichheit zu allerlei Reminiszenzen, und es ist nur schade, daß Herr Chamberlin um ein ‚a‘ zu arm ist, um ihn mit der berühmten Familie zu vergleichen, von der schon mehrere Mitglieder die praktische Verwendungsmöglichkeit technischer Erfindungen im Verkehrswesen zur Massenmorderei professionell betrieben haben.

Nebenbei: die norwegischen Arbeiter haben angeregt, zum Protest gegen das seit 7 Jahren an den Genossen Sacco und Vanzetti verübte Justizverbrechen und zur Abwendung ihrer Ermordung durch den Staat jeden Amerika-Import aus den United States zu boykottieren. Es heißt ja jetzt, die Angelegenheit solle noch einmal von einer besonderen Kommission nachgeprüft werden. Das Leben der beiden Revolutionäre ist damit wohl ein wenig verlängert, aber keineswegs gerettet. Der Verdacht, daß diese Kommission sich von denselben gekauften Zeugen und Spitzeln orientieren lassen wird wie die zuvor bemühten Gerichte und die ganze Nachprüfung nur eine Farce sein wird, um aufgeregte Gemüter mit dem Beweise zu beruhigen, daß die Anarchisten halt doch Raubmörder seien, — dieser Verdacht scheint jetzt sehr berechtigt, besonders wenn man die Traditionen der politischen Justiz allgemein, der amerikanischen speziell kennt. Die Boykottierung der nordamerikanischen Einfuhr ist gerade jetzt dringender geboten als je. Dieser Boykott sollte sich nicht auf die Einfuhr von Waren beschränken, sondern auf die Einfahrt von Personen ausgedehnt werden. Die Proletarier Berlins aber, angefeuert von der besoffenen Begeisterung des Vorwärts, brüllten ihre Hurras und Hochs bei der Ankunft der beiden Flieger um die Wette mit den Militaristen, Kleinbürgern und Sportindustriellen. Wenn sie schon die Ankunft des Ozeanflugzeugs mit ansehen mußten, dann hätten sie die Landsleute des Richters Thayer statt mit Hoch und Heil mit dem drohenden Ruf: Sacco und Vanzetti! begrüßen sollen. Wo sie frühstücken und Männchen machen, wo sie vorfahren und angesungen werden, müßten ihnen die Namen der beiden aus politischer Infamie unter Verleumdungen zum Tode Verurteilten in die Ohren gellen. Laßt Rekordanbeter und Kriegsspekulanten ihre Chamberlin und Levine bejubeln; der Arbeiterklasse ziemt es, ihrer Kameraden Sacco und Vanzetti zu gedenken — und die Bourgeoisie das auch merken zu lassen!

Nur nicht verzweifeln!

Warum sollte der Arbeiter auch wohl verzweifeln müssen? Die gesteigerten Selbstmordziffern, besonders unter den Erwerbslosen, sind nur ein Beweis für die ruchlose Hetzarbeit der revolutionären Agitation, die alle Bemühungen des Staates, die Menschen von Deutschlands wirtschaftlichem Aufstieg zu überzeugen, gewissenlos sabotiert. Man erinnere sich doch nur des schwarzen Freitags an der Börse, der den Beweis erbracht hat, daß die Dividendenschlucker allein in Berlin an einem einzigen Tage

80 Millionen stabilisierte Reichsmark verlieren können, ohne daß die ganze kapitalistische Herrlichkeit in die Luft fliegt. Im Gegenteil, der große Kurssturz infolge der plötzlichen Kreditsperre für die Spekulation hat den Baisse-Spekulanten zum Teil zu ganz prächtigen Gewinnen verholfen, und Industrie und Landwirtschaft sind im Begriff, sich mit Hilfe der parlamentarischen Gesetzgebung ganz gesund zu machen. In der Metallbranche streiten sich die Unternehmer mit den Gewerkschaftsangestellten darüber, ob der schon früher auf 10 Stunden abgerundete 8 Stundentag um 2 Stunden herunter- oder auf 12 Stunden hinaufgesetzt werden soll. Sicherem Vernehmen nach werden beide Teile Entgegenkommen zeigen und sich auf 11 Stunden einigen. Nur nicht verzweifeln, Proleten, immer rein in den A. D. G. B.! Einheitsfront! Zwischen Borsig und Leipart ist sie schon perfekt. Ja nicht immer am Alten kleben! Fortschreiten mit der Zeit! 1918 liegt lange zurück. Muß man denn ewig da stehen bleiben, wo die Revolution in der Stunde der tiefsten Erniedrigung die arme deutsche Wirtschaft hingebacht hat? Nachdem sich im Bäckereigewerbe der Fortschritt mit der Wiedereinführung des Arbeitsbeginns um 5 Uhr bereits Bahn gebrochen hat, ist es Zeit, nun auch den schematischen 8 Stundentag aufzuheben. Nur muß man die aufstrebende Wirtschaft nicht mit der Forderung nach Lohnerhöhungen inkommodieren. Wo bleibt dann der Nutzen aus den Preissteigerungen? Vor allem, Arbeiter, gönnt auch dem Großgrundbesitz das Leben. Mit den alten Zollsätzen geht's doch wirklich nicht mehr. Endlich soll da nachgeholt werden, was das Zollgesetz von 1925 versäumt hat und der Weizenzoll um weitere 10%, der Fleischzoll um 50 und 75%, und der Kartoffelzoll um 100% erhöht werden. Auch Zucker soll teurer werden. Damit aber der Arbeiter in der Zeit, die er zur Herbeischaffung seiner sonntäglichen Margarine mehr arbeiten muß, keine Privatbeschäftigung versäumt, will ihm der Reichspostminister Schätzel das Brietschreiben abgewöhnen, indem er die Portokosten verteuert. Er selbst begründete die Notwendigkeit, einen gewöhnlichen Brief künftig nicht mehr mit dem Fridericus, sondern mit dem Kant zu frankieren, mit der Feststellung, daß die 10 Pfennige, die die Beförderung bis jetzt kostet, ja doch bloß noch 5–6 Pfennige wert sind. Wir leben tatsächlich im Zeichen des Fortschritts. Die Arbeiter und Nichtsverdiener der freien Berufe haben es längst bemerkt, daß sie sich für eine Mark heutzutage nur die Hälfte von dem kaufen können, was sie früher dafür gekriegt hätten; jetzt hat das sogar ein Minister entdeckt, nur weiß er nicht, daß das Proletariat in dieser sozialsten aller Republiken auch noch fast alle direkten Steuern allein leistet und obendrein die Ernährung der Erwerbslosen aufzubringen hat. Aber der deutsche Arbeiter verzweifelt nicht. Er begräbt sein an Unterernährung verendetes Kind im frohen Besitz seiner materialistischen Geschichtsauffassung und dialektisch geübt, seinen bewährten Führern zu vertrauen und sich weder vom Hunger noch vom Tod provozieren zu lassen. Recht so, Proleten: Schuften, bis euch das Hirn verdorrt und die Augen heraustreten; hungern, bis euch die Därme verrotten; zahlen, bis euch die Finger bluten; in den Wohnlöchern ersticken und mit Weib und Brut erfrieren und verkommen — aber ja nicht verzweifeln!

Bonsentag.

Die Nationalliberalen haben beschlossen, daß sie die deutsche Republik wieder regieren wollen, sobald sie dürfen. Sie haben beschlossen, daß sie

die deutsche Republik mit dem rechten Geist, mit ihrem nämlich, füllen wollen, wovor die Götter uns gnädig schützen mögen. Ferner haben die Nationalliberalen beschlossen, weiterhin als Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu firmieren und die Verurteilung von Max Hoelz zu Zuchthaus auf Lebenszeit für eine Tötung, an der er keinen Anteil hat, sich nicht kümmern zu lassen. Auch sonst wurde das Andenken an den großen Staatsmann Ebert heftig hochgehalten. Die Oberbonzen heißen noch immer Hilferding und Wels und Müller. Das Ganze fand diesmal in Kiel statt und war sehr schön.

Autobiographisches.

Ich hatte mir bisher eingebildet, meinen Werdegang, meine Erlebnisse und meine Taten und Unterlassungen in der Revolutionszeit einigermaßen zu kennen. Das stellt sich jetzt als ein Irrtum heraus. Eine Tatsache, die mir völlig entgangen war und die zur Beurteilung sowohl meines Charakters als auch besonders meines Verhältnisses zu Kurt Eisner sicherlich von Wert ist, erfahre ich plötzlich von mir ganz fremder Seite. Wer die politischen Konstellationen in München von November 1918 bis Februar 1919 beobachtet hat, mußte annehmen, daß die ministerielle Tätigkeit Eisners keinen heftigeren Gegner hatte als mich, und daß andererseits mein revolutionäres Wollen von Eisner mit einem solchen Fanatismus bekämpft wurde, daß er mich schon im Januar 19 verhaften ließ und mir noch kurz vor seinem Ende einen Prozeß wegen Landfriedensbruch anzuhängen versuchte. Und nun wird auf einmal dieses Verhältnis zwischen Eisner und mir in ein ganz neues Licht gerückt durch eine Enthüllung des Nachrichtenblattes für die Studierenden und Freunde der Füssener Lehranstalt. Dieses treffliche Organ berichtet, wie ich Dr. Wirths Deutscher Republik entnehme, von schwarzweißbroten Briefbogen, welche unter den gefährlichsten Umständen heldenhaft benutzt wurden, z. B. in München „als (was viele nicht wissen) der Anarchist Erich Mühsam durch eine von Eisner ausgestellte Geheimvollmacht das Recht hatte, mit seiner Bande zu jeder Tag- u. Nachtstunde in jede Wohnung einzudringen.“ Wahrhaftig, das haben viele nicht gewußt. Seien wir froh, daß die Füssener Lehranstalt endlich daran geht, die historische Wahrheit zu entschleiern. Ich habe soeben meiner Bande ebenfalls Kenntnis gegeben von den Aufdeckungen der Füssener Briefbogen-schützen und telegraphisch die Antwort erhalten: Da kannst nix machen; dem stehst machtlos vis-à-vis.

So ist das Leben.

Gäbe es keine Polizei und Kirche, dann wären Geschlechtskrankheiten keine moralische, sondern eine hygienische Angelegenheit. Da jeder Mann und jede Frau von ihnen so gut wie von jeder ansteckenden Krankheit befallen werden kann, bedürfte es zu ihrer Bekämpfung keiner anderen Maßnahmen als zur Bekämpfung von Scharlach oder Typhus: Quarantäne, solange Ansteckungsgefahr besteht. Polizei und Kirche interessieren sich jedoch nicht für das leibliche Wohl der Menschheit, sondern für ihre seelische Sauberkeit. Beide Institute leben von der Sündigkeit der unter ihren Schutz gezwungenen Personen; beide haben es mit den guten Sitten, die nur vorhanden sein können, wenn man böse Sitten zu konstruieren weiß.

Ein 17 jähriges Mädel hat das Pech, sich — wahrscheinlich mit Gonorrhoe — zu infizieren. Nicht der Arzt, sondern die Polizei erfährt davon. Sie bemüht sich nicht so sehr um die Heilung der Kranken, als um die Feststellung der moralischen Qualitäten Lisbeths. So wird sie ins Spital geschafft, wo sie auf die Erforderlichkeit der Prostituierten-Kontrolle untersucht und entsprechend behandelt wird. Eine der Polizei verdächtige Kranke hat selbstverständlich Syphilis (jede Klinik ist in frommen Staaten eine moralische Anstalt). Lisbeth Kolomak wird zwangsweise falsch behandelt und kommt dabei um.

Die Mutter des Mädchens, der ein Gott gab zu sagen, was sie leidet, reagiert ihren Schmerz, ihre Anklage, ihre fassungslose Kränkung in literarischer Form ab, — in der Form eines Tagebuches, in dem sie ihr Kind selbst erzählen läßt, was es vom Leben gehofft, was das Leben ihm antat, wie es „vom Leben getötet“ wurde. Frau Kolomak ist katholische Konvertitin; durch Vermittlung ihres Beichtvaters kommt das Buch an den bedeutendsten katholischen Verlag Deutschlands, der es herausgibt, weil die Kirche glaubt, aus Lisbeths Schicksal die Nutzenanwendung ableiten zu können: seht ihr — das kommt dabei heraus, wenn man die Kinder der Autorität der christlichen Seelsorge entraten läßt! Das Buch erregt ungeheures Aufsehen. Die menschliche und künstlerische Einfühlung der Mutter in das Seelenleben ihres Kindes ist so mächtig, daß niemand an der Echtheit des Tagebuches als Lisbeths eigenem Werk zweifelt. Der Staat mit seinen sittenpolizeilichen und bürokratisch-sanitären Einrichtungen ist heillos kompromittiert.

Klage in Deutschland eine Behörde an, so zweifle nicht, daß sie dich anklagen wird. Geßlers Landesverrats-Prozesse üben erzieherische Wirkung aus auf kleine und große, wichtige und sich wichtig dünkende Staatsorgane. Die Bremer Polizei, die angeklagt ist und sich daher beleidigt fühlt, kommt dahinter, daß nicht die Tochter, sondern die Mutter Verfasserin des peinlichen Buches ist. Wer einen Roman in Ichform schreibt, ohne in eigener Person erlebt zu haben, was darin geschildert wird, den kann man harmlosen Nebenmenschen zunächst einmal als Betrüger und Hochstapler denunzieren. Ein solcher literarischer Betrug ist zwar nicht strafbar, sonst hätten die größten Prosadichter aller Länder und aller Zeiten als Schwindler ins Zuchthaus gehen können. Von einer Schustersfrau in Bremen jedoch, der Mutterliebe die Kraft gibt, ihr totes Kind aus dem Grabe die Wahrheit sagen zu lassen, können Beamte Philistern weismachen, daß sie jedes Verbrechens fähig sein müsse. Nachdem das Publikum erfahren hat, daß Frau Kolomak selber das Buch geschrieben hat, wundert es sich nicht mehr, daß sie nun auch wegen gewinnsüchtiger Verkuppelung der leiblichen Tochter ins Untersuchungsgefängnis gesetzt wird. Monate lang wird nach Feinden und klatschsüchtigen Nachbarn gefahndet; man ermittelt hysterische Huren, deren Phantasie sich an Sensationen beegelt, und selbstverständlich findet sich auch der Staatsanwalt, der Anklage erhebt und das Gericht, das schuldig spricht. Hat sich Lisbeth nicht die Lippen geschminkt? War sie nicht schön durch Elida? Ist sie nicht mit Herren ausgegangen? Eine Schuhmachersehefrau hat die Pflicht, auf ihre Tochter aufzupassen. Frau Kolomak muß acht Monate ins Gefängnis wegen Kuppelei.

Die Töchter von Staatsanwälten und Richtern sind bekanntlich immer Jungfern. Was die Söhne der Bildungskreise anlangt, die mit Schustersleuten nicht verkehren, so wird ihnen das Spazierengehen mit Schusters-

töchtern lächelnd nachgesehen. Es soll vorkommen, daß Sprößlinge der aristokratischsten Familien, Potsdamer Hohenzollernfreunde, sich herablassen, zehnjährige Proletarierkinder zu notzüchtigen, — Da gibt es dann ärztliche Gutachter, die es Richtern und Staatsanwälten ermöglichen, den nationalen Jüngling solange in ein Luxussanatorium zu schicken, bis nicht mehr von der Sache geredet wird. In wenigen Jahren wird man sich ja straffrei an dem Kinde vergnügen dürfen. Hat man ihm dann einen Tripper angehängt und wird es auf Betreiben der Polizei zu Tode kuriert, dann mag die Mutter wegen Kuppelei ins Gefängnis gehen.

Lisbeth Kolomak ist „vom Leben getötet“ worden. Die Gerechtigkeit hat das Grab aufgekratzt und kräftig hineingespuckt. An das Kreuz, das die Kirche der Toten aufs Grab gesetzt hatte, haben Behörden, Nachbarn und Huren die Mutter genagelt. Da die Dinge einen so unerwarteten Verlauf nahmen, hat der fromme Herdersche Verlag es vorgezogen, der Polizeimoral den Weg freizugeben und die Anklage der Frau Kolomak aus dem Buchhandel zurückzuziehen: die Lektüre könnte am Ende bessere Propaganda machen für die gesellschaftliche Revolution als für den Beichtstuhl. Nach Lisbeth Kolomak und dem Glück ihrer Mutter hat das Leben nun also auch das Tagebuch getötet, das der Polizei so unangenehm und der Kirche zuerst doch so angenehm war. Ja — so ist das Leben.

Mit der vorliegenden Nummer beginnt das vierte Quartal des

FANAL

Die Vierteljahrs-Abonnenten, die den fälligen Bezugspreis noch nicht entrichtet haben, werden gebeten, ihn auf das Postscheckkonto Berlin 82419 einzuzahlen. Erfolgt die Zahlung nicht bis zum 10. Juli, so wird das Einverständnis des Abonnenten mit der Einziehung durch Nachnahme angenommen.

Die mit der Abrechnung rückständigen Mehrbezieher werden dringend gemahnt!

Redaktion und Verlag jetzt:

Berlin-Britz, Dörehläuchtingstr. 48

Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112

Anarchistische Vereinigung Berlin

Donnerstags, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bin.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

Während der Sommermonate Juli und August erfolgen nur je zwei Vortragsabende.

Donnerstag, den **12.** Juli: Genosse BERTHOLD CAHN über: „Der weiße Schrecken und seine Gefahren für das Proletariat“.

Donnerstag, den **26.** Juli: Genosse LÜBECK über: „Bilder aus der I. Internationale.“

Gäste stets willkommen.

Zuschriften an Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstr. 10 IV

Wer „Fanal“ vergeblich beim Straßenhändler anfordert, bestelle die gewünschte Nummer in einer Buchhandlung oder fordere sie direkt vom Verlag unter Beifügung von 30 Pfennig in Briefmarken an.

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Die sozialistische Monatsschrift

Bezugspreis: vierteljährlich 60 Pfennige.

Aus dem Inhalt der letzten Heft:

CHU KUN-CHING: „Das Problem China“. — EICHLER: „Die Trade-Union Bill“. — KUMLEBEN: „Gefahren für die weltliche Schule in Frankreich“. — OWEN: „Hohe Löhne in Amerika“. — RAUSCHENPLAT: „Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten aus der Sowjet-Union.“ — SCHMIDT: „Der Stahlhelm in Berlin“.

Abonnieren Sie den „ISK“ bei der Post!

Probehefte kostenlos durch

N. HINKEL, Schlüchtern (Bez. Kassel)



Liebe

Roman von Helene Stöcker

6.—11. Auflage Ganzleinen RM. 6.50

In englischer Uebersetzung im Verlag
Thomas Selzer, New York

Ueberwältigend groß ist der Wert und Wahrheitsgehalt dieses wundervollen Buches. Prof. Dr. Paul Kammerer, Wien

Das ist wohl das bedeutendste Buch, das je eine Frau über die Liebe geschrieben hat. Eine Offenbarung

Freiheit, Königsberg.

Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker

Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist. Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform.

Bertram Lloyd.

Erotik und Altruismus

Von Helene Stöcker — Preis 1 RM.

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da.

Die schaffende Frau.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION

Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Die Eroberung des Staates. — Nidner am Werk. —
Nächstens wieder Krieg. — Kultur-Blüten. — Nebenbei. —
Proletarischer Aufstand in Wien!



Jahrgang 1

BERLIN

August 1927

PREIS 30 DFG.

Nr. 11

PREIS 30 DFG.

DIE LETZTE POLITIK

DIE FREI- WIRTSCHAFT

Die Letzte Politik,
als das Sprachrohr
der fysiokrati-
schen Bewegung,
ist das wöchentlich er-
scheinende Organ der
furchtlosen Bekämpfung
aller Versclavungen in
geistiger und wirtschaft-

licher Hinsicht. Den Weg
zu diesem Ziel der Be-
freiung zeigt Ihnen auch
die „Freiwirtschaft“. das
Bundesorgan des Fysio-
kratischenKampfbundes.
Beiden aber ist die scho-
nungslose Offenheit und
Rücksichtslosigkeit ge-
mein, die allein dem re-
volutionären Gedanken
zum Sieg verhelfen
kann

*

PROBE-
NUMMERN KOSTENFREI!
VOM VERLAG

BESTELLUNGEN
BEIM
VERLAG

**STIRN-
VERLAG
HANS
TIMM**

**BERLIN C 54
ROSENTHALER-
STRASSE 34/35**

TEL. NORDEN
12815

F A N A L

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang I

Nummer II

August 1927

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, (Ausl. 2.05) jährlich RM. 3,50, (Ausl. 4,10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Berlin-Britz, Dörchduchtungsstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Die Eroberung des Staates.

Seit Karl Marx auf dem Haager Kongreß 1872 mit den verwegenen Mitteln der Demagogie, der Schiebung und der Ranküne die unter dem Namen Erste Internationale in der Geschichte fortlebende Internationale Arbeiter-Assoziation zertrümmerte, ist der Streit, um dessentwillen diese verhängnisvolle Tat verübt wurde, niemals zur Ruhe gekommen. Es war der Streit um den Staat, den Marx und Engels erobert, Bakunin zerstört wissen wollte. Alle übrigen Fragen, um die zwischen den beiden großen Strömungen der Arbeiterbewegung gestritten wurde, waren dieser Differenz untergeordnet. Die Marxisten verlangten, daß das revolutionäre Proletariat durch Beteiligung an den Parlamentswahlen Einfluß nehmen sollte auf die Legislative der kapitalistischen Staaten und im Rahmen der staatlichen Gesetzgebung sogar die Verstaatlichung der wichtigsten Verkehrs- und Produktionsmittel anzustreben hätte: das war die natürliche Konsequenz der Lehre, die auf die Eroberung der Staatsmacht und mithin auf den schließlichen Gebrauch der auf revolutionärem Wege erlangten Staatsgewalt zur Umformung der kapitalistischen Wirtschaft in sozialistische Formen abzielte, um erst dann die Staatsorganisation durch sich selbst überflüssig zu machen und „absterben“ zu lassen. Die bakunistischen Antiautoritären zogen ihrerseits aus der Erkenntnis, daß der Staat als gegebene Ausdrucksform des Kapitalismus sein Wesen keinesfalls ändern könne, und daher die Grundforderung der proletarischen Revolution seine vollständige Zerstörung sei, den ebenso folgerichtigen Schluß, jede Beteiligung an der Verwaltung des Staates bedeute

seine Anerkennung, stärke seine Autorität und verbürge seine und also die Dauer der kapitalistischen Einrichtungen; daher seien die einzig nützlichen Kampfmittel des Proletariats diejenigen politischen und wirtschaftlichen Aktionen, welche „unmittelbar und direkt“ die Destruktion des Bestehenden ins Auge faßten. Auch das Problem, um das in der Ersten Internationale am heißesten gerungen wurde, das die Organisationsform der proletarischen Koalitionen betraf, Zentralismus oder Föderalismus, konnte nur im Zusammenhang mit der Frage entschieden werden, ob der Staat zu erobern, d. h. in praktischer Mitarbeit zu erhalten und dann im gewaltsamen Aufstand in eigene Regie zu übernehmen oder zu zerstören, also nach nur auf die Revolution bedachter Vorbereitung durch restlose Auflösung seiner Verwaltungseinrichtungen funktionsunfähig zu machen sei. Die Marxisten handelten von ihrem Standpunkt aus vernünftig, indem sie die Organisation, die sie als künftige Lenkerin des Staates betrachteten, mit den gleichen funktionellen Eigenschaften austatteten, die den Staat zum Staat machen: zentralistisch, oder was dasselbe ist, obrigkeitlich, mit bürokratischer Befehlsgewalt die nur mit formal-demokratischen Rechten versehenen Mitglieder-massen einer regierenden Führerschaft unterwerfend. Nicht minder vernünftig organisierten die bakunistischen Staatsverneiner ihren Anhang von Anfang an in der dem Staatsprinzip entgegengesetzten Form der Föderation, der Gruppierung von unten nach oben, mit Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der solidarisch verbundenen Einzelnen, bei Beschränkung aller Verwaltungsfunktionen auf die bloße Ausführung der autonomen Beschlüsse der Arbeiter selbst.

Die Verwirklichung föderalistischer Gesellschaftsformen wäre in Rußland seit 1917 Tatsache, hätten nicht leider die Marxisten ihre zeitweilige Einsicht nachträglich zurück revidiert und an Stelle der verfassungsmäßig festgelegten Räterepublik, die im Wesen anarchistisch ist — die Idee des Rätessystems wurde meines Wissens zum ersten Mal auf dem Basler Kongreß 1869 von dem belgischen Anarchisten Hins klar entwickelt und formuliert —, die schroff staatliche Diktatur einer Parteizentrale gewaltsam durchgesetzt. Die Errichtung eines neuen Staates auf den Trümmern des in der Oktoberrevolution mit vorbildlicher Gründlichkeit beseitigten früheren mußte alle die beklagenswerten Wirkungen nach sich ziehen, die das revolutionäre Weltproletariat an dem Rußland von heute in bitterster Enttäuschung fast zweifeln lassen: die Anpassung an die Staatsmethoden der

übrigen Länder, die neue ökonomische Politik mit ihrem immer weiteren Zurückweichen vor den Ansprüchen des Ausbeuterkapitals, die Proletarisierung der Kleinbauernschaft bei gleichzeitigem Hochschwelen des Kulakenkapitalismus, endlich die Omnipotenz der Bürokratie, deren entsetzlichste und vor jeder revolutionären Betrachtung verderblichste Aeußerung die blindwütige Verfolgung der linksrevolutionären Arbeiter und Bauern ist, die unter der Revolutionsparole „Alle Macht den Räten!“ noch heute etwas anderes verstehen als das kritiklose Hinnehmen ungezügelter Bürokratenwillkür. Mit diesen Erscheinungen hoffe ich mich im nächsten Heft des FANAL bei der Beschäftigung mit einigen sehr instruktiven neuen Erzeugnissen der russischen Literatur näher befassen zu können.

Die Pariser Kommune hatte sogar bei Marx und Engels vorübergehend Zweifel erweckt, ob ihre im Kommunistischen Manifest begründete These von der einfachen Uebernahme des Staates vor einer Klassenrevolution des Proletariats standhalten könne; ja, sie überwandten sich in der Adresse des Generalrats über den Bürgerkrieg in Frankreich zu dem Eingeständnis, die Kommune habe den Beweis geliefert, „daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“. Die Tatsache, daß die beiden Dioskuren, 3 Monate nach der Heraushebung dieser Sätze im Vorwort zur Neuauflage des Kommunistischen Manifestes vom 24. Juni 1872, dennoch um der Staatsfrage willen die Internationale sprengten, beweist, wie falsch die Auffassung Pannekoeks und Lenins ist, Marx und Engels hätten sich mit diesem Satz zur Zerstörung des Staates bekannt. Der Satz besagt nichts weiter, als daß die Eroberung des Staates nicht so einfach vor sich gehen könne, wie sich seine Verfasser das 1847 vorgestellt hatten und daß die Arbeiterschaft an der Staatsmaschinerie einige Veränderungen vornehmen müssen, ehe sie nach ihrem Wunsche funktioniere. Insofern hat Mehring recht, wenn er in seiner Marx-Biographie (S. 460) „einen gewissen Widerspruch“ mit den Ansichten feststellt, die im Kommunistischen Manifest bekundet waren. Mehring erklärt diesen Widerspruch mit dem Bedürfnis, der Pariser Kommune ein Lob zu spenden, das sich mit der unveränderten alten Auffassung über die Eroberung des Staates deswegen nicht gut vereinbaren ließ, „weil sie damit begonnen habe, den Schmarotzer Staat mit Stumpf und Stiel auszurotten“. Im übrigen bezeichnet Mehring den kleinen Widerspruch selbst nur als einen Vorbehalt und

widerlegt den Versuch Lenins, die von ihm veranlaßte Mitwirkung der bolschewistischen Partei bei der Zerstörung des Staates als im Einklang mit den seit 1872 von Marx und Engels vertretenen Auffassungen hinzustellen, mit der bündigen Feststellung: „Später aber hat wenigstens Engels, nach dem Tode von Marx, im Kampfe mit anarchistischen Richtungen diesen Vorbehalt wieder fallen lassen und ganz die alten Anschauungen des Manifestes wiederholt.“

Die Beteiligung der revolutionären Proletarier am Parlamentarismus war bei Marx und Engels und bei den sozialdemokratischen Parteien, die ihre Theorien befolgten, logisch begründet in der Absicht, später die Staatsmacht zu übernehmen, gleichviel ob es nun einfach oder umständlich wäre, die fertige oder umzumontierende Maschine für die eigenen Zwecke in Bewegung zu setzen. Die bolschewistische Lehre, daß der Staat zu zerstören sei, das revolutionäre Proletariat aber gleichwohl Delegierte in die Parlamente, Behörden und selbst in die kapitalistischen Staatsregierungen zu entsenden habe, ist jedoch offenbar widersinnig. Was Lenin in seiner Kinderkrankheits-Broschüre zur Beschwichtigung derer sagt, die darin die Rückkehr zu sozialdemokratischen Traditionen erblicken wollten, entbehrt durchaus der Ueberzeugungskraft, mit der er in seinen anderen Schriften auch den Meinungsgegner zu fesseln weiß. Seine Argumentation läuft schließlich auf die alte Tröstung hinaus, mit der schon Wilhelm Liebknecht 1870 seinen Abstieg von dem noch 1869 geheiligten antiparlamentarischen Postament begleitete, daß man die von der Bourgeoisie zur Verfügung gestellte öffentliche Tribüne benutzen müsse, nicht um den Staat zu verwalten, sondern um ihn zu untergraben. Was die Beteiligung der Sozialdemokraten an den parlamentarischen Schachermacheien des kapitalistischen Staates untergraben hat, wissen wir: bestimmt nicht den Staat, wohl aber den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie und nicht etwa bloß eines kleinen Teiles ihrer reformistischen Führerschaft. Unsere Partei-Kommunisten unterscheiden ja so gern die Sozialdemokraten bis zum 4. August 1914 und seither und preisen die Heroen von ehemals, die sich dem Eindringen des Reformismus und der Staatsstreberei eifernd widersetzt hätten. Ja, wenn Bebel gelebt hätte — der hätte doch den Umfall zum Kriegspatriotismus nicht mitgemacht! Bitte: Am 7. März 1904 sprach August Bebel im Deutschen Reichstag zum Militäretat beim Titel „Gehalt des Kriegsministers“ folgende Sätze: „Wir werden ja nun keine roten Blumen an

unsere Helme stecken (Stürmische Heiterkeit), aber die Gesinnung bleibt doch. Sie können keinen siegreichen Krieg mehr ohne uns führen und siegen nur mit, nicht gegen uns. (Vielfaches Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es sich je bei einem Krieg um Deutschlands Existenz handelt, werden auch wir bis zum letzten Mann kämpfen, um unser Vaterland, unsern Boden zu verteidigen. Allzeit und jederzeit werden wir den Versuch, auch nur ein Stück Boden von Deutschland abzureißen, bis zum letzten Atemzug bekämpfen (Zuruf rechts: Sehr schön!) Ich rede nicht Ihnen zu Liebe . . ." Nein, Bebel redete der marxistischen Auffassung zu Liebe, daß der Staat zu erobern, somit im ganzen Umfang seines räumlichen Bestandes zu übernehmen sei, weswegen er natürlich auch als Vaterland anerkannt und bis auf das kleinste Stück Boden verteidigt werden müsse.

Unsere Kommunisten von heute wollen ja nun aber als echte Leninisten-Bolschewisten den Staat wirklich zerstören. Wie machen sie das? Nun, sie machen es genau so wie die Sozialdemokraten es machen, daß sie den Staat erobern wollen. Ein Beispiel: die Lebensmittelpreise steigen, die Mieten steigen, die Steuern steigen, die Zölle steigen, die Portokosten und Telefongebühren steigen. Warum? Letzten Endes natürlich, damit der Profit der Agrarier, der Industriellen und der Finanzkapitalisten sich vermehre, gleichzeitig doch aber und in natürlicher Wechselwirkung dazu, weil die Erhaltung und Verwaltung der Staatsmaschinerie, an deren gutem Funktionieren nur eben diese Nutznießer des Staates interessiert sind, immer teurer wird. Mag der Lohnarbeiter hungern, dem kann man die Bezahlung seiner Arbeitskraft tief unter das Existenzminimum senken, — die Staatsbürokratie aber darf nicht darben. Da schreien nun die kommunistischen Staatszerstörer Zeter und Mordio gegen die haarsträubenden Zölle, die die Brot- und Zucker- und Fleischpreise unerschwinglich machen, — gleichzeitig aber jubeln sie die demonstrierenden Staatsbeamten an, wenn sie höhere Gehälter verlangen, deren Bewilligung von den den Arbeitern herausgepreßten Lohnabzügen abhängig ist. Die Regierungsparteien, die Demokraten, die Noskemänner, die Kommunisten — alles rennt einander die Hacken ab im Wettlauf um die Gunst der Beamten. Die Kommunisten aber sind allen andern noch über: da wird Erhöhung der Bezüge beantragt, daß man sich die Finger danach ablecken möchte, den Vater Staat als Arbeitgeber zu kriegen. Und das beschränkt sich nicht auf die wirklichen Proletarier unter den Beamten, die Briefträger, die Eisenbahn-

schaffner, alle die Kategorien von Staatsarbeitern, die mit ihres Körpers harter Arbeit nützliche Dienste tun, — o nein, auch der Polizist, auch der Gefängnisaufseher, auch der Gerichtsdienner soll besser in Stand gesetzt werden, das Seine zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung beizutragen, indem er den revolutionären Arbeiter mit Gummiknüppeln kirre macht, ihn vor den Niedner schleppt und im Kittchen schön verschlossen hält. Dazu kommen dann noch die eigentlichen Bürokraten, alle diejenigen, die in irgend einem überflüssigen Ministerium in einer überflüssigen Kanzlei überflüssige Verordnungen erlassen, um damit ihre gesellschaftliche Unentbehrlichkeit zu beweisen, alle die glücklich irgendwo zwischen Scharteken und Pandekten untergekrochenen Schreiberchen, die, weil sie nun mal Beamte sind, auch staatliche Befehlsgewalt ausüben, über die Handarbeiter, die zufällig auch Beamte heißen, weil ihr Ausbeuter der Staat selber ist, und über uns Nulpen aus dem Publikum, die wir das Unglück haben, einmal in ihr Ressort genötigt zu werden. Jeder von ihnen hat ja bei den nächsten Wahlen eine Stimme, und wie sollte er sie der Partei verweigern, die ihm das fetteste Dasein beantragt? Freilich sähe er sich wohl vor, die Kommunisten zu wählen, wenn er ihre Drohung, sie würden den Staat zerstören, ernst nähme. Man wird in der Tat berechtigt sein, einmal ernsthaft die Frage an die Kommunistische Partei zu stellen: Wollt ihr nun eigentlich wirklich noch den Staat zerstören? Was geht euch dann aber dessen Verwaltungsapparat an? Was interessiert euch die Sättigung des Reichwehrsoldaten, wenn euch die Einrichtung, der er dient, vernichtenswert scheint? Wir, die wir außerhalb dieser ganzen seltsamen Staatsbetreuung stehen und, bis die Stunde reif ist, unser Tun der Revolutionierung der Arbeiterschaft und nicht der gerechten Regulierung des Einnahme- und Ausgabenetats der kapitalistischen Zentralinstitution zu widmen gedenken, — wir erkennen beim besten Willen keinen grundsätzlichen Unterschied im Verhalten der der Staatseroberung beflissenen Sozialdemokraten und der zur Zerstörung des Staates entschlossenen Kommunisten. Wir sehen bloß, daß jedesmal, wenn die Sozialdemokraten den Erwerbslosen 30 Mark Unterstützung auf Kosten der arbeitenden Proletarier geben wollen, die Kommunisten verlangen, es müßten mindesten 50 Mark sein, daß die Kommunisten 100 Mark Gehaltserhöhung für den Schupowachtmeister beantragen, wenn die Sozialdemokraten bloß für 75 Mark zu haben sind, und daß die Kommunisten als einziges außerparlamentarische Mittel Straßendemonstrationen veranstalten, bei

denen Parlamentarier Resolutionen beschließen lassen, durch die sie vom Parlament Abhilfe verlangen. Daß es ganz andere Mittel gibt, mit denen das Proletariat wirklich etwas erzwingen könnte — sagen wir beispielsweise die Befreiung der politischen Gefangenen oder die Verhinderung der Schulverpfaffung — scheint vergessen zu sein, seit einmal die Herren Ebert und Noske selbst die Einsetzung wirksamer Mittel veranlaßten, damit nicht die um Kapp, sondern sie selbst die weißgardistischen Freikorps gegen die Proletarier hetzen konnten.

Wie also steht es um die wichtigste Frage des proletarischen Kampfes, deutsche Parteikommunisten? Wollt ihr den Staat zerstören oder erobern? All euer Tun und Lassen deutet darauf hin, daß ihr nur noch an die Eroberung denkt, daran also, eure eigene Bürokratie an die Stelle der heute wirkenden Hindenburg-Marx-Bürokratie zu setzen. Wir, die wir keine Marxisten sind, aber besser als die stimmkräftigsten Marxtrompeter wissen, daß die Umstände den Menschenwillen bestimmen und daß aus gleichen Ursachen gleiche Folgen kommen, sagen euch den Weg voraus, den ihr bis zu Ende gehen müßt, wenn ihr die schleunige Umkehr versäumt: es ist der Weg zur Sozialdemokratie; es ist der Weg der Sozialdemokratie; es ist der Weg, der zur Eroberung des Staates führt, aber niemals zu seiner Ueberwindung und Zerstörung; zur Eroberung des Staates durch das Proletariat für ein paar Parteibürokraten, die nichts weiter sein können als die Platzhalter für die gestürzten Gewalten, die Vernichter der Revolution und die Stiefelputzer der Reaktion. Es genügt, das einmal erlebt zu haben.

Niedner am Werk.

Ob er gerade Niedner heißt oder anders, ist nicht übertrieben wichtig. Nennen wir ihn halt Niedner. Es gibt ja auch sonst Sammelbegriffe: pars pro toto, ein Teil fürs Ganze, sagt der Lateiner. So spricht man von Seelen, wenn man komplette Einwohner meint, von Köpfen, wenn von einer Bande die Rede ist, in der oft die Köpfe gerade dasjenige sind, woran es am meisten mangelt, zählt Soldaten sehr zutreffend als Gewehre oder faßt in einem repräsentativen Namen alle mit bemerkenswerten Eigenschaften seines Trägers hervorstechend ausgezeichneten Individuen des gleichen Standes oder der gleichen Sinnesart zusammen. Man charakterisiert jemanden als Herostrat, als Schmock, als Napoleon, als Noske oder bevorzugt auch manchmal Tiernamen, die zur Kennzeichnung eines Menschen ausreichend scheinen. Wenn ich also vom Niedner rede, so ist klar, daß er nicht immer selber gemeint zu sein braucht. Vorläufig ist

er aber noch in eigener Person im Dienst, als unabsetzbarer Senatspräsident des IV. Strafsenats beim Reichsgericht des trotz allen Niedners immer noch deutsche Republik geheißenen monarchistischen Zweckverbandes.

Im empfehle zur vollständigen Klarstellung des Begriffs Niedner folgende Schriften: „Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918—1921“ von Felix Halle (VIVA, Berlin 1922); „Vier Jahre politischer Mord“ von E. J. Gumbel (Malik-Verlag, Berlin 1922); „Die Denkschrift des Reichsjustizministers über Vier Jahre politischer Mord“ herausgegeben von E. J. Gumbel (Malik-Verlag, Berlin 1924); „Standrecht in Bayern“ von Erich Mühsam (VIVA, Berlin 1923); „Der Tscheka-Prozeß. Die Denkschrift der Verteidigung“ von R.-A. Dr. Arthur Brandt (Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1925); „Gerechtigkeit für Max Hoelz“ von Erich Mühsam, (Verlag Rote Hilfe Deutschlands, Berlin, 3. Aufl. 1926) und endlich „Acht Jahre politische Justiz. Eine Denkschrift der Deutschen Liga für Menschenrechte E. V.“ (Hensel & Co. Verlag, Berlin 1927). Der Niedner im Original wird vorgeführt in Dr. Brandts ausgezeichnete Broschüre über den Tscheka-Prozeß, hier und dort begegnet er einem auch in der zuletzt genannten Denkschrift „Acht Jahre politische Justiz“, die den bezeichnenden Untertitel führt „Das Zuchthaus — die politische Waffe“. In dieser überaus sorgfältig zusammengetragenen und — durch seine sachliche Aneinanderreihung neudeutscher Justizjuwelen zu einer scheußlichen Talmikette der Gerechtigkeit — aufreizenden Schrift grinst uns der Niedner in allen seinen reizvollen Abwandlungen so schieläugig und stockzähmig entgegen, daß sein Porträt keiner Ergänzung mehr bedarf. (Anmerkung für den Staatsanwalt: Es liegt mir ganz fern, die Staatseinrichtung Niedner dadurch verächtlich zu machen, daß ich über sie erdichtete oder entstellte Tatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behaupte oder verbreite, wodurch ich gemäß § 131 St. G. B. — künftig nach § 166 des neuen, auch sehr schönen Entwurfs — bis zu zwei Jahren Gefängnis kriegen könnte. Ich hatte noch nicht den Vorzug, vor dem Herrn Senatspräsidenten stehen zu müssen, bezw. ihn über mir, also über mich zu Gericht, sitzen zu sehen. Ich bin daher pflichtgemäß überzeugt, daß der konkrete Herr Niedner ein hübscher und wohlgestalter Mann ist; daß sie schieläugig und stockzähmig sei, behaupte ich, wohlgemerkt!, nur von seiner Abstraktion). Was die übrigen zur Lektüre empfohlenen Werke und Werkchen anlangt, so tritt in ihnen nicht der Urniedner auf, sondern teils die Vorläufer und Verkünder der von ihm später in überreicher Fülle aus dem Talarärmel geschüttelten völlig neuartigen Rechtspraktiken, teils die später vom Niedner-Klischee gezogenen Abdrucke, die natürlich nicht alle gleichmäßig schön herauskommen konnten.

Der Reichsgerichtsrat Alexander Niedner — die Original-Prägung — hat einmal ein Buch geschrieben „Sozialisierung der Rechts-

pflege“, worin er, treu auf dem Boden nicht von ihm und seines Gleichen geschaffener Tatsachen, treffliche Grundsätze aufstellt, wie man, obwohl Jurist, das Recht in Gerechtigkeit umbiegen könne. Diese literarische Bemühung empfahl Herrn Niedner den damals noch von der Reaktion benötigten und deshalb zum Regieren zugelassenen Sozialdemokraten in dem Maße, daß ihr Ebert ihn bei der Einsetzung des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik gegen Republikaner zu dessen Vorsitzenden ernannte, ihm somit sowohl den Boden als auch den Keller der republikanischen Tatsachen zum Auf- und Ausräumen überantwortete. So schuf er nun selber Tatsachen, die ihm der monarchistischen Patrioteska nach Entfernung ihrer sozialdemokratischen Stellvertretung von Wilhelms Pfründen geeignet zeigten, als Strafsenats-Präsident beim Reichsgericht die Tätigkeit fortzusetzen und zum Ziele zu führen, welche er beim nunmehr in Gott ruhenden Staatsgerichtshof so erfolgreich begonnen hat. Daher ist er zur Zeit mit seinem ebenfalls ins Reichsgericht umgepflanzten Baumgarten, mit dem Reichsanwalt Neumann, mit seinen bewährten Zeugen, dem Kriminalkommissar Koppenhöfer und den dazu gehörigen Spitzeln Diener und König in Stuttgart tätig, um dort den zweiten Teil des Tschekaprozesses zu inszenieren, dessen erster Teil ihm in Leipzig so wohl gelungen war.

Wenn Niedner eine Reise tut, dann kann man was erleben. Einmal — es ist schon drei Jahre her — war er mit den andern Republikenschützern in Königsberg. Da nannte er die rote Fahne einen russischen Fetzen, bekundete auch sonst lebhaft seinen Widerwillen gegen ein Land, mit dem das, dessen Beamter die Niedners alle sind und bleiben, seit Brest-Litowsk (bei dieser Gelegenheit eine Träne dem verblichenen General Hoffmann!) in Frieden und Freundschaft lebt. Der Gerichtsvorsitzende bekam im Verlaufe seiner Verhandlungsleitung Krach mit dem Verteidiger Dr. Samter, da er sich dessen Protest gegen dauernde Verletzungen der Strafprozeßordnung in einem Verfahren nicht gefallen lassen wollte, bei dem das Urteil endgültig und keiner Nachprüfung ausgesetzt ist, — und das Ergebnis war: für drei Genossen 18 Jahre Zuchthaus. Sie hatten nämlich verhindert, daß die Schulz- und Klapproth-Leute beim Küstriner Putsch alle Waffen benutzen konnten, die sie zu diesem Zweck in Ostpreußen angesammelt hatten. Die drei Opfer des Königsberger Prozesses, Kalcher, Delvendahl und Leipold sitzen heute noch, wenn auch ihre Strafe in Gefängnis umgewandelt worden ist. Aber die Anrechnung der schon verbüßten $2\frac{1}{2}$ Jahre Zuchthaus als $3\frac{3}{4}$ Jahre Gefängnis (laut § 21 St. G. B.) und die Anwendung der Hindenburg-Amnestie durch den Abstrich von 2 Jahren von der erkannten Strafzeit, auf die sie, wenn das Urteil gleich auf Gefängnis gelaftet hätte, gesetzlichen Anspruch hätten, wäre zuviel der Gnade in der Republik der Niedners. Dabei ist Delvendahl schwer krank, wird aber, da die Gefängnisärzte trotz kolossaler Gewichtsabnahme und quälendster Verdauungsstörungen keinen objektiven Befund feststellen

können, nicht einmal beurlaubt. Die Schicksale Hagemesters und Albert Menzels schrecken nicht. Zwar hat man den Genossen Husemann wirklich wegen Krankheit in letzter Gefahr herausgelassen, nachdem der preußische Landtag sich um den tollen Fall angenommen hatte; für den Oberreichsanwalt aber scheint es für Proletarier den Begriff der Haftunfähigkeit auch nicht zu geben, seit man seinerzeit sogar den verflissenen Zentrumsminister Höfle in Moabit hat verrecken lassen. (Bei dieser Gelegenheit eine Träne dem verblichenen Iwan Kutisker.)

In Königsberg also fing die Persönlichkeit Niedner an, sich zum Begriff Niedner auszuweiten. Dann kam der Tscheka-Prozeß. Da entfaltete sich die Niednerknospe zur Blüte. Die bis dahin überall für selbstverständlich gehaltenen und in der Strafprozeßordnung als für jeden Richter bindend festgelegten Regeln, durch welche das Recht der Angeklagten auf zureichende Verteidigung und Prüfung der sie entlastenden Momente zu sichern versucht wurde, gerieten in dem vom Niedner ersonnenen Verfahren, gegen das es keinen Einspruch an eine zweite Instanz gibt, aus dem Geleise. Die Verteidiger wurden in der Rede- und Antragsfreiheit behindert und mit Wortentziehung bestraft, und schließlich ließ Niedner den Rechtsanwalt Samter mit Polizei aus dem Gerichtssaal führen. Das Gerichtsprotokoll durfte eine Reihe von Vorfällen, die die Verteidigung festzulegen beantragte, nicht enthalten, die Zeugen wurden je nach ihrer dem Vorsitzenden genehmen oder ärgerlichen Aussage verschieden behandelt, die zur Gerichtsstelle direkt mitgebrachten Entlastungszeugen überhaupt nicht vernommen, die Angeklagten gegen einander ausgespielt, die Charaktere unter ihnen wie Margies und Mayer angebrüllt, die Spitzel und Verräter ihrer Kameraden umschmeichelt, — und als das Urteil nach zwölfwöchiger sogenannter Verhandlung gesprochen war, ein Urteil, das dreimal die Todesstrafe und über 70 Jahre Zuchthaus aussprach, da konnten uns die Niedners, die später etwa unter dem Namen Weßling oder Bombe oder sonstwie auftraten, nicht mehr viel bieten.

Aber in Stuttgart versteht es der echte und unerreichte Ur- und Originalniedner doch wieder, uns eine Steigerung seiner eigenen Methoden vorzuführen. Es handelt sich um einen Tatsachenkomplex, der in enger Verbindung steht mit dem des Tschekaprozesses. Die Abwehrmaßregeln der revolutionären Proletarier gegen die Versuche der Hitlerbande, in Württemberg die Bazillen auf den Putschbock zu setzen und ihre schwarzrotgoldigen Platzhalter standrechtlich abzusägen (bei dieser Gelegenheit eine Träne dem verblichenen Wilhelm Bloss), diese vorbereitenden Maßnahmen der Kommunisten gegen, selbstredend unverfolgt gebliebene, Umsturzversuche der Fascisten sind heute wie damals Inhalt der Schauerromane, die der Niedner zu bewiesenen Verbrechen forensisch herzurichten als seine Aufgabe betrachtet. Das gleiche Ermittlungssystem der Stuttgarter Polizei wie im Tschekafall, dieselben Inquisitoren im Untersuchungs-

verfahren, dieselben Provokateure und Spitzel, die teils aufgeregte Handlungen tatsächlich inszeniert haben, teils als Zeugen das nicht Geschehene als geschehen bekunden, dieselbe Schikaniererei und Behinderung der Verteidigung und jeglicher Entlastung wie damals und dazu jetzt auch noch eine Reihenfolge in den Verhören, bei der die Angeklagten methodisch verwirrt werden; Angeklagte und Zeugen werden durcheinander vernommen, und das Gericht läßt sich schon von belastenden Aussagen gegen einen Beschuldigten beeinflussen, ehe der Beschuldigte sich selbst im Zusammenhang äußern darf. Der Prozeß ist bei Schluß der Redaktion noch nicht zu Ende. Soviel ist klar: Die kommunistischen Genossen werden jämmerlich verdonnert werden, und in ganz Deutschland wird wieder außer dem Niedner und den Niedners kein Mensch sein, der das Urteil für einen Rechtsspruch halten wird.

Wo kein Kläger ist, sagt man, ist auch kein Richter; wo aber in Deutschland ein Richter ist, da ist kein Kläger. Es hat auch wenig Sinn, den unabsetzbaren Niedner anzuklagen. Er leistet an öffentlicher Aufreizung und Vorbereitung zur revolutionären Verfassungsänderung soviel, wie wir nur wünschen können. Ich komme aber auf den schon vor zwei Monaten hier gemachten Vorschlag zurück, man solle doch die Niedners alle wie die Chauffeure und Piloten in regelmäßigen kurzen Abständen auf ihren Nerven- und Geisteszustand untersuchen lassen, — natürlich nicht von Gefängnisärzten, sondern von solchen, die auch mal ohne Stetoskop einen objektiven Befund konstatieren können. Nicht daß ich der Meinung wäre, der Herr Reichsgerichtsrat und Senatspräsident Alexander Niedner sei verrückt, im Gegenteil: das Proletariat soll erfahren, daß die Urteile des Mannes und seiner Art wirklich von geistig intakten und zurechnungsfähigen Personen gefällt werden. Stellt sich das durch eine psychiatrische Untersuchung heraus, die natürlich auch den täglichen durchschnittlichen Alkoholverbrauch der Richter berücksichtigen müßte, die berufsmäßig Menschenschicksale zu vernichten haben, dann wäre der politische Tendenzcharakter dieser Justiz und ihre Klassenbefangenheit jedem letzten Zweifel entrückt, und die Vorgänge in Wien bekämen ein noch viel eindringlicheres Aussehen, als wenn die Möglichkeit bestehen bliebe, das, was bei deutschen Richtersprüchen als Geist ausgegeben wird, könnte krank sein.

Wien! Ja, die Wiener Arbeiter sind auf die Barrikaden gegangen um dessentwillen, was sie Gerechtigkeit dünkt, und der Brand des Wiener Justizpalastes hat die große Sehnsucht des österreichischen Proletariats beleuchtet, endlich zum Anschluß an den deutsche Republik geheißenen monarchistischen Zweckverband zugelassen zu werden. Dann brauchen sie nicht mehr um die kümmerlichen Restbestände revolutionärer Errungenschaften in den Generalstreik zu treten. Dann haben sie von selber, was sie nicht einführen lassen mögen: den Hindenburg gleich hinter dem Parker Gilbert an der Spitze des Reichs, den Niedner an der Spitze des Rechts, den 10-

und 12 Stundentag, die Sitten- und politische Zensur, die Industriellen- und Pfaffenheerrschaft, das Streikverbot für die Beamten und die Todesstrafe nebst dem § 48 der Reichsverfassung. Auch brauchen sie nie wieder wegen eines ungerechten Schwurgerichtsurteils Revolten zu unternehmen. Denn bei uns gibt's seit Emminger keine Schwurgerichte mehr, — bei uns machen es die Niedrers alle selbst. Unser Schattendorf heißt zur Zeit Arensdorf. Der Termin für den Freispruch scheint noch nicht festgesetzt zu sein. Aber hierzulande sind die Kriminal- und Reichsgerichte feuerfest gebaut und der gesunde Nachtschlaf der Niedrers ringsum schnarcht in des Volkes geduldiger Hut.

Nächstens wieder Krieg.

Wir demonstrieren, wenn sich der Zusammenbruch jener Kabinettpolitik jährt, die von 1871 — 1914 den europäischen Waffenstillstand mit diplomatischen Kniffen, dauernd gesteigerter Rüstungs-Konkurrenz, gelegentlichen gemeinsamen Raubzügen gegen andersfarbige Völker und allerlei unverbindlichen Kontrakten zu balancieren suchte, gegen neue kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Staaten. Daran tun wir recht. Wir täten aber besser, uns umzusehen, ob alle die schönen Parolen „Nie wieder Krieg“, „Krieg dem imperialistischen Kriege!“, „Gegen jeden Krieg!“ bis jetzt die Gefahr des neuen Massenmordes unter den Arbeitern und Bauern aller Länder im geringsten abgeschwächt haben. Machen wir uns ja nichts vor: noch nie seit 1918 war soviel Grund gegeben, sich zur Abwehr drohender Katastrophen zu sammeln, wie augenblicklich. In Genf beraten die Flottenschieber der Vereinigten Staaten, Englands und Japans, wie es zu machen sei, daß man immer mehr Kriegsschiffe baut und dabei die Welt glauben macht, man rüste ab. In Wahrheit will man vorläufig nicht gegen einander Krieg führen, sondern England Atem gönnen, um den grossen Schlag gegen Rußland auszuführen. Um für diesen Schlag in Europa selbst alle drohenden Schwierigkeiten wegzuräumen, ist Mussolinis Italien und Pilsudskis Polen bereits gewonnen. Deutschland steht noch insofern im Wege, als sich Herr Stresemann gern hinter den bekannten Locarno-Vorbehalt verkröche, mit dem vielleicht beabsichtigt gewesen ist, den Kriegsschauplatz von der norddeutschen Tiefebene fernzuhalten. Nun würden die Briten nicht im geringsten länger zögern, trotz platonischer Zusagen, die Schützengraben in dem halb schon verbündeten Deutschland anzulegen, wie die Deutschen vor 13 Jahren gezügert haben, das in dem Belgien zu tun, dessen unverletzliche Neutralität sie in feierlichen Verträgen beschworen hatten. Aber kleine Trinkgelder verpflichten zu dem, wozu bloßes Zureden nicht zwingen kann. Und Stresemann ist ja billig. Die Räumung des Rheinlandes von Siegertruppen, um sie von Schupo und Reichswehr besetzen zu lassen, wäre in Frankreich nicht leicht populär zu machen. Es genügt für die Hindenburgrepublik, ihr wilhelminisches Prestige zu streicheln, und Berlin tanzt wie London pfeift. Darum läßt man jetzt deutsche Reichswehroffiziere zusehen, wie englische Truppen Manöver machen, ja, Deutschland soll sogar wieder Militärattachés ihren auswärtigen Gesandtschaften beordnen dürfen. So ein Mann hat, wie Meyers Konversationslexikon vor dem vorerst letzten deutschen Kriege lehrte, „lediglich aus eigener Anschauung Kenntnis von den offenkundigen Heereseinrichtungen des betreffenden fremden Staates zu nehmen und seine Regierung in der Beurteilung der allgemeinen militär-

politischen Verhältnisse dieses Staates durch fachmännisches Urteil zu unterstützen“. Die Herren Chamberlain und Churchill wünschen also, daß Deutschland von dem lerne, was die andern durch die Besiegung Deutschlands „militärpolitisch“ gelernt haben. Kein Zweifel, daß der Schüler, dessen Neigungen schon immer diese Kenntnisse betrafen, sich gelehrig erweisen wird. Schon hat auch, wie die Weltbühne mitteilt, unser verlossener Heye, der General Seekt von Münsingen, einen hochwichtigen Besuch in Italien gemacht, und zwar als Vertrauensmann der Rechtsparteien. Nun schreit nur: „Nie wieder Krieg“ oder „Nieder mit dem imperialistischen Kriege!“ Das haben die Berliner Arbeiter am 29. Juli 14 Unter den Linden auch geschrien. Wenn ihr nicht schreit: Krieg bedeutet Insurrektion! Wir werden die Mobilisation durch Generalstreik verhindern, dem Staat den Waffendienst verweigern und den Krieg im eigenen Lande führen, Klasse gegen Klasse, Proletariat gegen Bourgeoisie — aber Gewalt gegen Gewalt! — solange ihr das nicht schreit und so schreit, das man es euch glaubt, solange bestimmt nicht ihr, Arbeiter, Revolutionäre, Kriegsgegner, was geschieht und unterbleibt, sondern Churchill und Chamberlain bestimmen es, und Stresemann und Heye und Claß und Breitscheid und Hitler und Noske führen es aus.

Viele gute Menschen rufen auch in jedem deutschen August statt „Nie wieder Krieg!“ „Hoch die Verfassung!“ Beinahe wäre sogar der 11. August zur Feier des Tages, der aus der Revolution wieder offiziell den Hochverrat machte, neulich im Reichstag als Nationalfeiertag heilig gesprochen worden. Aber die Freude ist uns wieder mal für später aufgespart worden. Die Bayern zumal haben den Einwand erhoben, daß ein solcher Beschluß verfassungsändernden Charakter hätte, ebenso wie der, mit dem man die Fürsten beinahe zu Gunsten des Staates enteignet hätte und im Gegensatz zu der Absicht, die Schule und die deutsche Jugend der Kirche auszuliefern. Aber so ist sie wirklich, unsere geliebte Reichsverfassung vom 11. August 1919: diese Verfassung feiern heißt sie verändern! — Lustig geht's zu bei uns; — na, nächstens wieder Krieg!

Kultur-Blüten.

Der verdammte Platzmangel läßt wieder die Beschäftigung mit einer Reihe beachtenswerter Kulturblüten nicht zu. Ueber Harry Domela kann man in Deutschland getrost zur Tagesordnung übergehen. Daß sich hierzulande Grafen, Studenten, Offiziere, Hoteliers, Richter und Lakaien aller Sorten, sobald es hohenzollerisch riecht, auf den Bauch schmeißen wie Ludendorff vor der Münchener Feldherrnhalle, wußten wir auch vorher schon, und daß es für einen kleinen Hochstapler nicht schwer ist, alle Stützen der Gesellschaft an Intelligenz zu überragen, ohne dabei selbst hervorragend intelligent sein zu müssen, ist erst recht keine Ueberraschung. — Schmerzlicher ist es, den Knochenfunden auf dem Ulap-Terrain keine ausführliche Betrachtung widmen zu können. Ich muß mich damit begnügen auszusprechen, daß mir die Herkunft dieser Menschenreste aus den Noskemorden 1919 absolut erwiesen zu sein scheint. Wenn es auch wahr sein sollte, worauf der Vorwärts in seinem Eifer hinweist, die Toten zugleich 1813 im Franzosenlazareth ihren Wunden erlegen und 60 Jahre danach an Cholera gestorben sein zu lassen, daß man keine Kleider und Stiefel bei ihnen gefunden hat, so wäre vielleicht daran zu erinnern, daß die Weißen Garden, beispielsweise in München, kaum einen Genossen abgeschlachtet haben, dem sie nicht außer Uhr und Fingerringen auch die Anzüge und Schuhe gefleddert hätten. Derlei Requisitionen waren bekanntlich straffrei (meine eigenen Ansprüche auf Ersatz dessen, was

bei der „Haussuchung“ nach meiner Verhaftung geplündert wurde — die Ordnungsmänner haben mir und meiner Frau auch nicht einen Strumpf übriggelassen — wurden mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Räubereien von Regierungstruppen im Dienst verübt worden wären, infolgedessen Staat und Stadt nicht ersatzpflichtig seien); so ist die Nacktheit der Knochen, bei denen immerhin feldgraue Stoffreste und einzelne Matrosenknöpfe gefunden wurden, nicht weiter erstaunlich. Erstaunlich ist nur, daß der Marloh-Prozeß schon ganz vergessen zu sein scheint. Sonst wäre der Versuch der Ablehnung jeder Möglichkeit, als ob vor 8 Jahren in Berlin unbekannte Tote in heimlich geschaufelte Massengräber verräumt worden wären, zu lächerlich, um unternommen werden zu können. Die Lebendigen kann man in Zuchthäusern zeitweilig zum Schweigen zwingen, aber — das mag sich der Vorwärts merken — den Toten kann kein Noske mehr das Reden verbieten. Und ihre Sprache zeugt laut und deutlich von der Kultur unserer Zeit.

Auch Sacco und Vanzetti werden ihre Stimme über die Welt klingen lassen, vernehmlicher noch aus dem Grabe als aus dem Kerker, wenn die amerikanischen Henker es wirklich wagen sollten, sie zu ermorden. Werden sie? Heute heißt es, die Verurteilten seien in die Todeszelle überführt, morgen, es seien neue Entlastungsbeweise zum Vorschein gekommen, — und zuletzt erfährt man, Vanzetti sei in den Hungerstreik getreten. Zugleich wird der 10. August genannt als Termin, an dem endgültig der elektrische Stuhl in Funktion treten solle. Was ist wahr? Wahr ist, daß die amerikanische Kultur das Schauspiel der größten Justizinfamie bietet, die bisher aus allen Zeiten und allen Ländern bekannt geworden ist. Seit geschlagenen 7 Jahren spielt man mit dem Leben zweier Menschen, wie ein achtjähriger Junge wohl einmal eine halbe Stunde mit dem Leben einer Fliege spielt: ihr müßt sterben, ihr Mörder, ihr Banditen — in der nächsten Woche werdet ihr sterben. Nun, es ist wahr, wir wissen noch nicht genau, ob ihr Mörder und Banditen seid oder nur Anarchisten; so wollen wir euch noch mal ein paar Wochen leben lassen. So, im nächsten Monat werdet ihr nun bestimmt dran glauben; doch gut, wir geben euch noch einmal Aufschub. Sieben Jahre geht das jetzt so! Hätte die Menschheit nur eine Spur Phantasie, dann duldeten kein Volk der Welt eine Regierung im Lande, die mit den Vereinigten Staaten noch irgendwelche Beziehungen unterhält, dann gäbe sich kein Arbeiter irgendwo dazu her, ein amerikanisches Schiff zu beladen oder zu löschen, dann miede jeder Europäer die persönliche Berührung mit den amerikanischen Vergnügungsreisenden wie mit Aussätzigen und zwänge sie zu dem Nachweis, was sie schon zum Protest gegen die langsame Ermordung zweier Revolutionäre in ihrem Lande getan haben, ehe man ihnen ein Stück Brot zum Essen und einen Stuhl zum Sitzen böte. Ja, wenn die Menschen Phantasie hätten . . .

Nebenbei.

Der Sekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte, Otto Lehmann-Rußbüldt macht mich darauf aufmerksam, daß ich im Artikel „Kriegsgefahr“ des Heftes 10 des FANAL zu Unrecht behauptet habe, neben dem Vorwärts hätten auch die deutschen Pazifisten bei der Abdrosselung der Gefangenen aus der Pekinger russischen Botschaft ihre Tränendrüsen für die Proteste gegen die Hinrichtung der Gegenrevolutionäre in Rußland geschont. Die Liga hat, wie ich mich am übersandten Material überzeugt habe, aus eigener Initiative eine Aktion gegen die Hungerblockade Rußlands unternommen und bei der internationalen Liga in Paris einen gemeinsamen Protest gegen die Verletzung der diplomatischen Behörden und Personen in London und Warschau

durchgesetzt, sich auch an allen Protestaktionen wegen Peking beteiligt. — Ich erfülle sehr gern den Wunsch Lehmann-Rußbildts, diese Richtigstellung zu veröffentlichen und bitte die Leser, auf Seite 149 des FANAL bei dem auf den Vorwärts und die deutschen Pazifisten gemünzten Angriff die Deutsche Liga für Menschenrechte als nicht mit betroffen zu betrachten. Immerhin durfte ich leider außer vom Vorwärts auch von deutschen Pazifisten schreiben. Es gibt ja noch welche außerhalb der Liga.

Ferner bedarf die Notiz des vorigen Heftes, die der Entschleierung meiner Biographie gewidmet ist, der Ergänzung. Eine der proletarischen Dreckschleudern, von denen in Heft 9 die Rede war, dort als halbanarchistisches Blättchen aus dem Erzgebirge bezeichnet, liefert interessante Beiträge zu meiner Entlarvung. Ich weiß nun, daß ich sozialdemokratische Lämmeraugen habe, mich mit Rosenberg und Lensch in Verbindung bringe und für Kapitalisten und deren Ordnung schriftstellere. Ich bin ein „Parasit“, der „seine Geistesblitze sich von Revolutionären bezahlen läßt“ und „als bezahlter Saalpfaffe“ „gefährlicher als ein Kanzelpfaffe“. Denn ich „reite auf Menschheit, um obenrauf auf die Bühne zu kommen“. „Dann aber scheint es“ — und diesem Donnerkeil ist ein besonderer Abschnitt gewidmet —, „als ob er nicht etwa bezahlt wird, weil er für die Rote Hilfe Reden hält, sondern er redet für die Rote Hilfe, damit er Bezahlung erhält“. Dahinter steht nicht bloß ein Ausrufungszeichen, es folgen sogar noch zwei Sterbekreuzchen. Derartig tot gemacht bin ich. Da die Wahrheitshaubitze traurig ist, weil ich und die übrigen „überedlen Kämpfer“, die „in den großen sozialdemokratischen Sumpflöchern Amsterdamer und Moskauer Farbe nicht die ersten sein können“ und sich daher „in irgend eine Richtung der revolutionären Bewegung hineingeschmuggelt oder selbst so einen Laden aufgemacht haben“, „sogar geflissentlich unsere Adresse ihren Anbetern vorenthalten, damit sie sich nicht etwa von der Richtigkeit unserer Darstellung überzeugen können“, will ich sie trösten und den FANAL-Lesern genau sagen, wo sie stets zuverlässig über meine Person, meinen Charakter, meine Profitquellen und hoffentlich bald auch über mein Sexualleben unterrichtet werden: es ist der „Proletarische Zeitgeist. Eine von Arbeitern für Arbeiter geschriebene Zeitung“, die das Motto führt: „Die Selbstbewußtseinsentwicklung ist die erste Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse“. Die Adresse lautet: Emil Horn, Freital 2 (Sa.) Mozartstr. 8, I. Die zitierte Wahrheit über mich ist nachzulesen in Nr. 28 des 6. Jahrgangs. — Ich muß meine Anbeter dringend bitten, alle über mich gewünschten Aufklärungen immer direkt aus diesem wertvollen Organ zu schöpfen, da ich viel zu feige, korrupt und verlogen bin, um im FANAL jemals wieder das Wagnis zu unternehmen, den Enthüllungen des ebenso unerschrockenen wie proletarischen Zeitgeistes zu widersprechen.

Proletarischer Aufstand in Wien!

(Vorläufiges)

In der deutschen demokratischen Republik herrscht hemmungslos der Fascismus durch das Mittel der Justiz. In der österreichischen demokratischen Republik war die Justiz im Begriff, den Fascismus ebenfalls einzubürgern, ohne dem parlamentarischen System die geringste Kränkung zuzufügen. Das deutsche Proletariat ist von den parlamentarischen Parteien so verliebt gemacht worden in seine verfassungsmäßig garantierten Rechte, daß es in dem Gebaren seiner Klassenrichter kaum mehr erkennt als Verblendung und Uebermut gehässiger und fanatisch-reaktionärer Personen. Die Wiener Arbeiter-

schaft durchschaute schon bei einer der ersten offenen Solidarisationen der Justiz mit den Mördern der fascistischen Organisationen, daß es sich hier um organisierten Bürgerkrieg handelt, der im Rahmen der Verfassung und unter zweckmäßiger Anwendung der Demokratie und der Staatsmittel einseitig gegen die Arbeiter geführt wird. Das Wiener Proletariat griff zu den Abwehrmitteln, die der Bürgerkrieg ihm als natürliche Waffen zuweist. Es ging auf die Straße, legte den Verkehr still, baute Barrikaden und stürmte und zerstörte das Justizgebäude, den Seuchenherd des Fascismus. Die Aktion des Wiener Proletariats ist von keiner Führerschaft organisiert worden, sie entsprang der genialen Intuition der Masse, die nie irrt, wenn sie in Erregung führerlos zur Selbsthilfe greift. Die Niederbrennung des Wiener Justizpalastes am 15. Juli 1927 wird in der Geschichte lebendig bleiben als eine der großartigen revolutionären Symbolhandlungen, die, wie die Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789 und die Fällung der Vendôme-Säule am 16. Mai 1871, der Empörung, der Kritik und dem Willen der in spontane Bewegung geratenen Massen fanalhaften Ausdruck geben. Der Ort, an dem die herrschende Klasse Urteile fällt gegen das Recht der arbeitenden Klasse — ein Trümmerfeld; das Papier, das in Grundbüchern die Privilegien des Besitzes, in Gerichtsakten die Vergewaltigung der Armen durch die Reichen festlegt, — ein Aschenhaufen: zum ersten und einzigen Male in seiner Sterbestunde war der Justizpalast in Wien die Stätte eines gerechten Urteils. — — Es ging mit der prachtvollen Erhebung der Wiener Arbeiter, wie es noch jedesmal mit allen selbstherrlichen Entschlüssen derer gegangen ist, die von Freiheit und Recht ein wissendes Gefühl haben. Berufspolitiker, die nicht den Arbeitern zur Befreiung, sondern sich selbst zur Regierung verhelfen wollen, stellen sich an die Spitze des Aufruhrs, um dem Aufruhr die Spitze abzubreaken. So trieben es die Sozialdemokraten bei uns im Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, dann am 9. November, so haben es jetzt die Austromarxisten gemacht, die politisch etwa die Rolle der früheren rechtsunabhängigen Sozialdemokraten spielen. Sie proklamierten den Generalstreik, als er längst ausgebrochen war, und sie erwürgten ihn, als sie den Massen suggeriert hatten, daß nie die Arbeiter, sondern immer nur ihre bezahlten Führer wissen können, was anzustreben und was zu erreichen ist. Sie haben die Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung der Konterrevolution verhindert, und sie haben zu den weißen Noskengarden noch die weißbroten Hörsinggardien bewaffnet und den Fascisten ausgeliefert. Als das geschehen war, haben sie vor den Seipel und Schöber bedingungslos kapituliert, und wenn sie ihren Zweck erreichen sollten, nun selbst wieder zum Regieren zugelassen zu werden, dann werden sie das nächste Mal vor den Leichen gefallener proletarischer Kämpfer nicht mehr nötig haben, Anklagegesten gegen die Reaktion zu markieren; dann werden sie selber das Kommando zum Feuern geben dürfen und es nicht minder freudig tun wie der Berliner Barmat-Bauer, als er in die gegen die Schändlichkeit des Betriebsrätegesetzes nur allzu friedlich, nur allzu diszipliniert demonstrierenden Arbeiter hineinkartätschen und ihrer an die 50 tot niederstrecken ließ. Die österreichischen Sozialdemokraten fordern ihre Aufnahme in eine Koalition mit den Seipels; und die Kommunisten? o, die fordern eine „Arbeiter- und Bauernregierung“, will sagen ihre Aufnahme in eine Koalition mit den Sozialdemokraten! Nein, nicht diese oder solche oder sonst eine Regierung ist zu fordern, sondern das, was den Arbeiter-Interessen gemäß ist: die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten durch freie Räte, das heißt die Freimachung des Weges über die politische Revolution zur sozialen Befreiung, zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel, zur Abschaffung des Lohnsystems und zur Beseitigung der Klassen.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zur besonderen Beachtung!

Die Vorträge fallen im August aus.

Zusammenkünfte, die ausschließlich die Beratung über **Ausgestaltung der Organisation** und **Schaffung einer eigenen Presse** betreffen, werden durch besondere Einladungen bekannt gegeben.

Für die Durchführung der bereits gefaßten Beschlüsse sind unbedingt **freiwillige Geldspenden** nötig. Die an einer **wirksamen Belebung der anarchistischen Bewegung** interessierten Genossen werden gebeten, **Geldbeiträge** zu senden an die **Genossin Klara Klyszynski**, Berlin-Neukölln, Treptowerstr. 10, v. IV.

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Die sozialistische Monatsschrift

Bezugspreis: vierteljährlich 60 Pfennige.

Aus dem Inhalt der letzten Hefte:

CHU KUN-CHING: „Das Problem China“. — EICHLER: „Die Trade-Union Bill“. — KUMLEBEN: „Gefahren für die weltliche Schule in Frankreich“. — OWEN: „Hohe Löhne in Amerika“. — RAUSCHENPLAT: „Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten aus der Sowjet-Union.“ — SCHMIDT: „Der Stahlhelm in Berlin“.

Abonnieren Sie den „ISK“ bei der Post!

Probehefte kostenlos durch

N. HINKEL, Schlüchtern (Bez. Kassel)



Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker

Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist. Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform.

Bertram Lloyd.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION

Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

Kriegsgegner!

Friedenskämpfer!

Verbreitet und verwendet die vom „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ herausgegebenen

Antikriegspostkarten

Die Leser des „FANAL“ erhalten auf Wunsch eine Musterserie gratis von der Geschäftsstelle:

Berlin N 31, Voltastr. 19

Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

An die Leser! — Die Lehren von Boston. — Einigkeit und
Recht und Freiheit. — Seppi Wittmann. — Seismograph.



Jahrgang 1

BERLIN

September 1927

PREIS 30 PFG.

Nr. 12

PREIS 30 PFG.

Drei Lebensgebiete

Wirtschaft

Schule

Erotik

Drei Standardwerke

**Die natürliche
Wirtschaftsordnung**
von Silvio Gesell br. Mk. 10.—

Die Zwangsschule
von Müller-Holm in Leinen Mk. 3.75
Ein Buch für Eltern und Erzieher

Die moderne Frau
von Dr. P. Bousfield br. Mk. 4.50
Ueber die Menschwerdung des Weibes

Mit diesen innerlich zusammengehörenden
Werken muß sich jeder denkende Mensch
unserer Zeit auseinandersetzen.

Zu beziehen vom

Stirn-Verlag Hans Timm

Berlin C. 54, Rosenthalerstraße 34/35

Tel. Norden 12815

Postscheckkonto: Berlin 71924

FANAL

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 12

September 1927

FANAL erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, (Ausl. 2,05) jährlich RM. 3,50, (Ausl. 4,10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Berlin-Britz, Dörchldüchtlingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

An die Leser!

Mit Dank an alle, die mir geholfen haben, die Streitschrift FANAL zu schaffen und mit ihr für die kommende Revolution und für die Idee des kommunistischen Anarchismus zu werben, schließe ich den ersten Jahrgang ab.

Die Fortführung der Arbeit ist nur möglich, wenn meine Leser und Freunde, wenn alle, die mit der Tendenz des FANAL einverstanden sind, den Herausgeber tatkräftig unterstützen. Bis jetzt deckt der finanzielle Ertrag des Blattes seine Gesteuerungskosten noch lange nicht. Ich habe die regelmäßige Herausgabe nur unter den größten persönlichen Opfern und unter den erdenklichsten Schwierigkeiten möglich gemacht. Die Quellen, aus denen ich neben den direkten Zuflüssen durch Abonnements und Käufer schöpfen mußte, sind leer. Die weitere Existenz des FANAL hängt von der Zahl und dem Eifer der Leser ab. Gelingt es, die Auflage des Blattes wirksam zu erhöhen, so verringern sich die Unkosten, der Herstellungspreis wird prozentual niedriger, die bessere Verbreitung erleichtert.

Das der Auflage dieses Heftes beigelegte Flugblatt informiert die Leser über die Veränderungen, die vom zweiten Jahrgang ab in der Ausgestaltung des FANAL vorgenommen werden. Durch die Mitarbeit der Anarchistischen Vereinigung angehöriger oder nahestehender Genossen und durch die Bestimmung des FANAL zum Organ dieser Organisation wird das belebende Element der Diskussion grundsätzlicher Fragen

der revolutionären Bewegung den Inhalt der Zeitschrift bereichern. Da ich jedoch Herausgeber und selbständiger Redakteur bleibe, glaube ich zugleich die Erhaltung des geistigen Niveaus verbürgen zu können, das dem FANAL bisher die dauernd steigende Zahl seiner Freunde geworben hat,

Die durch die Portoverteuerung und den erweiterten Umfang bedingte mäßige Erhöhung der Bezugsgebühren wird das Weitererscheinen des Blattes verbürgen, wenn alle Genossen, die es am Leben zu erhalten wünschen, es nicht nur selbst lesen, sondern auch um seine Verbreitung bemüht sind. FANAL soll nicht als Unterhaltungsektüre betrachtet werden; es soll Werkzeug und Kampfmittel sein, um der sozialen Revolution die Richtung zu anarchistischer Weltgestaltung zu geben. Wer das Blatt in diesem Bestreben unterstützen will, sende dem Verlag Adressen interessierter Personen, fordere FANAL in Kiosken, Buchhandlungen, Zeitungsverkaufsständen an, um die Gesellschaften, die die Weiterverkäufer beliefern, zum Bezug zu nötigen. Buchhändler müssen aufgefordert werden, FANAL in Kommission zu nehmen; wer es kann, mag freiwillige Spenden sammeln oder leisten, um die teure Herstellung garantieren und Verschuldung vermeiden zu helfen. Sobald Überschüsse da sind, soll der Zeitschrift ein Broschürenverlag angegliedert werden, für den wichtiges Material längst in Hülle und Fülle bereit liegt.

Der anarchistische Gedanke bedarf, zumal in Deutschland, dringend neuen Auftriebs und des Zustroms neuer revolutionärer Kraft. Sinn und Aufgabe des FANAL, mehr noch als bisher, soll sein, Licht und Wärme der anarchistischen Menschheitsidee auszustrahlen.

Erich Mühsam.

Die Scheren von Boston.

Sacco und Vanzetti sind für das Proletariat gefallen. Ihre Namen leben. Die Saat, die sie gestreut haben, wird aufgehen.

Wehe den Mördern!

Der weltrevolutionäre Zustand, der vor 13 Jahren mit dem Wiener Ultimatum an die Belgrader Regierung akut wurde, hat in dem rasenden Wechsel seiner Erscheinungsformen gegenwärtig eine Phase erreicht, die die Kampfenergie der Reaktion in ihrer

höchsten Steigerung zeigt, zugleich aber schon das erneute Hochfluten der revolutionären Umsturzkkräfte sichtbar andeutet. Wir Zeitgenossen der ungeheuren Ereignisse, von denen die Geschichte der nächsten Jahrhunderte ihren gesamten Inhalt nehmen wird, neigen beim Abebben jeder Welle ringender Anstrengung der einen oder andern Seite zu der resignierten Auffassung, als ob jetzt für lange Zeit Sieg und Niederlage entschieden sei. Wir sind mit den Erlebnissen der Stunden und Tage zu aufgereggt beschäftigt, als daß wir das rasende Tempo des schicksalhaften Verlaufes der Zeit im Maßstabe der historischen Betrachtung zu erkennen vermöchten. Wie unberechtigt, ja lächerlich aber beispielsweise die skeptische Beweisführung ist: Mussolinis Schandwirtschaft in Italien herrscht jetzt schon über fünf Jahre, das beweise die dauerhafte Befestigung des fascistischen Terrors, — leuchtet sofort ein, wenn man den zeitlichen Ablauf bekannter Geschichtsvorgänge aus entfernterer Vergangenheit zum Vergleich heranzieht. Die Ereignisse der großen französischen Revolution erscheinen uns aus der Rückschau wie ein Katarakt überstürzter Plötzlichkeiten, und doch dauerte es vom Sturm auf die Bastille (14. Juli 1789) über drei Jahre, bis auch nur die Republik proklamiert wurde (21. September 1792). Dabei galt es hier bloß das Wegräumen des Symbols, das die bereits in Schutt zusammengebrochene Feudalherrschaft kennzeichnete, während der Fascismus der neue, groß angelegte Versuch ist, die noch nicht zerschmetterte, aber ins Wanken geratene und vielfach geborstene kapitalistische Wirtschaftsordnung mit den primitiven, nur im technischen Verfahren modernisierten Mitteln der antiken Tyrannis aufrecht zu halten.

7 Jahre hindurch folterten die amerikanischen Justizknechte die beiden als Raubmörder verleumdeten Anarchisten im Gefängnis, über 6 Jahre lang hing über ihren Köpfen das Damoklesschwert des rechtskräftigen Todesurteils, bis es vollstreckt wurde. Aber selbst in dem Lande, das bis jetzt von den Erschütterungen der Gesellschaftsfundamente durch die in Bewegung geratene Weltrevolution unmittelbar nur sehr wenig berührt ist, wick die traditionelle Brutalität, Gewissenlosigkeit und protzenhafte Ueberhebung der demokratischen Milliardärfunktionäre jahrelang immer wieder vor dem Protest der gesamten arbeitenden Menschheit zurück. Zeigen diese 7 Jahre nicht vollkommen klar, daß nichts, was uns bewegt, erregt, verzagen oder hoffen läßt, nichts, was heute Geschichte ist, als abgeschlossen und stabilisiert angesehen werden kann? Der Fall Sacco und Vanzetti ist älter als der ganze Fascismus.

Seit der Tod der beiden Männer beschlossen war, die sich bei Streikbewegungen das Vertrauen der Arbeiter von Massachusetts erworben hatten, die die Schandtaten im Gerichtsgefängnis der Stadt New York, die körperliche Folterung und Ermordung ihres Kameraden Salsedo, aufgedeckt und zum Gegenstand revolutionärer Kundgebungen gemacht hatten; seit die ungeheuerliche Ruchlosigkeit gewagt war, diese Kämpfer um ihrer Gesinnung willen als Straßenräuber für den elektrischen Stuhl zu bestimmen, hat sich das soziale Weltbild in allen Erdteilen und Ländern hundertmal verändert. Kriege sind geführt worden in Rußland und am Balkan, in Polen, Syrien und Marokko, Revolutionen haben sich vollzogen, Kolonialvölker haben sich erhoben; die Wirkungen des Weltkrieges nahmen ungeahnte Formen an: die Geldwährungen verkrachten, ganze Völker, das deutsche vor allen, ließen sich von einzelnen Großschiebern bis auf die Knochen ausplündern, Wucherkonzerne von wahnwitzigen Dimensionen wuchsen auf, brachen wieder zusammen, Korruption, Meuchelmord, Entfesselung aller Roheit und Tollheit illustrierten allüberall die soziale und politische Situation. Wahrheitsfremd und wirklichkeitsblind feiert man die papiernen Zusicherungen einer in bleicher Revolutionsangst auf Paragraphen gezogenen Verfassung, die erhalten muß, um die wüstesten Vergewaltigungen des Proletariats durch das Kapital zu decken. Vormärzliche Zustände sollen durch Beseitigung der Schwurgerichte, Wiedereinführung der Zensur, Entrechtung der Jugend, Auslieferung der Schule an die Kirche, Beschränkung und Gefährdung des Streik- und Koalitionsrechtes, Oktroyierung militärischer Einflüsse auf die Bildungsinstitute der Allgemeinheit und jede Art verwegenster Reaktion und Angstsuggestion neu befestigt werden, und da das nun schon eine Weile so andauert, — immerhin einen Teil der Zeit, die Sacco und Vanzetti auf die Vollstreckung ihres Urteils warten mußten —, glaubt alle Welt, der Streit sei entschieden, der Völkerbund sei das Fundament ewiger Beziehungen zwischen den Staaten, der Sturm habe sich beruhigt und Gott habe verfügt, daß übermorgen wieder vorgestern sein solle. Selbst Bucharin hat schon vor 2 Jahren fatalistisch resigniert und den Kommunistischen Parteien aufgegeben, den Kapitalismus bis auf weiteres als stabilisiert anzusehen und danach ihr Verhalten einzurichten, was sie wahrhaftig getreulich ausführen. Tatsächlich hat dieser an Wahnsinn grenzende Irrtum nur dazu geführt, daß das einsturzsreife Gebäude des Kapitalismus von Rußland her neu gestützt wird, während sich die von dort dirigierten Kommunisten in den andern Ländern das

frische Auftapezieren der Innenwände des Hauses mit modernen Mustern angelegen sein lassen.

Die Tragödie von Boston ist, betrachtet im Zusammenhang der weltrevolutionären Gärung, von unermeßlicher Bedeutung. Die amerikanischen Machthaber sind, das haben sie, seit sie nur je Regungen der Abwehr im Proletariat gespürt haben, unzählige Male bewiesen, ohne die geringste moralische Hemmung. In Upton Sinclairs ‚Sumpf‘, ‚Jimmy Higgins‘, ‚100 Prozent‘; in Jack Londons ‚Die Eiserne Ferse‘ lernt man die Herrschaften gut kennen. Die Ermordung der 5 Anarchisten in Chikago am 11. November 1887 trotz aller Weltproteste, die Anwendung der Folter bei gerichtlichen Untersuchungen, die krassen Gewalttaten selbst gegen ausländische Bevölkerungen, die sich der Ausschöpfung durch das Dollarkapital widersetzen— der Massenmord mit Fliegerbomben in Nikaragua gab ja erst in den letzten Wochen ein Beispiel — und die infame Peinigung Saccos und Vanzettis, die 7 Jahre lang nicht erfuhren, ob man sie die nächste Woche noch erleben lassen würde, erweisen das Land der höchsten technischen Zivilisation zugleich als das Land der niedrigsten ethischen Kultur der Welt. Dieses Uebermaß sittlicher Verkommenheit aber bewirkte endlich mit der äußersten Scheußlichkeit ihres Raffinements einen moralischen Triumph der Menschheit, der in der modernen Geschichte ohne Beispiel ist. Die Arbeiterschaft aller Länder der Welt, ohne Unterschied der politischen Anschauungen, und in ihrem Gefolge weite Kreise des Bürgertums und der Intellektualität fanden sich zu einem wilden Aufschrei der Empörung gegen eine Barbarei zusammen, die Menschen, die nicht nur materiell denken, sondern dem Gefühl und dem Gewissen ein Mitbestimmungsrecht an ihrem Verhalten einräumen, schlechterdings nicht ertragen können. Dieser Akt der Weltsolidarität mit zwei revolutionären Proletariern ist ein unaussprechlich tröstlicher Vorgang in einer Zeit, die nur darum den natürlichen Weg zur Befreiung der Arbeiter nicht finden kann, weil die Freiheitsbewegung in sich fast hoffnungslos zersplittert ist und die weitaus größte Mehrheit der aktiven Revolutionäre von einer falschen und verhängnisvollen Theorie umfungen ist, die an die Stelle der Solidarität die Disziplin, an die Stelle der Initiative das Kommando der Zentralgewalt, an die Stelle der Freiwilligkeit den Zwang setzt. Zum ersten Male haben wir eine wirkliche Einheit erlebt zwischen denen, die gemeinhin in ihrer Uneinigkeit sogar noch einen Wert erblicken; die Einheit aber kam daher, woher sie allein kommen kann: nicht aus Wissenschaft und materialistischer

Erkenntnis, die bei verschiedenen Temperamenten immer Gegenstand des Streites sind, sondern aus dem natürlichen menschlichen Empfinden in Not und Empörung verbundener Menschen.

Gleichwohl haben die amerikanischen Regierer der vereinten Stimme der Menschheit kein Gehör gegeben. Sicher ist, daß die feste Absicht bestand, den Justizmord schon am 10. August zu vollziehen. Aber wäre der Aufschub die Kapitulation der Barbarei vor der Humanität gewesen, dann hätte sich das in andern Formen geäußert als darin, daß man 40 Minuten vor der festgesetzten Zeit die schon für den Henker hergerichteten Opfer aus der Todeszelle in ihr Kerkerloch zurückführt, ohne auch nur den Todesspruch aufzuheben, einfach mit einer neuen Terminbestimmung 12 Tage später. Nein, die Schergen des Landes der Edlen und Freien lassen sich von Bitten und Protesten nicht bestimmen, von Verbrechen abzustehen. Ich habe die zweifelsfreie Ueberzeugung, daß der Aufschub, dem sie noch einmal zustimmten, durch kein andres Gefühl veranlaßt war als das der Angst. Und zwar war es die Angst der amerikanischen reichen Bourgeoisie, die dem Scharfrichter in den Arm fiel, die Angst um ihr Leben und ihre Sicherheit. Die Genossen Saccos und Vanzettis wandten, als das Schicksal ihrer Freunde endgültig besiegelt schien, das letzte Mittel an, das des organisierten Schreckens. Bomben in Untergrundbahnhöfen, Bomben in Kirchen, Bomben in Justizplästen — und das Platzen dieser Bomben, vermischt mit dem entrüsteten Protestschrei der ganzen menschlich fühlenden Welt — das verlängerte das Leben der Anarchisten um ein paar Tage.

Es ist alte sozialdemokratische Gepflogenheit, jeden Akt individuellen Terrors als Spitzelarbeit hinzustellen. Die Parteikommunisten scheinen auch hierin den sozialdemokratischen Lehrmeistern Gefolgschaft leisten zu wollen. In ihren Blättern las man auf der einen Seite, daß die Polizei Bombenattentate inszeniere, um Stimmung gegen Sacco und Vanzetti zu machen, auf der andern Seite, daß das besitzende Publikum in ganz Amerika schreckensbleich herumlaufe und überall Dynamit rieche. Der Sinn der Attentate ist so klar, daß man sich fast schämen muß, noch Erklärungen zu geben. Es kam den Genossen, die das Mittel anwendeten, selbstverständlich darauf an, die Behörden und das Publikum einzuschüchtern. Eine Bombe, im Augenblick dieser aufgeregten Situation geworfen, spricht eine so deutliche Sprache, daß sie eines Dolmetschers nicht bedarf. Sie spricht: noch leben die Kameraden Sacco und Vanzetti, noch können sie gerettet werden; hört, wie ich

dröhne, seht, wie ich zerstöre — hütet euch! Mordet ihr die Anarchisten trotzdem, so werdet ihr erkennen, daß es noch schrecklichere Waffen gibt, noch verheerendere Mittel, um eure faule Ordnung auseinander zu sprengen. Was jetzt geschieht, ist revolutionäre Warnung — hütet euch, Taten zu begehen, die zu revolutionärer Rache zwingen! Der Mord ist geschehen! Wehe den Mördern!

Die ganze proletarische Welt hat die Bomben richtig verstanden, nur die deutschen Marxisten bleiben skeptisch, heben pedantisch den Finger und sagen: Spitzel oder Wahnsinnige! Wir lehnen den individuellen Terror ab, dozieren sie weiter, denn nur der rote Massenterror hat seine Berechtigung. Es lohnt kaum, den Unsinn zu widerlegen, der zunächst in der prinzipiellen Unterscheidung zwischen Einzel- und Massenterror liegt. Ist der Greuel, den die amerikanische Klassenjustiz an Sacco und Vanzetti verübt hat, Einzel- oder Massenterror? Einzelne Organe der Klasse führen ihn aus im Namen der Klasse. Nicht anders ist es mit den Bombenwürfen in New York und Philadelphia. Die Wirksamkeit terroristischer Separatakte aber allgemein zu bestreiten, ist nicht weniger absurd, wenn es von Anhängern der russischen Revolution geschieht, die ohne die terroristischen Vorbereitungen seit den 70er Jahren gar nicht gewesen wäre, wie es absurd ist, wenn es in Deutschland geschieht, wo die nationalistische Reaktion niemals auch nur vorübergehend die Machtfülle hätte wiedererlangen können, wenn nicht die O.C. und andre Terrororganisationen durch Individualmorde (die, im Namen ihrer Klasse begangen, natürlich gleichwohl Taten des Massenterrors waren), die gründlichste Einschüchterung erst des Proletariats, dann der Republikaner bewirkt hätten.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika gaben mit ihrem Eintritt in den Weltkrieg den entscheidenden letzten Anstoß zum Ausbruch der Weltrevolution im Sinne des offenen Bürgerkrieges. Der Fall Sacco und Vanzetti hat die Vereinigten Staaten in den Bereich des Bürgerkrieges hineingezogen, und die Bomben der anarchistischen Freunde der Verurteilten waren Ausdruck des Willens, die Initiative in diesem Kriege nicht allein der Konterrevolution zu überlassen. Wie in allen Ländern, benutzte die Yankee-Reaktion die Justiz als erste Bürgerkriegswaffe gegen den Anspruch der Ausgebeuteten auf Lebensrecht und Freiheit. Aber die gänzlich schamlose Uebertreibung des Mißbrauchs der Justiz im Falle Sacco und Vanzetti öffnete der ausgebeuteten Menschheit die Augen, und so begann der Gegenangriff mit dem die ganze Erde erfüllenden Auf-

schrei nach Gerechtigkeit, der begleitet war vom Donnern explodierender Bomben.

Als am 15. Juli in Wien das getretene und betrogene Proletariat, beleidigt in seinem Rechtsgefühl und bedroht in seinen Lebensrechten, auf die Straße ging, da leuchtete die Brandfackel des Justizpalastes warnend über den Thronen der Machthaber der Erde: ihr schändet das Recht, um eure Gewalt als Sklavenhalter zu sichern. Seht denn, daß nicht der Hunger allein Revolutionen bewirkt und veranstaltet. Ihr ruft die Justiz auf gegen uns, so greifen wir zur Gerechtigkeit und gehen in den Kampf unter ihrem Banner. Das österreichische Proletariat geht bitteren Tagen entgegen. Der schimpfliche Verrat, den die deutschen Arbeiter schon 1919 über sich ergehen lassen mußten, drüben ist er erst jetzt vollendet worden. Aber die bitteren Tage werden nicht ewig währen. Das Fanal vom 15. Juli kann nicht mehr verlöschen, und die Geschichte hat ein gewaltiges Tempo eingeschlagen. Die Wiener Kämpfe und der Weltappell nach Boston zeigen — trotz allem — die Revolution des Proletariats in neuem Anmarsch. Ihr Feldgeschrei aber — Bürger, Machthaber, Ausbeuter, Regierer, Richter, begreift das Menetekel —, ihr Feldgeschrei heißt nicht Brot und nicht Geld; ihr Feldgeschrei heißt Gerechtigkeit!

Einigkeit und Recht und Freiheit.

Herr Otto Hörsing ist nicht mehr Oberpräsident der Provinz Sachsen, wir müssen zufrieden sein, daß wenigstens Herr Gustav Noske noch Oberpräsident der Provinz Hannover ist; froh aber sind wir, daß wir zwei solche Kerle haben. Herr Otto Hörsing ist nunmehr im Hauptberuf kommandierender General des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, welches zur Zeit dem Verlust des rechten Flügelmannes, des Reichskanzlers Dr. Wilhelm Marx, nachweint; immerhin ist sein bürgerblöckender Ministerkollege Köhler dem republikanischen Treubund erhalten geblieben, — man muß Gott für alles danken. Herr Otto Hörsing ist das Opfer seiner staatsmännischen Tüchtigkeit geworden, der wir in Deutschland so viel Schönes verdanken: z. B. den Zusammenschluß der völkischen Heldenscharen in Oberschlesien zum frischfröhlichen Kriege gegen Polen. Als daraus dann nichts werden wollte, wurde wenigstens die Schwarze Reichswehr draus und die Konservierung des im Osten gepflegten Kameradschaftsgeistes in westlicheren Bezirken und weiterhin die nationalen Verbände mit Hakenkreuz am Stahlhelm und Stahlhelm ohne Hakenkreuz und Hindenburgs Aufstieg an der schwarzweißroten Fahnen-

stange zum schwarzrotgoldenen Flaggentuch. Wer weiß, ob ohne Otto Hörsings vaterländisches Wirken in Oberschlesien der kaiserliche Generalfeldmarschall je Gelegenheit gefunden hätte, zu seinem 80. Geburtstag Beweise seiner Einzelgnade vorzubereiten, bei welchem Anlaß wieder einmal die proletarischen Böcke von den aristokratischen Schafen gesondert werden dürften: die Buchrucker und Techows freuen sich schon. Was die Hoelz und Plattner anlangt, so gedenken auch sie am Jubeltage nicht nur des Geburtstagskinds, sondern auch des Herrn Otto Hörsing, des Veranstalters des mitteldeutschen Aufstandes, der ihnen das Zuchthaus als republikanischen Wohnsitz anwies.

Herr Otto Hörsing scheidet als Märtyrer aus dem preußischen Staatsdienst. Er hatte es doch garnicht so böß gemeint in dem Aufruf an die österreichische Filiale seiner reichsdeutschen Verfassungsorganisation; er hat gewiß und wahrhaftig keine Sympathien für die Wiener Arbeiter gehabt oder gar geäußert; er hat sie als Verbrecher beschimpft, und wäre er mit auf dem Spritzenwagen gewesen, von dem aus die Herren Seitz und Deutsch Wasser in den flammenden Zorn des beleidigten Rechtsgefühls der Arbeiter spritzen wollten, er hätte wie sie, von oben bis unten bespuckt, umkehren müssen. Aber, was half's? — Otto Hörsings staatsmännisches Genie schwappte über, er verlor die Direktion und nannte die österreichische Regierung direktionslos, und beim Ringen um das Gleichgewicht trat er ins klerikale Fettnäpfchen des Dr. Seipel, wobei dessen frommer Kollege Marx über den Rand des Reichsbannerzubers gespült wurde.

Als Herr Otto Hörsing, von den Schwarzweißbroten aus dem Staatsamt geekelt, den Entschluß, freiwillig daraus zu scheiden, auf der Reichstagung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Magdeburg kundtat, feierte man ihn als den besten Republikaner seit Ebert und sang die republikanische Weihehymne, zu der der taktvolle erste Präsident der Republik das Lied der Völkisch-Nationalen ernannt hatte, und während die Schwarzrotgoldenen begeistert schmetterten: „Einigkeit und Recht und Freiheit“, wuchteten die nebenan zum Protest gegen das Reichsbanner versammelten Schwarzweißbroten: „sind des Glückes Unterpfad“.

Die österreichischen Hörsinge hören nicht auf zu beteuern, daß sie für den Aufstand vom 15. und 16. Juli wirklich nicht verantwortlich gemacht werden können, und es muß ihnen bestätigt werden, daß die Verhältnisse tatsächlich ganz anders lagen als in der Provinz Sachsen 1921, wo der echte Hörsing im Bunde mit den Grubenkapitalisten des Mansfelder Landes die Provokationen so einrichtete, daß der Aufstand nach dem Programm der Herrschaften in der Osterwoche ausbrach. Auch bezichtigte damals kein Sozialdemokrat irgend eine Regierung der Hilflosigkeit, denn die Herren Otto Hörsing und Karl Severing waren selber die Regierungsfunktionäre, die alles

manageten und, wie es scheint, nicht allzu schwer an den Abschlächtungen der Arbeiter trugen, die dem Ereignis das in Deutschland übliche Gesicht gaben. Einigkeit und Recht und Freiheit waren des Glückes Unterpfand, das ausgepowerte und verzweifelte Proletariat unter die Fuchtel der skrupellosesten Ausbeutung zurückgezwungen zu haben: die Einigkeit der regierenden Sozialdemokraten mit den nationalistischen Sipo-Offizieren, das Recht, das die Ebertschen Sondergerichte über die zufällig am Leben gebliebenen proletarischen Kämpfer sprachen, und die Freiheit, die die Opfer jener Zweckjustiz heute vom 80. Geburtstag Hindenburgs, immer noch in bangen Zweifeln, erhoffen müssen. In Wien hatten die Sozialdemokraten einen nicht ganz so aktiven Anteil an der Auslieferung der Arbeiter an die brutalste Reaktion. Sie hatten es in der Hand, dem Proletariat den Weg zum Siege frei zu geben. Aber vor die Wahl gestellt, Arbeiterforderungen zu erfüllen oder den Seipels und Schobers die blutige Unterdrückung jedes Widerstandes gegen den zur Macht drängenden Fascismus zu gestatten, entschieden sie, wie Sozialdemokraten immer entscheiden: für die Einigkeit aller Reaktionäre gegen das Proletariat, für das Recht der kapitalistischen Klassenjustiz, für die Freiheit des Fascismus. Der Vorwärts berichtet, an den Kampftagen hätten sich in allen Wiener Parteibüros die leidenschaftlichsten Szenen zugetragen, Ausbrüche fanatischer Verzweiflung der sozialdemokratischen Arbeiter gegen ihre Führer seien erfolgt, die die verlangte Bewaffnung des Proletariats nicht zugestehen wollten. Aber die Deutsch und Renner blieben fest in ihrem Verantwortungsbewußtsein, verweigerten die Herausgabe der Waffen und zogen vor, die zum Kampf entschlossene Masse mit den zu Übungszwecken bestimmten Bleigeschossen massakrieren zu lassen, deren Verletzungen fürchterlich qualvoll und meist totbringend sind. Das ist die scheußliche Tragik der Wiener Niederlage, daß die Arbeiter mit sicherem Gefühl wußten, wie sie siegen konnten und zu spät erkannten, daß die Uebertragung ihrer Angelegenheiten auf besoldete Führer rettungslose Preisgabe der Selbstbestimmung bedeutet. Bewaffnung der Arbeiterschaft ist etwas anderes als die Auslieferung der Waffen in die Obhut von Partei- und Gewerkschaftssekretären. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein, nie das von Angestellten der Arbeiterorganisationen.

Das vom Vorwärts gerühmte Verantwortungsbewußtsein der österreichischen Bonzen hat den Erfolg gehabt, daß außer den 150 Toten der polizeilichen Metzelei mindestens ebenso viele Gefangene dem Kampf für ihre Klasse entzogen sind und Justizurteile erwarten, die anders aussehen werden als das, das den Sturm auf den Justizpalast verursacht hat. Aber genau wie in Deutschland werden auch in Oesterreich die Sozialdemokraten bald genug unter den Rädern des Reaktionswagens liegen, den sie selber geschmiert und in Fahrt gesetzt haben. Aus lauter Verantwortungsbewußtsein (das ist im

sozialdemokratischen Vokabularium der ständige Ausdruck für den Begriff Angst) haben sie nicht einmal die Forderungen aufrecht erhalten, in die sie den Generalstreik und dann den Verkehrsstreik ablenkten. Nicht einmal auf ihrer eigenen Zulassung zur Mitwirkung an der Liquidation der Erhebung haben sie bestanden; die Verstärkung der Schoberschen Polizei mit ihren Schutzbundleuten, — das war alles, was sie schließlich noch beehrten, und als Seipel, von den patriotischen Schwarzgelben getrieben, nach Paris, London und Prag pfiiff, sie möchten den Sang von Trianon anstimmen, da war ihnen die Einigkeit des internationalen Kapitalismus mehr wert als das eigene Recht auf Ministersessel und gar als die Freiheit der Arbeiter, und ihre Hörsinglinge spielen heute wieder außeramtlich republikanische Verfassungstreue, wie das Herr Otto Hörsing fortab ebenfalls tut.

An 100 eingekerkerte Arbeiter Wiens sind, wie gemeldet wird, in den Hungerstreik getreten. Sie üben Einigkeit, weil sie Recht und Freiheit wollen. Wer fragt nach ihnen? Wer überlegt, was Hungerstreik überhaupt bedeutet? Hätten die Mitmenschen genügend Vorstellungskraft, um Sinn, Inhalt und Qual einer solchen Aktion zu ermessen, — sie erfüllten für jeden dieser Verzweifelten die Welt mit ihren Protesten, wie sie es endlich für zwei Opfer infamer Justizwillkür getan haben, für Sacco und Vanzetti. Aber leider müssen erst so fürchterliche Umstände die Einigkeit der Rechtschaffenen herbeiführen, wie sie die tierische Gemeinheit der amerikanischen Machthaber geschaffen haben. Sonst stopft sich die Menschheit Watte in die Ohren, um sich von der Pein der Gemarterten die Ruhe nicht stören zu lassen. Die überwältigende Tat des Genossen Baikhard nach dem Stuttgarter Niederspruch ist nahezu unbemerkt geblieben. Dieser Arbeiter beging zum Protest gegen seine Verurteilung zu 8 Jahren Zuchthaus einen Selbstmordversuch, der um ein Haar gelungen wäre, und in der Aufzeichnung, die er hinterlassen wollte, erklärte er, daß er nicht aus Angst vor dem Zuchthaus sterbe, auch nicht deswegen, weil man ihn wegen Hochverrat verurteilt hätte, sondern um das Proletariat der Welt zum Zeugen dafür aufzurufen, daß man ihn wegen Beihilfe zu einem Mord schuldig gesprochen hat, an dem er nicht den geringsten Anteil hat. Man sollte denken, diese Form des Protestes müßte das Rechtsbewußtsein des letzten Spießbürgers in Wallung bringen; aber nein, außer der kommunistischen Tagespresse hat, so weit ich sehen konnte, kein Blatt Skandal geschlagen. Nach den — leider sehr dürtigen — Berichten über den Stuttgarter Prozeß war es doch schon für jeden, der die Niederschen Verfahrensmethoden einigermaßen kennt, völlig klar, daß man wieder Beweise als erbracht annahm, indem man Gegenbeweise nicht zur Geltung kommen ließ. Wenn aber hieran noch irgend ein leiser Zweifel sein konnte, so hat der heroische Entschluß Baikhards, um der Wahrheit willen und um der Rechtfertigung der

auf die gleichen Indizien verurteilten Genossen willen sein Leben zu opfern, jedenfalls höhere Beweiskraft gegen Niedners Annahmen, als die Aussagen von Polizeikreaturen wie Diener und König für sie. Wäre außer Deutschland ein Land zu denken, in dem es nach solcher Tat der Hingabe und der moralischen Aufpeitschung keinen die Tiefen des Volks aufwühlenden Fall Baikhard gegeben hätte? Hierzulande aber interessiert man sich für Rekordflüge ehrgeiziger Sportjünglinge zum Besuch bei Thayer und Fuller. Die pfeift niemand aus, — bewahre, man singt sie an: Einigkeit und Recht und Freiheit!

Baikhards Urteil ist unrevidierbar, wie das gegen Margies und alle Opfer Niedners, unrevidierbar wie die Sondergerichtsurteile gegen Max Hoelz und seine vielen Leidensgefährten, unrevidierbar, wie die Urteile der bayerischen „Volks“gerichte, die Aloys Lindner, die Rotgardisten vom Luitpoldgymnasium, den Genossen Streidel im neunten Jahre in Jammer kerkern. Wären die Richtersprüche nicht jeder Revision entzogen, so wären sie so nicht gefällt worden oder längst über den Haufen geworfen. Die einzige Korrektur ist durch die Wiederaufnahme des ganzen Verfahrens möglich. Aber man sieht ja im Falle Hoelz, daß die eindeutigste Widerlegung aller sachlichen Voraussetzungen für ein Urteil die Juristen nicht veranlaßt, eine abgeurteilte Sache noch einmal aufzurollen. Was den Genossen Streidel betrifft, so hörte man vor einem runden Jahr, daß das Reichsgericht die Wiederaufnahme seines Prozesses verfügt habe. Doch scheinen sich die Bayern Zeit zu lassen, bis Streidel seine 12 Jahre hinter sich hat. Der Kapitän Ehrhard hat kürzlich gefordert, es solle zu Hindenburgs Geburtstag eine wirklich umfassende politische Amnestie erlassen werden. Er hat bei dieser Gelegenheit eine sehr anständige Achtungserklärung für Max Hoelz und seine Mitkämpfer abgegeben. Diese Haltung des Mannes ist um so mehr zu loben, als er selbst schon durch die parteiische Amnestie von 1925 außer Verfolgung gekommen ist. Aber Herr Ehrhard täuscht sich in der Einschätzung von Staatsbetreuern. Unrecht gut machen heißt Unrecht eingestehen. Herr Hergt hat schon erklären lassen, daß dem Reichspräsidenten nur Einzelfälle zur Begnadigung, also ausdrücklich nicht zur Wiedergutmachung, vorgeschlagen werden sollen. In Bayern herrschen die Christlichsten der Christen. Die haben noch nie gefunden, daß, was sie taten oder veranlaßten, korrekturbedürftig sei. Im Gegenteil, sie haben bei sich und im Reiche jede Neigung, Unrecht zu ändern, noch immer bekämpft und verhindert, daß auch Armen Recht werde. Hindenburg könnte getrost 100 Jahre alt werden, die Rachsucht der bayerischen Christen bleibt jung, und wenn's hoch kommt, werden sie zur Feier des Tages Lautsprecher nach Straubing bringen und sich die revolutionären Proletarier am Klange des zur republikanischen Weihehymne erhobenen völkisch-nationalen Sturmgesangs erbauen lassen: Einigkeit und Recht und Freiheit!

Sepp Wittmann

Am 7. August ist der Genosse Josef Wittmann, unser Niederschönenfelder Sepp, bei der Bemühung, gefährdete Kameradinnen zu retten, nahe bei Wien in der Donau ertrunken. Er starb, 28 Jahre alt, als revolutionärer Emigrant. In der bayerischen Revolution kämpfte er vom ersten bis zum letzten Tage mit dem Gewehr in der Hand als Rotgardist. Es folgte Flucht ins Ausland, Auslieferung, Festungshaft (2½ Jahre), nach der Freilassung neue revolutionäre Tätigkeit, Schutzhaft, Beteiligung am Lörracher Aufstand, Verhaftung, 8 Monate Gefängnis und unmittelbar nach der Entlassung aus Stadelheim ein neuer Steckbrief. Seitdem Leben in der Illegalität bei ständiger Arbeit für die revolutionäre Sache.

Ich persönlich verliere mehr als einen Kameraden; Sepp war schon durch sein entschlossenes bewaffnetes Eingreifen beim Putsch auf den Rätekongreß am 28. Februar 1919 mein Lebensretter geworden. In der Festung entstand eine Freundschaft, die völlig den Charakter des Verhältnisses von Vater und Sohn annahm und sich so bis zum Ende erhalten hat. Ich kannte keinen der Revolution tiefer ergebeneren Proletarier, keinen zuverlässigeren Kameraden, keinen reineren Menschen.

Dies war dein Leben: Treue, Kampf und Haft.

*Die Treue gab zum Kampfe dir die Kraft,
und in der Haft der feindlichen Gewalten
hast du die Treue deinem Kampf gehalten.*

Dies war dein Leben: Mut und stille Tat.

*Wo Waffen klangen, stürmtest du ins Feuer,
der roten Schar ein tapferer Soldat, —
und standst des Tods gewärtig, du Getreuer!*

*Dies war dein Ende: in Gefahr und Not
sahst du die Menschen, die du liebtest, schweben
und sprangst zu ihnen in die Flut. — Sie leben.*

Dich riß der Strom zur Tiefe. — Du bist tot.

*Nun ruh' dich aus. Sie haben bis zuletzt,
die Feinde, dich gesucht, verfolgt, gehetzt,
und weil du treu bliebst deinem Kampf und Hoffen,
stand in der Heimat dir der Kerker offen . . .*

*Genosse! Freund! Mein Kamerad und Sohn!
Mein Tag ward grau, da du gegangen bist.
Viel Leben ist mit dir ins Grab geflohn. —
Ruh' aus vom Kampf, du treuer Rotgardist!*

Seismograph.

Unaufhörlich zuckt es auf in den Leidenschaften der versklavten Menschheit, immer vernehmlicher growlt es unter der Oberfläche, in allen Erdteilen wanken die Pfeiler der kapitalistischen Wirtschaft. Oft verrät nur ein kurzer Stoß, daß in den Tiefen sich Geröll gelöst hat. Dann schicken die, die sich für die Inhaber der Welt halten, Pioniere an die Stelle, die sich rissig zeigt und lassen den Boden betonieren, und die Hauptschäden werden mit Blut verkleistert. So hat man Indonesien für den Augenblick still gemacht, und, wie es scheint, ist so auch jetzt der vulkanische Ausbruch erstickt worden, der die Indianer Bolivias aus den Silberminen herauftrieb in den Kampf gegen die weißen Blutsauger, die die Eingeborenen, die natürlichen Inhaber des Landes, unter entsetzlicher Entwürdigung und Entbehrung ihren Reichtum aus der Erde kratzen lassen. Kanonen, Maschinengewehre, Galgen, das sind die letzten Garderobenstücke, an denen die Kapitalisten der Welt ihre schäbig gewordenen zivilisatorischen Bekleidungsstücke noch eine Weile vor dem Herunterfallen zu bewahren wissen. — Die Nachrichten, die unterdessen über die Vorgänge in China unterrichten sollen, lassen vom Stande der eigentlichen Revolutionsbewegung verzweifelt wenig erkennen. Durch welches bestochenen Generals kurzfristigen Waffenerfolges Gnaden zufällig grad diese oder jene Regierung Proletarier köpfen darf, ist nicht so bedeutungsvoll wie die Tatsache des ungeheuren Fiaskos, das die Russen mit ihrer chinesischen Politik erlitten haben. Selbst die überaus zahme Erklärung der 83, die Trotzki, Simowjew, Smilga und Jewdokimow am 26. Mai dem Zentralkomitee der Ahrussischen Sowjetunion im Namen der bolschewistischen Opposition vorgelegt haben, wirft der russischen Leitung die Schuld dafür vor, „daß die chinesischen Arbeiter die Kastanien für die Bourgeoisie aus dem Feuer geholt haben und bisher in Wirklichkeit die gleiche Rolle gespielt haben, zu welcher die Arbeiter in den Revolutionen des Jahres 1848 verurteilt waren“. Seit der Abgabe dieser Erklärung sind die verhängnisvollen Fehler der Bolschewisten in China erst recht zur Auswirkung gekommen. Daß man sich zuerst zur Bekämpfung der imperialistischen Eindringlinge mit der nationalrevolutionären Kuomintang-Partei verbündete, war absolut richtig, und alle deswegen gegen die kommunistische Leitung geführten Angriffe scheinen mir heute noch so verfehlt wie vor einem halben Jahr. Aber die gänzliche Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die liberalistischen Tendenzen der Kuomintang, die Unterstützung der bürgerlichen Revolutionäre nicht allein in der kriegerischen Abwehr der Konterrevolution, sondern auch in ihren Herrschaftsansprüchen, diese ganze minimalistische Bescheidung auf das, was man sich mit der verrückten Sterndeuter-Wissenschaft des Marxismus als „nächste Phase“ historisch-materialistisch aufs Papier gerechnet hat, führte zur Beeinflussung der kommunistischen chinesischen Revolutionäre in dem Sinne, . . . daß man die Arbeiter nicht bewaffnen darf, daß man keine revolutionären Streiks organisieren darf, daß man die Bauern nicht endgültig gegen die Großgrundbesitzer auf die Beine bringen darf, daß man keine kommunistischen Tageszeitungen herausgeben darf, daß man die Bourgeoisie aus der rechten Kuomintang und die Kleinbürger aus der „Linken“ Kuomintang nicht kritisieren darf, daß man keine kommunistischen Zellen in den Heeren Tschiangkaischeks organisieren darf, daß man die Losung der Sowjets nicht aufstellen darf, — um nicht die Bourgeoisie ‚abzustoßen‘, um nicht die Kleinbürger ‚einzuschüchtern‘, um nicht die Regierung des ‚Blocks der vier Klassen‘ zum Schwanken zu bringen.“ (Manifest der 83.) Das war im Mai. Tschiang-

kaischek ist inzwischen abgefallen; die konterrevolutionäre Nordarmee bemächtigt sich hintereinander aller Stützpunkte der Revolution; Schanghai, Nanking, Hankau, Wuhan. Die Kuomintang hat die bolschewistischen Berater mit Fußtritten verjagt; die Leidtragenden sind bei allem die Kulis, die hoffentlich wenigstens die Lehre aus denselben Erlebnissen ziehen werden, die die europäischen Proletarier schon hinter sich haben, daß sie Führung und Durchführung ihrer Revolution künftig nicht von auswärts importieren lassen. Denn die große russische Revolution von 1917 gibt einer Partei, die die Erfolge dieser Revolution für sich monopolisiert hat und dadurch die Revolution selbst auf die abschüssige Bahn führte, noch lange nicht das Recht, den Proletariaten anderer Länder ihre Revolutionen zu versauen, wie sie sich das jetzt von ihren eigenen Parteigenossen in Rußland selbst vorwerfen lassen müssen.

Die innenpolitischen Kämpfe in der Sowjetunion müssen einmal im Zusammenhang behandelt werden. Vielleicht wird das bei der Besprechung der letzten russischen Literaturerzeugnisse möglich sein, die ich des Raum Mangels wegen diesmal leider wieder zurückstellen muß. Die Opposition gegen Nepismus und Nepotismus, Bürokratismus und Karrierismus innerhalb der Partei hat sich offensichtlich außerordentlich verschärft, und die Polemik der bolschewistischen Offiziösen etwa gegen die Genossen Saprnow und Smirnow zeigt deutlich genug, wie tief die Verstimmungen schon gehen. Für unsereinen besteht kein Grund, für eine, gegen eine andere Richtung Stellung zu nehmen. Erst mögen sich die verschiedenen Gruppen darüber äußern, wie sie es mit der Verfolgung der außerparteilichen linken Revolutionäre in Rußland halten, der Einsperrung und Verschickung etwa der Gesinnungsgenossen Saccos und Vanzettis. Hier ein paar Sätze aus einem Brief eines Anarchisten, für dessen Echtheit ich einstehe:

„Unser Leben ist sehr eintönig. Es scheint, daß Heraklit mit seinem ‚Alles fließt‘ doch unrecht hat. Hier bleibt das Leben unbeweglich stehn. Selbst Tragödien vollziehen sich unmerklich. Wir sind zu Zweien. Um das monotone Einerlei zu beleben, marschiere ich tagtäglich von einer Ecke zur andern. Rings umher ist Winter und endlose Tajga (sibirischer Urwald). Mein Genosse kann das stumpfsinnige Dasein nicht aushalten. Sein Gehirn wird täglich schwächer. Jeden Morgen gehe ich zu ihm, um ihn zu einem Gang in die frische Luft einzuladen. Ich finde ihn ebenso von Ecke zu Ecke hin und her gehend. Sein ganzer Körper ist mit Schnüren, Riemen und Bindfaden umwunden. Hände, Kopf, Arme, Hüften — alles ist umschnürt. ‚Warum bindest du dich?‘ — ‚Weil ich sonst auseinanderfallen würde wie Quecksilber‘, antwortet mein armer Genosse. Keine Ueberredung hilft mehr, ihn zu überzeugen, daß er seine Glieder nicht verschütten wird. Er wird allmählich verrückt, unter meinen Augen, von Tag zu Tag. Und ich kann nichts tun, als immer nur die Institution verfluchen, die solche genialen Methoden erfindet, um Revolutionäre zu quälen. Genosse B. befindet sich noch weiter nördlich als wir und noch mehr als 200 km hinter ihm sind noch zwei Anarchisten. Mit ihnen zu korrespondieren ist schwer, da die Post nur einmal im Monat geht; von vier Briefen haben sie nur einen erhalten. Im vergangenen Jahre wurden in diesem Gebiet (Turuchansk) zwei Verbannte getötet, zwei weitere sind erfroren. Einzelheiten darüber fehlen.“

Die Sowjetunion ist von Kriegsgefahr umstellt. Kein Revolutionär der Welt denkt daran, den Krieg der Imperialisten gegen das Land der ersten

proletarischen Revolution zuzulassen. Denn wir betrachten Rußland immer noch als das Land der revolutionären Arbeiter und Bauern. Wir sind aber nicht bereit, uns mit Regierern zu solidarisieren, die in den Methoden, revolutionäre Proletarier zu züchtigen, die ihre Kulakenpolitik nicht billigen, hinter keiner kapitalistischen Justizkanaille zurückstehen. Die russische Revolution ist noch nicht abgeschlossen, der Seismograph vermerkt auch Erschütterungen, die der Moskauer Zensur verfallen.

Abonnements-Erneuerung!

Die Abonnements-Einzahlung zum Beginn des zweiten Jahrgangs des FANAL ist fällig.

FANAL erscheint vom 1. Oktober ab im Umfange von 24 Seiten und kostet: Das Einzelheft 40 Pfg., Abonnement **vierteljährlich RM 1,20; halbjährlich RM 2,35; jährlich RM 4,50**

Es wird gebeten, das Abonnement möglichst bald durch Einzahlung auf Postscheckkonto Berlin Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden.

Wer FANAL im neuen Jahrgang nicht weiter zu beziehen wünscht, wird dringend ersucht, das Abonnement durch Postkarte ausdrücklich abzubestellen. Die Abonnenten des ersten Jahrgangs werden, soweit sie den Bezug der Zeitschrift nicht kündigen, selbstverständlich als Freunde des Blattes betrachtet, die es weiterhin zu erhalten wünschen. Ebenso selbstverständlich geschieht die Einziehung des fälligen Abonnementbetrages überall da durch Postnachnahme, wo die Zahlung zum Beginn der neuen Lieferung noch nicht geleistet ist.

Vergebliche Nachnahme-Zustellungen nebst den dadurch notwendig werdenden Erinnerungen und Rückfragen belasten den Verlag mit außerordentlich empfindlichen Ausgaben, die ausschließlich dem Postfiskus, also der Staatskasse zugute kommen.

Die Anschrift für alle FANAL betreffenden Brief- und Geldsendungen bleibt unverändert die des Herausgebers und Verlegers

Erich Mühsam, Berlin-Britz, Dörchläuchtingstraße 48

Fernspr. Neukölln 8112, Postscheckkonto Berlin Nr. 82419.

An die Anarchisten Deutschlands! An die Leser des FANAL!

Zwischen der Anarchistischen Vereinigung Berlin und dem Herausgeber des FANAL ist vereinbart worden:

Solange die Anarchistische Vereinigung nicht in der Lage ist, sich ein wöchentlich erscheinendes, ganz ihren eigenen Zwecken und Tendenzen dienstbares Organ zu schaffen, wird die Monatsschrift FANAL als Organ der Vereinigung anerkannt.

Herausgeber und Verleger der Zeitschrift bleibt ihr Begründer Genosse *Erich Mühsam*. Er wird das Blatt weiterhin in dem Sinne redigieren, in dem er es in dem nunmehr abgeschlossenen ersten Jahrgang geleitet hat. Eine Änderung tritt insofern ein, als in Zukunft der Raum des FANAL auch andern Federn als der des Herausgebers verfügbar gemacht wird. Prinzipielle Auseinandersetzungen zur Frage der proletarischen Revolution und besonders der Aktivisierung der anarchistischen Bewegung sollen vom 2. Jahrgang ab für alle die Genossen hier eine Stätte finden, die Neues und Wichtiges zu solcher Diskussion beizutragen haben.

Um die Durchführung dieser Neuerung zu ermöglichen, ohne die Absichten des Herausgebers bei der Gründung des FANAL allzu fühlbar zu beeinträchtigen, wird der Umfang des Blattes vom 1. Oktober 1927 ab auf 24 Seiten des bisherigen Formats erweitert. Die technische Vergrößerung der Zeitschrift, verbunden mit der Verteuerung der Postgebühren bedingt die Heraufsetzung des Bezugspreises. FANAL kostet künftig: das Einzelheft 40 Pfg., Abonnement: halbjährlich RM 2,35, jährlich RM 4,60.

Ihre Mitarbeit am FANAL haben zugesagt: die Genossen *Rudolf Rocker*, *Mark Mratschny*, *Berthold Cahn*, *Alphons Pilarski* u. a.

Geldsendungen für FANAL wie bisher an Gen. *Erich Mühsam*, Postscheckkonto Berlin Nr. 82419.

Zuschriften und Geldsendungen für die Anarchistische Vereinigung vorläufig an die Genossin *Klara Klyszynski*, Berlin-Neukölln, Treptowerstr. 10, v. IV.

Wer die Erhaltung des FANAL wünscht, werbe neue Abonnenten und schicke freiwillige Geldbeiträge!

Die Anarch. Vereinigung Berlin

Erich Mühsam

i. A. Genosse *Gustav Lübeck*.

Für Leser, welche den 1. Jahrgang des FANAL sammeln und binden lassen, wird ein ausführliches **Sach- und Namens-Register** nebst **Druckfehler-Berichtigung** gedruckt werden, das zum Preise von 10 Pfennigen vom Verlag bezogen werden kann. Es empfiehlt sich, bei Einzahlung des Abonnements die Bestellung auf dem Postscheckabschnitt zu vermerken. Ausgabe erfolgt zugleich mit Nr. 1 des 2. Jahrgangs am 1. Oktober.

Der Verlag.



Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker

Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist.

Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform.

Bertram Lloyd.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION

Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

Bücher u. Schriften von Erich Mühsam

JUDAS Arbeiter-Drama in 5 Akten — Der
Malik-Verlag Berlin — 2. Aufl. 1924 — Preis
broschiert Rm. 1,60, gebd. Rm. 2,40

BRENNENDE ERDE Verse
eines Kämpfers / Kurt Wolff-Verlag / München
1920 / Preis brosch. Rm. 2.—, gebd. Rm. 3.—

ALARM Manifeste aus 20 Jahren / Verlag
„Der Syndikalist“ / Berlin 1925 / Preis brosch.
Rm. 1,—, gebd. Rm. 2,—

REVOLUTION Kampf-, Marsch- u.
Spottlieder / Verlag „Der freie Arbeiter“, Ru-
dolf Oestreich, Berlin 1925 / Preis Rm. 0,75

SEENOT Verlag der Schriften / Wien-Ober-
St. Veit 1925 / Preis brosch. Rm. 0,40, karton.
Rm. 0,60 / Die Ballade „Seenot“ ist direkt vom
Verfasser zu beziehen.

**GERECHTIGKEIT FÜR
MAX HÖLZ** Verlag „Rote
Hilfe Deutschlands“ / Berlin 1926 / 3. Auflage
im Erscheinen) Preis Rm. 0,40

Alle in den Vorkriegsjahren erschienenen Werke von Erich
Mühsam sind vergriffen und im Buchhandel nicht erhältlich